



Volksabstimmung vom 03.03.2024

Votation populaire du 03.03.2024

Votazione popolare del 03.03.2024

22.054

**Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les
rentes). Initiative populaire**

**Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle
pensioni). Iniziativa popolare**

Parlamentsbibliothek

Bibliothèque du Parlement
CH- 3003 Bern
+41 58 322 97 44
doc@parl.admin.ch

Biblioteca del Parlamento

Inhaltsverzeichnis | Table des matières | Contenuto

Seite – Page - Pagina

1. Übersicht über die Verhandlungen - Résumé des délibérations - Compendio delle deliberazioni		I
2. Zusammenfassung der Verhandlungen		II
Résumé des délibérations		V
Riassunto delle deliberazioni		VIII
3. Verhandlungen der Räte - Débats dans les conseils - Dibattiti nelle Camere		
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	15.03.2023	1
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	05.06.2023	14
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	12.06.2023	58
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	13.06.2023	60
4. Schlussabstimmungen - Votations finales - Votazioni finali		
Nationalrat/Conseil national/Consiglio nazionale	16.06.2023	72
Ständerat/Conseil des Etats/Consiglio degli Stati	16.06.2023	73
5. Namentliche Abstimmungen - Votes nominatifs - Votazioni per appello nominale		74
6. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» vom 16.06.2023		84
Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» du 16.06.2023		86
Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)» del. 16.06.2023		88

1. Übersicht über die Verhandlungen · Résumé des délibérations

22.054 s Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative

Botschaft vom 22. Juni 2022 zur Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» ([BBI 2022 1711](#))

NR/SR Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit

NR/SR Finanzkommission

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» ([BBI 2022 1712](#))

15.03.2023 Ständerat. Beschluss gemäss Entwurf

05.06.2023 Nationalrat. Rückweisung an die Kommission

12.06.2023 Nationalrat. Ordungsantrag

13.06.2023 Nationalrat. Zustimmung

16.06.2023 Nationalrat. Annahme in der Schlussabstimmung

16.06.2023 Ständerat. Annahme in der Schlussabstimmung

[Bundesblatt 2023 1520](#)

22.054 é Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire

Message du 22 juin 2022 concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» ([FF 2022 1711](#))

CN/CE Commission de la sécurité sociale et de la santé Publique

CN/CE Commission des finances

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» ([FF 2022 1712](#))

15.03.2023 Conseil des Etats. Décision conforme au projet

05.06.2023 Conseil national. Renvoi à la commission

12.06.2023 Conseil national. Motion d'ordre

13.06.2023 Conseil national. Adhésion

16.06.2023 Conseil national. Adoption (vote final)

16.06.2023 Conseil des Etats. Adoption (vote final)

[Feuille fédérale 2023 1520](#)

2. Zusammenfassung der Verhandlungen

22.054 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative

Botschaft vom 22. Juni 2022 zur Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» [BBI 2022 1711](#)

Die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» der Schweizer Jungfreisinnigen verlangt die Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre und danach die Bindung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung. Damit solle die AHV finanziell langfristig gesichert werden. Eine Mehrheit der Räte betrachte es nicht als opportun, das Rentenalter nach der AHV-21-Reform erneut zu erhöhen. Zudem sei eine Koppelung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung sozial ungerecht und die Festschreibung eines solchen Automatismus gehöre nicht in die Verfassung. Der Nationalrat lehnte es auch ab, einen indirekten Gegenentwurf zu erarbeiten. Unterstützung fand die Initiative bei der FDP und einer Minderheit der SVP.

Ausgangslage

Am 16. Juli 2021 reichten die Jungfreisinnigen Schweiz mit 107'049 gültigen Unterschriften die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» ein.

Die Initiative verlangt in einem ersten Schritt eine Erhöhung des Rentenalters von Männern und Frauen auf 66 Jahre. Nach diesem ersten Schritt fordert die Initiative eine Bindung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren. Diese Anpassung soll jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten erfolgen und den betroffenen Personen fünf Jahre vor Erreichen des Rentenalters bekannt gegeben werden.

Aus Sicht des Bundesrats berücksichtigt ein solcher Automatismus weder die tatsächliche Situation auf dem Arbeitsmarkt – insbesondere für ältere Arbeitnehmende – noch die soziale Situation. Zudem kann die demografische Herausforderung der AHV nicht allein durch eine Erhöhung des Rentenalters gelöst werden, sondern es braucht andere Massnahmen wie eine zusätzliche Finanzierung. Ausserdem wäre ein Automatismus mit dem politischen System der Schweiz nicht vereinbar. Eine Verankerung des Rentenalters in der Bundesverfassung würde Bundesrat, Parlament und Stimmbevölkerung den nötigen Spielraum entziehen, um andere Kriterien berücksichtigen zu können. Der Bundesrat beantragt daher dem Parlament, die Renteninitiative Volk und Ständen zur Ablehnung zu empfehlen.

(Quelle: Medienmitteilung des Bundesrates vom 22.6.2022)

Verhandlungen

Entwurf 1

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» [BBI 2022 1712](#)

15.03.2023	SR	Beschluss gemäss Entwurf
05.06.2023	NR	Rückweisung an die Kommission
12.06.2023	NR	Ordnungsantrag
13.06.2023	NR	Zustimmung
16.06.2023	NR	Annahme in der Schlussabstimmung
16.06.2023	SR	Annahme in der Schlussabstimmung

Schlussabstimmungstext: [BBI 2023 1520](#)

Entwurf 2

Bundesbeschluss «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge: AHV-Schuldenbremse» (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge [Renteninitiative]») (Entwurf der Minderheit I Sauter der SGK-N vom 23.03.2023)

13.06.2023	NR	Nichteintreten
------------	----	----------------

Im **Ständerat** beantragte Pirmin Bischof (M-E, SO) im Namen der vorberatenden Kommission die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Nach der knappen Annahme der AHV-21-Vorlage mit dem höheren Rentenalter für die Frauen und weil die Reform der beruflichen Vorsorge noch nicht abgeschlossen ist, sei der Zeitpunkt für eine weitere Erhöhung des Rentenalters nicht gegeben. Zudem sei die Kommission der Ansicht, dass es grundfalsch wäre, einen Automatismus zur Berechnung des Rentenalters und das Rentenalter an sich in die Bundesverfassung zu schreiben. Die Befürworter der Initiative entgegneten, die AHV brauche Reformen, damit die Verschuldung nicht ins Unermessliche steige. Die Volksinitiative packe dieses Problem an. Werde sie angenommen, sanken die Ausgaben der AHV im Jahr 2030 pro Jahr um 2,1 Milliarden, sagte etwa Thomas Hefti (RL, GL). Hans Stöckli (S, BE) kritisierte, dass die Initiative bei der Ermittlung der Lebenserwartung und damit des Rentenalters auf einen Durchschnittswert Bezug nehmen will. Die durchschnittliche Lebenserwartung sei jedoch je nach Beruf und auch Landesgegend sehr unterschiedlich. Deshalb sei die Initiative keine gerechte Lösung. Erich Ettlín (M-E, OW) wies wie andere Redner darauf hin, dass der Bundesrat bereits den Auftrag habe bis 2026 eine Auslegeordnung zur AHV zu machen und Vorschläge zu unterbreiten (Motion [21.3462](#) "Auftrag für die nächste AHV-Reform" und Postulat [22.4430](#) «Lebensarbeitszeit in der AHV»). Deshalb brauche es auch keinen Gegenvorschlag zur Initiative.

Der Ständerat folgte seiner Kommission und empfahl die Initiative zur Ablehnung mit 30 zu 11 Stimmen (aus den Reihen der FDP).

Die vorberatende Kommission des **Nationalrates** beantragte analog dem Ständerat die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Die Kommissionsprecherin Barbara Gysi (S, SG) führte aus, dass die Kommission es nicht für opportun halte, so kurz nach der Abstimmung über die Reform AHV 21 das Rentenalter schon wieder zu erhöhen. Ein höheres Rentenalter sei zudem nicht realistisch, da der Arbeitsmarkt trotz Fachkräftemangels wenig Bereitschaft zeige, ältere Arbeitnehmende zu beschäftigen.

In der mehrstündigen Debatte unterstützten einzig Vertreter und Vertreterinnen der freisinnigen Fraktion die Volksinitiative. Es gehe darum, den Interessen der nächsten Generation gerecht zu werden, sagte Regine Sauter (RL, ZH). Das Problem der Alterung der Gesellschaft werde von der Politik auf die lange Bank geschoben wie kein anderes, meinte Beat Walti (RL, ZH) und Andri Silberschmidt (RL, ZH) argumentierte, dass nach aktuellen Prognosen die AHV in 19 Jahren ihr Kapital aufgebraucht haben würde und dann ihre Leistungen nicht mehr finanzieren könne.

Auf der anderen Seite kritisierten mehrere Rednerinnen und Redner die Initiative als sozial ungerecht. Schon heute könnten sich Gutverdienende eine Frühpensionierung eher leisten, sagte etwa Jon Pult (S, GR). Ein höheres Rentenalter treffe jene, die körperlich hart arbeiteten - und damit jene Menschen, die auch eine geringere Lebenserwartung hätten. In einer Zeit, in denen Milliarden für die Rettung einer Grossbank zur Verfügung stünden, sei eine Rentenalter-Erhöhung auf 66, 67 oder 68 Jahre der Bevölkerung schwierig zu vermitteln, gab Thomas Bläsi (V, GE) zu bedenken.

Flavia Wasserfallen (S, BE) warnte, bei einer Annahme der Initiative würden Kosten einfach in andere Sozialwerke verlagert, etwa in die Arbeitslosenversicherung und die Sozialhilfe. Die Lage der älteren Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen würde damit weiter verschlechtert.

Zur Debatte stand auch ein Antrag einer Kommissionsminderheit auf Rückweisung des Geschäftes an die Kommission mit dem Auftrag, zur Initiative einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Dieser solle eine Schuldenbremse für die AHV beinhalten. Melanie Mettler (GL, BE) argumentierte dies gebe der Kommission eine Chance, eine bessere Lösung für die Finanzierung der Renten der Babyboomer zu finden. Denn in der heutigen Situation sei der Generationenvertrag aus der Balance. Nebst der FDP votierten auch die SVP und die GLP für die Rückweisung, die mit 93 zu 92 Stimmen bei einer Enthaltung beschlossen wurde.

Nachdem die Kommission getagt hatte, wurde das Geschäft bereits nach einer Woche wieder im Nationalrat traktandiert. Kommissionsprecherin Barbara Gysi (S, SG) informierte, dass die Kommission mehrere Anträge zu Gegenvorschlägen diskutiert habe, darunter ein Modell mit Lebensarbeitszeit. Die Kommission verwarf jedoch alle Vorschläge, dies wegen der zu engen Fristen bei hoher Komplexität der Materie. Dagegen protestierte Regine Sauter (RL, ZH) und sprach von "Arbeitsverweigerung". Offenbar focht sie sich die Kommissionsmehrheit um den Auftrag des Rates von vergangener Woche, konstatierte sie. Als Vertreterin einer Kommissionsminderheit stellte sie erneut einen Rückweisungsantrag mit dem Auftrag, einen indirekten Gegenvorschlag zur Initiative auszuarbeiten, auf der Basis des Modells Lebensarbeitszeit. Christian Lohr (M-E, TG) warnte vor einem Schnellschuss, der nichts bringe. Er erinnerte daran, dass der Bundesrat mit dem überwiesenen Postulat Humbel ([22.4430](#)) das Modell Lebensarbeitszeit bereits prüfe. Nach Ansicht von Katharina Prelicz-Huber (G, ZH) braucht es kein neues Modell mit einer sogenannten Lebensarbeitszeit. Die jetzige AHV sei ein sehr austariertes und faires Modell, das auch Betreuungs- und

Erziehungsgutschriften kennt. Die AHV sei eine Volksversicherung, in die alle einzahlen, auch in der Phase der sogenannten Nichterwerbstätigkeit.

Der Nationalrat lehnte den Rückweisungsantrag mit 140 zu 42 bei 7 Enthaltungen ab. Für den Antrag stimmte die FDP-Fraktion und 14 Mitglieder der SVP-Fraktion.

Im Weiteren empfahl der Nationalrat die Volksinitiative in der Gesamtabstimmung mit 133 zu 40 Stimmen bei 16 Enthaltungen zur Ablehnung.

Der Bundesbeschluss über die Volksinitiative " Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)», der diese zur Ablehnung empfiehlt, wurde in der Schlussabstimmung vom Ständerat mit 32 zu 11 Stimmen bei einer Enthaltung und vom Nationalrat mit 143 zu 40 Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen.

2. Résumé des délibérations

22.054 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire

Message du 22 juin 2022 concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» [FF 2022 1711](#)

L'initiative populaire « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes) » des Jeunes Libéraux-Radicaux demande que l'âge de la retraite soit relevé à 66 ans et qu'il soit ensuite indexé à l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse afin de garantir le financement à long terme de l'AVS. Au sein des deux conseils, la majorité a jugé qu'il n'était pas opportun d'augmenter à nouveau l'âge de la retraite après la réforme AVS 21. Elle a en outre considéré qu'une indexation de l'âge de la retraite à l'espérance de vie moyenne était injuste socialement et qu'il n'y avait pas lieu d'inscrire un tel mécanisme dans la Constitution. Le Conseil national a également refusé d'élaborer un contre-projet indirect. L'initiative populaire a reçu le soutien du PLR et d'une minorité de parlementaires UDC.

Contexte

Le 16 juillet 2021, les Jeunes Libéraux Radicaux ont déposé l'initiative populaire « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes) » munie de 107 049 signatures valables.

L'initiative demande dans un premier temps de relever l'âge de la retraite des femmes et des hommes à 66 ans et, une fois cette première étape réalisée, de lier l'âge de la retraite à l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse à l'âge de 65 ans. Cette adaptation doit être effectuée tous les ans par tranches de deux mois au maximum et doit être communiquée aux personnes concernées cinq ans avant qu'elles atteignent l'âge de la retraite.

Pour le Conseil fédéral, un tel mécanisme ne tient pas suffisamment compte de la situation effective sur le marché du travail – notamment de la situation des travailleuses et travailleurs âgés – ni de la situation sociale. Il estime par ailleurs que la problématique démographique de l'AVS ne peut pas être résolue uniquement par un relèvement de l'âge de la retraite, mais nécessite d'autres mesures comprenant un financement supplémentaire. De plus, un tel mécanisme ne serait pas compatible avec le système politique suisse. Le fait d'inscrire l'âge de la retraite dans la Constitution fédérale priverait en effet le Conseil fédéral, le Parlement et le peuple de la marge de manœuvre indispensable pour pouvoir prendre d'autres critères en considération.

Le Conseil fédéral propose donc au Parlement de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative sur les rentes.

(Source : Communiqué de presse du Conseil fédéral du 22.6.2022.)

Débats

Projet 1

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» [FF 2022 1712](#)

15.03.2023	CE	Décision conforme au projet
05.06.2023	CN	Renvoi à la commission
12.06.2023	CN	Motion d'ordre
13.06.2023	CN	Adhésion
16.06.2023	CN	Adoption (vote final)
16.06.2023	CE	Adoption (vote final)

Texte soumis au vote final: [FF 2023 1520](#)

Projet 2

Arrêté fédéral concernant « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne: frein à l'endettement de l'AVS » (contre-projet direct à l'initiative populaire « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne [initiative sur les rente] ») (Projet de la minorité I Sauter de la CSSS-N du 23.03.2023)

13.06.2023	CN	Ne pas entrer en matière
------------	----	--------------------------

Au **Conseil des États**, Pirmin Bischof (M-E, SO) a proposé, au nom de la commission chargée de l'examen préalable de l'initiative, de recommander le rejet de l'initiative. Il a argué que le moment était mal choisi pour relever à nouveau l'âge de la retraite, après l'acceptation à une courte majorité de la réforme AVS 21, qui prévoit l'augmentation de l'âge de la retraite pour les femmes, et étant donné que la réforme de la prévoyance professionnelle n'est pas encore achevée. Par ailleurs, la commission a estimé qu'il n'y avait absolument pas lieu d'inscrire dans la Constitution un mécanisme pour le calcul de l'âge de la retraite ni l'âge de la retraite lui-même. Les partisans de l'initiative ont, quant à eux, avancé que l'AVS avait besoin d'être réformée pour éviter que la dette ne s'accroisse de manière démesurée et ont souligné que l'initiative populaire s'attaquait précisément à ce problème. Thomas Hefti (RL, GL) a indiqué que si elle était adoptée, les dépenses de l'AVS baisseraient de 2,1 milliards par an à partir de 2030. Hans Stöckli (S, BE) a critiqué le fait que l'initiative se fonde sur une valeur moyenne pour calculer l'espérance de vie et donc l'âge de la retraite. Il a rappelé que l'espérance de vie moyenne était très différente selon les professions et même selon les régions du pays, raison pour laquelle l'initiative ne constituait pas une solution juste à ses yeux. Comme d'autres oratrices et orateurs, Erich Ettlin (M-E, OW) a indiqué que le Conseil fédéral avait déjà reçu le mandat de dresser, d'ici à 2026, un état des lieux de l'AVS et de faire des propositions d'amélioration (motion [21.3462](#) «Mandat concernant la prochaine réforme de l'AVS» et postulat [22.4430](#) «Fixer l'âge de la retraite AVS en fonction de la durée de l'activité professionnelle»). C'est pourquoi, selon lui, aucun contre-projet à l'initiative n'est nécessaire.

Le Conseil des États a suivi l'avis de sa commission et a proposé, par 30 voix contre 11 (parlementaires PLR), de recommander le rejet de l'initiative.

À l'instar du Conseil des États, la commission du **Conseil national** chargée de l'examen préalable a recommandé le rejet de l'initiative. La rapporteuse de la commission, Barbara Gysi (S, SG), a indiqué que la commission considérait qu'il n'était pas opportun de relever à nouveau l'âge de la retraite si peu de temps après la réforme l'AVS 21. Elle a ajouté qu'il n'était par ailleurs pas réaliste d'augmenter l'âge de la retraite, car le marché du travail se montrait peu enclin à employer des travailleuses et travailleurs âgés malgré le manque de main-d'œuvre qualifiée.

Au cours d'un débat qui a duré plusieurs heures, seuls les représentants du Groupe libéral-radical ont soutenu l'initiative populaire. Regine Sauter (RL, ZH) a fait valoir qu'il fallait tenir compte des intérêts de la prochaine génération. Beat Walti (RL, ZH) a regretté que le vieillissement de la population soit un problème toujours renvoyé aux calendes grecques par la politique et Andri Silberschmidt (RL, ZH) a fait valoir que, selon les prévisions actuelles, l'AVS aurait utilisé son capital en 19 ans et ne serait plus en mesure de financer ses prestations au-delà de ce délai.

Plusieurs orateurs et oratrices s'opposant à l'initiative populaire ont critiqué le caractère socialement injuste de l'initiative. Jon Pult (S, GR) a souligné que, aujourd'hui déjà, ce sont plutôt les personnes qui gagnent bien leur vie qui peuvent se permettre une retraite anticipée. Le relèvement de l'âge de la retraite concernerait celles et ceux qui accomplissent un travail physique pénible, et partant, les personnes qui ont une espérance de vie moins élevée. Thomas Bläsi (V, GE) a fait remarquer que, à une époque où des milliards sont disponibles pour sauver une grande banque, une augmentation de l'âge de la retraite à 66, 67 ou 68 ans serait difficile à faire accepter à la population.

Flavia Wasserfallen (S, BE) a mis en garde contre l'acceptation de l'initiative, qui aurait pour conséquence un transfert des coûts vers les autres assurances sociales, comme l'assurance-chômage et l'aide sociale. Selon elle, la situation des travailleuses et travailleurs âgés se détériorerait encore plus.

Les débats ont également porté sur la proposition d'une minorité de la commission visant à renvoyer l'objet à la commission en chargeant celle-ci d'élaborer un contre-projet indirect à l'initiative, qui prévoirait un frein à l'endettement pour l'AVS. Melanie Mettler (GL, BE) a avancé que ce renvoi permettrait à la commission de trouver une meilleure solution pour assurer le financement des rentes des babyboomers étant donné que, dans la situation actuelle, le contrat intergénérationnel n'est pas équilibré. Outre les parlementaires PLR, les parlementaires UDC et Vert/libéraux ont voté pour le renvoi, qui a été décidé par 93 voix contre 92 et 1 abstention.

Après la séance de la commission, l'objet a été de nouveau inscrit à l'ordre du jour du Conseil national à peine une semaine plus tard. Barbara Gysi (S, SG), rapporteuse de la commission, a informé que celle-ci avait discuté de différentes propositions de contre-projet, dont un modèle tenant compte de la durée de l'activité professionnelle, mais avait rejeté tous les projets en raison des délais trop serrés compte tenu de la complexité du sujet. Regine Sauter (RL, ZH) a protesté contre cette décision et a accusé la commission de «refuser de travailler», regrettant que celle-ci n'ait apparemment que faire du mandat délivré par le conseil la semaine précédente. En tant que représentante d'une minorité de la commission, elle a, à nouveau, proposé de renvoyer l'objet à la commission en chargeant celle-ci d'élaborer un contre-projet indirect à l'initiative sur la base d'un modèle tenant compte de la durée de

l'activité professionnelle. Christian Lohr (M-E, TG) a mis en garde contre toute décision prise dans la précipitation qui n'apporterait aucune amélioration. Il a rappelé que le Conseil fédéral examinait déjà le modèle tenant compte de la durée de l'activité professionnelle dans le cadre du postulat Humbel ([22.4430](#)). Selon Katharina Prelicz-Huber (G, ZH), aucun nouveau modèle tenant compte de l'activité professionnelle n'est nécessaire. Elle a estimé en effet que l'AVS telle qu'elle était conçue actuellement était un modèle équilibré et juste, qui connaissait des bonifications pour tâches d'assistance et éducatives. Elle a rappelé que l'AVS était une assurance universelle, à laquelle toute la population cotisait, y compris pendant les phases sans activité lucrative.

Le Conseil national a rejeté le renvoi de l'objet par 140 voix contre 42 et 7 abstentions. Les membres du Groupe libéral-radical et 14 membres du Groupe UDC ont voté pour la proposition.

Par ailleurs, au vote sur l'ensemble, le Conseil national a décidé, par 133 voix contre 40 et 16 abstentions, de recommander le rejet de l'initiative.

Au vote sur l'ensemble, l'arrêté fédéral relatif à l'initiative populaire « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes) », qui recommande le rejet de cette dernière, a été adopté par le Conseil des États et par le Conseil national, respectivement par 32 voix contre 11 et 1 abstention et par 143 voix contre 40 et 11 abstentions.

2. Riassunto delle deliberazioni

22.054 Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni). Iniziativa popolare

Messaggio del 22 giugno 2022 concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)» [FF 2022 1711](#)

L'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)» presentata dai giovani PLR chiede un innalzamento dell'età di pensionamento a 66 anni e un successivo adeguamento della medesima alla speranza di vita media della popolazione svizzera residente. In tal modo si intende garantire il finanziamento a lungo termine dell'AVS. Una maggioranza delle Camere non ritiene opportuno innalzare nuovamente l'età di pensionamento dopo la riforma AVS 21. Inoltre, l'adeguamento dell'età di pensionamento alla speranza di vita media non sarebbe socialmente equo e un simile automatismo non può essere sancito nella Costituzione. Anche il Consiglio nazionale si è opposto all'elaborazione di un controprogetto indiretto. L'iniziativa è stata sostenuta dal PLR e da una minoranza dell'UDC.

Situazione iniziale

Il 16 luglio 2021 i giovani PLR hanno depositato con 107 049 firme valide l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)».

L'iniziativa chiede, in una prima tappa, che l'età di pensionamento sia innalzata a 66 anni per gli uomini e per le donne. Dopo di che, l'iniziativa chiede che l'età di pensionamento venga legata alla speranza di vita media della popolazione svizzera residente dell'età di 65 anni. L'adeguamento avverrebbe ogni anno a scatti di due mesi al massimo e dovrebbe essere comunicato agli interessati cinque anni prima che essi raggiungano l'età di pensionamento.

Il Consiglio federale ritiene che un tale automatismo non terrebbe sufficientemente conto della situazione effettiva del mercato del lavoro - in particolare per quanto riguarda i lavoratori anziani - e nemmeno della situazione sociale. Inoltre, il semplice innalzamento dell'età di pensionamento non basterebbe per far fronte alla sfida demografica dell'AVS, ma occorrerebbero altre misure, tra cui un finanziamento aggiuntivo. Infine, l'introduzione di un tale automatismo non sarebbe compatibile con il sistema politico svizzero. Sancire l'età di pensionamento nella Costituzione federale priverebbe il Consiglio federale, il Parlamento e il Popolo del margine di manovra necessario per poter prendere in considerazione altri criteri.

Il Consiglio federale propone pertanto al Parlamento di raccomandare al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa sulle pensioni.

(Fonte: comunicato stampa del Consiglio federale del 22 giugno 2022)

Deliberazioni

Disegno 1

Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)» [FF 2022 1712](#)

15.03.2023	CS	Decisione secondo il disegno (progetto)
05.06.2023	CN	Rinvio alla Commissione
12.06.2023	CN	Mozione d'ordine
13.06.2023	CN	Adesione
16.06.2023	CN	Adozione nella votazione finale
16.06.2023	CS	Adozione nella votazione finale

Testo del voto finale: [FF 2023 1520](#)

Disegno 2

Decreto federale «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile: freno all'indebitamento dell'AVS» (controprogetto diretto all'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile [Iniziativa sulle pensioni]») (Disegno della minoranza I Sauter della CSSS-N del 23.03.2023)

13.06.2023	CN	Non entrata in materia
------------	----	------------------------

In seno al **Consiglio degli Stati** Pirmin Bischof (M-E, SO) ha proposto, a nome della Commissione incaricata dell'esame preliminare, di raccomandare il rigetto dell'iniziativa. Dopo che un'esigua maggioranza ha accettato la riforma dell'AVS 21 che prevede l'innalzamento dell'età di pensionamento per le donne e poiché la riforma della previdenza professionale non è ancora stata completata, non sembra essere il momento opportuno per aumentare ulteriormente l'età di pensionamento. La Commissione ha inoltre sottolineato quanto sia profondamente sbagliato sancire nella Costituzione federale un automatismo per calcolare l'età di pensionamento nonché la stessa età di pensionamento. I sostenitori dell'iniziativa hanno replicato evidenziando la necessità di riformare l'AVS per frenare l'aumento eccessivo dell'indebitamento. L'iniziativa popolare affronta tale problema. In caso di accettazione, le uscite dell'AVS nel 2030 diminuirebbero di 2,1 miliardi all'anno, ha affermato Thomas Hefti (RL, GL). Hans Stöckli (S, BE) ha da parte sua criticato il fatto che l'iniziativa intenda fare riferimento a un valore medio per determinare la speranza di vita e dunque l'età di pensionamento. Tuttavia, la speranza di vita media varia notevolmente a seconda della professione esercitata e della regione. L'iniziativa non propone dunque una soluzione equa. Analogamente ad altri relatori, anche Erich Ettlin (M-E, OW) ha ricordato che il Consiglio federale è già stato incaricato di fare il punto della situazione sull'AVS e di presentare proposte entro il 2026 (Mo. [21.3462](#) Mandato per la prossima riforma dell'AVS e Po. [22.4430](#) «AVS. Calcolare la durata del lavoro sull'arco della vita»). Non sarebbe pertanto necessario presentare un controprogetto all'iniziativa. Seguendo la sua Commissione, il Consiglio degli Stati ha deciso con 30 voti contro 11 (dalle file del PLR) di raccomandare il rigetto dell'iniziativa.

Analogamente al Consiglio degli Stati, la Commissione incaricata dell'esame preliminare del **Consiglio nazionale** ha proposto di raccomandare il rigetto dell'iniziativa. La relatrice commissionale Barbara Gysi (S, SG) ha spiegato che la Commissione non ritiene opportuno innalzare nuovamente l'età di pensionamento così poco tempo dopo il voto sulla riforma dell'AVS 21. Un innalzamento dell'età di pensionamento non sarebbe inoltre realistico dato che il mercato del lavoro denota una scarsa disponibilità a integrare lavoratori anziani malgrado la carenza di manodopera qualificata.

Nel dibattito durato diverse ore soltanto i rappresentanti del Gruppo liberale hanno sostenuto l'iniziativa popolare. Regine Sauter (RL, ZH) ha sottolineato l'importanza di salvaguardare gli interessi della prossima generazione. Beat Walti (RL, ZH) ha inoltre ribadito che nessun altro problema è relegato in secondo piano dai politici come nel caso dell'invecchiamento demografico. Andri Silberschmidt (RL, ZH) ha affermato che, secondo le previsioni attuali, l'AVS potrebbe esaurire il proprio capitale nel giro di 19 anni e non sarebbe più in grado di finanziare le proprie prestazioni.

Dall'altro lato, numerosi relatori hanno criticato l'iniziativa ritenendola socialmente iniqua. Già oggi le persone con un buon salario possono permettersi di andare in pensione anticipata, ha affermato Jon Pult (S, GR). L'innalzamento dell'età di pensionamento colpirebbe le persone che esercitano lavori fisicamente pesanti e che avrebbero dunque anche una speranza di vita più bassa. Thomas Bläsi (V, GE) ha rimarcato che in tempi in cui sono messi a disposizione miliardi per il salvataggio di una grande banca, aumentare l'età di pensionamento a 66, 67 o 68 anni sarebbe una misura difficile da far accettare dalla popolazione.

Flavia Wasserfallen (S, BE) ha avvertito che se l'iniziativa fosse accettata, i costi verrebbero semplicemente spostati su altre opere sociali, come l'assicurazione contro la disoccupazione e l'aiuto sociale. Ciò peggiorerebbe ulteriormente la situazione dei lavoratori più anziani.

È stata inoltre discussa la proposta della minoranza della Commissione di rinviare l'affare alla Commissione incaricandola di elaborare un controprogetto indiretto all'iniziativa che preveda un freno all'indebitamento dell'AVS. Melanie Mettler (GL, BE) ha sostenuto che ciò darebbe alla Commissione la possibilità di trovare una soluzione migliore per il finanziamento delle rendite dei baby boomer perché nella situazione attuale il patto generazionale è sbilanciato. Oltre al PLR, anche l'UDC e i Verdi liberali sarebbero a favore del rinvio dell'iniziativa alla Commissione (93 voti contro 92 e un'astensione).

Dopo la riunione della Commissione, l'affare è stato rimesso all'ordine del giorno in Consiglio nazionale già dopo una settimana. La relatrice commissionale Barbara Gysi (S, SG) ha riferito che la Commissione ha discusso diverse proposte di controprogetto, tra cui un modello di durata del lavoro calcolata sull'arco della vita. La Commissione ha, tuttavia, respinto tutte le proposte a causa dei tempi troppo stretti e della complessità della materia. Regine Sauter (RL, ZH) ha criticato tale approccio ritenendolo un venir meno ai propri doveri professionali e ha concluso constatando che evidentemente la maggioranza della Commissione non ritiene di doversi occupare della proposta presentata dalla propria Camera la settimana precedente. In qualità di rappresentante di una minoranza della Commissione, ha nuovamente presentato una proposta di rinvio dell'oggetto in cui incarica di elaborare un controprogetto indiretto all'iniziativa basato sul modello di durata del lavoro calcolato sull'arco della vita. Christian Lohr (M-E, TG) ha messo in guardia da una soluzione affrettata che non porterebbe alcun risultato. Ha ricordato che il Consiglio federale sta già esaminando il modello di

durata del lavoro calcolato sull'arco della vita proposto dal postulato Humbel ([22.4430](#)) trasmesso al Parlamento. Secondo Katharina Prelicz-Huber (G, ZH) non è necessario un nuovo modello con la durata del lavoro calcolata sull'arco della vita. L'attuale AVS è strutturata secondo un modello molto equilibrato ed equo che riconosce anche gli accrediti per compiti assistenziali ed educativi. L'AVS è un'assicurazione nazionale in cui tutti versano contributi, anche durante un periodo di inattività.

Il Consiglio nazionale ha respinto la proposta di rinvio con 140 voti contro 42 e 7 astensioni. Il Gruppo liberale radicale e 14 membri del Gruppo UDC hanno votato a favore.

Il Consiglio nazionale ha inoltre raccomandato di respingere l'iniziativa popolare nella votazione sul complesso con 133 voti contro 40 e 16 astensioni.

Il decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)», che ne raccomanda il rifiuto, è stato adottato nella votazione finale con 32 voti contro 11 e un'astensione dal Consiglio degli Stati e con 143 voti contro 40 e 11 astensioni dal Consiglio nazionale.



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Erstrat – Premier Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bischof Pirmin (M-E, SO), für die Kommission: Man könnte sagen, dass wir jetzt noch einmal das Gleiche machen: Wir behandeln jetzt nochmals eine Volksinitiative, und es ist nochmals eine Volksinitiative zur Zukunft der AHV. Aber die Diskussion wird eine völlig unterschiedliche sein, obwohl die Anträge des Bundesrates und Ihrer Kommission im Ergebnis die gleichen sind. Bei beiden Volksinitiativen, bei derjenigen, über die wir eben abgestimmt haben, und bei derjenigen, die wir jetzt behandeln, beantragen Ihnen der Bundesrat und die Kommission, sie zur Ablehnung zu empfehlen und keinen Gegenvorschlag zu unterbreiten, weder einen indirekten noch einen direkten.

Die beiden Volksinitiativen sind aber völlig unterschiedlich. Wieso kommen Kommission und Bundesrat trotzdem bei beiden zu einer ablehnenden Haltung? Die Volksinitiative, die wir jetzt vor uns haben, ist die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)". Sie wurde am 16. Juli 2021 in der Form eines ausformulierten Entwurfes eingereicht. Mit der Initiative wird verlangt, dass das Rentenalter für beide Geschlechter auf 66 Jahre erhöht und anschliessend an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung gekoppelt wird. Damit soll die AHV langfristig finanziell gesichert werden.

Mit der Initiative soll ein neuer Artikel 112 Absatz 2 Litera a in die Bundesverfassung eingefügt werden. Ich lese Ihnen nicht den ganzen Buchstaben vor, aber den Kernsatz. Dieser Kernsatz lautet: "Das Rentenalter ist an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren gebunden [...]." Dieser Satz würde bei Annahme der Initiative künftig in der Bundesverfassung stehen.

Der Bundesrat beantragt in seinem Entwurf vom 22. Juni 2022, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, und unterbreitet dazu weder einen direkten noch einen indirekten Gegenentwurf.

Ihre Kommission hat sich eingehend mit dieser Initiative befasst. Der Ständerat ist hier – anders als bei der vorher beratenen Initiative – Erstrat. Ihre Kommission hat deshalb zu dieser Initiative Hearings durchgeführt, einerseits mit den Initiantinnen und Initianten, andererseits mit den Sozialpartnern. Die Kommission hat auch die Kantonsregierungen eingeladen; die SODK hat auf eine Teilnahme an den Hearings verzichtet.

Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Ihre Kommission beantragt Ihnen mit 7 zu 2 Stimmen bei 3 Enthaltungen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Warum? Die Begründung des Bundesrates für seinen Antrag, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, ist im Wesentlichen die, dass er sagt, die Initiative nehme auf die Situation auf dem Arbeitsmarkt und insbesondere auf die Situation der älteren Arbeitnehmenden zu wenig Rücksicht. Zudem sei ein Automatismus, wie ihn die Initiative in der Bundesverfassung verankern möchte, mit dem schweizerischen System nicht vereinbar. Eine Verankerung des Rentenalters in der Bundesverfassung – so der Bundesrat – würde dem Bundesrat, dem Parlament und der Stimmbbevölkerung den nötigen Spielraum





entziehen, um andere Kriterien berücksichtigen zu können. Der Bundesrat weist auch darauf hin, dass es so kurz nach der Volksabstimmung über die AHV 21, bei der die Vorlage knapp angenommen wurde, nicht der richtige Zeitpunkt und nicht opportun sein, schon wieder das Rentenalter in der AHV zu thematisieren. Zudem sei eine Forderung der Initiative mit der Angleichung des Frauenrentenalters an das Männerrentenalter von 65 Jahren bereits erfüllt.

Ihre Kommission hat weiter einen Mitbericht der Finanzkommission zur Kenntnis genommen. Die Finanzkommission weist darauf hin, dass eine weitere Reform der AHV unumgänglich sei, dass aber der Weg, den die Initiative vorschlägt, untauglich sei. Die Finanzkommission beantragt mit 7 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen, und sie beantragt mit 7 zu 5 Stimmen, auf einen Gegenentwurf zu verzichten.

Ihre Kommission hat folgende Überlegungen gemacht:

1. Nach der knappen Annahme der AHV-21-Vorlage ist für die Kommissionsmehrheit der Zeitpunkt nicht gegeben, bereits wieder eine neue Anpassung des Rentenalters vorzunehmen. Vor allem ist der Zeitpunkt nicht gegeben, weil die Reform der beruflichen Vorsorge – wir werden heute auch dazu Stellung nehmen – noch nicht abgeschlossen ist, sie aber einen direkten Zusammenhang mit der AHV und speziell auch mit der Frage des Rentenalters hat.

2. Die zuständige Kommission geht wie die Finanzkommission davon aus, dass die nachhaltige Finanzierung der AHV nach wie vor nicht gesichert ist, dass es also in absehbarer Zeit eine neue Reform braucht, um eine längerfristige Finanzierung der AHV zu sichern. Die Kommission weist aber darauf hin, dass der Bundesrat mit der Annahme der Motion 21.3462, "Auftrag für die nächste AHV-Reform", bereits jetzt den Auftrag hat, eine Reformvorlage für die Absicherung der AHV für die Jahre 2030 bis 2040 vorzulegen, und dass der Bundesrat auch daran ist, das zu machen. Der Bundesrat beabsichtigt, eine entsprechende Reform bis Ende 2026 vorzulegen.

In diesem Zusammenhang ist die Kommission vom Bundespräsidenten darüber orientiert worden, dass der Bundesrat sehr intensiv mit dieser Vorlage beschäftigt sei und diverse Eckpunkte für die entsprechende Reform auch bereits feststünden. Er hat insbesondere darauf hingewiesen, dass nach dem Entscheid des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte die Frage der Witwen- und Witwerrente in diesem Zusammenhang neu geregelt werden müsse, dass ein Postulat aus dem Nationalrat hängig sei, das die Beitragsjahre zu einem Kriterium bei der Definition des Rentenalters machen möchte, und dass Vorstösse betreffend die Ehepaarrente hängig seien, die in diesen Zusammenhang gehörten. Die Kommission ist der Meinung, dass diese Vorlage abgewartet werden sollte, bevor eine neue Regelung betreffend das AHV-Rentenalter eingeführt wird.

3. Die Kommission ist der Meinung, dass es grundfalsch wäre, einen Automatismus zur Berechnung des Rentenalters und das Rentenalter an sich in die Bundesverfassung zu schreiben. Die Initianten beabsichtigen zwar eine Flexibilisierung zur langfristigen Sicherung der AHV. Nach Auffassung der Kommissionsmehrheit erreichen sie mit einem Automatismus in der Bundesverfassung aber das Gegenteil. Bundesrat und Parlament würden in ein eigentliches Korsett gesteckt, indem sowohl die Zahl 66, die neu in die Verfassung geschrieben würde, als auch die automatische Anpassung an das durchschnittliche Lebensalter nur noch über eine Bundesverfassungsänderung abänderbar wären. Das hält die Kommissionsmehrheit angesichts der Beweglichkeit bei den heutigen Verhältnissen für eine schlechte Ausgangslage.

4. Die Kommission hat sich mit den Erfahrungen anderer Länder befasst. Alle europäischen Staaten haben bei ihren Altersversicherungen das gleiche Demografieproblem. Jedes Land hat seine Altersversicherung etwas anders ausgerichtet. Es gibt nur zwei europäische Länder, die einen wirklichen Automatismus in ihrer Altersversicherung kennen. Das sind Schweden und Finnland. In diesen beiden Ländern ist der Automatismus noch gar nicht in Kraft getreten. In Schweden ist der Automatismus mit der Regelung verbunden, dass das

AB 2023 S 220 / BO 2023 E 220

Rentenalter zwar automatisch an die durchschnittliche Lebenszeit angepasst wird, dies aber mit einer Anstellungsgarantie bis zum Alter 68. Das ist natürlich eine Ausgangslage, die für die Schweiz kaum möglich wäre. Unter dem Strich beantragt Ihnen Ihre Kommission, die Initiative abzulehnen und ihr weder einen direkten noch einen indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zu folgen. Die Minderheit wird ihren Antrag sicher selbst begründen.

Dittli Josef (RL, UR): Ich vertrete mit diesem Votum auch gleich die Minderheit, die die Initiative zur Annahme empfiehlt.

Der Grund, weshalb wir heute die Renten-Initiative der Jungfreisinnigen beraten, ist bekannt und eigentlich ja hochofreulich. Wir haben in unserer Gesellschaft das Glück, immer älter zu werden. Die damit verbun-



denen Herausforderungen für die AHV sind ebenfalls bekannt und die dazugehörige Rechnung äusserst einfach: Bei der Einführung der AHV bezog man während 13 Jahren eine Rente, nun tut man das während 23 Jahren; gleichzeitig bleibt die Anzahl Jahre konstant, in denen man für die Pension spart. Um festzustellen, dass die AHV unter diesen Vorzeichen auf ein strukturelles Finanzierungsproblem zusteuert oder, bildhafter ausgedrückt, angesichts der Entwicklungen auf eine Wand zurast, genügt ein Mindestmass an gesundem Menschenverstand.

Genau da kommen wir als Parlament ins Spiel. Als Gesetzgeber wurden wir gewählt, um passende Lösungen für ebensolche Entwicklungen vorzuschlagen. Wir wurden gewählt, um sicherzustellen, dass die Schweizerinnen und Schweizer nicht nur länger leben, sondern dies auch mit anständigen und nachhaltig gesicherten Renten tun können. Wir sind es, die die Gesetze von morgen verabschieden und deshalb darum besorgt sein müssen, unsere Sozialwerke fit für die Zukunft zu machen. Darüber sind wir uns ja eigentlich alle einig – eigentlich –, aber trotz des unbestrittenen und schon lange vorherrschenden Handlungsbedarfes bei den Sozialwerken tun wir uns als Parlament unheimlich schwer damit, in diesem Bereich mehrheitsfähige Lösungen zu zimmern, und zwar nicht nur in der AHV, sondern auch im BVG.

Unsere Uneinigkeit darüber, wie wir das bewährte Dreisäulensystem, um das wir übrigens weltweit beneidet werden, modernisieren können, führt oftmals dazu, dass schlussendlich nichts passiert – und falls doch einmal etwas passiert, passiert viel zu wenig. Angesichts unserer Handlungsunfähigkeit überrascht es mich daher überhaupt nicht, dass das Volk zu einem Instrument greift, um das wir ebenfalls weltweit beneidet werden, zur Volksinitiative. Sie mögen nun sagen, dass eine Volksinitiative in unserem Land nichts Aussergewöhnliches ist, und Sie haben recht. Nachdenklich sollte uns aber der Umstand stimmen, dass die vorliegende Renten-Initiative nicht etwa von Rentnerinnen und Rentnern oder von der Babyboomer-Generation eingereicht wurde, sondern von einer Jungpartei.

Ja, die jungen Menschen machen sich Sorgen um ihre Renten und versuchen gerade, Bundesrat und Parlament Beine zu machen. Wer will ihnen das angesichts der Prognosen schon vorhalten? In den nächsten Jahren werden eine Million Menschen pensioniert. Immer weniger junge Menschen finanzieren immer mehr Rentnerinnen und Rentner. Noch in diesem Jahrzehnt, und dies trotz der AHV 21, kippt das Umlageergebnis der AHV ins Negative. Wenn wir nichts unternehmen, wird die AHV bis 2050 Schulden von 100 Milliarden Franken anhäufen.

Die Zahlen liegen also auf dem Tisch. Sie sind eindeutig und wenig erfreulich. Die Initiative wird dem Schweizer Stimmvolk deshalb einfache Fragen stellen, unabhängig davon, was wir heute in diesem Rat entscheiden: Sind wir Schweizer bereit, etwas länger zu arbeiten, damit auch unsere Kinder und Enkelkinder einmal von einer anständigen Rente profitieren können? Sind die Schweizerinnen bereit, das Rentenalter für Männer und Frauen an die Lebenserwartung zu koppeln und somit eine nachhaltige AHV sicherzustellen? Ist die Bevölkerung bereit, im gleichen Schritt dafür zu sorgen, dass wir einen Viertel weniger Zuwanderung benötigen werden und einen wichtigen Schritt gegen den Arbeitskräftemangel unternehmen können?

Das sind die ehrlichen Fragen, welche es besser früher als später zu stellen gilt. Die Alternative ist ein Scherbenhaufen für die kommenden Generationen. Als Parlamentarier stehen wir deshalb in der Verantwortung. Wir sind verpflichtet, der Bevölkerung reinen Wein einzuschenken – Wahlen hin oder her – und auch die unangenehmen Wahrheiten anzusprechen. Die Antwort auf stetig mehr Lebensjahre ist eben irgendwann eine Erhöhung des Rentenalters, wie sie zum Beispiel in Dänemark mit Rentenalter 74 oder in Italien mit Rentenalter 71 vorgesehen ist. Die Alternativen sind Lohnabgaben und Steuererhöhungen ad infinitum.

Mit der kürzlichen Einstellung der Unterschriftensammlung für die SNB-Initiative der Gewerkschaften, mit der die AHV mit Nationalbankgeldern hätte gestärkt werden sollen, starb ein alternatives Prestigeprojekt der Linken, weil sie eingesehen haben, dass ihre Vorstellungen nicht zielführend sind. Nun stehen sie ohne konkrete Idee da, wie wir die Finanzierung sicherstellen können, und lehnen trotzdem jeden konstruktiven Vorschlag ab. Es reicht leider auch nicht, sich hinter dem Bundesrat zu verstecken und auf angekündigte Reformen zu verweisen. Die Erfahrungen mit den letzten Reformen haben gezeigt, dass wir so nicht vorwärtskommen.

Ich bin nicht bereit, unsere erste Säule an die Wand zu fahren. Ich bin nicht bereit, den jungen Menschen in diesem Land einen Scherbenhaufen zu hinterlassen. Ich bin nicht bereit, zuzusehen, wie uns die Fachkräfte ausgehen und wir nichts unternehmen. Die schlichten Fakten sind der Grund, weshalb ich die vorliegende Initiative mit meiner Minderheit unterstütze und weshalb ich mich in der Kommission auch für einen indirekten Gegenvorschlag eingesetzt habe, damit wir endlich die Herausforderungen angehen und die Massnahmen anpacken, welche wir jahrelang verschlafen haben.

Ich bitte Sie, es mir gleichzutun, die Initiative zur Annahme zu empfehlen und dem Nationalrat dadurch ein deutliches Signal für die Annahme der Initiative oder zumindest für die Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags zu senden. Ich würde mir dabei wünschen, dass die Kommission der grossen Kammer den



knappen Entscheid unserer Kommission, auf einen indirekten Gegenvorschlag zu verzichten, korrigiert. Ich beantrage Ihnen mit meiner Minderheit, die Volksinitiative zur Annahme zu empfehlen.

Kuprecht Alex (V, SZ): Ich habe eigentlich grosses Verständnis für den Inhalt der Initiative. In der Tat, wir leben immer länger. Dass wir länger leben, ist aber noch nicht alles. Wir leben immer länger und immer gesünder. Insofern wäre wahrscheinlich eine Erhöhung des Rentenalters angebracht und auch verständlich. Allerdings sollten wir auch ein bisschen auf dem Boden der Realität bleiben. Wir reden jetzt immer davon, dass wir länger arbeiten sollten, stellen jedoch fest, dass Jüngere ihre Arbeitspensen immer mehr reduzieren. Das ist nicht ganz adäquat. Auf der einen Seite lebt man länger, auf der anderen Seite reduziert man die Arbeitspensen immer mehr, auf 70, 80 Prozent usw.

Wenn wir ein bisschen aus der Erfahrung schöpfen und das in die Zukunft projizieren, müssen wir feststellen, dass AHV-Vorlagen nur dann eine Chance haben, wenn sie in sich einigermaßen ausgewogen sind. Das haben wir in der Vergangenheit mehrmals erlebt. Unausgewogene Vorlagen werden vom Volk nicht akzeptiert. Die Erhöhung des Rentenalters alleine ist keine ausgewogene Vorlage. Es tangiert natürlich auch andere Bereiche, die angepackt werden müssen. Die AHV 21 ist noch nicht in Kraft. Sie wissen, dass diese aus meiner Sicht doch ausgewogene Vorlage beim Volk nur eine hauchdünne Mehrheit erzielt hat – sie war hauchdünn! Wir haben mit der Annahme der Motion 21.3462 der SGK-N, "Auftrag für die nächste AHV-Reform", beschlossen, dass bis zum 31. Dezember 2026 eine nächste Vorlage für die Stabilisierung der Renten zwischen 2030 und 2040 auf den Tisch des Parlamentes kommen muss. Herr Kollege Bischof hat es bereits erwähnt: Es gibt zahlreiche Themen, die dann dort entsprechend angesprochen, andiskutiert und auch einer

AB 2023 S 221 / BO 2023 E 221

Lösung zugeführt werden müssen. Ich verstehe beispielsweise die Frage der zusätzlichen Erhöhung des Rentenalters wieder als einen Teil des Gesamtpaketes. Insofern kommt diese Initiative aus meiner Sicht zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt, weil darüber eben nur isoliert und nicht als Teillösung eines Gesamtpaketes abgestimmt werden soll.

Ich bin der Überzeugung, dass es zu dieser Initiative keinen Gegenvorschlag braucht. Aber ich fordere den Rat bereits heute auf, dieses Thema im Rahmen der nächsten Revision wieder anzudiskutieren und es allenfalls im Rahmen eines Gesamtpaketes einer Lösung zuzuführen. In diesem Sinne beantrage ich Ihnen, diese Initiative abzulehnen, dies aber immer mit der Zukunftsperspektive, dass wir dieses Problem angehen müssen. Die künftigen Kommissionen sollen das auch dringend angehen. Ohne eine ausgewogene, austarierte Gesamtlösung wird es auch in Zukunft nicht gehen.

Stöckli Hans (S, BE): Ich bin natürlich ein schlechtes Beispiel, wenn ich in meinem hohen Alter noch aktiv bin und mich gleichzeitig dagegen wehre, dass man das Rentenalter erheblich erhöht. Wir haben die Diskussion im Rahmen der letzten Abstimmung geführt und werden die Gelegenheit haben, sie noch bei den anderen Vorlagen zu führen. Die Art und Weise, wie man das Problem angehen will, hat mich aber dazu bewegt, noch einige Punkte zu nennen.

Wir wissen ja alle, dass es in einem gewissen Alter sehr schwierig ist, noch eine Stelle zu bekommen. Diese Initiative würde die Möglichkeiten der älteren Menschen, am Arbeitsmarkt noch aktiv zu sein, ganz klar verschlechtern.

Was für mich aber überhaupt nicht geht, ist, dass man auf einen Durchschnittswert abstellen will: Man soll die durchschnittliche Lebenserwartung als Basis nehmen, um dann die Altersrechte zu definieren. Der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Lebenserwartung in Obwalden und derjenigen in Glarus beträgt beispielsweise über vier Jahre. Auf derart engem Raum ist die Differenz also so gross. Ich war sehr erstaunt, als ich gelesen habe – das habe ich hier bereits einmal ausgeführt –, dass "white collars" eine wesentlich höhere Lebenserwartung haben als Menschen, die harte Arbeit vollbringen müssen: Eine Studie hat ergeben, dass beispielsweise ein Schreiner knapp drei Jahre weniger lang lebt als ein Professor. Ja, welchen Durchschnittswert wollen Sie denn nun nehmen, denjenigen der Schreiner oder denjenigen der Professoren? Drei Jahre – das ist eine entscheidende Zeitdauer! Eine gerechte Lösung kann auf Basis der vorliegenden Initiative daher nicht gefunden werden.

Kommt hinzu, dass diese Initiative die Planung erschweren würde, weil man bis zum Alter von 61 Jahren noch gar nicht wüsste, wann man schlussendlich die Rente kriegt. Sie ist auch verwaltungsmässig anspruchsvoll, weil bei der Rentenberechnung viel mehr Bürokratie nötig wäre. Deshalb denke ich: Es ist sicher gut, dass sich auch Jungparteien aktiv politisch betätigen, aber das alleine reicht ja noch nicht aus, um eine Lösung zu unterstützen, die keinen Beitrag zu einer Verbesserung der Situation leistet.



Dementsprechend beantrage ich, die Initiative nicht zur Annahme, sondern zur Ablehnung zu empfehlen und auch keinen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Müller Damian (RL, LU): Aufgrund der Voten meiner beiden Vorredner sehe ich mich fast gezwungen, noch etwas zu sagen. Die Argumente, die sie jetzt vorbringen, würden eigentlich für einen Gegenvorschlag sprechen. Insbesondere gilt meines Wissens im Kanton Glarus oder im Kanton Uri, auch wenn die Lebenserwartung in Zürich vielleicht eine andere ist, genau das gleiche Rentenalter, nämlich 65, egal ob man länger arbeitet oder nicht.

Ich glaube, dass wir uns in der Politik fragen müssen, wie sich die demografischen Verhältnisse entwickeln, welche Auswirkungen z. B. der Arbeitskräftemangel im Gesundheitswesen hinsichtlich der Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung unseres Wohlstandes hat. In Bezug auf die finanzielle Gesundheit unserer Sozialwerke sind wir es uns schuldig, diese Fragen zu stellen. Wir wären es unseren Wählerinnen und Wählern also schuldig, wenigstens eine Diskussion zur Frage zu ermöglichen, wie wir die immensen Herausforderungen, insbesondere in der Altersvorsorge, in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren lösen. Ich betone: "wären", denn eine Mehrheit in diesem Saal wird, wie schon die Mehrheit der Kommission, vielleicht wegen des Wahljahres der Auffassung sein, diese Diskussion sei in der Bevölkerung nicht zu führen.

Ich sehe das diametral anders. Ich bin überzeugt, dass es ehrlich ist, den Wählerinnen und Wählern zu sagen: Schaut her, wir haben eine grosse Herausforderung, und wir brauchen jetzt eine Lösung – eine faire Lösung für alle Generationen, das möchte ich betonen. Wir können es uns als Gesellschaft nicht leisten, diese heisse Kartoffel von Session zu Session oder von Legislatur zu Legislatur weiterzureichen. Es ist deshalb allen zumutbar, gerade im Wahljahr Flagge zu zeigen und Position zu beziehen, beispielsweise mit einem griffigen Gegenvorschlag, oder sich mindestens der Diskussion über die Frage zu stellen, ob wir nicht mittelfristig einige Monate länger arbeiten können und dafür dann auch eine angemessene Rente erhalten.

Sie müssen sich vorstellen: Alle zehn Jahre leben wir im Durchschnitt ein Jahr länger – Gott sei Dank! Es ist aber auch unsere Pflicht gegenüber zukünftigen Pensionärinnen und Pensionären, einige Monate mehr produktiv zu arbeiten und so einen Beitrag zum Generationenvertrag zu leisten. In der Chambre de Réflexion wird eine Mehrheit der Auffassung sein, dass die Wahrheit unseren Wählerinnen und Wählern nicht zumutbar sei; vielleicht ist sie eher uns selbst nicht zumutbar. Ich hoffe, dass dann wenigstens der Nationalrat etwas realistischer mit dem Fakt umgeht, dass wir einen Gegenvorschlag brauchen. Das sind wir unseren Wählerinnen und Wählern am Schluss nämlich auch schuldig.

Ettlin Erich (M-E, OW): Es freut mich natürlich, dass die Obwaldner am längsten leben. Aber ich weiss, diese Zahlen ändern schnell.

Ich möchte nur kurz antworten und festhalten: Auch in der Kommission – das ist meine persönliche Meinung – haben wir nie daran gezweifelt, dass man darüber nachdenken und sich dieser Diskussion stellen muss. Das ist unbestritten. Ob Wahljahr oder nicht, wir werden das ständig machen. Der Berichterstatter hat es gesagt, Kollege Kuprecht hat es auch gesagt: Wir haben dem Bundesrat den Auftrag gegeben. Er muss bis 2026 die nächsten Schritte einleiten und uns aufzeigen, wie er das machen will.

Ich wollte mich einfach noch melden, weil ich auf den Vorstoss unserer alt Nationalratskollegin Ruth Humbel hinweisen wollte, die ein Postulat mit dem Auftrag an den Bundesrat eingereicht hat, auch noch ein Modell "Lebensarbeitszeit" zu prüfen. Das wäre ein weiteres Mittel. Es zeigt, dass man auch darüber noch diskutieren könnte und dass es – das würde auch die von Kollege Stöckli angesprochene Problematik aufnehmen – darauf ankommt, welchen Beruf man ausübt. Das Modell "Lebensarbeitszeit" setzt einfach voraus, dass man eine gewisse Anzahl Jahre arbeitet und einzahlt und dass diese dann das Rentenalter bestimmen. Ob das die Lösung ist, wissen wir nicht. Aber ich glaube, es ist klug, wenn wir uns Zeit nehmen und wenn sich der Bundesrat Zeit nimmt, bis 2026 eine Auslegeordnung zu machen, und nicht sofort nach der AHV-Abstimmung reagiert wird. Dann können wir – das wäre dann eine Art Gegenvorschlag – unter Berücksichtigung der Ideen der Jungparteien eine ausgewogene, kluge Lösung suchen. Hier wird die Lösung schon vorgegeben. Das ist zu einengend.

Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der Kommission zu folgen.

Carobbio Guscetti Marina (S, TI): J'ai demandé la parole après la discussion parce qu'il y a deux raisons justifiant de ne pas soutenir cette initiative populaire et de ne pas élaborer un contre-projet. Elles ont déjà été évoquées en partie par notre collègue Stöckli.

Cette initiative prévoit un relèvement progressif de l'âge de la retraite pour tous en établissant un lien avec l'espérance de vie. M. Stöckli a déjà évoqué le fait que, et il est important de le souligner, l'espérance de vie n'est pas la même pour tout le monde et qu'elle dépend du statut social et économique. Je pense qu'il est



important de le souligner encore une fois dans notre discussion: ce n'est pas la même chose d'avoir un

AB 2023 S 222 / BO 2023 E 222

bon travail, de bien gagner sa vie et de ne pas avoir de problème à la retraite ou de faire un travail très dur, d'être une femme qui doit partager son temps entre le travail et la famille, avec les risques que cela entraîne pour la santé. On ne peut pas discuter de l'initiative sans prendre en considération cet élément.

La deuxième raison est liée à la discussion sur l'initiative sur la treizième rente AVS (22.043) et au débat sur le projet AVS 21. Comme on le sait, cela a été rappelé par le président de la Confédération, AVS 21 a été accepté par le peuple, mais pas avec beaucoup de voix d'écart entre le oui et le non. Pendant le débat qui a eu lieu dans l'opinion publique sur AVS 21, il a été dit, aussi par les partisans d'AVS 21 – comme vous le savez, j'étais contre cette réforme –, qu'il n'y aurait pas tout de suite une nouvelle discussion sur le relèvement de l'âge de la retraite. Or quelques mois après, nous nous retrouvons à discuter d'un relèvement progressif de l'âge de la retraite en liaison avec l'espérance de vie. Je pense que ce n'est pas le moment.

En lien avec AVS 21 – et la Commission des finances l'a souligné pour argumenter en faveur du non –, des propositions seront présentées dans quelques années par le Conseil fédéral, suite à l'approbation d'AVS 21. Etant donné que certaines personnes ont des difficultés à avoir les moyens suffisants lorsqu'elles seront retraitées, face aux inégalités, surtout aux inégalités dont sont victimes les femmes, je pense qu'il n'est pas vraiment adéquat de discuter maintenant d'un relèvement progressif en liaison avec l'espérance de vie, c'est ne pas prendre en considération les éléments importants qui sont ressortis pendant le débat sur AVS 21 il y a quelques mois.

Donc je vous invite aussi à recommander le rejet de cette initiative populaire.

Hefti Thomas (RL, GL): "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge" – so lautet der Titel der Volksinitiative, die wir nun behandeln. Die Initianten reden nicht um den heissen Brei herum, sondern gehen direkt in medias res. Gemäss der Initiative muss das Rentenalter um ein Jahr auf 66 Jahre angehoben werden; anschliessend kommt es zu einer Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung.

Es lohnt sich meiner Ansicht nach, die Botschaft genau und gut zu lesen. Bereits auf der ersten Seite der Übersicht finden sich folgende Aussagen: "Auf die Finanzierung der AHV hätte die Initiative positive Auswirkungen [...]." Und: "[...] ist die Forderung nach einer Erhöhung des Rentenalters grundsätzlich berechtigt." Dazu folgen Zahlen: Bis 1957 galt für alle das Rentenalter 65. Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 lag die verbleibende durchschnittliche Lebenserwartung eines 65-jährigen Mannes bei 12 Jahren, die einer 65-jährigen Frau bei 13,7 Jahren. Im Jahr 2020 zeigte sich ein verändertes Bild: Die verbleibende durchschnittliche Lebenserwartung der Männer betrug 19 Jahre, die der Frauen 22 Jahre. 1948 finanzierten 6,5 Erwerbstätige eine Person im Rentenalter, im Jahr 2020 finanzierten 3,3 Erwerbstätige eine Person im Rentenalter.

Aus diesen Fakten folgern die Initianten schnörkellos, dass das Rentenalter mindestens um ein Jahr auf 66 Jahre steigen muss. Ist das unser Untergang? Lebende Beispiele zeigen mir, dass das zum Teil heute schon freiwillig praktiziert wird. Wenn ich mich hier in meinem neuen Umfeld umsehe, so sehe ich die Herren Stöckli, François, Kuprecht, Zanetti – bis vor Kurzem sah ich da auch Herrn Paul Rechsteiner –, die alle mit sichtbarer Lust und Freude über das 65. Altersjahr hinaus tätig waren bzw. sind.

Ich komme wieder auf die Botschaft des Bundesrates zurück, und zwar auf Seite 25. Würde die Reform AHV 21 nach der Referendumsabstimmung umgesetzt und träte sie per 2024 in Kraft und sollte auch die Initiative angenommen werden, würde die Reduktion der Ausgaben der AHV im Jahr 2030 insgesamt 2,1 Milliarden Franken betragen. Im Jahr 2032 würden die Mehreinnahmen aus Lohnbeiträgen in der AHV insgesamt rund 590 Millionen Franken und die Minderausgaben insgesamt 2,7 Milliarden Franken betragen. Aber nicht nur das: Mit der Initiative würden die Kosten für die Ergänzungsleistungen dank einer Anhebung des Referenzalters auf 66 Jahre um 176 Millionen Franken gesenkt. Der in Prozenten definierte Bundesbeitrag würde sich im Jahr 2030 um 312 Millionen Franken verringern.

Ich beschränke mich auf einen weiteren Punkt, der auf Seite 32 der Botschaft angesprochen wird. Die demografische Alterung führt in der Tendenz zu einer Verknappung des Arbeitskräfteangebots. Ein höheres Rentenalter bedeutet einen längeren Verbleib im Arbeitsmarkt. Meine Bemerkung dazu: Wir täten also auch etwas gegen die Austrocknung des Arbeitsmarktes.

Das alles tönt doch nicht nach Untergang, sondern eher nach Befreiungsschlag. Wenn man sich vor Augen hält, dass wir, das Parlament, mit der Annahme der Motion der SGK-N vom 30. April 2021 den Bundesrat beauftragt haben, uns bis Ende 2026, also bis in gut drei Jahren, eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten, dann ist es wirklich schwer zu verstehen, dass weder Bundesrat noch Kommission die Ausarbeitung eines indirekten oder direkten Gegenvorschlags in Erwägung gezogen



haben. Das hätte es nämlich erlaubt, Unebenheiten der Initiative – und alle Initiativen haben Unebenheiten – auszubügeln und rechtzeitig einen Vorschlag zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 auszuarbeiten.

Da dies nicht erfolgt ist, bleibt mir nur, die Initiative zu unterstützen und ihr zuzustimmen und Sie zu bitten, das Gleiche zu tun.

Caroni Andrea (RL, AR): Ich bin zwar nicht in der Kommission, aber im Initiativkomitee, weshalb ich mich auch kurz mit ein, zwei Gedanken an Sie wenden möchte. Das Problem bei diesem Geschäft ist, dass man in weiten Kreisen – nicht in allen Kreisen, aber in weiten Kreisen – sagt, wir hätten Handlungsbedarf bei der AHV, man das Ganze dann aber am liebsten auf später verschiebt. Wir haben gehört, 2026 käme vielleicht etwas; Herr Kuprecht hat gesagt, sein Nachfolger soll sich dann darum kümmern. Das ist leider das typische Verhaltensmuster in der Politik.

Noch nie wurde bei der AHV analog unserer bewährten Schuldenbremse ein Meccano eingeführt, der dafür sorgt, dass sie wirklich automatisch und in sich ruhend langfristig stabil ist. Daher möchte ich erstens alle, die Freude an der Nachhaltigkeit haben, dazu einladen, der Initiative zuzustimmen. Es gibt nicht nur die ökologische Nachhaltigkeit, sondern eben auch die finanzielle Nachhaltigkeit, namentlich auch in den Sozialwerken. Diese besteht darin, dass man die sich am Horizont abzeichnenden Schulden nicht einfach auf kommende Generationen überwälzt, wie sie uns hier auf der Tribüne schon mal zahlreich zuschauen.

Zweitens möchte ich mich an diejenigen richten, die gerne ab und zu ins Ausland schauen und sagen, die Schweiz sei gesellschaftspolitisch doch ein Entwicklungsland oder wir seien noch in der Steinzeit. Sie schauen dann jeweils, was es dort für Elternurlaube gibt oder was es dort für Kinderbetreuungen gibt. Ich möchte Sie einladen: Machen Sie einmal den Vergleich bezüglich des Rentenalters. Hier sind wir fast in der Steinzeit, denn unsere 65 Jahre stammen noch aus Bismarcks Feder. In der Schweiz wurden sie 1948 eingeführt. Wenn Sie hier auch mal einen Vergleich machen wollen, stellen Sie fest, dass wir innerhalb der OECD nahezu das tiefste Rentenalter bei nahezu der höchsten Lebenserwartung haben.

Wenn Sie dann trotz all dieser Einladungen zum Schluss kommen, dass Ihnen das vorgelegte Konzept doch etwas zu starr ist, dann stimmen Sie trotzdem zu. Das wäre dann ein Signal an den Zweirat, den hier schon mehrfach angesprochenen Gegenvorschlag auszuarbeiten. In diesem Sinne bitte ich Sie zuzustimmen.

Bauer Philippe (RL, NE): Je ne referai pas l'histoire de l'AVS ni des changements qui sont intervenus depuis celle que mes grands-parents – ou les arrière-grands-parents pour certains – ont créée dans les années 1940, jusqu'à l'AVS que nous connaissons aujourd'hui.

Dans le cadre de mon activité professionnelle, j'explique très régulièrement à mes clients que, lorsqu'ils pensent qu'un problème peut survenir, ou lorsqu'un problème est en train de

AB 2023 S 223 / BO 2023 E 223

naître, il faut qu'ils prennent contact avec moi, parce qu'il est beaucoup plus facile de régler les choses en amont. J'explique la même chose à mes collaborateurs en leur disant: lorsque vous faites un contrat, faites en sorte qu'il soit le plus complet possible, imaginez les problèmes qui peuvent survenir et tâchez de les régler, parce que lorsque l'on règle les choses sans passion, c'est beaucoup plus simple et on est souvent meilleur.

Aujourd'hui, finalement, l'initiative qui vous est proposée est une initiative qui vise à objectiver un problème. Alors certes, elle ne règle pas tous les problèmes inhérents à l'AVS, mais elle vise à objectiver la question de l'âge de la retraite et, si possible, à éviter en la matière les batailles que nous pouvons connaître – espérance de vie, qualité de vie, montant de rente des premier et deuxième piliers –, et à avoir déjà une définition claire qui tient compte de l'évolution de la société.

C'est véritablement là quelque chose qui sera utile pour les générations futures. Si l'espérance de vie continue à augmenter, ce que nous souhaitons tous, les conditions d'obtention d'une rente du premier pilier seront modifiées.

Si l'espérance de vie n'évolue plus – ce que certains aussi souhaitent peut-être en pensant à la qualité de vie –, la problématique de l'âge de la retraite n'évoluera plus non plus. Je crois que c'est un service que l'on peut rendre à nos successeurs d'avoir aujourd'hui déjà objectivé cette question de l'âge de la retraite.

Pour répondre à Mme Carobbio Guscetti, je dirai qu'il est tout aussi arbitraire de fixer un âge dans la loi que de fixer les critères qui permettent de définir cet âge. Mais, comme on le sait, l'espérance de vie est un argument qui a été souvent invoqué, et nous devons aujourd'hui en tenir compte.

C'est pour cela que je vous propose d'accepter la proposition de la minorité et de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative populaire.



Wicki Hans (RL, NW): Ich muss Ihnen schon sagen: Ich fühle mich hier irgendwie im falschen Film. Als Unternehmer und auch als langjähriger Exekutivpolitiker war ich es gewohnt, Probleme zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten. Ich stelle hier fest, dass unser Bundesrat das Problem nicht lösen will. Er lehnt einfach die Initiative ab. Ich empfinde die Haltung unserer Kommission, das muss ich leider sagen, als eine Kapitulation vor unserem erfolgreichen Demokratiemodell. Alle sehen das Problem kommen – alle sehen das Problem kommen! –, aber niemand will etwas machen.

Herr Kollege Kuprecht, ich schätze Sie sehr und Ihren ausgesprochen reichen Erfahrungsschatz ungemein, aber was Sie gesagt haben, heisst übersetzt: "Ich nicht, ihr dann schon." Wenn wir jetzt einen Gegenvorschlag erarbeiten würden, hätten wir Zeit bis über das Legislaturende hinaus. Wir würden Anfang der nächsten Legislatur einen Gegenvorschlag beraten und darüber befinden. Im Jahr 2025 könnte die Bevölkerung über eine Lösung des Problems abstimmen, welche im Vorfeld debattiert werden könnte. Genau das will diese Initiative ja. Ich denke, das hat das Volk auch verdient. Das Volk sieht das Problem ja auch kommen, aber selbstverständlich ist die Lösung nicht so einfach, dass man jetzt alles schon fixfertig auf dem Tisch hätte.

Meine eigentliche Enttäuschung betrifft aber wirklich die Kommission, die sich nicht dazu durchringen konnte, einen Gegenvorschlag zu entwerfen. Ich hoffe jetzt natürlich auf den Nationalrat und darauf, dass dieser es tun wird, damit wir überhaupt die Chance haben, über einen Gegenvorschlag zu debattieren und dann darüber abzustimmen. Ich würde das sehr begrüßen. Im Normalfall sage ich auch, dass es nur die Initiative braucht und dass das Volk abstimmen soll. Aber in diesem Fall muss ich sagen, dass das für die Bevölkerung so schwierig und so komplex ist, dass wir einen Gegenvorschlag machen müssen, sonst haben wir keine Chance. Ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ich bin auch etwas enttäuscht darüber, was für ein Bild wir gegenüber den jungen Leuten und gegenüber der Bevölkerung abgeben. Ich sage es noch einmal: Alle sehen das Problem kommen, aber niemand will etwas machen.

Ja, wohin führt das? Es führt lediglich dazu, dass das System irgendeinmal nicht mehr am Leben erhalten werden kann. Das kann es ja nicht sein! Wir wollen unseren Jungen eine Zukunft geben und ihnen nicht sagen müssen: Wir wissen es auch nicht, schaut dann selbst.

Ich bitte Sie selbstverständlich, die Minderheit Dittli zu unterstützen. Aber noch einmal: Ich bitte den Nationalrat, einen Gegenvorschlag in Angriff zu nehmen, damit wir dann bei Gelegenheit darüber abstimmen können.

Michel Matthias (RL, ZG): Ich sehe mich einerseits in der Verantwortung gegenüber den jungen Leuten, die eben auf der Tribüne waren. Sie werden vier bis sechs Jahre länger leben als ich. Es ist ihnen gegenüber absolut kommunizierbar – ich kommuniziere das jeweils auch –, dass man für einen Teil dieser erhöhten Lebenserwartung auch länger arbeitet. Andererseits bin ich vielleicht noch nicht zu lange im Rat, sodass ich noch daran glaube, dass wir hier strategische Weichenstellungen beschliessen können. Das hier ist nun eine solche strategische Weichenstellung.

Wenn sich die Schweiz rühmt, Innovationsweltmeisterin zu sein, so muss ich mit Blick auf die Altersvorsorge, auf unsere drei Säulen, auf die wir so stolz sind, sagen, dass wir nicht gerade sehr innovativ sind. Wir sind total statisch. Wenn wir jeweils in Zehnjahresschritten eine Minireform machen, dann wird das den Problemen einfach nicht gerecht. Das gilt auch für die Motion der SGK-N, auf die jetzt immer wieder verwiesen wird und die den Bundesrat bekanntlich damit beauftragt, bis Ende 2026 eine Vorlage zu bringen, die dann für die nächsten zehn Jahre eine Stabilisierung bringen soll. Zehn Jahre, das ist ein Viertel einer Generation. Wir hangeln uns also in Kleinstschritten weiter. Hier braucht es einmal einen strategischen Grundsatzentscheid im Sinne der Minderheit.

Um auf das Kernanliegen zurückzukommen: Es ist nicht so, dass nur zwei Länder einen Mechanismus kennen. Ich lese in der Botschaft, dass neben Schweden auch andere Länder – Dänemark, Bulgarien, Estland, Finnland, Griechenland, Italien, die Niederlande, Portugal – eine Art von Mechanismus haben. Er ist jeweils etwas anders ausgestaltet, aber es gibt eine Dynamisierung. Wir wären also nicht die Ersten, nicht die Innovativsten, aber vielleicht wären wir etwas beweglicher als heute.

Sogar Italien, das ja nicht bekannt ist für seine innovative Dynamik, hat ein System. Ich habe es mir einmal angeschaut: Es heisst "Quota 100". Wenn Sie 64 Jahre alt sind und 36 Jahre gearbeitet haben – das ergibt in der Kombination 100 Jahre –, dann können Sie sich pensionieren lassen. Auch hier gibt es also einen innovativen, dynamischen Ansatz. Es gibt mehrere Kriterien, die man heranziehen kann, um einen solchen Mechanismus einzuführen. Lassen Sie uns noch daran arbeiten, das ist die nobelste Aufgabe des Parlamentes, anstatt einfach den Bundesrat zu beauftragen, den nächsten Kleinstschritt zu tun!

In der Gesamtbeurteilung wird in der Botschaft abschliessend gesagt, dass der Handlungsspielraum des Gesetzgebers nicht eingeschränkt werde; es brauche noch weitere Massnahmen. Der Initiative wird zugutegehalten, einen Beitrag für eine strukturelle Reform zu leisten.



Ich bitte um etwas Mut, ich bitte Sie, nun diesen Weg einzuschlagen und diese strukturelle Reform zu beginnen. Wir sollten uns hier nicht mit Umsetzungsfragen technischer Art, wie das Kollege Stöckli gemacht hat, den Mut nehmen. In diesem Sinne votiere ich für den Antrag der Minderheit.

Kuprecht Alex (V, SZ): Nachdem mich nun Herr Wicki direkt angesprochen hat, erlaube ich mir, nochmals kurz zu sprechen. Ich habe nicht gesagt, dass das Thema nicht angegangen werden muss. Ich habe gesagt, dass das Thema im Gegenvorschlag – für mich ist der Gegenvorschlag die nächste AHV-Revisionsvorlage – angegangen werden muss. Stellen Sie sich einmal vor: Wenn die Initiative 2025 zur Abstimmung kommt und nicht angenommen wird, dann können Sie sicher sein, dass das Thema die nächsten zehn Jahre nicht mehr angegangen wird. Das ist die grosse Problematik.

Ich bin eher ein Pragmatiker. Die Erfahrung zeigt, dass eine Vorlage, die nicht ausgewogen ist, keine Chance hat. Ich bin nun seit bald zwanzig Jahren dabei und musste in dieser Zeit auch unangenehme Punkte vertreten. Mit einer Vorlage, die

AB 2023 S 224 / BO 2023 E 224

nicht ausgewogen ist, haben Sie keine Chance, eine nächste Revision durchzubringen. Das ist das Problem, das ich sehe. Ich möchte, dass die nächste Revision, die in Bezug auf die Stabilität der AHV von 2030 bis 2040 absolut zentral ist, angenommen wird. Die Frage des Rentenalters ist Bestandteil davon. Aber isoliert werden Sie eine Erhöhung nicht durchbringen.

Die Erfahrung zeigt auch: Diejenigen, die bereits im Rentenalter sind, trifft es nicht, und diejenigen, die noch arbeitstätig sind und noch ein oder zwei Jahre länger arbeiten müssen, zahlen lieber etwas mehr Mehrwertsteuern, als ein Jahr länger zu arbeiten. Das ist leider auch eine Realität unserer gesättigten Bevölkerung: lieber etwas mehr zahlen, dafür nicht länger arbeiten müssen; lieber etwas weniger Lohn haben, dafür nur 70 oder 80 Prozent arbeiten. Das ist eben auch eine gesellschaftspolitische Realität, die wir zu berücksichtigen haben.

Ich habe eine grosse Befürchtung: Wird die Initiative abgelehnt, ist es in den nächsten zehn bis fünfzehn Jahren kein Thema mehr. Es wird keine Chance mehr haben. Darum glaube ich, dass dieses Thema Bestandteil der nächsten Vorlage sein muss. Der Gegenvorschlag ist für mich, ich habe es schon gesagt, die nächste AHV-Vorlage, an der der Bundesrat jetzt arbeitet. Das Thema muss Bestandteil davon sein. Wenn es nicht Bestandteil davon ist, ist es dann an der Kommission, diesen Punkt im Rahmen der Kommissionsdebatten hineinzubringen. Das ist dann ihre Aufgabe. Sie werden mir aber nicht verübeln, Herr Kollege Wicki, dass ich dann nach zwanzig Jahren nicht mehr in dieser Kommission sein werde, obwohl mich das Thema wahrscheinlich immer noch ein bisschen jucken wird.

Versuchen wir, pragmatisch zu sein, dieses Thema dort hineinzupacken und eine ausgewogene Vorlage zu machen. Dann haben wir, glaube ich, die grössere Chance, als wenn wir es isoliert bringen, Schiffbruch erleiden und es die nächsten zehn Jahre nicht mehr in die Hände nehmen können. Das wäre wahrscheinlich nicht im Sinne und Geist von uns liberalen Kräften.

Juillard Charles (M-E, JU): Je dois vous dire que, à première vue, cette initiative me paraît intéressante parce qu'elle pose clairement la problématique de l'espérance de vie. On sait que c'est un des éléments essentiels pour la pérennisation de nos assurances sociales, et je crois que cela mérite d'être discuté. Mais, à mon avis, si le diagnostic – ou une partie du diagnostic – est bon, l'initiative n'apporte pas le bon remède.

La question de l'âge de la retraite en particulier, et de la pérennisation de nos assurances sociales, est une question de société. Elle est évidemment très émotionnelle, comme on l'a vu lors de la dernière votation populaire. Elle reflète un peu l'image que l'on a de la société, l'image que l'on a peut-être de l'âge jusqu'auquel on veut travailler, jusqu'auquel on devra travailler, jusqu'auquel on aura besoin d'avoir une activité avant de pouvoir bénéficier d'une retraite souvent parfaitement justifiée.

Je suis plutôt d'avis que cette question, éminemment politique et de société, doit être posée régulièrement, que nous devons nous y attarder, que nous devons nous y arrêter à intervalles réguliers. M. le président de la Confédération a rappelé tout à l'heure que nous avons mené deux réformes – mais en un temps beaucoup trop long, à mon avis. On connaît les difficultés, mais cela fait partie de la démocratie.

Pour ma part, je pense qu'il est sain – voire utile ou nécessaire –, pour des questions comme celles-là, que nous ayons un débat politique, que le Parlement puisse se prononcer et que le peuple puisse se prononcer à intervalles réguliers sans qu'on introduise une règle qui est, à mon avis, trop rigide, trop technocratique et trop froide ou aveugle – sans coeur – par rapport à une situation qui touche profondément la société de notre pays. En plus, je vous rappelle que nous avons aussi mandaté le Conseil fédéral de nous présenter très bientôt déjà



une prochaine réforme. Dans ce contexte, je crois que nous aurons l'occasion d'en reparler. C'est la raison pour laquelle je vous propose de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative et d'accepter ainsi la proposition de la majorité de la commission.

Bischof Pirmin (M-E, SO), für die Kommission: Als Vertreter der Kommissionsmehrheit erlaube ich mir, nach dieser sehr intensiven und substanzreichen Debatte einige Ergänzungen anzubringen, die in der Kommission auch diskutiert worden sind.

Der Minderheitssprecher hat gesagt, es gebe so quasi zwei Möglichkeiten: entweder jetzt Ja zu stimmen oder, wie er gesagt hat, die AHV an die Wand zu fahren. Und Kollege Wicki hat gesagt, er sei enttäuscht über die Mutlosigkeit der Kommission und niemand wolle etwas machen.

Für die Kommissionsmehrheit stimmt das natürlich überhaupt nicht, im Gegenteil. Dieses Parlament hat bereits vor längerer Zeit, das ist heute zweimal gesagt worden, dem Bundesrat einen Auftrag erteilt und gesagt, wie die Reform anzugehen ist. Dieses Parlament ist wahrscheinlich einstimmig der Meinung, dass wir uns Sorgen über die AHV machen müssen und dass die Finanzierung der AHV zurzeit nicht längerfristig gesichert ist. Der Bundesrat hat den Auftrag, hier einen Entwurf vorzulegen, und er hat in der Kommission die Eckpunkte erklärt, aufgrund derer er vorgehen möchte; ich habe das vorhin ungefähr erklärt.

Was die Kommissionsmehrheit nicht will, ist, auf einen falschen Weg zu gehen. Der Bundespräsident hat in der vorherigen Debatte ausgeführt, dass es für die letzte AHV-Revision, die im letzten Jahr gottlob angenommen worden ist, 27 Jahre gebraucht hat. In 27 Jahren sind wahrscheinlich dann einige von uns nicht mehr in diesem Rat. Die Kommissionsmehrheit möchte nicht 27 Jahre warten müssen, weil vorher lauter Fehlschüsse vorgelegt werden. Die Initiative wäre aus Sicht der Kommissionsmehrheit ein Fehlschuss. Sie möchte einen Automatismus – die Koppelung des AHV-Rentenalters an das durchschnittliche Lebensalter – in die Verfassung schreiben. Das ist aus Sicht der Kommissionsmehrheit keine richtige Lösung.

Das Rentenalter muss Teil der nächsten Revision sein. Der Bundesrat hat das – mit den laufenden Fristen – auch angekündigt. Es ist aber vermutlich nicht mit einer sklavischen, allgemeinen Durchschnittslösung getan. Kollege Stöckli hat darauf hingewiesen: Die Lebenserwartungen im Lande sind, über die Kantone und Berufsgruppen gesehen, unterschiedlich.

Der Bundesrat hat auch darauf hingewiesen, dass er sich mit der Frage beschäftigt, ob es denn richtig sei, dass man das Rentenalter einfach unabhängig von den Beitragsjahren festlege, wie das die Initiative möchte. Ist es nicht so, dass man, wenn man auf die Beitragsjahre achten würde – das hat der Bundesrat in seinem Projekt auch erwähnt –, auf eine stimmigere Lösung käme? Ist es richtig, dass ich als Akademiker im Sinne der Initiative mit 66 in Rente gehen kann? Ich habe irgendwann mit 26 oder 27 Jahren begonnen, richtig zu arbeiten. Der Bauarbeiter und die Servicefachperson, die mit 18 oder 19 Jahren begonnen haben, müssten dann auch bis 66 warten, obwohl sie wesentlich mehr Beitragsjahre haben als ich. Aus Sicht der jungen Generation sind hier entsprechend andere Lösungswege zu finden.

Wenn man ein Problem hat, dann kann man nicht sagen, wir müssen einfach irgendeine Lösung haben, sondern die Lösung muss am Schluss schon die richtige sein. Kollege Kuprecht hat gesagt, sie müsse dann auch so ausgewogen sein, dass die Mehrheit der Bevölkerung sie annehmen werde.

Zu Kollege Caroni: Den internationalen Vergleich hat die Kommission schon angestellt. Jedes Land hat andere Voraussetzungen. Jedes Land hat aber die gleiche Lebensalter- und Beitragsalterproblematik wie die Schweiz. Wenn Sie einen internationalen Vergleich anstellen – einen Teil davon lesen Sie in der Botschaft auf Seite 14 –, dann stellen Sie fest, dass diejenigen europäischen Länder, die Reformen gemacht haben, zumeist die Beitragsjahre und die Arbeitszeit einrechnen und eben nicht sklavisch ein Rentenalter in die Verfassung schreiben. Das ist aus der

AB 2023 S 225 / BO 2023 E 225

Sicht der Kommissionsmehrheit wahrscheinlich der zukunftsgerichtete Weg.

Die Ideen sind immer unterschiedlich. Aber die Idee, dass man jetzt im Zeittakt, den das Initiativrecht vorgibt, einen Schnellschuss macht, ist unrichtig. Sie müssen sich vorstellen: Man kann Gegenvorschläge nicht irgendwann machen, sie müssen getaktet vorgelegt werden, sonst wird die entsprechende Initiative nicht rechtzeitig behandelt. Der Lösungsvorschlag der Initianten ist wahrscheinlich nicht der korrekte. Der Entwurf, den der Bundesrat verfahrensmässig in Aussicht stellt und den Ihre Kommission und das Parlament mit dem Auftrag, bis 2026 eine Vorlage zu unterbreiten, ja auch vorgezeichnet haben, erscheint der Mehrheit zeitgerecht zu sein und könnte zu einer ausgewogenen Lösung führen.

Ich bitte Sie hier, der Mehrheit zu folgen.



Berset Alain, président de la Confédération: Il est intéressant que vous soyez confrontés ce matin à deux initiatives populaires sur le thème de l'AVS. Cela montre bien que le rejet de la réforme Prévoyance 2020, en 2017, a suscité des réactions à différents endroits et a fait naître la volonté de faire bouger les choses, volonté qui a abouti à des initiatives populaires. Ce n'est donc pas tellement une surprise qu'après tout ce processus – récolte des signatures, etc. –, on arrive en 2020/21 au dépôt de ces initiatives, trois ou quatre ans après le rejet de 2017. C'est en fait assez conforme à ce que l'on connaît d'habitude dans le pays dans une telle situation. Vous êtes maintenant confrontés à ces deux textes. Ce deuxième texte, comme cela a été rappelé au cours du débat, vise à lier l'âge de la retraite, en tout cas à long terme, à l'espérance de vie. Cela conduirait, dès la quatrième année après son acceptation, à une augmentation de l'âge de la retraite de toute la population de deux mois par année jusqu'à l'âge de 66 ans, et ensuite à un automatisme.

On sait déjà maintenant – la votation de 2022 ayant été un succès, et la mise en oeuvre de la réforme AVS 21 étant en cours – que l'on aurait, quatre ans après l'acceptation de l'initiative populaire, soit potentiellement en 2028, à ce moment-là un âge de la retraite égalisé entre les hommes et les femmes à 65 ans. On aurait alors, pour les hommes et pour les femmes, une augmentation de l'âge de la retraite par tranche de deux mois jusqu'à l'âge de 66 ans et ensuite selon un automatisme en fonction de l'espérance de vie.

Le Conseil fédéral propose de recommander le rejet de cette initiative, comme il l'a fait pour celle dont on a parlé tout à l'heure (22.043). Si les initiatives populaires sont toujours bienvenues, elles sont une aide et un soutien lorsqu'elles concernent un domaine dans lequel il ne se passe rien ou pas grand-chose. Ici, c'est le contraire qui est vrai.

Ich möchte etwas zu Herrn Wicki sagen: Sie haben gesagt, der Bundesrat wolle nichts tun. In Wahrheit ist das Gegenteil der Fall. In den letzten dreissig Jahren waren selten so viele Vorlagen abstimmungsreif. Seit 2017 sind wir im Zweijahrestakt mit Vorlagen an die Bevölkerung gelangt, die die Altersvorsorge direkt betreffen. Die Abstimmung von 2017 wurde lange vorbereitet; die Vorlage wurde abgelehnt. Danach erarbeitete das Parlament eine Steuervorlage für die Finanzierung der AHV, über die 2019 abgestimmt wurde. Die nächste Abstimmung folgte 2022. Dazwischen lagen nicht zwei, sondern drei Jahre. Man muss aber auch sehen, dass es in der Zwischenzeit zu einer Pandemie kam. 2022 war die Vorlage abstimmungsreif. Sie betraf die erste Säule. Es war ein Erfolg, das erste Mal seit 27 Jahren. Die nächste Abstimmung ist hoffentlich im Programm für das nächste Jahr, 2024, vorgesehen. Sie betrifft die zweite Säule. Danach wird schon die nächste Reform kommen, denn das Parlament hat diese beschlossen, und der Bundesrat führt den Auftrag aus. Wie Herr Kuprecht gesagt hat, sind wir an der Arbeit. Ziel ist es, Ende 2026 eine Vorlage für die nächste Reform der AHV ins Parlament zu bringen.

Das heisst, dass ständig etwas passiert. Es passiert sogar viel. In diesem Kontext ist es nur logisch, dass der Bundesrat sagt: Da alles schon aufgegleist ist, brauchen wir nicht noch zusätzlich diese Volksinitiativen, um das Thema zu behandeln.

Es passiert viel, dies jedoch in einem nicht einfachen Kontext. Wieso ist der Kontext nicht so einfach? Im Moment sind wir zum ersten Mal seit 27 Jahren in einer sehr besonderen Phase zwischen der Annahme einer Volksabstimmung und deren Umsetzung. Die Umsetzung ist noch nicht erfolgt. Sie beginnt, und sie wird einige Jahre dauern. In dieser Situation eine Abstimmung betreffend das BVG bzw. die zweite Säule durchzuführen, ist kein Spaziergang. Es ist nie ein Spaziergang, in diesem Fall aber noch weniger.

Die für das Jahr 2026 vorgesehene Reform ist eine nächste Herausforderung, die auf uns zukommt. Übrigens muss ich hier auch noch sagen, dass die Reform von 2026 auch ziemlich stark davon abhängen wird, ob die BVG-Reform hier gelingt. Die laufende Woche ist sehr wichtig. Wir müssen zeigen, dass wir eine Reform der zweiten Säule durchbringen. Sonst ist das schon ein Signal, dass wir nicht in der Lage sind, etwas zu liefern. Wir müssen diese Woche zeigen: Wir können etwas liefern! Und dann gibt es – das ist selbstverständlich schwierig – eine Debatte. Dann findet aber eine Debatte statt, bei der die gesamte Bevölkerung integriert werden kann, und das ist sehr wichtig, um eine Entwicklung der Meinungen im Land zu ermöglichen. Man kann keine Fortschritte machen, wenn nie eine Debatte in der Bevölkerung stattfindet. Es ist jetzt auch an der Zeit, dass man in der gesamten Bevölkerung eine Debatte über die zweite Säule führt. Man darf nicht vergessen: Wenn das nicht gelingt, dann wird man keine Fortschritte machen können, und dann wird es auch für die nächste Reform der Altersvorsorge schwieriger, sowohl in der ersten Säule als auch in der zweiten Säule.

Das heisst, wenn ich das so sagen kann: Sie haben es in der Hand, diese Fortschritte zu ermöglichen! Es muss aber ordentlich organisiert werden. Und es ist auch ordentlich organisiert: mit den Arbeiten der Kommissionen und der Räte, die schon mehrere Jahre andauern, weil vieles immer wieder kommt; mit einem klaren Programm, das bis 2026 geht; mit einer Reform der zweiten Säule, die dazwischenliegt und die notwendig ist, es gibt kein anderes Wort dafür; und dann mit der nächsten Reform der ersten Säule.



Voilà ce que je voulais vous dire sur cette évolution du projet. Cela explique pourquoi le Conseil fédéral a proposé, pour ne pas troubler ce message et ne pas compliquer davantage les choses – il n'y a pas besoin de ces textes pour progresser –, de proposer le rejet, et ce sans y opposer de contre-projet, de ces deux initiatives, cela vaut aussi pour celle-là.

Cela vaut aussi, parce qu'en réalité, il n'est pas si évident de préparer la prochaine réforme, que l'on prépare pour 2026. On arrivera au bon moment en 2026: le financement de l'AVS sera dans une situation stable, mais avec des prévisions qui montreront qu'il sera nécessaire d'agir.

Nous avons aujourd'hui une situation de stabilité, vraisemblablement amenée à durer jusqu'à 2032 environ, soit pendant neuf ans encore. En 2026, vous aurez le projet, ce qui veut dire que la discussion aura lieu en 2027. Comme 2027/28 sera une année électorale, les votations ne pourront pas forcément être organisées de la même manière, en fonction du calendrier, vous connaissez cela. On arrive donc vite en 2028/29. Cela veut dire que l'on aura une votation populaire à un moment où l'on pourra montrer, comme c'était le cas en 2022, que la situation est bonne, mais qu'il faut faire un pas. C'est cela que l'on doit prévoir aussi, dans toute l'organisation du débat.

En ce sens, avec la logique de la commission qui est celle avec laquelle travaille aussi le Conseil fédéral, j'aimerais vous inviter avec cette argumentation, à suivre les propositions de votre commission, c'est-à-dire à recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative, sans y opposer de contre-projet.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

AB 2023 S 226 / BO 2023 E 226

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

Antrag der Minderheit

(Dittli, Müller Damian)

... die Initiative anzunehmen.

Art. 2

Proposition de la majorité

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Proposition de la minorité

(Dittli, Müller Damian)

... d'accepter l'initiative.



**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Ständerat • Frühjahrssession 2023 • Elfte Sitzung • 15.03.23 • 08h30 • 22.054
Conseil des Etats • Session de printemps 2023 • Onzième séance • 15.03.23 • 08h30 • 22.054

*Abstimmung – Vote*

(namentlich – nominatif; 22.054/5713)

Für den Antrag der Mehrheit ... 30 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit ... 11 Stimmen

(0 Enthaltungen)

Präsidentin (Häberli-Koller Brigitte, Präsidentin): Das Geschäft geht an den Nationalrat.



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir führen die allgemeine Aussprache und die Detailberatung in einer einzigen Debatte.

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Ich spreche für die Kommission: Ein halbes Jahr nach dem knappen Volks-Ja zur AHV 21 und der damit verbundenen Erhöhung des Frauenrentenalters beschäftigen wir uns bereits mit der nächsten Reform und Rentenaltererhöhung, diesmal für alle Geschlechter. Die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)" der Jungfreisinnigen wurde am 16. Juli 2021 mit 107 049 Unterschriften eingereicht. *(Glocke und Zwischenruf des Präsidenten: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe Sie informiert, die nächste Abstimmung ist in fünf Stunden – darf ich Sie um Ruhe bitten! Frau Gysi, Sie haben das Wort.)*

Die Initiative der Jungfreisinnigen fordert das Rentenalter 66 für alle Geschlechter und dann eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Die Initiative fordert einen neuen Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a der Bundesverfassung. Der neue Buchstabe a ist umfassend formuliert.

Da die Einreichung der Initiative noch vor der Annahme der AHV-21-Vorlage erfolgte, argumentiert das Initiativkomitee nun einerseits mit der Angleichung des Rentenalters für beide Geschlechter und andererseits mit der generellen Erhöhung der Lebenserwartung sowie dem steigenden Finanzbedarf der AHV. Die finanziellen Herausforderungen sollen mit einem höheren Rentenalter aufgefangen werden.

Der Bundesrat lehnt die Volksinitiative ohne direkten oder indirekten Gegenentwurf ab. Einerseits erachtet er es als diffizil, so kurz nach der Erhöhung des Frauenrentenalters weitere Rentenaltererhöhungen anzustossen, andererseits als falsch, das Rentenalter in der Verfassung zu verankern. Heute ist das Rentenalter auf Gesetzesstufe geregelt.

Der Bundesrat vertritt die Haltung, dass die Herausforderungen der Finanzierung der AHV in einem ausgewogenen Paket angegangen werden sollen. Zudem ist der Bundesrat mit der Annahme der am 30. April 2021 eingereichten Motion 21.3462, "Auftrag für die nächste AHV-Reform", der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates bereits beauftragt, dem Parlament bis am 31. Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit

AB 2023 N 1078 / BO 2023 N 1078

von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Im Rahmen der Ausarbeitung dieser Reformvorlage müssen Massnahmen





zur Sicherung und Finanzierung der AHV-Renten definiert werden. Im Hinblick auf die Reform wird der Bundesrat auch prüfen, ob und wie in der Schweiz allenfalls eine ausgewogene Verbindung von Lebenserwartung und Rentenalter geschaffen werden könnte.

Der Ständerat lehnte am 15. März dieses Jahres die Renten-Initiative mit 30 zu 11 Stimmen ab. In der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates wurde die Frage eines indirekten Gegenvorschlags diskutiert, aber abgelehnt. Im Plenum wurde darüber aber nicht mehr vertieft diskutiert und auch nicht abgestimmt, da kein Minderheitsantrag vorlag.

Die Diskussion in der SGK-N fand am 23. März 2023 statt. Der SGK-N lag ein Mitbericht der nationalrätlichen Finanzkommission vor, die mit 12 zu 10 Stimmen bei 3 Enthaltungen die Ablehnung der Initiative empfiehlt, die SGK aber mit 13 zu 10 Stimmen auffordert, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags zu prüfen. In der SGK-N wurde über die finanzielle Situation der AHV informiert und diskutiert. Die Verwaltung führte sodann aus, dass die verschiedenen Massnahmen, die mit der Annahme der AHV 21 verbunden sind, zur Folge haben, dass der Finanzhaushalt der AHV stabilisiert und bis 2032 um 2,1 Milliarden Franken entlastet werde. Die Kommission verlangte eine Aktualisierung der finanziellen Kennzahlen der AHV mit und ohne Annahme der Renten-Initiative, und zwar bis 2050. Dabei muss erwähnt werden, dass eine Prognose über zehn Jahre hinaus mit grossen Unsicherheiten behaftet ist.

Gemäss Bundesamt für Sozialversicherungen läge nach dem Referenzszenario eines von uns bestellten Berichtes vom 26. April dieses Jahres das Umlagedefizit bei der AHV im Jahr 2032 mit AHV 21 und ohne die Renten-Initiative, über die wir jetzt reden, bei 2,6 Milliarden Franken. Im gleichen Jahr läge es mit der AHV 21 – diese Reform wird ja umgesetzt – und bei angenommener Renten-Initiative bei 1,1 Milliarden Franken.

In der SGK-N wurde sowohl ein direkter als auch ein indirekter Gegenvorschlag debattiert. Beide Ansinnen wurden abgelehnt, es liegen dazu Minderheitsanträge vor. Auch ein Antrag auf Annahme der Initiative wurde klar abgelehnt; auch hier liegt ein Minderheitsantrag vor. Begründet wurden diese Anträge mit den finanziellen Herausforderungen durch die höhere Lebenserwartung. Erwähnt wurde aber auch, dass mit einem höheren Rentenalter dem Fachkräftemangel begegnet werden könnte. Ich werde nach der Detailberatung nochmals kurz auf die Abstimmungsergebnisse zu sprechen kommen.

In der Diskussion in der Kommission wurde die Notwendigkeit weiterer Rentenaltererhöhungen grundsätzlich infrage gestellt und verneint. Es wurde auch erwähnt, dass es so kurz nach der Abstimmung über die Reform AHV 21 nicht opportun sei, das Rentenalter schon wieder zu erhöhen. Bei der Diskussion über das Rentenalter wurde auch darauf hingewiesen, dass das effektive Rentenalter heute deutlich tiefer ist als 64 bei den Frauen respektive 65 bei den Männern und dass sich viele vorher aus dem Beruf zurückziehen, weil sie einfach extrem stark gefordert sind und es aus körperlichen Gründen kaum machbar ist, bis 65 zu arbeiten. Ein höheres Rentenalter sei nicht realistisch, da der Arbeitsmarkt trotz Fachkräftemangels wenig Bereitschaft zeige, ältere Arbeitnehmende zu beschäftigen.

Bei der Frage der Lebenserwartung wurde betont, dass auch sozioprofessionelle Gründe und der gesundheitliche Fortschritt eine Rolle bei der Entwicklung der Lebenserwartung spielten. Auch bezüglich der finanziellen Herausforderungen und der Notwendigkeit rascher Massnahmen gingen die Meinungen auseinander. Die Finanzierung über das Umlageverfahren wurde einmal mehr als sinnvolles System gelobt und die langfristigen Prognosen kritisch gewürdigt bzw. eben hinterfragt. Andere wiederum stützten in der Kommission klar die Haltung der Initiantinnen, dass es weitere Massnahmen mit Rentenaltererhöhungen brauche.

Für eine Mehrheit der SGK war es aber klar, dass weitere Rentenaltererhöhungen derzeit nicht opportun sind. Das Rentenalter wird infolge der Volksabstimmung zur Reform AHV 21 ab 2024 – also ab dem nächsten Jahr – in Dreimonatsschritten erhöht. Ab 2027 gilt das Referenzrentenalter 65 für alle Geschlechter. Auch die Tatsache, dass die BVG-Reform noch nicht abgeschlossen ist und ein Referendum dazu läuft, war einer der Gründe, die genannt wurden, warum jetzt nicht schon wieder Schritte beschlossen werden sollen. Es brauche weder die Initiative noch einen Gegenvorschlag, da der Bundesrat sowieso bis Ende 2026 eine neue Vorlage vorlegen müsse; ich habe das eingangs schon erwähnt. Dort werde der Aspekt der Lebenserwartung auf jeden Fall einfließen müssen.

Ich bitte Sie, im Sinne der Kommissionsmehrheit zu entscheiden.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: L'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", dite initiative sur les rentes, vise à fixer l'âge de la retraite à 66 ans pour les deux sexes et à l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse pour financer l'AVS à long terme et garantir les rentes.

Le 15 mars 2023, le Conseil des Etats a procédé à l'examen de l'initiative populaire. Il a décidé, par 30 voix contre 11 et 0 abstention, de recommander son rejet. Selon la pratique, le comité d'initiative a été entendu



par la commission du conseil prioritaire. Le 15 mars 2023, toujours, la Commission des finances du Conseil national, dans un corapport, propose, par 12 voix contre 10 et 3 abstentions, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de l'initiative. Elle nous demande également, par 13 voix contre 12, d'examiner l'opportunité d'élaborer un contre-projet direct ou indirect. A préciser aussi que dans son message du 22 juin 2022, le Conseil fédéral propose au Parlement de recommander le rejet de l'initiative sur les rentes sans proposer de contre-projet.

Quels sont les arguments pour s'opposer à cette initiative qui est issue des rangs des Jeunes libéraux-radicaux?

Tout d'abord, il y a un sérieux problème de timing. Il est impensable, peu de temps après la courte majorité obtenue le 25 septembre 2022 dans le cadre de la votation populaire sur la réforme AVS 21, d'exiger déjà de nouveaux sacrifices de la part de la population. Des promesses ont été faites et elles seront tenues: il s'agissait notamment de renoncer, dans un avenir immédiat, à une nouvelle augmentation de l'âge de la retraite. Par ailleurs, l'initiative entre en conflit avec la motion 21.3462 "Mandat concernant la prochaine réforme de l'AVS", que notre Parlement a transmise au Conseil fédéral et qui charge ce dernier de nous soumettre, d'ici au 31 décembre 2026, un projet de stabilisation de l'AVS pour la période 2030 à 2040.

De plus, des compensations, jugées suffisantes ou non, seront apportées dans le deuxième pilier, dès que la réforme sera acceptée par le peuple. Cela aura bien évidemment un impact sur les prestations et le financement de nos retraites.

Inversement, l'augmentation de l'âge de la retraite telle que prévue par l'initiative devrait être parfaitement coordonnée dans le système avec le deuxième pilier, notamment pour toutes les questions liées au taux de conversion minimal ainsi qu'au montant et à l'échelonnement des bonifications de vieillesse dans la prévoyance professionnelle obligatoire.

Enfin, une telle proposition reviendrait à irriter encore plus la population qui, en ce moment, se pose avec inquiétude des questions légitimes sur son pouvoir d'achat et considère que l'augmentation de la TVA à 0,4 pour cent et l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes de 64 à 65 ans représentent déjà de gros efforts à digérer dans la durée.

Un deuxième argument est que l'on ne veut pas d'automatisme dans la fixation de l'âge de la retraite, parce que la mesure est très complexe. En effet, le mécanisme rigide proposé par les auteurs de l'initiative, comme le contre-projet soutenu par une minorité, ne tient pas suffisamment compte de la situation effective du marché du travail – notamment de la situation des travailleurs âgés – ni de la situation sociale. Or, pour qu'elle ait un impact réel, il faudrait que les hommes et les femmes travaillent effectivement plus longtemps. Or cela n'est pas du tout une évidence, et bien d'autres questions se posent qui vont au-delà du simple financement de l'AVS. Ainsi le postulat Humbel 22.4430, "Fixer l'âge de la retraite

AB 2023 N 1079 / BO 2023 N 1079

AVS en fonction de la durée de l'activité professionnelle", que nous avons accepté lors de la session spéciale de mai dernier, vise à réfléchir à la durée effective de l'activité professionnelle de chacun. Travailler durant quarante ans à plein temps ou à temps partiel, ce n'est pas la même chose. Le COVID-19 semble même avoir accentué la propension des gens, en particulier les jeunes, à se contenter de temps partiels. Il serait d'ailleurs utile de disposer de statistiques récentes et fiables sur l'évolution des temps partiels et de leur impact sur les cotisations pour développer de nouveaux modèles économiques.

De plus, la durée effective de l'activité professionnelle dépend aussi du degré de formation qui implique de commencer à cotiser plus tôt ou plus tard, ou alors d'une retraite anticipée. Cela a aussi été thématiqué dans nos débats sur AVS 21, ce qui nous a amenés à envisager plus de souplesse dans les conditions de passage de la vie active à la retraite. Je citerai par exemple la possibilité de toucher une rente partielle pour permettre un départ progressif à la retraite ou encore la possibilité, pour les personnes qui travaillent au-delà de 65 ans, de combler leurs lacunes de cotisation et d'améliorer leur rente. N'oublions pas non plus que la problématique démographique de l'AVS ne peut pas être résolue uniquement par un relèvement de l'âge de la retraite. En effet, l'indexation de l'âge de la retraite fondée sur l'espérance de vie, qui est visée par l'initiative, comporte de nombreuses incertitudes, et le risque est grand que le relèvement automatique de cet âge ne tienne pas compte de la situation réelle. L'espérance de vie dépend aussi de l'état de santé des personnes, des progrès de la médecine, et varie selon les catégories socioprofessionnelles et les revenus, voire les différentes régions de Suisse – je pense bien sûr à certaines différences entre les milieux urbains, ruraux, alpins, etc.

Troisième argument: le financement. Sachant que nous avons deux fois moins d'actifs aujourd'hui qu'en 1848 pour payer la rente d'un retraité – trois contre six –, nous nous accordons tous à dire qu'il faut un financement durable de l'AVS. Mais on l'aura compris, la solution devrait être globale et concerner tant les aspects liés aux



dépenses que ceux relatifs aux recettes. Or, la présente initiative ne joue que sur le levier de l'âge de départ à la retraite, à inscrire dans la Constitution, ce qui empêcherait d'actionner d'autres mesures nécessaires à l'assainissement à long terme des finances de l'AVS. Enfin, on peut émettre des doutes sur le besoin urgent d'assainissement de ces finances, du moins jusqu'en 2030, par le fait de l'acceptation par le peuple de la réforme AVS 21, mais aussi d'une activité économique soutenue et d'une tendance à l'augmentation des emplois plus qualifiés et mieux payés en Suisse qui pourraient déjà être une partie importante de la solution. Nous devons mieux prendre en compte la manière dont les gens travaillent dans notre pays et, bien sûr, la façon dont cela évolue dans le temps.

C'est pour toutes ces raisons que notre commission a décidé de proposer, par 20 voix contre 4 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons le rejet de cette initiative populaire et d'attendre le projet du Conseil fédéral exigé par notre Parlement pour 2026, qui devra constituer une solution équilibrée comprenant les différentes mesures évoquées et d'autres modèles encore.

Concernant l'élaboration d'un contre-projet indirect visant à introduire un frein à l'endettement pour l'AVS, la commission s'y oppose par 15 voix contre 9 et 1 abstention. Celui-ci obligerait le Conseil fédéral à adopter des mesures à l'intention du Parlement, dès lors que l'équilibre des recettes et des dépenses à long terme de l'AVS serait menacé. En outre, l'âge de référence augmenterait automatiquement en cas de déséquilibre financier sur plusieurs années. Pour la majorité, on retomberait ainsi à nouveau dans la logique d'un mécanisme rigide encore plus compliqué à mettre en oeuvre. La minorité propose pour sa part de renvoyer le projet à la commission, en la chargeant d'élaborer un contre-projet indirect.

Enfin, par 15 voix contre 7 et 3 abstentions, la commission a décidé de ne pas entrer en matière sur cette dernière proposition de contre-projet direct, qui irait absolument dans le même sens.

Voilà, je crois que vous savez tout. Nous reviendrons à la fin des débats pour des réflexions de synthèse.

Mettler Melanie (GL, BE): Dieser Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit gibt uns Gelegenheit, eine bessere Lösung für die Finanzierung der Babyboomer-Renten zu erstellen. Die Kommission hatte bereits eine solche zielgerichtete Massnahme diskutiert, jedoch nicht à fond durchgedacht. Bitte geben Sie Ihrer Kommission die Chance, diese Lösung fertig auszuarbeiten.

Die Problematik, die die Renten-Initiative benennt, ist die Tatsache, dass der Generationenvertrag aktuell temporär nicht funktioniert für die Finanzierung der Babyboomer-Renten. Zwar sehen wir im Schweizer Steuersystem einen Ausgleich vor zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden. Kosten, die der Allgemeinheit entstehen, sollen fair verteilt werden. Wer mehr Chancen, Handlungsspielraum und Möglichkeiten hat, soll auch mehr Kosten übernehmen; wer weniger hat, soll auch entsprechend den individuellen Möglichkeiten einen kleineren Teil übernehmen müssen. Das fördert den Zusammenhalt, den sozialen Frieden und stärkt die gesamtgesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit. Wir sehen in der Schweiz aber keinen Ausgleich vor zwischen den Generationen, und das ist aktuell ein Problem bei der Altersvorsorge, das wir lösen müssen, insbesondere bei der AHV.

Weil die Generation nach den Babyboomern im Vergleich so tiefe Geburtenraten hatte, ist beim Umlageverfahren die Balance gestört. Seit etwa zwanzig Jahren erholt sich die Geburtenrate, aber von den heute 30- bis 55-Jährigen hat es schlicht und einfach deutlich weniger Köpfe als von den anderen Jahrgängen. Warum stellt das den Generationenvertrag infrage? Die Altersvorsorge ist zu grossen Teilen arbeitsmarktfinanziert, also über die Lohnabzüge. Es leuchtet also allen ein, dass es eine Finanzierungslücke gibt, wenn es weniger Personen eines bestimmten Jahrgangs gibt; folglich sind dann weniger Personen im Arbeitsmarkt, und es werden auch weniger Lohnbeiträge abgegeben. Zusätzlich leuchtet auch ein, dass der Finanzierungsbedarf zunimmt, wenn bis 2030 die vielen Babyboomer alle in Rente sind und dann bis zum Erreichen ihrer Lebenserwartung 2050 zwanzig Jahre lang Rente beziehen.

Je nach Wirtschaftsentwicklung beträgt die Diskrepanz zwischen dem Finanzierungsbedarf der Babyboomer und den Lohnbeiträgen der geburtenschwachen Jahrgänge bis 2050 etwa 100 Milliarden Franken. Die Schweiz wird also vor die Frage gestellt: Wer soll diese Kosten tragen? Was ist eine faire Verteilung zwischen Anspruchsgruppen und Generationen bis 2050? Die Renten-Initiative versucht, den Finanzierungsbedarf mit einer Erhöhung des Referenzrentenalters zu senken.

Die Mehrheit der Kommission ist von der Wirksamkeit dieses Instruments nicht überzeugt. Bereits heute arbeiten 40 Prozent der Erwerbstätigen nicht bis 65. Die Wohlhabenden gehen gemäss einer Studie des SECO fast vollumfänglich mindestens ein Jahr vor Erreichen des ordentlichen Rentenalters in Frührente. Eine Erhöhung des Referenzrentenalters wäre also in erster Linie eine Erhöhung für diejenigen, die sich eine Frühpensionierung nicht leisten können. Das ist natürlich weder effizient noch fair und kann damit kaum der Wille dieses Rates sein.



Die Minderheit aber, die Ihnen beantragt, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, möchte einen Mechanismus fertig entwickeln, der uns hilft, politische Blockaden zu überwinden und eine passende Lösung für den Fall einer drohenden Unterfinanzierung der AHV anzuwenden, sofern dieser denn eintritt. Die vorgeschlagenen Eckwerte haben zum Ziel, die sehr nützlichen Finanzperspektiven der AHV zu nutzen. Das BSV erstellt diese Perspektiven nämlich jedes Jahr für die nächsten zehn Jahre. Wenn diese Perspektiven dann über einen längeren Zeitraum, z. B. fünf Jahre, ins Negative kippen, müsste das Parlament innerhalb von fünf Jahren mit einer passenden Finanzierung reagieren. Falls das nicht gelingt, wird das Referenzrentenalter stufenweise erhöht, bis eine Lösung vorliegt.

Sie können mit dieser Rückweisung also Ihre Verantwortung wahrnehmen und die Chance nutzen, uns

AB 2023 N 1080 / BO 2023 N 1080

Entscheidungstragende mit dem nötigen Handlungsdruck auszustatten, damit wir den Ausgleich nicht nur zwischen den sozialen Schichten, sondern auch zwischen den Generationen fair gestalten.

Sauter Regine (RL, ZH): Die Fakten liegen auf dem Tisch, und die Zahlen sprechen eine klare Sprache: Werden keine Massnahmen ergriffen, kippt das AHV-Ergebnis ab dem Jahr 2029 ins Minus. Der AHV-Fonds wird sich entsprechend ab dann leeren. Man kann nun natürlich sehenden Auges auf diese Situation zusteuern und nichts unternehmen, ganz nach dem Prinzip Hoffnung, dass es dann schon gut kommt. Oder man kann heute Verantwortung übernehmen, Verantwortung dafür, dass unser wichtigstes Sozialwerk längerfristig und vor allem nachhaltig gesichert wird.

Die erste Haltung nehmen die Linken ein, die darauf vertrauen, dass automatisch die Lohnabzüge oder die Mehrwertsteuer erhöht werden, wenn der Druck nur gross genug ist. Die zweite Haltung entspricht dem Konzept der Renten-Initiative, über die wir heute diskutieren.

Es ist bezeichnend, dass diese Initiative von jungen Menschen lanciert und eingereicht wurde. Denn die nächste Generation ist es, die das ausbaden muss, was wir heute anrichten. Die nächste Generation ist es auch, die sich Sorgen um die Finanzierbarkeit ihrer Renten macht. Darum geht es, wenn ich davon spreche, dass wir Verantwortung übernehmen müssen, Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Deshalb braucht es heute Lösungen.

Wenn wir uns von kurzfristigen Notfallübungen und politischem Hickhack verabschieden wollen, tun wir gut daran, allgemeingültige Regeln vorzusehen, die einen Rahmen für eine stabile und nachhaltig finanzierte AHV bilden können. Genau dies erreicht man mit der Renten-Initiative, die ich mit grosser Überzeugung mittrage. Diese zeigt den Weg auf, der Sicherheit und Stabilität gibt und ausserdem für die Bevölkerung nachvollziehbar ist.

Es ist für uns denn auch unverständlich, dass wir hier keine breite Unterstützung für diese Initiative finden. Wir können dies nur dem anstehenden Wahlkampf zuschreiben. Man will offenbar seiner Basis heute keinen reinen Wein einschenken.

Gerade weil wir dieses Dilemma sehen, ohne es wirklich zu verstehen, bauen wir Ihnen eine Brücke. Wir zeigen auf, wie man die Idee der Renten-Initiative auch umsetzen könnte, nämlich in Form einer AHV-Schuldenbremse. Genau dies ist Gegenstand meiner Minderheit, die einen direkten Gegenvorschlag zur Initiative präsentiert. Auch der direkte Gegenvorschlag fordert einen Automatismus. Er knüpft an einer klar messbaren Grösse an: dem Umlageergebnis der AHV. Dieses muss grundsätzlich im Gleichgewicht sein. Läuft es Gefahr, ins Negative zu kippen, muss der Bundesrat dem Parlament Massnahmen zur Sanierung unterbreiten. Das Parlament erhält damit die Gelegenheit, eine politisch abgestützte Lösung zu erarbeiten, womit das Primat der Politik gewahrt bleibt. Es liegt dann also an Ihnen, Verantwortung zu übernehmen. Tun Sie dies nicht und häuft die AHV entsprechend negative Ergebnisse an, tritt dann und erst dann ein Automatismus in Kraft, der das Referenzalter erhöht, um die AHV wieder ins Lot zu bringen.

Wir machen in der Schweiz gute Erfahrungen mit der Schuldenbremse. Sie hat dazu beigetragen, dass unsere Staatsfinanzen gesund sind. Wenn Sie in benachbarte Länder schauen, ist dies keine Selbstverständlichkeit. Es ist an der Zeit, dass wir diese positiven Erfahrungen für die AHV nutzen und dort umsetzen. Die nächste Generation wird uns dankbar dafür sein.

In diesem Sinne fordere ich Sie dazu auf, der Renten-Initiative grundsätzlich zuzustimmen. Wenn Sie sich dazu aber partout nicht überwinden können, dann sagen Sie eventualiter Ja zu meinem Minderheitsantrag.

Nantermod Philippe (RL, VS): Il est rare que je vienne ici, à la tribune, pour vous demander de soutenir une initiative populaire. Mais l'initiative sur les rentes, si elle a de populaire le nom, doit être considérée comme une initiative responsable.



L'AVS est sur la voie de la faillite: on le sait, on en parle depuis des années. Dans un monde où le ratio entre le nombre de retraités et le nombre d'actifs ne fait que se péjorer, un système de rentes comme celui que nous connaissons en Suisse ne peut pas être durable. En 1950, nous comptons 6,33 actifs pour un rentier; en 2025, il n'y en aura plus que 3, et en 2050 plus que 2,26. Au rythme actuel, il n'y a pas d'illusions à se faire: nous allons faire appel systématiquement et de plus en plus à la solidarité intergénérationnelle. Cette solidarité n'est pas contestée, elle est incontestable. Mais c'est son niveau qui est contestable. Elle est mise à l'épreuve dans le financement du système de santé. Cet automne, nous parlerons du niveau des primes d'assurance-maladie: nous verrons que ce sont de nouveau les actifs qui paient pour les personnes plus âgées. Cette solidarité est mise à contribution dans le financement de la prévoyance professionnelle; on parlera l'année prochaine de la réforme LPP. Elle est mise à contribution dans le financement des médias aussi. Et, évidemment, elle est mise à contribution dans le financement du premier pilier. Mesdames et messieurs, cela est en soi acceptable, mais doit rester raisonnable.

Quelles sont les solutions dont nous disposons pour l'AVS? Nous pouvons augmenter les cotisations et les impôts; cela revient à mettre sous pression encore davantage les actifs qui travaillent, ceux qui ont une famille: nous nous y opposons. Nous pouvons réduire les rentes: cela est politiquement impensable. Nous pouvons aussi endetter le système. Nous sommes pourtant heureux, aujourd'hui, de ne pas avoir à payer les rentes qui ont été versées dans les années 1980. Et c'est pour cela aujourd'hui que nous ne devons pas faire payer aux enfants des années 2050 les rentes qui seront versées durant cette décennie.

Mesdames et messieurs, je crois qu'il n'y a pas 50 solutions sur la table: l'ensemble des pays du continent, ou presque, l'ont bien compris. Des pays tels que les Pays-Bas, le Danemark ou l'Italie ont prévu d'augmenter l'âge de la retraite à 70 ans.

Nous n'en demandons pas tant, mais nous voulons une adaptation de l'âge de la retraite en fonction de l'espérance de vie et des capacités du système à supporter cette solidarité intergénérationnelle. Le projet que nous vous proposons vise à augmenter dans un premier temps, à l'horizon de 2032, l'âge de la retraite à 66 ans. Il s'agit d'un premier pas tout à fait raisonnable en comparaison internationale, et cela en sachant que, en Suisse, en moyenne, un homme quitte déjà définitivement le marché du travail à l'âge de 66,3 ans.

Puis, nous voulons adapter, en fonction de l'espérance de vie, l'âge de la retraite, non pas selon des critères politiques, non pas au terme de débats qui reviennent à faire du populisme, mais sur la base de ce que le système peut légitimement supporter, et non en faisant payer à une génération les frais d'une autre: nous voulons adapter l'âge de la retraite en fonction de ce que le système peut supporter.

Cette solution a l'avantage d'être claire. Elle a l'avantage d'offrir une fois pour toutes un débat politique et public devant le peuple et, ensuite, d'évacuer ces questions malheureuses qui reviennent à monter les générations les unes contre les autres. C'est pour cela que je vous invite à avoir le courage de voter, même en année électorale, en faveur d'une initiative populaire bien ficelée, bien montée, qui a l'avantage de pérenniser un système auquel nous tenons tous, l'assurance-vieillesse et survivants.

Je vous remercie, pour cela, de suivre ma minorité.

Lohr Christian (M-E, TG): Für uns von der Mitte-Fraktion geht es bei diesem Geschäft vor allem auch darum, dass wir glaubwürdig bleiben und unser Versprechen einlösen – ein Versprechen, das wir mehrmals geäußert haben und das einer klaren Haltung entspricht. Wir haben, als es um die Debatte zur AHV-21-Reform ging, deutlich gesagt, dass wir in den nächsten, den allernächsten Jahren nicht mehr mitmachen, wenn es bei einer weiteren Runde um die Erhöhung des Rentenalters gehen sollte. Für uns ist das Votum des Stimmvolks 2021 ein klares gewesen. Mit einer letztlich eben doch nur überschaubaren Mehrheit wurde ein Ja erreicht. Für uns ist das ein deutliches Signal gewesen, dass man bei dieser Diskussion jetzt einen Stopp einlegen muss und alles unternehmen muss, um das Vertrauen in die Politik nicht zu verspielen.

AB 2023 N 1081 / BO 2023 N 1081

Wir haben klar angenommen, dass wir die inhaltliche Diskussion selbstverständlich weiterführen müssen – das ist für uns klar. Aber gleich nachzulegen, empfinden wir als politisch unklug. Es zeugt auch von einer mangelnden Sensibilität gegenüber den Menschen mit einem mittleren oder tieferen Einkommen. Sie sind es nämlich, die Leute mit den tiefen Einkommen, die dann primär an den Folgen solcher eben nicht ausgereiften Gedankenspiele zu beissen haben werden, und dies gerade in der aktuellen Zeit, in der wir drinstecken, in welcher uns fast täglich Meldungen von nicht nur inflationsbedingten Preiserhöhungen erreichen und auch belasten. Neben finanzpolitischer Klugheit bedarf es gerade in der Rentenpolitik eben auch der Empathie für die am meisten und am stärksten Betroffenen.

Die Entwicklung der AHV in den letzten Jahrzehnten – da müssen wir ehrlich sein – ist nicht einfach so überra-



schend dahergekommen. Wir haben gewusst, dass es einmal Schwierigkeiten geben wird und wir die Finanzlage genau unter die Lupe nehmen und einer genauen Betrachtung unterziehen müssen. Dazu sind wir bereit, denn wir wissen, dass die demografische Entwicklung eine besondere Herausforderung darstellt, welcher es mit einer gezielten, aber eben auch nachhaltigen Politik zu begegnen gilt. Der Ruf nach einnahmenseitigen Massnahmen ist laut. Rentenkürzungen wären nicht opportun, da sie als negative Erscheinung – das wissen wir aus Erfahrung nur zu gut – zu Verschiebungen in andere Sozialwerke führen würden. Das müssen wir vermeiden. Es müssen deshalb andere Modelle her, die dann auch praxistauglich sein werden.

Wenn wir uns in Zukunft für eine sichere und faire Rente für alle beschäftigen, dann erscheint uns von der Mitte-Fraktion wichtig, dass wir uns Gedanken zu Ansätzen machen, die nicht das reine Rentenalter allein in den Fokus stellen, sondern eben auch die Lebensarbeitszeit. Sie soll zum neuen, zum aktuellen Thema gemacht werden. Das Postulat unserer früheren Ratskollegin Ruth Humbel verlangt ja vom Bundesrat, den Weg in diese Richtung zu prüfen, aufzuzeigen, was möglich ist und wie es möglich ist.

Unsere Landesregierung ist ja ohnehin in der Pflicht, bis Ende 2026 ein Konzept vorzustellen, wie die AHV langfristig auf gesunde Beine gestellt werden kann. Eine einfache Aufgabe wird das nicht werden, da neu ausgedachte Veränderungen immer wieder gleich zu Widerständen in der Politik führen. Es ist zu hoffen, dass sich auch die Unsitte der früh angekündigten Referendumsdrohungen wieder aus dem täglichen Politikabinett verabschiedet und so eben die wichtige Chance entsteht, sachlich an neue Lösungsentwicklungen heranzugehen.

Die Lebensarbeitszeit scheint als Instrument fair gewählt, da später auch länger arbeiten muss, wer eine längere Ausbildung genießt. Wir erkennen darin eine grosse Gerechtigkeit. Wir sind aber der festen Überzeugung, dass dieser Gedanke durchgedacht werden und vom Bundesrat eben in einem klaren Konzept aufgezeigt werden muss. Das ist der Grund, warum wir heute Nein sagen, warum wir heute nicht bereit sind für die Initiative und auch nicht für einen Gegenvorschlag.

Ohne breiten Konsens geht es in dieser Frage nicht wirklich weiter. Die Mitte-Fraktion macht sich für den Zusammenhalt in unserem Land stark, damit die Rentnerinnen und Rentner in unserem Land Perspektiven für ein würdiges Alter behalten, so wie es die Verfassung ja ausdrücklich will. Zum Selbstzweck machen wir uns diese Überlegungen nicht. Stabile Renten sind ein wichtiger Beitrag zum sozialen Frieden in unserem Land, der weiter geschützt sein will.

Wenn die Jungfreisinnigen – was wir durchaus anerkennen – mit ihrer Renten-Initiative eine Diskussion anschieben wollen, so haben wir grundsätzlich ein gewisses Verständnis dafür. Ich betone es aber gerne noch ein zweites und drittes Mal: Der jetzige Zeitpunkt ist der falsche. Hier können wir nicht mitmachen und werden auch heute nicht Ja stimmen, weder zur Initiative noch zu einem Gegenvorschlag. Wir sind der festen Überzeugung, dass vor der Abstimmung über die Weiterentwicklung der beruflichen Vorsorge eine neu aufflammende Debatte über eine Erhöhung des Rentenalters äusserst kontraproduktiv wäre.

Deshalb – ich betone es nochmals – sagt unsere Fraktion ganz klar Nein zur Initiative, und sie ist in diesem Fall auch gegen einen Gegenvorschlag, der zur absoluten Unzeit käme.

Sauter Regine (RL, ZH): Kollege Lohr, Sie haben ausgeführt, dass auch Sie sich Sorgen um die Zukunft der Renten machen, und Sie haben Ihre eigenen Ideen aufgeführt, wie diese Zukunft Ihrer Meinung nach gesichert werden müsste. Genau jetzt, mit dem indirekten Gegenvorschlag in der Kommission, hätten Sie die Gelegenheit, solche Ideen zu entwickeln und auszuarbeiten, um dann einen konsolidierten Vorschlag vorzulegen. Wieso bieten Sie nicht Hand dazu, dass man diesen indirekten Gegenvorschlag hier nun beschliessen könnte?

Lohr Christian (M-E, TG): Für uns ist der jetzige Zeitpunkt der falsche. Das wissen Sie genau, das betonen wir seit Wochen. Wir werden jetzt von dieser Position auch nicht abrücken.

Wasserfallen Flavia (S, BE): Die AHV ist die grösste soziale Errungenschaft der Schweiz, und sie feiert dieses Jahr ihr 75-jähriges Jubiläum. Der Beitrag der AHV für den sozialen Frieden und die soziale Sicherheit in unserem Land ist von unschätzbarem Wert. Es ist unsere politische Aufgabe, diesen unschätzbaren Wert zu sichern, auch für die kommenden Generationen.

Es gibt zwei Antworten darauf, wie die AHV über die nächsten Jahrzehnte gesichert werden kann: entweder mit Rentenabbau oder mit einer Stärkung der solidarischen Finanzierung. Getrieben von schwarzmalenden Finanzprognosen, die praktisch nie eingetroffen sind, gibt die Rentenerhöhungs-Initiative der Jungfreisinnigen natürlich die erste Antwort: Rentenabbau für alle, sprich eine Verschlechterung der Leistungen. Sie macht noch einen weiteren Vorschlag: Indem Automatismen eingeführt werden sollen, die sich an einseitigen Parametern orientieren, wird die Frage, wie hoch die AHV-Rente sein soll und wie sie finanziert wird, entpoli-



tisiert. Aber wie wir die AHV gestalten, ist eine hochpolitische Frage, und dieser müssen wir uns stellen, statt uns hinter technischen Übungen zu verstecken.

Eine Erhöhung des Rentenalters ist der falsche Weg, um die kommenden Herausforderungen zu meistern. Warum? Sie führt erstens zu mehr Ungleichheit und Ungerechtigkeit, sie führt zweitens zu einer Umverteilung der Kosten in andere Sozialversicherungen, und sie verschlechtert drittens die Situation der älteren Arbeitnehmenden.

Warum führt sie zu mehr Ungerechtigkeit? Die Pensionierung erfolgt bei fast 60 Prozent der Leute vor dem ordentlichen Rücktrittsalter. Die Frühpensionierungen sind dabei zwischen den Branchen sehr unterschiedlich. Bei Banken, Versicherungen oder der öffentlichen Verwaltung lassen sich über 70 Prozent frühpensionieren. Im Gastgewerbe sind es knapp 20 Prozent. Wer es sich also leisten kann, geht früher in Rente. Eine Erhöhung des Rentenalters können Personen mit einem grossen Bildungsrucksack und hohem Einkommen einfacher auffangen als der untere und mittlere Mittelstand.

Zur Umverteilung der Kosten: Die Behauptung, ein höheres Rentenalter gehe mit tieferen Kosten einher, ist ungenau und irreführend. Die Anzahl IV-Rentner und -Rentnerinnen steigt im Alter stark an. Im Alter von 60 Jahren beziehen rund 9 Prozent eine IV-Rente, im Alter von 63 Jahren liegt dieser Wert bereits bei 12 Prozent. Ein höheres Rentenalter führt zudem zu einem längeren Bezug von Ergänzungsleistungen zur IV-Rente. Auch in der Arbeitslosenversicherung, bei den Ergänzungsleistungen zu den Altersrenten oder bei der Überbrückungsleistung dürften zusätzliche Kosten entstehen.

Schliesslich deutet trotz Fachkräftemangels nach wie vor wenig darauf hin, dass sich die Situation der älteren Arbeitnehmenden auf dem Arbeitsmarkt verbessert. Die Langzeitarbeitslosigkeit steigt mit steigendem Alter an, und die Suchdauer bei älteren Stellensuchenden ist deutlich höher. Als

AB 2023 N 1082 / BO 2023 N 1082

Folge davon ist auch die Sozialhilfequote älterer Menschen im Erwerbsalter deutlich angestiegen.

Zusammengefasst: Die Erhöhung des Rentenalters ist ungerecht, verursacht Kosten in anderen Sozialversicherungen und verschlechtert die Situation der älteren Arbeitnehmenden. Kommt hinzu, dass das Timing für diese unsoziale Forderung nicht schlechter sein könnte. Mit der Unterstützung dieser Initiative legen Sie den Menschen in diesem Land noch einmal eine Rechnung vor die Nase – eine saftige Rechnung. Das kommt notabene kurze Zeit nachdem die Erhöhung des Rentenalters für die Frauen nur ganz knapp angenommen worden ist, und es kommt, währenddem viele Haushalte in diesem Land an schwindender Kaufkraft leiden, weil Mieten steigen, Krankenkassenprämien steigen, die Reallöhne sinken und die Renten wegen der Teuerung an Wert verlieren. Das ist keine Politik für die Menschen in diesem Land.

Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, dem Bundesrat und der Mehrheit Ihrer Kommission zu folgen und die Ablehnung der Initiative zu empfehlen. Verzichten Sie sowohl auf einen direkten wie auch auf einen indirekten Gegenvorschlag, d. h. also Rückweisung und Ablehnung beider Minderheitsanträge.

Maillard Pierre-Yves (S, VD): J'aimerais rappeler, à l'occasion de ce débat, que nous fêtons cette année le 75e anniversaire de la création de l'AVS. A peine un an plus tôt, en 1947, dans cette même salle, M. le conseiller fédéral Walter Stampfli soutenait la création de cette assurance-vieillesse et survivants en proposant d'y affecter 4 pour cent de la masse salariale et la poursuite des APG qui avaient été introduites au début de la Deuxième Guerre mondiale. Le plan financier de l'époque prévoyait qu'à ces 4 pour cent de cotisations sociales s'ajouterait, pour la moitié des dépenses, un soutien de la Confédération. A l'époque, on considérait donc que 50 pour cent des dépenses seraient, à terme, financées par la Confédération.

Aujourd'hui, le Parti libéral-radical de 2023 propose d'augmenter massivement l'âge de la retraite, et sa conseillère fédérale veut baisser la part fédérale au financement de l'AVS à moins de 20 pour cent, alors qu'à l'époque, on pensait aller jusqu'à 50 pour cent. Pourquoi une telle évolution? Comment ceux qui ont contribué, avec le Parti socialiste et les syndicats, à créer cette oeuvre sociale, s'évertuent-ils aujourd'hui à l'éroder, à l'affaiblir? L'argument principal est l'argument démographique. C'est sur cet argument que cette initiative se focalise.

J'aimerais rappeler quelques chiffres: en 1950, selon l'Office fédéral de la statistique, il y avait dans notre pays 9,6 pour cent d'habitants de plus de 65 ans, et 59,8 pour cent qui avaient entre 20 et 64 ans, soit six personnes de 20 à 64 ans pour une personne de plus de 65 ans. Mais ces six personnes de l'époque ne cotisaient pas toutes à l'AVS, loin de là: la moitié d'entre elles étaient des femmes. Or, la majorité de ces femmes ne travaillaient pas pour un salaire. Elles travaillaient sans doute beaucoup, malgré tout, mais elles ne cotisaient donc pas à l'AVS.

Aujourd'hui, il y a 19 pour cent environ de personnes de 65 ans et plus et toujours environ 60 pour cent de



personnes entre 20 et 64 ans, mais l'écrasante majorité des adultes d'aujourd'hui cotise. C'est la raison pour laquelle les finances de l'AVS sont saines. Voilà un rappel de l'élément démographique. Si tant est qu'on veuille parler de démographie, il faut le faire correctement et avec précision.

A l'époque aussi, en 1947, il y avait des opposants à l'AVS. Et je cite aux Jeunes libéraux-radicaux d'aujourd'hui ce que disaient ceux qui s'opposaient à l'idée même de créer l'AVS. Ils disaient aux citoyens, je cite une annonce de l'époque publiée dans la presse: "Savez-vous que dans vingt ans, le financement de l'AVS ne sera plus assuré."

Dès ses débuts, la faillite de l'AVS était annoncée par ceux qui s'opposent en fait à l'idée d'une solidarité nationale. Or, évidemment, vingt ans plus tard, l'AVS n'était pas en faillite. Au contraire, pendant les décennies qui ont suivi la création de l'AVS, dans un grand consensus, sans référendum, toutes les forces politiques ont augmenté les rentes. En termes réels, les rentes ont été triplées dans les décennies qui ont suivi la création de l'AVS, et l'âge de la retraite des femmes a été baissé de trois ans. A l'époque, on ne parlait pas d'augmenter l'âge de la retraite, mais on la baissait en réalité de trois ans pour les femmes.

Si les radicaux, les démocrates-chrétiens, les UDC de l'époque avaient écouté leurs descendants d'aujourd'hui, au lieu d'augmenter les rentes et de baisser l'âge de la retraite, ils auraient introduit un mécanisme infernal comme celui qu'on nous propose. Figurez-vous que s'ils avaient fait cela, nous aurions aujourd'hui des rentes AVS de quelques centaines de francs, et nous aurions un âge de la retraite de 71 ans.

Voilà comment ce petit exercice sain de simulation intellectuelle nous permet de voir à quel point cette proposition est hors-sol et ne tient compte que d'un aspect du débat sur les retraites. Elle ne tient compte que de la question démographique, et – comme je l'ai dit tout à l'heure – de manière trompeuse.

Il faut tenir compte évidemment de bien d'autres aspects. Il faut tenir compte de la productivité: pour chaque heure de travail, on produit aujourd'hui évidemment beaucoup plus de richesses qu'à l'époque. Il faut tenir compte de la réalité du marché du travail, comme l'a bien expliqué Flavia Wasserfallen, et surtout il faut tenir compte de la volonté politique.

Chères et chers collègues, la question est: qu'est-ce que nous voulons faire pour notre pays? Est-ce que nous voulons prolonger indéfiniment le temps de travail, comme le proposent les auteurs de cette initiative ou est-ce que nous voulons renforcer la solidarité?

Et j'aimerais rappeler une évidence: l'AVS n'est pas en faillite; l'AVS a une fortune de 47 milliards; l'AVS a fini l'an passé avec un bénéfice de répartition de 1,6 milliard de francs. Quand on veut introduire un mécanisme de frein à l'endettement, inspiré d'une Confédération qui a 70 milliards de dettes, pour l'introduire dans une oeuvre sociale qui a 47 milliards de fortune, on devrait se poser la question de savoir s'il est vraiment bien judicieux de penser importer ce genre d'outil.

Mesdames et Messieurs, il faut refuser cette initiative hors-sol, complètement déconnectée de la réalité de notre pays et, au contraire, recommencer, comment on l'a fait par le passé, à investir pour la solidarité et pour l'équilibre entre les générations.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Wer heute in der Schweiz 65 Jahre alt wird, lebt im Durchschnitt noch gut 21 Jahre. Es gibt in der EU kein Land mit einer höheren Lebenserwartung. Wir haben das unter anderem unserem Lebensstil und der Medizin zu verdanken. Die Schweiz ist damit Europameisterin der Langlebigkeit, was ein schöner Grund zur Freude ist.

Wer das Alter 65 erreicht, tritt in der Schweiz in den wohlverdienten Ruhestand und erhält eine Rente aus der AHV. Für viele Menschen ist die AHV-Rente der wichtigste finanzielle Beitrag im Alter, weshalb die AHV auch zu Recht als wichtigstes Sozialwerk bezeichnet wird.

Bei der Einführung der AHV im Jahr 1948 lag das Rentenalter für beide Geschlechter bei 65 Jahren. Im Gegensatz zu damals beziehen wir aber heute im Schnitt neun Jahre länger eine Rente, obwohl wir für die gleiche Anzahl Jahre einzahlen. Gleichzeitig wird die Anzahl Pensionierungen in den kommenden Jahren rasant zunehmen. Pro Jahr verlassen 25 000 Personen mehr den Arbeitsmarkt, als neu in den Arbeitsmarkt eintreten. Es beziehen also immer mehr Menschen eine Rente, während verhältnismässig weniger Menschen Beiträge zugunsten der AHV leisten. Diese Rechnung kann nicht aufgehen.

Unsere Langlebigkeit und die vielen anstehenden Pensionierungen stellen uns vor eine wichtige Frage: Wie hoch ist eigentlich die Lebenserwartung der AHV? Nach aktuellen Prognosen des Bundesamtes für Sozialversicherungen beträgt die Lebenserwartung der AHV ab heute noch gut 19 Jahre. Trotz der Erhöhung des Rentenalters der Frauen, trotz der Erhöhung der Mehrwertsteuer und trotz der Erhöhung der Lohnbeiträge wird die AHV in 19 Jahren ihr Kapital aufgebraucht haben. Ab dann fehlt ihr das Geld, um die



gesetzlichen Rentenversprechen zu finanzieren. Konkret heisst das: Tun wir nichts, laufen alle Personen, die heute noch nicht 65 Jahre alt sind, Gefahr, keine AHV-Rente mehr zu erhalten. Wir haben also ein Problem. Das ist nicht gut, und das sollte Grund zum Handeln sein.

Wir Politikerinnen und Politiker werden ins Parlament gewählt, um Probleme zu lösen. Dabei geht es nicht nur um die akuten Probleme, von denen wir in den letzten Monaten und Jahren leider zu viele hatten. Es geht auch darum, dass wir Probleme lösen, die absehbar sind, dass wir über das Hier und Jetzt hinausschauen. Das ist unser Auftrag. Das sind wir der Bevölkerung im Allgemeinen und der Jugend im Besonderen schuldig, denn es sind die jungen Menschen in der Schweiz, die die positiven wie auch die negativen Folgen der heutigen Politik noch am längsten spüren werden.

Die zunehmende Lebenserwartung und die steigende Anzahl an Rentnerinnen und Rentnern sind ein Fakt. Das ist keine Schätzung, keine unsichere Prognose und somit keine Schwarzmalerei. Es ist klar, dass die Herausforderungen für unsere AHV grösser denn je sind. Es ist klar, dass die AHV mit der heutigen Gesetzgebung nicht für mehrere Generationen nachhaltig finanziert ist. Wollen wir eine nachhaltig finanzierte AHV, die auch kommenden Generationen anständige AHV-Renten ausbezahlen kann, muss die Lebenserwartung der AHV mindestens zweimal so hoch sein wie die Lebenserwartung der Schweizer Bevölkerung.

Mit dieser Ausgangslage ist es nichts als ehrlich, heute Lösungen anzustossen, zu verhandeln und zu verabschieden. Im Grundsatz gibt es drei mögliche Stossrichtungen:

Die erste wäre, die Renten zu senken. Das wollen wir nicht, im Gegenteil. Wir sollten die Renten dort, wo es nötig ist, erhöhen, wenn die AHV dafür genug Geld hat.

Die zweite Stossrichtung wäre, die Steuern und Abgaben zu erhöhen. Auch das wollen wir nicht. Um die Zusatzlasten fair aufzuteilen, werden wir wohl in Zukunft aber nicht darum herumkommen, einen Teil des Defizits so zu decken.

Die dritte Stossrichtung wäre, und darüber sprechen wir heute, die moderate Erhöhung des Rentenalters. Wenn wir immer länger leben, ist es eigentlich logisch, auch etwas länger in die AHV einzuzahlen. Ansonsten geht die Rechnung bekanntlich nicht auf.

Mit der Renten-Initiative der Jungfreisinnigen liegt eine Lösung für die AHV auf dem Tisch respektive steht heute zur Debatte. Dank der Anhebung des Rentenalters auf 66 Jahre und der Anbindung an die Lebenserwartung haben wir die Chance, das Problem der AHV-Finanzierung grösstenteils zu lösen.

Eine moderate Erhöhung des Rentenalters hat auch direkt positive Effekte für die betroffene Person: Wer länger arbeitet, kann mehr Kapital in der beruflichen Vorsorge ansparen. Daraus resultiert eine höhere Rente aus der zweiten Säule. Mit dem zusätzlichen Arbeitseinkommen hat man weitere, individuelle Möglichkeiten, zu sparen und für sich selbst vorzusorgen.

Selbstredend ist ein moderat höheres Rentenalter auch im Interesse der Arbeitgebenden, denn diese sind dringend auf Arbeitskräfte angewiesen. Dank eines höheren Rentenalters steigt das Arbeitsangebot im Inland, und man ist weniger schnell gezwungen, im Ausland neues Personal zu rekrutieren. So hat auch eine Studie im Auftrag des Bundes ergeben, dass bei Annahme der Renten-Initiative die Zuwanderung in die Schweiz um sage und schreibe 23 Prozent, also um knapp ein Viertel, abnehmen würde. Damit ist die moderate Erhöhung des Rentenalters auch im Sinne aller, die die Zuwanderung in die Schweiz reduzieren wollen.

Eine moderate Erhöhung des Rentenalters entlastet auch die Ausgaben des Bundes. Denn der Bund beteiligt sich mit über 20 Prozent an den Ausgaben der AHV. Steigen die Ausgaben an, steigen auch die Bundesausgaben, was zur Folge hat, dass wir weniger Geld für andere wichtige Staatsaufgaben zur Verfügung haben.

Für alle, denen die Initiative zu weit geht, gibt es heute die Möglichkeit, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags in die Wege zu leiten. Dieser kann in Richtung einer AHV-Schuldenbremse gehen, wie er in der ständerätlichen Kommission knapp gescheitert ist, oder in Richtung einer Lebensarbeitszeit. Nichts tun ist hingegen keine Lösung.

Ich schaue nach links: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn wir untätig bleiben, fehlt uns der Spielraum, um die tiefen AHV-Renten anzuheben. Gerade Menschen, die keine berufliche oder private Vorsorge haben, leben im Ruhestand mit einem sehr tiefen Einkommen. Würden wir endlich die Finanzen der AHV in den Griff bekommen, könnten wir für diese Menschen eine Erhöhung der AHV-Rente beschliessen.

Ich schaue nach rechts: Wenn wir nichts tun, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, riskieren wir eine starke Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Lohnabgaben. Herr und Frau Schweizer hätten also jeden Monat weniger Lohn in der Tasche. Gleichzeitig käme jeder Einkauf teurer zu stehen, egal ob beim Wocheneinkauf oder beim Kauf eines neuen Sofas. Die höhere Mehrwertsteuer wird für eine Familie schnell einmal mehrere tausend Schweizerfranken pro Jahr weniger Kaufkraft zur Folge haben. Das wollen wir nicht, und ich bin überzeugt, das wollen auch Sie nicht.



Ich blicke in die Mitte dieses Saals: Geschätzte Damen und Herren, wenn wir nichts tun, dann spürt die Bevölkerung den Reformstau des Schweizer Parlamentes direkt. Das schadet unserer Glaubwürdigkeit. Wollen wir das? Ich glaube nicht. Ich will, dass wir zusammen weiterkommen; ich möchte, dass wir unser bewährtes Dreisäulensystem weiterentwickeln und unsere Stärken nutzen, um unsere Renten langfristig zu sichern, sodass wir nicht nur Europameister in Langlebigkeit bleiben, sondern auch die weltbesten Vorsorgewerke haben. Setzen wir uns gemeinsam für eine sichere, für eine starke AHV ein – eine AHV, die höhere Renten auszahlen kann und nachhaltig finanziert ist. Die künftigen Rentnerinnen und Rentner werden Ihnen dankbar sein. In diesem Sinne empfiehlt Ihnen die FDP-Liberale Fraktion die Annahme des Entwurfes und gegebenenfalls, sollte dieser dem Rat zu weit gehen, die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags, um endlich die absehbaren Finanzierungsprobleme in unserer AHV anzugehen. Ich danke Ihnen, wenn Sie unserer Empfehlung Folge leisten.

Mettler Melanie (GL, BE): Es gab hier jetzt schon viel Schwarzmalerei, und es gab auch schon viel Augenschere. Ich versuche mich aber auf die Frage zu konzentrieren: Was ist denn eigentlich die Realität? Die Realität ist, dass der reguläre Generationenvertrag funktioniert. Er funktioniert aber nicht für die Finanzierung der Babyboomer-Renten, also für die Jahre zwischen 2030 und 2050. Es gibt keinen moralischen Grund, weshalb jemand möglichst lange arbeiten sollte oder warum er das nicht tun sollte. Wohl aber gibt es eine finanzielle Verantwortung gegenüber der nächsten Generation. Zwar ist im Schweizer Steuersystem ein Ausgleich zwischen Wohlhabenden und weniger Wohlhabenden vorgesehen. Das fördert den Zusammenhalt und den sozialen Frieden und stärkt die gesamtgesellschaftliche Entwicklungsfähigkeit. Es gibt in der Schweiz aber keinen Automatismus für den Ausgleich zwischen den Generationen. Das heisst, wir müssen politisch Verantwortung übernehmen.

Die Finanzierungslücke für die Renten der Babyboomer-Generation beträgt je nach wirtschaftlicher Entwicklung etwa 100 Milliarden Franken. Diese Lücke entsteht zwischen 2030 und 2050, also für die Dauer der Jahre, während derer die Babyboomer eine Rente beziehen. Warum entsteht diese Finanzierungslücke? Die geburtenschwachen Jahrgänge der heute 30- bis 55-Jährigen bestehen einfach aus zu wenigen Personen, um diese Renten in einem Umlageverfahren zu finanzieren. Das ist aber auch eine verhalten gute Nachricht, denn ab 2030 wird die Anzahl der Neurentner und damit ab 2050 auch der Finanzierungsbedarf der AHV entsprechend wieder sinken. Seit etwa zwanzig Jahren erholt sich die Geburtenrate, und somit wird dann auch der Generationenvertrag wieder ausbalanciert sein. Diese aktuelle Finanzierungslücke gilt es aber fair zu decken – nicht nur mit einem sozial gerechten Ausgleich, sondern mit einem generationengerechten Ausgleich. Deshalb stehen die Finanzierungsquellen, welche die geburtenschwachen Jahrgänge, die erwerbstätigen Generationen, übermässig belasten, kaum im Fokus. Weder eine reine Referenzrentenalter-Erhöhung noch eine

AB 2023 N 1084 / BO 2023 N 1084

reine Erhöhung der Lohnbeiträge stellt die passende materielle und politische Antwort auf diesen Handlungsbedarf dar.

Man kann nun zwei Dinge machen: Man kann den Finanzierungsbedarf senken oder die Finanzierungsquellen erweitern. Die Renten-Initiative versucht, den Finanzierungsbedarf zu senken, indem sie einfach das Referenzrentenalter erhöht. Das allein ist aber ein wenig wirksames Instrument, insbesondere weil bereits heute 40 Prozent in Frührente gehen und gar nicht bis 65 arbeiten; dies sind vor allem die Wohlhabenden. In gewissen Hochlohnbranchen beziehen fast alle die Frühpension von mindestens einem Jahr. Als man sie gefragt hat, warum – das hat das SECO in einer Studie gemacht, es hat sie gefragt –, haben sie gesagt: weil sie es sich leisten können. Eine Erhöhung des Referenzrentenalters wäre also in erster Linie eine Erhöhung für diejenigen, die sich die Frühpension nicht leisten können. Das ist natürlich weder effizient noch fair.

Die Initiative selbst ist zwar gut gemeint, aber kaum das richtige Instrument, um das gerechtfertigte Anliegen zu erfüllen. Die grünliberale Fraktion lehnt sie ab. Die grünliberale Fraktion unterstützt aber den Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit und den Minderheitsantrag I (Sauter) mit dem Auftrag, uns Entscheidungstragende unter den nötigen Handlungsdruck zu setzen, damit wir den Ausgleich nicht nur zwischen den sozialen Schichten, sondern auch zwischen den Generationen fair ausgestalten.

Die Kommissionsminderheit will eine Art Schuldenbremse: Wenn die Finanzperspektiven der AHV über einen Zeitraum von fünf Jahren ins Negative kippen, steigt das Referenzrentenalter automatisch. Das heisst, wenn die Finanzperspektiven fünf Jahre negativ sind, haben wir auch noch fünf Jahre Zeit, um politisch zu reagieren und die Finanzen wieder in Ordnung zu bringen, bevor das Referenzrentenalter steigt. Dieser Antrag hat den Vorteil, dass er nicht nur zielgerichtet auf das tatsächliche Problem einwirkt, sondern uns auch die Möglichkeit gibt, eine generationengerechtere Finanzierung mit einzubeziehen, also zum Beispiel die wohlhabenden



Babyboomer und Frühpensionierten an der Finanzierungslücke zu beteiligen. Er passt zudem sehr gut zum Anliegen der Grünliberalen, den Handlungsdruck auf die Polkräfte, die uns in eine politische Reformblockade führen, zu erhöhen. Die grünliberale Vorstellung einer fairen Vorsorgegestaltung ist eine gleichmässige Verteilung der Last zwischen den Generationen und den Geschlechtern und eine faire Verteilung der Last zwischen den Wohlhabenden, dem Mittelstand und den Bedürftigen – keine Giesskasse, aber auch kein Rasenmäher, sondern effiziente Massnahmen, dort, wo sie Wirkung erzielen.

Einen grossen Schritt in Richtung grössere Gerechtigkeit bei der Altersvorsorge können wir jetzt mit der Modernisierung der zweiten Säule, also bei der BVG-Reform, machen. Einen weiteren Schritt strebt das politische Zentrum mit einer Anpassung der Rentenformel zugunsten der schwächsten Rentenhaushalte an. Einen dritten Schritt können wir mit einem Gegenentwurf zu dieser Initiative tun.

Portmann Hans-Peter (RL, ZH): Frau Kollegin, ich bin Babyboomer. Jetzt habe ich eine Frage: Bin ich aus Ihrer Sicht ein wohlhabender Babyboomer? Also einer, der von seinem eigenen Sack, durch harte Arbeit geäuftetes Ersparnis abgeben soll an andere Leute, die vielleicht in ihrem Leben nicht so viele Leistungen erbracht haben? Gehöre ich zu diesen wohlhabenden Babyboomern, die aus ihrem eigenen Ersparnis jetzt umverteilen sollen? Können Sie mir das erklären?

Mettler Melanie (GL, BE): Also, Herr Portmann, ich kenne Ihre finanziellen Umstände nicht. Es ist mir auch nicht so wahnsinnig wichtig. (*Teilweise Heiterkeit*) Aber wir sprechen jetzt hier über die erste Säule. Diese erste Säule wird in einem Umlageverfahren finanziert, das heisst, Ihre AHV-Rente wird von den dann Erwerbstätigen finanziert. Von diesen hat es dann weniger als zurzeit, da Sie noch erwerbstätig sind und die Renten der Älteren mitfinanzieren.

Matter Michel (GL, GE): La retraite est une étape de vie attendue, justifiée, qui s'inscrit dans une perspective de développements personnels et d'espaces de vie nouveaux et essentiels pour chacune et chacun d'entre nous.

L'AVS est un succès indéniable. C'est le coeur de nos assurances sociales. L'AVS se doit d'être pérenne à long terme. Evoquer la retraite et son financement amène automatiquement son lot d'émotions, de divisions et de propositions, ciblées ou non.

Le lien entre les générations, indispensable à toute société, doit être sans cesse renforcé. C'est de cet équilibre constant que les assurances sociales et solidaires se nourrissent. La charge et le poids sur chaque génération sont décisifs. Tout déséquilibre entraîne de fait un problème financier.

C'est sur ce point précis que la proposition de renvoi de la minorité à la commission doit être interprétée et comprise. Cette demande donne l'occasion d'élaborer la meilleure solution possible. L'AVS doit être une assurance sociale durable. Pour cela, il faut réfléchir à l'équilibre financier entre les dépenses et les recettes, c'est-à-dire à l'ensemble des aspects relatifs à la pérennité de l'AVS, bien au-delà des quelques années qui sont devant nous.

L'âge de la retraite est un sujet sensible. L'espérance de vie a passablement augmenté en Suisse. Elle n'est pas, n'est jamais, la même pour tout le monde. La pénibilité du travail, le mode de vie, les conditions économiques et sociales sont des paramètres incontournables et personnels. Une initiative qui ne porte que sur l'espérance de vie, que sur l'âge, ne peut apporter une solution stable et durable. L'AVS exige une réponse multifactorielle, intégrant l'ensemble des paramètres actuels et projetés.

C'est cette vision globale, multifactorielle, qui devra tenir compte de toutes les réflexions et de toutes les propositions concrètes, afin de construire un véritable projet qui puisse maintenir la cohésion et la paix sociale entre les différentes classes d'âges dans les décennies qui se profilent.

Le groupe Vert'libéral souhaite un débat politique qui puisse surmonter les blocages et aboutir à un mécanisme financier stable, équitable, durable et responsable, car il s'agit bien de notre responsabilité collective, au-delà de nos divergences, qui permettra une AVS pérenne et protectrice pour toutes les générations. Nous soutiendrons la proposition de renvoi à la commission. Pour notre société, par équité, respect et solidarité.

Aeschi Thomas (V, ZG): Die Renten-Initiative fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Im Falle einer Annahme der Initiative im Jahr 2024 würde damit das Rentenalter im Jahr 2033 bei 66 Jahren liegen. Anschliessend soll das Rentenalter jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten an die Lebenserwartung angepasst werden. Grundsätzlich – und das wurde bereits ausgeführt, unter anderem von Herrn Lohr – kann die AHV nur mittels drei Massnahmen saniert werden: erstens durch höhere Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge oder durch einen höheren Mehrwertsteuerbeitrag; zweitens durch Rentenkürzungen; drittens durch ein höheres Rentenalter.



Die Minderheit I (Sauter) fordert Eintreten auf einen direkten Gegenentwurf zur Renten-Initiative. Dabei soll Artikel 112 Absatz 6 der Bundesverfassung unter anderem wie folgt angepasst werden: "Übersteigen die kumulierten Ausgaben der AHV die kumulierten Einnahmen [...] über einen Zeitraum von fünf Jahren, so erhöht sich das dann zum geltende Referenzalter zum Renteneintritt ohne weiteres so, dass die vorgenannten Ziele erreicht werden." Das heisst, die Einnahmen und Ausgaben der AHV sollen langfristig im Gleichgewicht gehalten werden. Die Minderheit I fordert entsprechend eine automatische Rentenaltererhöhung, sobald die Ausgaben für die AHV während mehr als fünf Jahren die AHV-Einnahmen übersteigen.

Ähnlich fordert die Minderheit Mettler, dass die Vorlage an die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates zurückgewiesen wird mit dem Auftrag, über einen indirekten Gegenvorschlag eine "Schuldenbremse für die AHV" einzuführen. Wie einleitend erläutert, kann eine Schuldenbremse nur über drei Hebel wirken: erstens über neue oder höhere Finanzierungsbeiträge; zweitens über tiefere

AB 2023 N 1085 / BO 2023 N 1085

Rentenleistungen; drittens über ein höheres Rentenalter. Weil höhere Finanzierungsbeiträge und Rentenkürzungen politisch höchst umstritten sind, ist absehbar, dass eine Schuldenbremse für die AHV analog zum direkten Gegenvorschlag der Minderheit I (Sauter) auf eine automatische Rentenaltererhöhung hinauslaufen wird.

Am 25. September 2022 haben die Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger die Rentenaltererhöhung für die Frauen mit 50,5 Prozent Ja- zu 49,5 Prozent Nein-Stimmen angenommen. Ab dem 1. Januar 2024 gilt somit der Mehrwertsteuer-Normsatz von neu 8,1 Prozent statt wie bisher 7,7 Prozent, und das Referenzalter der Frauen wird in vier Schritten von 64 auf 65 Jahre erhöht. Ab dem 1. Januar 2028 respektive ab Jahrgang 1964 gilt somit für alle das Referenzalter 65.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie, sowohl die Renten-Initiative als auch die Anträge der Minderheit I (Sauter) und der Minderheit Mettler, die beide de facto eine automatische Rentenaltererhöhung fordern, abzulehnen.

Nächstes Jahr stimmen wir über die Initiative der Gewerkschaften für eine 13. AHV-Rente sowie über die Reform der beruflichen Vorsorge, die BVG-21-Vorlage, ab. Gleichzeitig jetzt auch noch für das Rentenalter einen Erhöhungsautomatismus einführen zu wollen, würde das Fuder definitiv überladen. Zudem haben beide Räte den Bundesrat beauftragt, dem Parlament bis am 31. Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Hoffen wir, dass Bundespräsident Alain Berset diesen Auftrag ernster nimmt als die Umsetzung der Motion Ettlín Erich 19.3702, "Einkauf in die Säule 3a ermöglichen", bei der wir nun seit mehr als drei Jahren auf die bundesrätliche Vernehmlassungsvorlage warten.

Schilliger Peter (RL, LU): Herr Kollege Aeschi, Sie haben die Korrekturmassnahmen sehr breit und ausführlich dargestellt. Mich interessiert, wie die SVP die Problemstellung der ganzen Bundesfinanzen sieht. Das sind alles gebundene Ausgaben, die mit anderen gebundenen Ausgaben wie den Armeeausgaben im Wettbewerb stehen. Sieht die SVP in dieser ganzen Finanzfrage keinen Handlungsbedarf?

Aeschi Thomas (V, ZG): Wir würden uns sehr freuen, wenn wir hier mehr Unterstützung der anderen bürgerlichen Parteien erhielten, namentlich bei der Kürzung der Kulturausgaben, bei der Kürzung der Entwicklungszusammenarbeit, bei der Kürzung des Eigenaufwandes des Bundes. Wir haben hier schon x-mal Forderungen gestellt, wonach eben auch die Löhne der Staatsangestellten gekürzt werden usw. Wir stellen pro Session und pro Budgetvorlage dreissig bis vierzig Kürzungsanträge, die sehr häufig von der FDP-Liberalen Fraktion nicht unterstützt werden, was sehr bedauerlich ist. Ich würde mich freuen, Herr Kollege Schilliger, wenn Sie im nächsten Dezember mithelfen würden, das Bundesbudget von Frau Bundesrätin Keller-Sutter wieder ins Lot zu bringen, indem Sie unsere Kürzungsanträge entsprechend unterstützen – natürlich bei einer erfolgreichen Wiederwahl. Ich danke Ihnen.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Schon wieder diskutieren wir über Rentenabbau, obwohl weder die Bundesverfassung noch die Versprechen an die Frauen umgesetzt sind. Nur gerade ein Drittel der heutigen Pensionäre und Pensionärinnen kann das gewohnte Leben im Alter weiterführen. Ein Drittel hat um die 3500 Franken Rente, erste und zweite Säule zusammengenommen, lebt also nicht fürstlich, und ein Drittel lebt am Existenzminimum bzw. sogar darunter. Viele haben also keine würdigen Renten. Vor allem betroffen sind Frauen. Da müssen wir also ansetzen: verbessern und nicht einmal mehr verschlechtern.

Die vorliegende Initiative ist keine menschenfreundliche Initiative. Kein fixes Rentenalter mehr zu haben – zuerst 66, dann 67, vielleicht am Schluss 70, je nach demografischer Entwicklung –, kann vielleicht gerade mal für diejenigen gut sein, denen es eh schon gutgeht, die einen guten Lohn, eine gute Arbeit haben, die am



Schluss auch eine gute Rente haben und die länger arbeiten wollen. Für tiefe und mittlere Löhne heisst es aber nur: länger arbeiten und immer noch keine gute Rente.

Einen würdigen, guten Lebensabend aber haben alle verdient. Einige Jahre noch geniessen zu können – hoffentlich gesund –, das mögen wir Grünen allen gönnen. Auf der einen Seite werden viele, beispielsweise auf dem Bau, nicht einmal 65. Viele "plangen", schweizerdeutsch gesagt, geradezu auf die Rente. Sie sind ausgebrannt und verbraucht. Auf der anderen Seite sind aktive alte Menschen wichtig für die Gesellschaft. Ich erinnere an den Bereich der Betreuung der Kinder ihrer Kinder, an die Freiwilligenarbeit, die zentral ist und einen hohen volkswirtschaftlichen Nutzen hat. Müsste diese bezahlt werden, käme das teuer zu stehen. Wer zudem länger arbeiten will, kann das bereits heute tun. Man kann den Bezug der AHV hinausschieben, bis man 70 ist, sofern man denn eine Arbeit hat. Sie wissen aber auch, dass das bereits ab 55 schwierig wird. Aber es darf keine Pflicht sein, länger arbeiten zu müssen.

Wenn Sie die Studien anschauen, dann sehen Sie interessanterweise, dass diejenigen, die frühzeitig, nämlich oft schon mit 58, in Pension gehen, nachher noch als sogenannte Senior Consultants tätig sind, ausgestattet mit einer guten Rente und ein bisschen Zuverdienst. Das sind vor allem Manager, Finanz- und Computerexperten sowie ein, zwei Frauen, die mit 58 gehen und im Schnitt eine höhere Rente beziehen als diejenigen, die mit 65 in Rente gehen.

Das Argument, die Finanzierung der Renten sei wegen der Demografie nicht gewährleistet und deshalb zwingend anzupassen, ist nicht wahr. Die Finanzierung ist eine politische Entscheidung und somit eine Frage des politischen Willens, ob man für alle eine würdige Rente haben will oder eben nicht. Die gerechteste Finanzierung wäre über die Steuern, weil sie immer noch progressiv ausgestaltet ist: Wer viel verdient, soll mehr zahlen; wer wenig verdient, soll weniger zahlen. Diesen Mechanismus haben wir auch schon im AHV-Gesetz. Die AHV ist wegen ihrer Umlage die würdige und sichere Finanzierung, sie ist fair und gerade für die Jungen sehr, sehr gut. 92 Prozent zahlen weniger ein, als was sie nachher als Rente beziehen.

Gönnen wir also allen einen würdigen Lebensabend, kämpfen wir für würdige Renten für alle. Wir Grünen werden diese Initiative klar ablehnen, auch die Minderheitsanträge. Wir wollen in die AHV investieren und sie nicht abbauen. Wir sind gewillt, die Finanzierung zu gewährleisten.

Mettler Melanie (GL, BE): Frau Prelicz-Huber, Sie haben jetzt ausgeführt, die faireste Finanzierung einer Finanzierungslücke funktioniere über die Steuern. Können Sie denn bestätigen, dass das Parlament mit dem vorgeschlagenen Automatismus fünf Jahre Zeit hätte, genau diese zusätzliche Finanzierungsquelle über die Steuern zu beschliessen?

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Danke für die Frage, Kollegin Mettler. Noch einmal: Wir wollen ein fixes Rentenalter, wir wollen keine Flexibilisierung nach oben. Wir haben im Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung vorgesehen, dass bis 50 Prozent über Steuereinnahmen bezahlt werden könnten. Wir sind heute bei rund 20 Prozent. Wir könnten die Renten in der AHV also für alle sehr deutlich erhöhen und hätten den Finanzierungsmodus dafür bereits auf dem Tisch.

Porchet Léonore (G, VD): Encore une fois, nous sommes face à ce vieux mythe: l'augmentation de la durée de vie, de l'espérance de vie, nous forcerait à augmenter l'âge de la retraite. C'est faux, c'est faux et c'est encore faux.

Il faut tout d'abord rappeler plusieurs évidences. La première d'entre elles est que nous n'allons peut-être pas vivre jusqu'à 150 ans, heureusement, et que la durée de vie a maintenant même tendance à stagner et parfois à reculer dans certains pays dits évolués, en raison de problèmes de santé. Il faut aussi rappeler une seconde évidence, c'est que les 55 ans et plus ont déjà aujourd'hui de la peine à trouver du travail quand ils le perdent après cet âge-là ou même simplement à rester en emploi. L'augmentation de l'âge de la retraite ne

AB 2023 N 1086 / BO 2023 N 1086

fait donc qu'augmenter les charges de l'assurance-chômage et de l'AI.

Mais on doit aussi ajouter à cela le fait que tout le monde ne voit pas sa durée de vie s'allonger et encore moins augmenter son nombre d'années de vie en bonne santé. Les différences de revenu ont en effet une influence sur la santé. Les personnes à plus faible revenu ont une santé moins bonne que les personnes à plus haut revenu. Vieillir en bonne santé est plus difficile pour les retraités touchés par la pauvreté que pour les autres. Par exemple, les retraités sans deuxième pilier disent avoir plus souvent des problèmes de santé que les autres et doivent parfois – et plus souvent que les autres – renoncer à des soins de santé pour des raisons financières.

Or, ce sont justement ces personnes touchant des bas revenus qui pourront le moins prendre une retraite



anticipée. Cela implique que les personnes à haut revenu qui meurent moins vite profitent plus longtemps des prestations de l'AVS, tout en recevant des rentes plus élevées. Cette initiative est donc particulièrement injuste. Ce d'autant plus que la moyenne d'années de vie en bonne santé s'élève à environ 70, soit à peine 4 ans de plus que l'âge de la retraite prévu par cette initiative injuste.

Dans une société évoluée, l'espérance de vie, c'est-à-dire le moment où l'on meurt – à l'hôpital, à l'EMS, souvent malade, de plus en plus souvent dément, parfois seul –, ne peut pas être le facteur décisif pour déterminer l'âge de la retraite. C'est le critère de la qualité de vie pendant les années de retraite qui devrait être déterminant pour fixer l'âge de référence de l'AVS. Ce n'est pas le moment où l'on meurt.

Nous devons laisser la possibilité à celles et ceux qui ont trimé toute leur vie d'avoir une troisième partie de vie de qualité. Au lieu d'augmenter le temps de travail et de diminuer les prestations sociales, comme cela nous est systématiquement proposé dans ce Parlement, nous les Verts pensons qu'il faudrait plutôt baisser le temps de travail de manière générale, car nous avons besoin de temps pour nous occuper de nous-mêmes, mais aussi pour pouvoir mettre en oeuvre les transformations indispensables à la transition climatique.

Nous avons besoin de plus de temps, nous avons besoin de plus d'égalité, nous avons besoin de plus de respect, et pas d'initiatives injustes et arbitraires comme celle-ci. Le groupe des Verts vous invite donc ici à recommander le rejet de l'initiative et à la rejeter ensuite dans les urnes.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Wir befinden heute über eine Initiative, welche das Rentenalter mit der durchschnittlichen Lebenserwartung der Menschen im Alter von 65 Jahren verknüpft. Steigt die Lebenserwartung an, erhöht sich auch das Rentenalter. Die Initianten argumentieren damit, dass viele andere Länder diese Anpassung auch gemacht und das Rentenalter teilweise auf 67 Jahre, ja gar 68 Jahre erhöht hätten. Sie wollen Ähnliches anpeilen. In einem ersten Schritt wollen sie das Rentenalter pro Jahr um zwei Monate erhöhen, bis sie dann 2032 66 Jahre erreicht haben. Danach soll das Rentenalter pro Monat zusätzlicher Lebenserwartung um 0,8 Monate steigen. Die Initiantinnen und Initianten haben errechnet, dass 2043 das Rentenalter 67 erreicht sein dürfte, 2056 das Rentenalter 68.

Ich muss Ihnen sagen, ich habe Sympathien dafür, das Rentenalter zu erhöhen. Erstens stammt das Referenzalter aus Bismarck'schen Zeiten: Die durchschnittliche Lebenserwartung war damals 60 Jahre. Heute sind Menschen in diesem Alter ungleich fitter und leistungsfähiger. Zweitens ist es einfach so, dass Menschen grundsätzlich auch gerne im Arbeitsprozess integriert sind. Ältere Arbeitskräfte bilden ein nicht zu unterschätzendes Potenzial, um dem aktuellen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Sie generell mit 65 Jahren in die Rente zu schicken, ist verlorenes Potenzial.

Des Weiteren standen bei der Gründung der AHV 1947 beinahe sieben Erwerbstätige einem Rentner gegenüber; heute finanzieren noch drei Erwerbstätige eine Rente. Mit dem Renteneintritt der Babyboomer könnten es bald nur noch zwei sein.

Das sind Szenarien, die zu denken geben müssen. Sie auf das politische Parkett zu bringen, ist für mich kein Kritikpunkt, im Gegenteil; schliesslich haben wir alle die Verpflichtung, dass unser wichtigstes Sozialwerk auch unseren Kindern und deren Kindern, überhaupt den künftigen Generationen, erhalten bleibt.

Trotzdem werde ich die Initiative ablehnen. Warum?

Erstens kommt sie schlicht und ergreifend zum falschen Zeitpunkt. Wir haben gerade das Rentenalter erhöht und dasjenige der Frauen an das der Männer angeglichen. Für mich selber war das auch aus Gleichstellungssicht ein selbstverständlicher Schritt. Ich sehe nicht ein, weshalb meine Arbeit im Arbeitsprozess weniger wert sein sollte als diejenige der Männer. Nur sahen das viele anders, und letztlich gab es auch klare Versprechungen, dass nun – für die Frauen und für geringer Verdienende – zuerst einmal und prioritär die obligatorische berufliche Vorsorge auch Erwerbstätigen mit kleineren Arbeitspensen und Einkommen zugänglich zu machen sei.

Zweitens berücksichtigt ein Automatismus in der Bundesverfassung weder die sozialpolitische Situation noch diejenige im Arbeitsmarkt. Es gibt Jobs, welche das längere Arbeiten schlicht unmöglich machen, und es gibt soziale Konstellationen, für die man die Sache nicht einfach über das Knie brechen kann. Vor allem ist zu sagen: Ja, die Wirtschaftsverbände können schon fordern, dass länger gearbeitet werden müsse. Kürzlich hat der Schweizerische Arbeitgeberverband ein Rentenalter von 70 Jahren gefordert. Das wäre eigentlich genau das Mittel gegen den Fachkräftemangel. Aber wenn die Menschen dann mit 50 entlassen werden und kaum mehr einen adäquaten Job finden, dann ist es schon ziemlich zynisch, wenn man ihnen einfach die Zeit bis zur Rente verlängert. Da bräuchte es schon klarere Zugeständnisse – das eine geht nicht ohne das andere.

Drittens ist das Rentenalter bis jetzt nicht in der Bundesverfassung verankert. Verankern wir es, verlieren wir den Spielraum, auch noch andere Kriterien zur Finanzierung einzubeziehen.

Das Fazit ist also: Der Zeitpunkt ist falsch. Momentan finden Arbeiten zur Stabilisierung der beruflichen Vor-



sorge statt. Des Weiteren hat das Parlament der Landesregierung Studien für eine Stabilisierung der AHV in Auftrag gegeben; sie können gleichsam als Gegenvorschlag zur Initiative gelten.

Wir lehnen die Initiative also ab, ebenso wie den Antrag der Minderheit, die die Vorlage an die Kommission zurückweisen will.

Imboden Natalie (G, BE): Die AHV ist unbestritten ein zentrales Sozialwerk in diesem Land. Sie war es in der Vergangenheit und soll und wird und muss es auch in Zukunft bleiben. Da es so wichtig ist, geht es hier auch um eine politische und nicht um eine arithmetische Frage, wie uns das die Renten-Initiative suggerieren will. Die Renten-Initiative will das Rentenalter künftig arithmetisch mit einer durchschnittlichen Entwicklung der Lebenserwartung koppeln. Dabei ist das Leben der Menschen nicht arithmetisch durchschnittlich. Unter der Wirkung der Renten-Initiative würden denn auch besonders Menschen mit tieferen Einkommen leiden.

Das zeigt ein Blick in die Mortalitätsstatistik. Haben Sie gewusst, dass Männer im Kanton Zug mit der Lebenserwartung von 83 Jahren eine über fünf Jahre höhere Lebenserwartung haben als die Männer im Kanton Glarus, dem Ort in der Schweiz, wo die Männer am wenigsten alt werden? Übrigens gibt es die gleichen Zahlen auch bei den Frauen. Wahrscheinlich hat das im Kanton Zug nicht mit der Zuger Kirschtorte zu tun, sondern eher mit dem sozioökonomischen Kontext.

Wenn wir das Sterberisiko nach Berufen verteilt anschauen, sehen wir, dass bei den Männern die Berufsleute, die im Maschinenbau, mit Gerätschaften, auf dem Bau, aber auch im Energiebereich arbeiten, ein fast dreimal höheres Mortalitätsrisiko, also Sterberisiko, haben als ein Professor oder eine Lehrperson. Bei den Frauen sind die Berufe im Gastgewerbe und in der Hotellerie jene mit der tiefsten Lebenserwartung. Wer dort arbeitet, hat einen harten Job, wenig Lohn, unregelmässige Arbeitszeiten, ein schwieriges Arbeitsumfeld und stirbt früher als Menschen im Durchschnitt.

Ein Blick in diese Statistiken zeigt: Vor dem Tod sind eben nicht alle gleich, denn je reicher und je ausgebildeter die

AB 2023 N 1087 / BO 2023 N 1087

Menschen in diesem Land sind, desto länger leben sie. Die Renten-Initiative hat eben genau darum einen grundlegenden Konstruktionsfehler: Sie ist nicht nur starr, sie ist auch unsozial. Wir wissen heute: Wer weniger verdient, wer eine weniger gute Ausbildung hat, lebt eindeutig weniger lange, und, schlimmer noch, auch die Gesundheit ist damit verbunden weniger gut. In den Jahren, in denen die Menschen im Alter leben, sind sie dann auch noch häufiger krank. Wenn das allgemeine Rentenalter linear steigt, bleibt diesen Menschen, die es bereits im Erwerbsleben nicht immer einfach hatten, aber einen wichtigen Beitrag an unsere Gesellschaft geleistet haben, weniger Zeit im wohlverdienten Ruhestand – das ist unsozial. Wer bereits sein Leben lang im Beruf hart gearbeitet hat, soll auch einen anständigen Ruhestand geniessen und erleben dürfen.

Darum – ich komme zum Schluss – ist die vorliegende Initiative falsch. Sie ist starr, einseitig und insbesondere unsozial. Aus diesen Überlegungen wird sie von der grünen Fraktion eindeutig abgelehnt. Über die Halbwertszeit oder über die Lebensdauer dieser Initiative wird am Schluss die Bevölkerung entscheiden, und ich hoffe, dass sie dazu Nein sagen wird. Wer hart gearbeitet hat in diesem Land, soll auch ein Recht auf den verdienten Ruhestand haben.

Reimann Lukas (V, SG): Die Initiative der Jungfreisinnigen spricht ein wichtiges Thema an, und es ist den Jungfreisinnigen zugutezuhalten, dass sie die Debatte über das Renteneintrittsalter und vor allem auch über die Sicherung der Altersvorsorge anstossen. Ihre Lösung ist aber falsch, einseitig und zu wenig weit gedacht. Man kann nicht auf der einen Seite sagen, jetzt leben die Menschen länger, also arbeiten sie auch länger, während es auf der anderen Seite immer mehr jüngere Menschen gibt, die nur 70 oder 80 Prozent arbeiten wollen. Es kann nicht sein, dass die älteren Menschen, die ein Leben lang 100 Prozent gearbeitet haben, letztendlich Einbussen in Kauf nehmen müssen, weil die Jüngeren nicht mehr voll arbeiten wollen.

Es ist auch nicht so, dass alle Leute aus den gleichen Gründen frühzeitig in Pension gehen. Es wurde von der Vorrednerin gesagt: Es gibt diejenigen Menschen, die krank werden, die dies als letzte Chance für einen Ausstieg aus der Arbeitsbelastung sehen. Es gibt wiederum andere, die in die Frühpensionierung geschickt wurden. Sie wurden mehr oder weniger entlassen, und Sie alle wissen, wie schwierig es ist, in diesem Alter nochmals einen Job zu finden.

Wir wissen es aus vergangenen Abstimmungen über AHV-Vorlagen: Unausgewogene Vorlagen wurden vom Volk stets abgelehnt, und ich bin überzeugt, dass das Volk auch diese Vorlage ablehnen wird, weil sie zu einseitig ist und das Problem zu isoliert betrachtet.

Ich sehe auch nicht den Konflikt zwischen Jungen und Alten. Sie können genauso gut einen Konflikt sehen zwischen der Generation, die unser Land aufgebaut hat, die unser Land stark gemacht hat, die hart für diesen



Wohlstand, den wir jetzt haben, gearbeitet hat, und dem Umstand, dass das Parlament jetzt Geld für alles Mögliche ausgibt, sei es im Ausland oder sonst für irgendwelche Projekte. Man kann durchaus auch da eine Konfliktlinie sehen und nicht nur diejenige zwischen Jung und Alt. Mein Eindruck ist, dass wir für die ganze Welt Geld haben, aber nicht für die Generation, die wirklich viel zu dem Wohlstand beigetragen hat, den unser Land heute hat.

Natürlich soll man flexibel sein, und natürlich sind heute die Lebensläufe so verschieden, dass es flexible Möglichkeiten geben soll. Ich glaube aber nicht, dass es am Staat ist, den Menschen vorzuschreiben, wann sie in Pension gehen können, sollen oder müssen, sondern dass dies jeder Mensch für sich selber entscheiden kann. Für all diejenigen Menschen, die das nicht für sich selber entscheiden können, weil sie von der harten Arbeit kaputt sind oder sogar frühzeitig sterben könnten, braucht es eine ausreichende und gute Absicherung im Alter. Letztendlich kann nicht jeder in diesem Land Politiker sein, in diesem Land gibt es auch Leute, die körperlich hart arbeiten und einen grösseren Verschleissjob haben als denjenigen der Politiker.

Wir sind damit einverstanden, dass mehr Menschen als bisher bis zum geltenden Renteneintrittsalter arbeiten sollen. Die Frage des längeren Arbeitens ist aber letztendlich auch eine Frage der Lebensqualität. Wer nicht mehr arbeiten kann, soll auch früher in Pension gehen und von seiner Rente leben und nicht nur überleben können. Viele Menschen gehen heute früher in Rente und nehmen dafür hohe finanzielle Einbussen in Kauf, weil sie darin den einzigen Ausweg sehen aus einer Arbeitsbelastung, die sie nicht bis zum Rentenalter stemmen können und die sie wahrscheinlich auch nicht bis zum Rentenalter überleben würden.

Die Initiative der Jungfreisinnigen bietet hier keine Lösungen. Das Eintrittsalter würde einfach an das Rentenalter geknüpft werden. Man könnte aber genauso gut von einer Lebensarbeitsdauer sprechen. Das wäre für mich persönlich zwar schlecht, aber es wäre gerechter: Diejenigen, die studierten und dadurch erst später ins Arbeitsleben eintreten, die sollen dann entsprechend auch länger arbeiten als derjenige, der schon seit 16 auf dem Bau hart arbeitet.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auch auf einen Gegenvorschlag zu verzichten.

Farinelli Alex (RL, TI): Oggi affrontiamo una discussione che comprensibilmente e giustamente suscita delle emozioni, in quanto l'AVS per tutti costituisce un simbolo del nostro paese, un simbolo di solidarietà tra le generazioni che è stato voluto, costruito e preservato nel tempo. Tuttavia, per salvare il primo pilastro da un destino che purtroppo è tutt'altro che roseo bisogna partire dai fatti.

Perché possiamo avere tutti i desideri che vogliamo ma alla fine ci dobbiamo confrontare con la realtà: in primo luogo la realtà ci dice che dall'introduzione nel 1948 l'aspettativa di vita si è indiscutibilmente allungata molto, e anche la sua qualità. Questo è un fatto positivo ma che incide sul primo pilastro. In secondo luogo, si incomincia a lavorare sempre più tardi, perché ci si forma e si dedica più tempo a prepararsi per l'entrata nel mondo del lavoro. Ma questo vuol anche dire, che si incomincia a contribuire tardi. In terzo luogo andiamo incontro ad un'ondata di pensionamenti nei prossimi anni che andranno a caricarsi sul fondo dell'AVS minando le basi stesse della sua solidità finanziaria.

Un'assicurazione sociale può restare solida se è capace di preservare il patto sociale che ne è alla base. Per l'AVS questo è dato dalla solidarietà tra pensionati e lavoratori. Quest'ultimi oggi sono chiamati a pagare per delle rendite che vengono versate ai pensionati, sapendo che qualcuno domani farà lo stesso per loro. Dunque, il sistema si basa su un continuo passaggio di testimone nel tempo tra le generazioni.

È proprio qui il problema della situazione attuale. Per troppi anni la politica non è stata in grado di riformare l'AVS. I continui veti incrociati, il voler affossare una riforma dopo l'altra hanno fatto sì che si riuscisse sempre solo a mettere dei cerotti su questo primo pilastro, andando sempre a tappare una falla per cinque o sei anni ma non riuscendo mai ad affrontare veramente il problema fino in fondo.

Gli scenari che abbiamo davanti per i prossimi trent'anni ci dicono che all'AVS mancheranno centinaia di miliardi di franchi. Centinaia di miliardi di franchi non si trovano facilmente, e non si trovano soprattutto se poi, in realtà, se ne vorrebbero spendere ancora di più. E allora la politica è chiamata a prendere delle decisioni.

In questo dibattito ho sentito più volte che "noi vogliamo" oppure che "io voglio fare qualcosa": mia nonna mi diceva che l'erba voglio non cresce nemmeno nel giardino del re – e in politica men che meno. Si possono volere tante cose ma non si può pensare che questo volere sia sufficiente per realizzare i desideri. In politica bisogna saper prendere le decisioni, ci vuole anche il coraggio di spiegare alle persone quali sono le sfide che stiamo affrontando e che non si può avere tutto, non si può avere il panino e il soldino.

Se vogliamo preservare le rendite AVS che abbiamo oggi o magari addirittura aumentarle, se vogliamo in qualche modo non dover caricare ulteriori oneri su chi lavora, che già oggi vede comunque il suo potere d'acquisto messo in discussione, bisogna essere disposti a discutere dell'età di



AB 2023 N 1088 / BO 2023 N 1088

pensionamento. Questo è il caso dell'iniziativa dei Giovani liberali-radicali. Con l'iniziativa e con l'idea di fare un controprogetto vogliono far sì che il Parlamento si assuma finalmente la sua responsabilità fino in fondo e si metta a cercare una soluzione a medio-lungo termine per preservare questo pilastro sociale che serve a cementare la solidarietà nella nostra società. Non basta continuare a annunciare di voler salvare l'AVS, bisogna farlo nei fatti, prendendo delle decisioni che possono essere anche difficili. Ma chi siede in questo Parlamento deve essere disposto a fare anche questo.

Locher Benguerel Sandra (S, GR): Eine Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die sozialpolitische noch die arbeitsmarktliche Situation, dies aus folgenden Gründen:

Die Renten-Initiative verkennt die Realität auf dem Arbeitsmarkt. Für Menschen über 60 Jahre, wir haben es jetzt bereits mehrfach gehört, ist es schon heute schwierig, eine Stelle zu finden. Heute ist diese Altersgruppe diejenige mit der höchsten Arbeitslosenquote. Auf dem Arbeitsmarkt sind ihre Perspektiven schlecht. Sie haben grössere Mühe, wieder eine Stelle zu finden, unabhängig vom Qualifikationsgrad oder von den Lohnvorstellungen.

In der Gastronomie, im Gesundheits- und Sozialwesen sowie im Detailhandel hat gerade die Zahl der älteren arbeitslosen Frauen stark zugenommen, dies trotz häufiger Klagen der Arbeitgebenden über Arbeitskräftemangel. Es droht, was in anderen Ländern beobachtet werden kann: Die Erhöhung des Rentenalters wird mehr Personen in die Langzeitarbeitslosigkeit und in die Sozialhilfe treiben. Dies bestätigen die neusten Zahlen des Bundesamtes für Statistik: Die Erwerbsquote ist mit zunehmendem Alter deutlich rückläufig, vor allem bei Arbeitnehmenden, welche in physisch und psychisch belastenden Berufen arbeiten. Bei den 55- bis 64-Jährigen arbeiten noch 72 Prozent der Menschen. Dies bedeutet einen Rückgang um 14 Prozent gegenüber der Altersgruppe der 40- bis 54-Jährigen. Ein Jahr vor dem aktuell geltenden Rentenalter arbeitet nicht einmal mehr die Hälfte der Menschen. Ich frage Sie: Welchen Sinn macht es, uns ein Jahr länger arbeiten zu lassen, während heute bereits so viele Arbeitnehmende im erwerbsfähigen Alter arbeitslos sind?

Bei einem Arbeitsmarkt, der schon nicht mehr allen Personen ab 50 Jahren dieselben Chancen gibt, bedeutet eine Erhöhung des Rentenalters nichts anderes als eine Senkung der ohnehin schon unzureichenden Renten für diejenigen, die ihr Leben lang schwere und schlecht bezahlte Arbeit geleistet haben. Ohne Aussicht auf einen Arbeitsplatz nach dem 60. Lebensjahr sind diese Menschen oft gezwungen, ihre Rente vorzuziehen und damit ihre Rentenerwartungen massiv zu senken.

Fakt ist: Wer es sich leisten kann, geht früher. Eine vorzeitige Pensionierung ist ein Privileg der Reichen. Dies wird noch verstärkt, und zwar durch die Koppelung des Rentenalters an die Lebenserwartung. Das ist weder fair noch sozial verantwortbar. Die Konsequenz ist ein Zweiklassen-Rentensystem, in dem sich Topverdienende frühpensionieren lassen können, während alle anderen länger arbeiten müssen. Faktisch führt es dazu, dass Menschen mit privilegierten Lohnverhältnissen wählen können, wann sie in Pension gehen können, und dass alle anderen eben nicht wählen können.

Es liegen bessere Lösungen auf dem Tisch. Es ist nämlich grundsätzlich viel besser, wenn wir die erste Säule, die AHV, stärken, beispielsweise mit der 13. AHV-Rente, wie das von der SP vorgeschlagen wird. Ein "Dreizehnter" verbessert die Renten aller Versicherten um 8,3 Prozent und kompensiert etwa die steigenden Mieten und Krankenkassenprämien. Die AHV hat das beste Preis-Leistungs-Verhältnis – das ist längst bekannt – und ist stark sozial verträglich.

Ich komme zum Schluss. Ich setze mich für eine solide, faire und verlässliche Altersvorsorge ein. Dieses Ziel verfehlen sowohl die Renten-Initiative als auch der Gegenvorschlag der Minderheit I. Beide Vorlagen führen zu einem massiven Leistungsabbau, verkennen die tatsächliche heutige Situation auf dem Arbeitsmarkt für ältere Arbeitnehmende und führen zu grosser Unsicherheit.

Klopfenstein Broggin Delphine (G, GE): L'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)" vise à fixer l'âge de la retraite à 66 ans, pour les deux sexes, et à l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse. Ce projet a pour objectif prétendu de financer l'AVS à long terme et de garantir les rentes. Dans de nombreux pays européens, il a pourtant été démontré que l'augmentation de l'âge de la retraite est économiquement contre-productive, car elle prolonge et aggrave la situation des 55 ans et plus qui ne peuvent pas rester en emploi, avec des dépenses en moins pour le régime de retraite, mais des coûts supplémentaires majeurs pour l'assurance-chômage, l'assurance-maladie et l'aide sociale.

Les travailleuses et travailleurs de plus de 55 ans sont en effet deux fois plus touchés par le chômage de longue durée. Les employeurs rechignent à les engager en raison de certains préjugés jeunistes, mais surtout



de leur salaire valorisé par rapport à leur expérience, de leur LPP plus élevée et, pour certains d'entre eux, d'un état de santé devenu incompatible avec la pénibilité de leur tâche. Dans ces cas, l'Etat et l'aide sociale doivent, évidemment, prendre le relais. En Suisse, la proportion des 56–64 ans qui recourt à l'aide sociale a augmenté de 30 pour cent entre 2010 et 2020, alors que, sur la même période, celle des 46–55 ans est restée identique. Ainsi, le privé profiterait de nos aînés autant qu'il le peut jusqu'à les repousser ensuite vers l'aide publique quand les employeurs et les employeuses les considèrent comme inutiles. C'est absolument un comble!

En suivant une logique purement comptable et utilitariste, les auteurs de cette initiative occultent totalement le facteur humain. L'injonction de travailler toujours plus longtemps s'avère non seulement nuisible, mais aussi particulièrement injuste. Les Jeunes libéraux-radicaux, par cette initiative, visent indifféremment les deux sexes, sans n'avoir de cesse, par ailleurs, de s'opposer aux initiatives pour enfin garantir aux femmes de notre pays l'égalité salariale, ainsi que la prise en compte de la maternité et du travail domestique dans le calcul de leur rente. Ils renforcent ainsi sciemment une injustice flagrante. Leur initiative continuera à appauvrir les femmes, qui se trouveront lésées pendant une période encore plus longue et de manière encore plus intense. Les femmes courent contre le vent toute leur vie, et cette proposition ajoute encore quelques années à cette course.

Les faits l'ont montré: l'augmentation de l'âge de la retraite n'est pas la panacée qui résout d'un claquement de doigts tous nos enjeux sociétaux; bien au contraire. Davantage encore, il est question ici de dignité, il est aussi question de respect, il est question de justice. Les personnes qui ont travaillé dur toute leur vie méritent de se retirer de la vie active sans craindre ni la précarité ni la pauvreté. Ces personnes-là méritent bien sûr de profiter de leur retraite et cela en toute sérénité et en toute sécurité.

Nous devons donc ici – et je vous invite à le faire – nous opposer fermement à cette initiative, non seulement pour le bien de nos seniors, mais aussi pour celui des travailleuses et des travailleurs, pour celui des femmes et, en fin de compte, de la société dans son ensemble.

Walti Beat (RL, ZH): Die Lebenserwartung der Männer in der Schweiz ist zwischen 2000 und 2019 um satte fünf Jahre gestiegen, diejenige der Frauen immerhin um drei Jahre. Gleichzeitig ist die Geburtenzahl in den letzten Jahrzehnten stark rückläufig gewesen, was sich vor allem seit den schwachen Geburtsjahrgängen ab Ende der Sechzigerjahre in einer schwierigen Demografie bemerkbar gemacht hat. Um zu sehen, dass damit in einem umlagefinanzierten Rentensystem, in dem die Aktiven für die Rentnerinnen und Rentner zahlen, ein ernsthaftes Problem entsteht, braucht es keine umfassende Forschung, das liegt auf der Hand. Das wird man schon etwa nach der Hälfte der obligatorischen Schulzeit problemlos herausfinden können.

Es ist eines der ältesten Probleme, das sich hier abzeichnet, und es ist auch eines, das von der Politik wie kaum ein anderes auf die lange Bank geschoben, um nicht zu sagen ignoriert wird. Die Demografie hat nur deshalb bisher noch

AB 2023 N 1089 / BO 2023 N 1089

nicht stärker zugeschlagen, weil die Zuwanderung die Auswirkungen, die sich aufgrund der geburtschwachen Jahrgänge ergeben, etwas abgemildert hat. Die Zukunft wird aber noch ganz andere Verschiebungen bringen: Wir werden Hunderttausende von Aktiven sehen, die aus dem Erwerbsleben austreten, und viel, viel weniger Junge, die ins Erwerbsleben nachrücken. Es ist den jungen Initiantinnen und Initianten der Jungfreisinnigen deshalb hoch anzurechnen, dass sie den Mut haben, dieses schwierige Thema überhaupt anzupacken und die politische Blockade, die hier seit Jahren besteht, zu durchbrechen.

Fadenscheinig finde ich persönlich die Argumente, die von der Mehrheit hier gegen die Initiative und auch gegen den Gegenvorschlag vorgebracht werden, allen voran der Vorwurf, es werde zu stark auf das Rentenalter fokussiert. Wenn Sie die Effekte der vorgeschlagenen Rentenaltererhöhung sehen, dann merken Sie, dass diese zu einer Entlastung von etwa 2 Milliarden Franken pro Jahr führen dürften, was bei einer vermuteten Fehlfinanzierung ab etwa 2035 von über 7 Milliarden Franken ein durchaus vernünftiger und massvoller Beitrag dieser Massnahme zu einer Sanierung ist.

Es wird auch immer wieder moniert, der Arbeitsmarkt gebe das nicht her, man sehe das, die Über-55-Jährigen hätten schon heute Schwierigkeiten, einen Job zu finden, und es bestehe eine höhere Arbeitslosigkeit. Letzteres ist falsch; die Altersarbeitslosigkeit ist nicht höher. Die älteren Arbeitslosen suchen vielleicht etwas länger nach einer neuen Stelle, aber die Älteren haben keine höhere Erwerbslosenquote als die Jüngeren. Wir müssen da auch die Dynamik sehen: Wenn in einigen Jahren Zehntausende bis Hunderttausende Arbeitskräfte fehlen werden, werden sich auch die Arbeitsmarktperspektiven sämtlicher Arbeitssuchender wieder aufhellen. Wem diese Initiative zu konkret und zu unbequem ist, hat immerhin noch die Chance, einen der Minderheits-



anträge zu unterstützen, die Gegenvorschläge fordern. Wir haben die Aussagen zu den Inhalten gehört. Eine Schuldenbremse wäre auf jeden Fall eine gute Idee, weil dann mindestens zu dem Zeitpunkt, an dem sich das Problem materialisiert und auch die Linke den Kopf nicht weiter in den Sand stecken kann, Massnahmen ergriffen werden müssten. Es wäre dann zwar spät, aber nach dem Motto "Lieber spät als nie" ist das sicher die zweitbeste Lösung, die ich persönlich auf jeden Fall unterstützen kann, und mit mir unterstützt sie auch die FDP-Liberale Fraktion.

Wer auch das nicht mag, der soll doch bitte andere Vorschläge präsentieren und den Leuten ehrlich sagen, wie sie die Kassen füllen wollen: mit höheren Lohnabzügen, höheren Steuern oder vielleicht auch mit einer Leistungsentleerung über chronische Inflation infolge Schuldenwirtschaft. Das ist alles auch nichts Neues, das kann man in der Welt beobachten. Sie müssten dann einfach sagen, was Sie vorziehen – und seien Sie in dieser Frage bitte ehrlich. Ich hoffe sehr, dass es nicht so weit kommt, sondern dass wir irgendwann in der Lage sein werden, einen gangbaren Reformweg zu beschreiten und gute, ausgewogene Massnahmen mit verschiedenen Hebeln zu finden, die im Interesse des Wohlstandes auch das Altersvorsorgesystem sichern können.

Lassen wir es also nicht so weit kommen; bitte unterstützen Sie die Initiative und eventualiter auch die Gegenvorschläge respektive die Minderheitsanträge dazu.

Marra Ada (S, VD): Je n'aurai pas besoin de cinq minutes pour exprimer tout le mal que je pense de cette initiative. En effet, l'âge de la retraite ne veut rien dire en soi. Il faut effectivement le mettre en corrélation avec plusieurs éléments.

Les Jeunes libéraux-radicaux le mettent en corrélation uniquement avec l'espérance de vie. Cela n'est pas judicieux en soi, on le verra plus tard, mais même avec cette corrélation, la solution proposée est confiscatoire et totalement injuste, puisque les classes les plus défavorisées sont celles qui ont l'espérance de vie la plus basse et que, parfois, elles ne touchent pas ce qu'elles ont laborieusement versé à la caisse AVS pendant qu'elles étaient encore actives. Alors les spoliations d'assurance pour les plus riches: non merci.

Si on prend un autre terme possible de corrélation, en particulier le sexe, là aussi le compte n'y est pas: augmenter l'âge de la retraite des femmes alors que toutes les autres inégalités persistent – en matière salariale, de prévoyance professionnelle, de partage des tâches, en raison du manque de structures d'accueil, de la gratuité du travail de "care", etc. – est hors de question. Mais tous ces arguments nous les avons déjà évoqués en long et en large durant le débat sur la votation populaire relative à AVS 21. Je ne m'y attarde donc pas.

Je pense que le corollaire utile à appondre à l'âge de la retraite, c'est celui de la question du travail et de la productivité. Depuis l'entrée en vigueur de l'AVS, la productivité a évidemment explosé avec les nouveaux moyens robotiques d'abord et technologiques ensuite. Un employé du début du XXe siècle – moment de l'introduction de l'AVS – produisait évidemment moins. Un employé de la deuxième partie du XXe siècle ou du XXIe siècle produit toujours plus, mais les gains n'ont pas été redistribués proportionnellement, ni en temps de non-travail ni en rémunération. Alors où va l'argent supplémentaire de la productivité? Dans la poche des actionnaires et des patrons. Donc, je n'ai pas peur de dire que, déjà aujourd'hui, on vole de l'argent et/ou du temps aux salariés. C'est la moindre, mais vraiment la moindre des choses, qu'on n'augmente pas encore plus leur temps de travail. C'est exactement le contraire qu'il faut penser aujourd'hui, avec la semaine de quatre jours par exemple. Il ne faut certainement pas augmenter la rentabilité au profit de quelques-uns sur le dos de la majorité, notamment des femmes et des classes défavorisées, en augmentant l'âge de la retraite.

Jeunes libéraux-radicaux, vous ne faites pas honneur à vos ancêtres. Vous n'êtes plus des jeunes de quoi que ce soit, vous êtes les tyrans en herbe d'une société mercantiliste.

C'est pour toutes ces raisons que le Parlement doit recommander un non – les adultes du Parti libéral-radical compris – à cette initiative populaire inique et scandaleuse.

Bläsi Thomas (V, GE): L'initiative populaire vise à relever l'âge de la retraite à 66 ans pour les deux sexes et à le coupler ensuite à l'espérance de vie. La Commission de la sécurité sociale et de la santé publique nous propose de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative, par 20 voix contre 4 et 1 abstention. Dans l'attente des réformes d'ampleur qui devront inévitablement être entreprises, les propositions du Conseil fédéral étant attendues pour 2026, le groupe UDC vous demandera de recommander le rejet de cette initiative populaire.

Force est de constater que la situation financière de l'AVS est mise à mal par l'inversion de la pyramide des âges. Les variables avec le plus d'impact sont les suivantes: d'une part, les nouveaux bénéficiaires de la rente AVS – chaque année 20 000 – ne sont pas compensés par des entrées dans le monde du travail et, d'autre part, il y a un allongement de l'espérance de vie, ce qui reste la bonne nouvelle du jour.



Que peut-on attendre de la mise en oeuvre de cette initiative? Les effets attendus de sa mise en oeuvre seraient significatifs. Cela ne sert à rien de le nier: la couverture attendue en 2032 passerait de 69 pour cent à 90 pour cent. Vingt pays de l'OCDE sur 34 appliquent ce principe; ils ont déjà un texte législatif le contenant dans leur propre régime de retraite et sont cités en exemple à moult reprises par les initiants.

Pourquoi faut-il alors rejeter cette initiative? Bien qu'ils soient tout à fait respectables, il n'est pas possible d'adhérer à ses principes. En effet, le choix d'une inscription dans la Constitution aboutirait à une paralysie du Conseil fédéral, alors que nous avons justement besoin d'un Conseil fédéral agile et apte à s'adapter à la conjoncture.

Sur les vingt pays de l'OCDE ayant ce type de disposition d'indexation automatique, seuls deux l'ont appliqué et suspendu par la suite, car il induisait une surévaluation de l'âge de la retraite. La situation de l'économie a au moins autant d'influence que l'âge de départ à la retraite, et l'initiative ne prévoit aucun mécanisme d'ajustement qui en tiendrait compte.

Maintenir en emploi les personnes jusqu'à 66, 67, 68 ans – on ne sait pas ... – n'améliorera pas le sort de nos plus de 55 ans, qui perdent plus facilement leur emploi et, pour beaucoup, n'en retrouvent pas, alors qu'ils pourraient

AB 2023 N 1090 / BO 2023 N 1090

justement participer à la santé de notre économie. Dans les petites et moyennes entreprises, conserver en emploi les collaborateurs proches de la retraite revient souvent à faire un choix entre economicité et devoir de loyauté envers les collaborateurs. En augmentant la durée en emploi, on augmentera également le risque de créer plus de licenciements précoces en faisant pencher la balance vers le mauvais choix, l'initiative ne tenant pas compte des autres contributions patronales de type LPP, qui sont elles aussi à leur maximum pour les collaborateurs proches de la retraite.

Que faire maintenant des professions pour lesquelles le temps moyen de maintien en emploi est statistiquement faible? Un exemple parmi d'autres: héros de notre quotidien, les ambulanciers. Leur temps d'employabilité est parmi les plus faibles, une quinzaine d'années et, pour cause, ils sont appelés à intervenir dans les pires situations, dont ils préservent la plupart d'entre nous. Tout ceci dans un contexte général de pénibilité dont ne tient pas compte l'initiative.

La temporalité de cette initiative est particulièrement mauvaise: elle arrive en effet, après que l'espoir d'une augmentation des rentes a abouti à une douche glacée pour les pensionnés après le refus d'une majoration de 7 francs; après l'annonce d'une augmentation de la retraite des femmes à 65 ans; après le constat que les rentes baissent du fait de l'augmentation des prix, des primes maladie, des loyers, l'indexation sur l'augmentation des prix ne rendant absolument pas compte de ce que devient la vie de nos concitoyens.

Des sommes astronomiques – récemment plus de 300 milliards de francs – qu'elles soient bien investies ou non, ont été consacrées au sauvetage de nos grandes banques, ce que nos concitoyens voient régulièrement passer au "19h30". Ces sommes rendent difficile l'explication du texte qui dit à nos corps professionnels qu'ils devront travailler jusqu'à 66, 67 ou 68 ans – on ne le sait toujours pas – pour épargner 4 milliards de francs par année.

Recommander le rejet de cette initiative, mais après? La santé de notre économie et l'état de notre marché du travail sont des paramètres au moins aussi importants que l'âge légal de la retraite pour assurer la santé et la pérennité du premier pilier. Il conviendrait d'intensifier la lutte contre le travail au noir, qui est largement sous-estimé et prêterait gravement les comptes de l'AVS. Augmenter le plafond fiscal pour les personnes restant en emploi après l'AVS avec la contrepartie de continuer à cotiser pour le bien commun irait également dans le bon sens. Avec une population suisse de bientôt 9 millions d'habitants, il conviendrait de miser sur nos habitants plutôt que d'aller chercher ailleurs des compétences dont nous ne manquons pas. Il conviendrait enfin de s'assurer que chacun fasse sa part, plutôt que de pénaliser nos aînés et décourager les plus travailleurs d'entre nous.

Pour le groupe UDC, l'avenir de l'AVS est une question essentielle et il convient en premier lieu de conserver la dignité de nos aînés. Elle se doit d'être traitée par le Conseil fédéral comme un dossier prioritaire et indépendamment des autres dossiers dont il a la charge. Il convient de garder en mémoire, au moment de voter, que si pour beaucoup d'entre nous l'AVS n'est que l'une des bretelles qui tiendra notre pantalon, elle restera le pantalon dans son entier pour un nombre de nos concitoyens en constante augmentation.

Bregy Philipp Matthias (M-E, VS): Die Diskussion über das Rentenalter ist nicht per se eine falsche. Wir werden sie irgendwann auf der Zeitachse führen müssen. Nur: Es gibt im Leben und auch in der Politik für alles einen Zeitpunkt. Dieser ist heute noch nicht gekommen. Warum? Wir haben soeben erst eine Reform der



AHV erfolgreich, wenn auch knapp vor dem Volk verteidigt. Wir haben dort – zumindest in unserer Partei – klar gesagt: Wir werden erst wieder beim nächsten Reformschritt, der gegen Ende der 2020er-Jahre geplant ist, über das AHV-Alter debattieren. Daran halten wir uns auch. Heute ist der Zeitpunkt noch nicht gekommen.

Es gilt zuerst einmal, zu implementieren, was wir im letzten Herbst verabschiedet haben. Es gilt, bei der AHV – wir wissen, dass AHV-Reformen fragile Reformen sind – Schritt für Schritt zu machen. Den einen Schritt haben wir gemacht, aber es gilt eben, ihn jetzt noch umzusetzen. Darum stellen wir uns nicht nur gegen die Initiative, sondern auch gegen eine Rückweisung an die Kommission zur Ausarbeitung eines Gegenvorschlags. Das wäre im jetzigen Moment das falsche Zeichen. Zuerst muss, wie gesagt, dieser erste Schritt gemacht werden. Zudem gilt es, parallel dazu auch noch andere Ansätze zu überprüfen, wie wir die AHV zukünftig nachhaltig finanzieren können. Vielleicht braucht es eine Entkoppelung der AHV von den Bundesfinanzen. Vielleicht braucht es alternative Finanzierungsmodelle wie die Idee einer Finanzmarkttransaktionssteuer, die Beat Rieder lanciert hat. Vielleicht braucht es weitere Ideen, statt nur simpel und einfach das AHV-Alter zu erhöhen. Diesen Fragen können wir uns in den nächsten Jahren stellen, damit wir sie beantwortet haben, wenn der nächste Reformschritt kommt. Dann können wir entscheiden, ob es eine Erhöhung des Rentenalters braucht oder eben nicht.

Geben wir uns diese Zeit. Handeln wir nicht übereilt, nur weil wir es für einmal geschafft haben, ein Reförmchen bei der AHV knapp durchzubringen. Aus Sicht der Mitte sind wir für vieles offen, aber jetzt eben nicht für diese Initiative und auch nicht für einen Gegenvorschlag.

Mahaim Raphaël (G, VD): Cette initiative est d'une tristesse infinie. Si l'on pose la question à nos collègues dans la salle, si l'on se pose la question de ce que l'on veut pour la société, ce que l'on veut pour l'avenir, nous aurons toutes et tous des réponses différentes. C'est bien ainsi et c'est ainsi que fonctionne la démocratie. Certains disent qu'il faut davantage protéger la nature – ce sera le cas des Verts. Certains disent qu'il faut prendre soin des plus précaires – ce sera le cas des socialistes, par exemple. Certains disent qu'il faut se préoccuper de la prospérité économique – ce sera le cas du parti libéral-radical. D'autres disent, à l'UDC, qu'il faut se préoccuper de la Suisse et du patrimoine de notre pays. C'est bien ainsi.

Mais ici, que nous dit-on? Le lancement de cette initiative s'appuie sur l'idée qu'il faut travailler plus longtemps. On nous demande à quoi l'on rêve pour l'avenir, et la réponse est qu'il faut travailler plus longtemps. Eh bien, chères et chers collègues, Mesdames et Messieurs, cela ne peut pas être un projet de société. Cela ne peut pas être une manière de renforcer le pacte intergénérationnel, le lien social. Au contraire, cette démarche porte profondément atteinte au pacte entre les générations et au lien social.

Contrairement à certains et certaines de mes collègues qui ont déjà donné, dans le débat, des chiffres très précis, et sont revenus sur les différentes discussions en lien avec la démographie, j'aimerais simplement ici faire un constat général: les initiants font de mauvaises mathématiques parce qu'ils sont obnubilés par ce qu'on pourrait appeler l'image de la baignoire. Vous vous en souvenez peut-être: lorsque l'on fait des cours de maths, on nous apprend que si une baignoire se vide à telle vitesse, avec un robinet qui coule à telle vitesse, alors elle sera remplie ou se videra à telle ou telle vitesse. On se focalise sur deux paramètres uniquement. C'est exactement ce que nous servent, comme illustration, les tenants de cette initiative: ils font des mathématiques de baignoire qui se vide et se remplit avec uniquement deux paramètres.

Or, chères et chers collègues, je ne suis évidemment pas le premier à le dire – tous les orateurs et toutes les oratrices avant moi l'ont également fait –, il y a mille autres paramètres à prendre en compte dans ce débat. Qu'en est-il de la pénibilité? Qu'en est-il des gains de productivité? Qu'en est-il du fait que la pyramide des âges dans son entier – c'est ce que disait Pierre-Yves Maillard il y a quelques instants – s'est modifiée, et qu'une partie de la population qui, à l'époque, ne cotisait pas à l'AVS – je pense ici aux femmes, la moitié de la population –, cotise maintenant à des taux bien plus élevés? Qu'en est-il du fait que les femmes ont toujours maintenant – il s'agit des fameux chiffres dont nous avons beaucoup débattu dans le cadre de la votation de l'automne dernier – des retraites inférieures d'un tiers à celles des hommes?

On ne peut pas faire l'économie de ces paramètres. Si l'on se concentre uniquement sur la manière de vider la baignoire et la manière de la remplir, à savoir cette bien obtuse question de la démographie, alors on passe à côté de la vraie

AB 2023 N 1091 / BO 2023 N 1091

discussion qu'il faut mener, pour le lien social, pour le pacte entre générations.

Je conclus sur une dernière considération. Quand on parle de pénibilité du travail, ce n'est pas uniquement une considération abstraite: c'est tout simplement des corps de métier dont on va maintenant penser qu'ils devront prendre bien plus tard une retraite pourtant bien méritée. Les personnes actives dans le secteur de l'agriculture





seraient-elles d'accord de dire du jour au lendemain que l'âge de 65 ans ne s'appliquera plus aux prochaines générations et qu'il sera d'une, de deux ou de trois années de plus? Ce n'est franchement pas un message à donner aux jeunes agriculteurs. Est-ce, dans les secteurs de la construction, de la gastronomie ou des soins, le message que l'on veut envoyer aux jeunes générations qui, à l'aube de leur carrière professionnelle, sont pétries de doutes – et on peut les comprendre?

On sort d'une période productiviste, avec le plein-emploi jusqu'à la fin du millénaire dernier. On a depuis plusieurs années quelques doutes sur le marché et, surtout, sur l'avenir de ces catégories de la population qui se demandent à quoi bon et se disent qu'on leur laisse une planète dont l'état laisse à désirer, une concurrence effrénée à l'international, et à qui on demande de travailler nuit et jour devant leurs boîtes mail et leurs téléphones portables et, en plus, de travailler une, deux ou trois années de plus que les générations précédentes. C'est injuste et fondamentalement contraire au pacte entre les générations que nous devons renouveler et non pas détruire.

Bendahan Samuel (S, VD): Aujourd'hui, j'aimerais vous parler des salaires. Parce que la raison principale pour laquelle il faut absolument s'opposer à cette initiative, c'est que ce n'est pas seulement une initiative contre les personnes qui atteignent l'âge de la retraite, mais également contre toutes les personnes qui gagnent un salaire.

Juste une question: est-ce que vous pensez que décréter une hausse automatique de l'âge de la retraite va créer un seul emploi? Quel employeur va dire qu'avec l'augmentation de l'âge de la retraite, il va créer un emploi dont il n'a pas besoin, et va ainsi magiquement créer un nouveau poste de travail? Quelle entreprise va faire cela? Aucune. Vous augmentez l'âge de la retraite, cela ne change rien aux emplois disponibles. Il y en a toujours le même nombre. Alors quelle est la conséquence? Eh bien c'est assez simple. Vous prenez des tranches d'âge supplémentaires de personnes qui, à la base, auraient droit à une retraite, et vous les mettez sur le marché du travail. Mais comme il n'y a pas d'emploi en plus, ces personnes, ou ceux qui auraient dû les remplacer, se retrouvent directement au chômage.

Alors que veulent les initiants en fait? Eh bien une chose assez simple: ils veulent augmenter le nombre de personnes au chômage ou à l'aide sociale et en recherche d'emploi. Et quelle est la conséquence quand il y a de plus en plus de personnes qui recherchent un emploi et de moins en moins de travail disponible? C'est la baisse des salaires, voilà la conséquence de ce problème. Et ça, aujourd'hui, en pleine crise du pouvoir d'achat, c'est absolument intolérable.

Alors non, il n'existe aucune raison légitime d'augmenter l'âge de la retraite lorsqu'il existe en même temps des personnes qui ont besoin de travailler. Non, il n'existe aucune raison légitime d'augmenter l'âge de la retraite alors que les entreprises n'engagent pas des personnes qui ont plus de 55 ans.

Vous allez juste prolonger encore davantage le temps durant lequel les gens sont dans la précarité, sans créer de travail, sans créer de valeur. Alors, évidemment, on peut trouver des solutions pour essayer de régler les problèmes que peut, des fois, avoir une assurance sociale, mais, une chose est certaine: augmenter le nombre de gens dans la précarité et baisser les salaires ne fera que faire baisser les cotisations et, encore, fera empirer la situation. Il n'y a qu'une chose à faire: dire non, pas seulement pour protéger les gens qui, lorsqu'ils arrivent à 50, 55, 60 ans, ont de plus en plus de difficultés à conserver leur emploi ou à simplement en trouver un, mais aussi pour protéger toutes les personnes qui seront en recherche d'emploi et qui veulent avoir un revenu décent, alors que, aujourd'hui, cela devient de plus en plus difficile et que l'on refuse d'indexer les rentes et les revenus. C'est une question de protection du pouvoir d'achat et de garantie que la population ait le droit d'avoir un travail alors même que les technologies poussent à augmenter la productivité et qu'elles diminuent encore davantage le besoin de travail – non, je n'ai pas écrit cette intervention avec Chat GPT.

Evidemment, l'arrivée des nouvelles intelligences artificielles renforcera encore la productivité du travail. C'est ridicule d'avoir des gens de plus en plus productifs, qui peuvent faire de plus en plus de choses en moins de temps et, de leur dire: "vous devrez travailler encore plus longtemps." La réalité est qu'ils ne travailleront pas plus longtemps, mais qu'ils seront plus longtemps au chômage ou à l'aide sociale. C'est le contraire de ce que l'on veut.

Refusons d'augmenter la précarité, protégeons les salaires de notre pays et recommandons donc le rejet de cette initiative.

Fischer Roland (GL, LU): "It's complicated": Das wäre wohl der Beziehungsstatus, den die AHV angeben würde, wenn sie ein Facebook-Profil hätte. Denn die Beziehung zwischen der AHV, den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, dem Parlament und dem Bundesrat ist wirklich sehr unübersichtlich. Erst im September hat das Volk an der Urne einer AHV-Reform zugestimmt. Dennoch befindet sich aktuell die Volksinitiative für



eine 13. AHV-Rente auf dem Weg zur Abstimmung, und wir beraten heute eine weitere Initiative, die Renten-Initiative.

Im Grundsatz sind sich die Mehrheiten von Volk, Parlament und Bundesrat wohl einig: Unser Dreisäulensystem funktioniert mehr oder weniger gut und soll bestehen bleiben. Unsere Lebenserwartung steigt aber, und deshalb muss mittelfristig die Finanzierung der ersten Säule reformiert werden. Tun wir nichts, wird die abnehmende Zahl an Beitragszahlenden die Renten der steigenden Zahl an Pensionierten irgendwann nicht mehr schultern können, ohne dass deren AHV-Renten sinken. Mit dem heutigen AHV-Mechanismus sinken die AHV-Renten bereits im Verhältnis zu den zuvor erzielten Einkommen.

Die Optionen, um das Problem zu lösen, sind zwar vielfältig, aber keine der Möglichkeiten ist besonders populär – erst recht nicht in einem Wahljahr. Die Renten-Initiative will den Hebel an der Ausgabenseite ansetzen. Das Renteneintrittsalter soll an die Lebenserwartung gekoppelt werden. Je älter wir werden, desto länger sollen wir arbeiten. So weit, so einleuchtend – für diesen Ansatz habe ich durchaus Sympathie. Dieses Vorgehen ist auch in anderen europäischen Staaten verbreitet. Zum Beispiel wurde in Deutschland schon vor längerer Zeit das Rentenalter auf 67 Jahre angehoben. Finnland hat das Rentenalter flexibilisiert und Anreize dafür geschaffen, ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Arbeitsmarkt zu halten. In Schweden können Rentenkürzungen vorgenommen werden, je nach wirtschaftlicher oder demografischer Entwicklung.

Und doch entspricht ein höheres Renteneintrittsalter heute nicht der gesellschaftlichen Realität hier bei uns in der Schweiz. Die Statistik zeigt nämlich: Wer es sich leisten kann, geht heute früher und nicht später in Pension. Auch befindet sich die Erhöhung des Rentenalters für Frauen gerade erst in der Umsetzung. Hier direkt nochmals eine Erhöhung des Rentenalters nachzuschieben, wäre weder fair, noch hätte es an der Urne eine Chance.

Die Initiative deshalb einfach abzulehnen, abzuwarten und Tee zu trinken, so wie es der Bundesrat und die Mehrheit Ihrer Kommission vorschlagen, ist aber sicher auch nicht der richtige Weg. Die Minderheit Mettler spricht sich deshalb dafür aus, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlages auszuarbeiten. Der Gegenvorschlag soll eine Schuldenbremse für die AHV einführen. Das ist sinnvoll, weil damit Rentenkürzungen oder ein Anstieg des Rentenalters auf Vorrat entfallen.

Wie sich die Demografie, die Wirtschaft, die Einwanderung und die gesellschaftlichen Bedürfnisse in Zukunft genau entwickeln werden, ist schwer vorherzusagen. Solange die AHV-Finanzierung stabil ist und die Demografie

AB 2023 N 1092 / BO 2023 N 1092

beispielsweise durch Einwanderung oder Wirtschaftswachstum ausgeglichen wird, besteht kein sofortiger Handlungsbedarf. Die Schuldenbremse käme nur dann zum Zuge, wenn die Prognosen für die AHV so schlecht ausfielen, dass ihre Finanzierung tatsächlich nicht mehr gesichert wäre. Mit der Schuldenbremse würde auch der Bundesrat in die Verantwortung genommen. Im beschriebenen Fall müsste er auf der Basis von Einnahmen- und Ausgabenschätzungen der AHV konkrete Vorschläge zur Sicherstellung der Finanzierung machen – eben bedarfsgerecht und nicht auf Vorrat.

Um es auf den Punkt zu bringen: Das Anliegen der Initiative ist grundsätzlich berechtigt. Für die AHV brauchen wir aber eine Lösung, die unsere gesellschaftliche Realität abbildet. Der Antrag der Minderheit Mettler weist genau in diese Richtung.

Bitte stimmen Sie dem Antrag auf Rückweisung an die Kommission zu.

Suter Gabriela (S, AG): Die Erhöhung des Frauenrentenalters ist noch nicht einmal in Kraft, die Wut vieler Frauen noch nicht verraucht, und schon liegt die Forderung nach einer erneuten Rentenaltererhöhung vor. Aus Sicht des Initiativkomitees ist das wohl einfach "bad timing". Aus Sicht der Bevölkerung ist das in höchstem Masse unsensibel, und es ist auch politisch unklug. Ich rufe in Erinnerung, dass die Reform AHV 21 äusserst knapp angenommen wurde. Zwei Drittel der Frauen lehnten die Reform ab. Es ist nicht opportun, nun bereits eine weitere Rentenaltererhöhung zu fordern. Jetzt müssen zuerst die Versprechungen eingelöst werden, Frauen und Teilzeitarbeitende in der beruflichen Vorsorge besserzustellen.

Die Forderung der Renten-Initiative klingt simpel: In einem ersten Schritt soll das Rentenalter auf 66 Jahre angehoben werden, danach soll das Rentenalter automatisch an die Lebenserwartung der 65-Jährigen angepasst werden. Steigt die Lebenserwartung, soll gleichzeitig automatisch das Rentenalter steigen.

Was einfach klingt, ist in der Praxis aber ziemlich kompliziert. Denn die Lebenserwartung ist in der Schweiz unterschiedlich hoch. Wir haben es gehört: Sie unterscheidet sich ganz föderalistisch von Kanton zu Kanton, von Geschlecht zu Geschlecht, und vor allem hängt sie stark davon ab, welchen Beruf man ausübt und



welchen sozialen Hintergrund man hat. Es ist erwiesen: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist in der Regel auch die Lebenserwartung. Wer viel verdient und eine gute Ausbildung hat, lebt statistisch gesehen länger. Ja, ein ETH-Professor lebt durchschnittlich drei Jahre länger als ein Gartenbauer. Dieser Fakt hätte bei einer Umsetzung der Renten-Initiative unmittelbar Konsequenzen. Für den Gartenbauer mit einer tieferen Lebenserwartung würde es bedeuten, dass ihm prozentual ein grösserer Teil seiner Rentenjahre, vor allem ein grösserer Teil seiner gesunden Rentenjahre gestrichen wird als dem Professor.

Zudem: Wer es sich leisten kann, geht sowieso heute schon früher in Rente. Auch das wird in diesem Fall der Professor sein. Das ist eine ungerechte Bevorzugung. Die Umsetzung der Renten-Initiative würde eine Erhöhung des Rentenalters für diejenigen bedeuten, die sich eine Frühpensionierung eben nicht leisten können, und das ist unfair.

Es ist auch so, dass ältere Arbeitnehmende heute trotz Fachkräftemangel nach wie vor schwerer einen Job finden und dass es in diesem Alterssegment viele ausgesteuerte Personen gibt. Dieses Problem würde sich verschärfen.

Die Lebenserwartung der 65-Jährigen in der Schweiz ist im Übrigen nicht stabil, sondern sie schwankt von Jahr zu Jahr. Wenn die Forderungen der Initiative umgesetzt würden, würde das in der Konsequenz bedeuten, dass auch das Renteneintrittsalter von Jahr zu Jahr schwanken würde. Das würde zu einer absolut absurden Situation führen: Kommt es in einem Winter zu einer Grippewelle, die die Lebenserwartung der 65-Jährigen senkt, würde in der Folge das Rentenalter nach unten angepasst. Glück hätte man also, wenn man zu einem Zeitpunkt pensioniert würde, zu dem gehäuft Menschen im Pensionsalter sterben, eben etwa während einer Grippewelle oder sogar während einer Pandemie. Ich frage Sie: Ist das gerecht? Nein. Das grenzt doch eigentlich an Willkür. Einen solchen Mechanismus kann man der Bevölkerung doch nicht schmackhaft machen und in der Bundesverfassung verankern.

Ich komme zum Schluss. Die Renten-Initiative will, dass alle Arbeitnehmenden später in Rente gehen. Sie will einen unsozialen und willkürlichen Mechanismus für das Rentenalter etablieren. Auf Menschen mit einem tieferen Bildungsgrad, auf Menschen, die in ihrem Berufsleben körperlich stark belastet waren, wirkt sich diese Erhöhung viel stärker aus, weil sie eben eine tiefere Lebenserwartung haben. Die jährliche Festlegung des Rentenalters ist willkürlich und unfair, und sie würde von der Bevölkerung nicht verstanden.

Ich bitte Sie deshalb, den Empfehlungen von Bundesrat und Kommission zu folgen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und auch keinen direkten oder indirekten Gegenvorschlag anzustreben.

de Courten Thomas (V, BL): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, geschätzter Herr Bundespräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe vornehmlich jüngere Gäste auf der Tribüne: "Renten sichern für alle", das war das Wahlversprechen, auch der SVP, für diese Legislatur. Wir sind damit eigentlich auf gutem Kurs. Das Parlament hat in dieser Legislatur wichtige Pflöcke in der Altersvorsorge eingeschlagen, und es ist bisher auch vor dem Volk damit durchgekommen. Ausschlaggebend dafür war ein schrittweises Vorgehen, denn der Bundesrat ist mit seinen Gesamtpaketen jeweils gescheitert. Aber auch eine klare bürgerliche Zusammenarbeit war dafür nötig. Die STAF-Vorlage ist durchgekommen und konnte 2020 in Kraft treten. Die AHV 21 ist gelungen: Nach Jahren des Stillstands gab es endlich wieder eine Reform der ersten Säule – nicht die definitive Lösung für alle Zeiten, aber ein Schritt in die richtige Richtung. Die laufenden Einnahmen werden die jährlichen Ausgaben aber bereits 2029 wieder nicht decken können. Das sogenannte Umlageergebnis wird schon bald wieder negativ sein.

Die geopolitischen Spannungen, wirtschaftlichen Unsicherheiten und die Volatilität der Finanzmärkte helfen auch nicht wirklich. Der Ausgleichsfonds musste schon 2022 wieder eine negative Nettoerendite ausweisen. Die dunklen Wolken am Anlagehorizont werden sich nicht so schnell verziehen, sodass der dritte Beitragszahler, also die Anlagerenditen, auch für die langfristige Finanzierung der AHV kein Heilsbringer sein wird.

Die Verwaltung hat uns in der Kommissionsarbeit klar aufgezeigt, was der AHV blüht: Bei einer Ablehnung der Initiative liegt das projizierte jährliche Umlagedefizit im Jahr 2032 bei rund 3 Milliarden Franken und wächst bis 2050 auf rund 10 Milliarden an. Bei einer Annahme der Initiative liegt das projizierte jährliche Umlagedefizit im Jahr 2032 bei rund 1 Milliarde Franken und wächst bis 2050 je nach Szenario auf rund 3 bis 7 Milliarden Franken an.

Die AHV 21 und die STAF bringen somit nur eine kurze Verschnaufpause. Schon diese weckt bereits wieder neue Gelüste nach zusätzlichen Ausgaben. Hängig ist die abwegige SP-Initiative, welche eine 13. AHV-Rente verlangt – ein Albtraum, denn bis heute liegt von dieser politischen Seite keine strukturelle Lösung des Demografieproblems der AHV auf dem Tisch.

Die Renten-Initiative geht das Finanzierungsproblem nun richtigerweise strukturell an. Sie will dafür eine Koppelung des Rentenalters an die Entwicklung der Lebenserwartung einführen. Es ist ein berechtigtes Anliegen,



eigentlich logisch und unbestritten. Nur kommt die Initiative nun ausgerechnet in einem Wahljahr, und man muss kein Prophet sein, um eine Ablehnung im Parlament und mutmasslich auch von Volk und Ständen vorzusagen. Die Renten-Initiative kann aber trotzdem von Nutzen für die strukturelle Stabilisierung der AHV sein, indem sie als Anstoss genommen wird, einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten. Leider lehnten das die SGK-S mit einer knappen Mehrheit – der Entscheid fiel mit 7 zu 5 Stimmen –, aber auch die SGK-N mit 15 zu 9 Stimmen ab. Dennoch muss der Weg frei sein für eine offene und konstruktive Diskussion. Wir müssen auf das Tempo drücken, denn die AHV muss angesichts der Finanzperspektiven und im Interesse der Rentenbezüge zügig reformiert

AB 2023 N 1093 / BO 2023 N 1093

werden. Statt einer Vogel-Strauss-Politik gilt es, Verantwortung zu übernehmen. Die Zeit ist jetzt reif für einen indirekten Gegenvorschlag. Sich zu gedulden, bis der Bundesrat Ende 2026 einen Vorschlag unterbreitet, ist keine vorausschauende, ehrliche oder konsequente Politik.

Die Lösungswege sind gegeben. Man kann entweder einnahmenseitig sanieren, mit höheren Lohnabzügen oder Steuermitteln, oder man kann ausgabenseitig sanieren, mit neuen Lösungen für einen späteren Rentenbezug, weil ein Rentenabbau oder ein Stopp von Rentenerhöhungen auszuschliessen sind. Noch effektiver wäre es, man kombiniert ausgewogen beide Handlungsstränge miteinander.

Das Parlament kann bereits jetzt das Heft in die Hand nehmen, die gesetzgeberischen Arbeiten in die Wege leiten und der Verwaltung die entsprechenden Aufträge erteilen. Das Sozialwerk AHV ist zu wichtig, als dass der Gesetzgeber jetzt seine Hände in den Schooss legen und zuwarten kann, bis der Bundesrat 2026 mit seinen Reformvorschlägen aufwarten wird, die dann wieder im parlamentarischen Pingpong zerfleddert werden. Es mag immer mehr oder weniger plausible Gründe geben, um gerade jetzt, in einem Wahljahr, ein politisch heisses Eisen nicht anzufassen. Nur sollte, wer Wähler gewinnen will, gerade jetzt Kante zeigen und Verantwortung übernehmen.

Fehlmann Rielle Laurence (S, GE): L'initiative débattue aujourd'hui demande de relever l'âge de la retraite à 66 ans pour les hommes et les femmes et, par la suite, de lier la fixation de l'âge de la retraite à l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse.

Cette initiative est un projet rétrograde à plus d'un titre. Elle a pour objectif de faire travailler un an de plus les hommes et les femmes. L'argument que les socialistes ont opposé au projet AVS 21 à ce sujet vaut aussi pour cette initiative. Il est indéfendable de vouloir repousser l'âge de la retraite des femmes, alors que tant d'inégalités subsistent encore, à commencer par les inégalités salariales qui tendent à se creuser. Il en va de même pour la prévoyance professionnelle.

Pour les hommes, il est également injuste de vouloir augmenter l'âge légal de la retraite sans tenir compte de la pénibilité des emplois. Il est établi qu'un homme de 30 ans avec un niveau de formation se limitant à la scolarité obligatoire a une espérance de vie de quatre ans moins élevée qu'un homme du même âge au bénéfice d'une formation tertiaire.

Prévoir d'augmenter progressivement l'âge de la retraite à 66, puis 67 et enfin 69 ans en 2070 est une ineptie. Les initiants prétendent qu'avec ce mécanisme, on pourrait passer 20 pour cent de sa vie à la retraite. C'est une évaluation très hasardeuse. On ne sait pas très bien sur quoi ils se fondent pour prétendre cela.

Cette réforme se fera sur le dos des travailleurs et des travailleuses qui ont trimé toute leur vie avec des salaires ne leur donnant même pas droit à une rente complète. Est-ce cela le cadeau que l'on veut laisser aux générations futures? Ce sera plutôt un cadeau à la frange de la population la plus nantie. De plus, c'est ignorer délibérément que dans de nombreux secteurs, les travailleurs seniors sont licenciés soit parce qu'ils coûtent trop cher soit parce qu'on les estime moins productifs.

La stratégie consistant à crier au loup au sujet de la prétendue mauvaise santé de l'AVS va toujours dans le même sens, à savoir pénaliser les plus faibles sans essayer de corriger les inégalités. L'AVS a résisté à l'augmentation du nombre de retraités et de retraitées et à l'allongement de la durée de vie. Ce phénomène s'explique par l'augmentation de la productivité qui a permis une augmentation des salaires et donc des cotisations. S'il est vrai qu'il faut renforcer l'AVS pour absorber les personnes de la génération du baby-boom, il s'agit d'une période qui s'étendra sur environ quinze ans, après laquelle la situation se stabilisera. Rappelons que le taux de cotisations salariales n'a été relevé que récemment, avec le projet RFFA. Il est passé de 8,4 à 8,7 pour cent. Il s'agit d'une bonne mesure qui met aussi à contribution les employeurs et qui est plus équitable, puisqu'elle touche peu les petits salaires, mais beaucoup plus les gros salaires.

Une augmentation de ce taux est un bien meilleur moyen de remplir la caisse de l'AVS que de repousser l'âge de la retraite.





Nombre de personnes qui se retrouvent dans une situation précaire au moment de la retraite doivent avoir recours aux prestations complémentaires. Il s'agit d'environ 340 000 personnes dans notre pays, alors même que la Constitution prévoit que toute personne qui prend sa retraite doit pouvoir maintenir son niveau de vie antérieur de manière appropriée. De plus, ces prestations sont plus ou moins généreuses selon les cantons, et elles constituent un report de charges sur ces derniers.

Si, au XXI^e siècle, la seule perspective qu'on donne aux nouvelles générations, c'est de travailler plus sans égard à la qualité de vie, c'est faire vraiment preuve de bien peu d'imagination, et malheureusement cela vient des Jeunes libéraux-radicaux.

L'AVS est une institution majeure de notre système qui repose sur la solidarité, mais au lieu de renforcer cette assurance sociale en la finançant de manière sociale, la droite libérale propose des solutions boiteuses et injustes.

Il faut aussi rappeler que le projet AVS 21 a certes passé, mais à une faible majorité: il est donc peu probable qu'un nouveau projet encore plus antisocial cette fois ait des chances devant le peuple.

Je vous recommande donc de rejeter cette initiative et de rejeter tout contre-projet.

Cottier Damien (RL, NE): J'aimerais remercier les Jeunes libéraux-radicaux qui mettent aujourd'hui le Conseil national devant sa responsabilité: veut-il ou ne veut-il pas assurer le financement durable de notre AVS, son financement équitable et la solidarité entre les générations? Ce sont les questions auxquelles nous devons répondre aujourd'hui.

Premièrement, le Conseil national peut poser aujourd'hui les jalons d'une prévoyance vieillesse durablement financée. La durabilité ne doit pas être un vain mot, et elle ne doit pas être cantonnée à la politique environnementale. Dans le domaine social aussi, nous devons assurer que les systèmes soient viables, donc finançables durablement. Et nous devons regarder les faits, en l'occurrence les chiffres. Or ceux-ci sont clairs: l'AVS, l'assurance sociale la plus importante de notre pays, dépense près de 130 millions par jour. Ces dépenses vont croître du fait du double vieillissement de la population: d'une part, et c'est heureux, les gens vivent plus longtemps et, d'autre part, c'est moins heureux, l'âge moyen de la population augmente avec la baisse de la natalité après la génération du baby-boom.

Un million de personnes sont sur le point de partir à la retraite ces prochaines années. Il y aura donc des augmentations du côté des dépenses. De plus, nous aurons des défis du côté des recettes, car de moins en moins d'actifs financeront de plus en plus de retraités. En 1948, au moment de la création de l'AVS, un rentier était financé par 6,5 actifs. Nous sommes à 3,3 actifs pour un rentier aujourd'hui, et le rapport sera probablement à 2,2 pour un rentier en 2050! C'est le Conseil fédéral qui cite ces chiffres dans son message.

Si nous n'agissons pas rapidement, malgré le financement additionnel voté dans le cadre de la RFFA et qui donne les bons chiffres que certains ont évoqués, mais qui ont été corrigés récemment et qui ne sont – on le sait – pas durables, malgré ce financement additionnel et malgré les décisions prises dans le cadre de la réforme AVS 21, l'AVS accumulera très prochainement des dettes qui pourront dépasser les 15 milliards de francs en 2045 déjà!

Deuxièmement, la mise en oeuvre de l'initiative permettrait un financement durable, mais aussi équitable de notre AVS. Pourquoi équitable? Parce que chacun doit contribuer, dans notre société, à répondre à ce défi démographique. Or, si l'on se contente d'attendre, ou de plancher sur de futures augmentations de recettes, par exemple via les impôts, ce sera seulement une partie de la population qui contribuera à l'effort de rééquilibrage. En travaillant sur l'âge de la retraite, on répartit l'effort sur l'ensemble de la société, ce qui présente un double avantage: d'abord, la rente est payée plus tard et l'on a donc une

AB 2023 N 1094 / BO 2023 N 1094

réduction du côté des dépenses, et ensuite, la durée de cotisation est allongée et l'on a donc une augmentation du côté des recettes.

Par ailleurs, cette méthode tient logiquement compte de l'allongement de la durée de vie: à la naissance de l'AVS, l'espérance de vie était de 65,1 ans pour les hommes, et elle est aujourd'hui de 81 ans. Pour les femmes, ces chiffres sont respectivement de 69 ans en 1948 et de 85 ans aujourd'hui.

Si nous vivons plus longtemps – et plus longtemps en bonne santé, heureusement – il est aussi raisonnable, face à tel un défi structurel de financement, d'adapter le moment du départ à la retraite. C'est d'ailleurs ce que font de nombreux autres pays européens qui sont confrontés exactement au même défi.

Troisièmement, cette solution est équitable à l'égard de toutes les générations. En raison du système de répartition, ce sont les actifs d'aujourd'hui qui financent les rentes d'aujourd'hui. Et ce seront les jeunes d'aujourd'hui qui dans quelques années financeront nos rentes. Or si le système est déséquilibré, l'AVS se financera sur le



dos de la jeunesse en creusant une dette qu'ils et elles devront payer demain par des cotisations, des impôts accrus ou des prestations réduites. Cela serait tout simplement injuste, et nierait l'équité entre les générations. Nous vous recommandons, pour toutes ces raisons, de soutenir cette initiative sur les rentes, parce qu'elle assure un financement durable de notre AVS, un financement équitable de notre AVS, et un traitement juste des différentes générations. Il faut dire oui.

Pointet François (GL, VD): Nous nous devons d'assurer la pérennité de l'AVS. Je pense qu'ici tout le monde a cet objectif, mais l'espérance de vie n'est pas le seul facteur. La démographie est évidemment un facteur contraignant, mais nous pouvons agir sur le financement, assurer une économie profitable et aussi, peut-être, agir sur l'âge du départ à la retraite.

Il est nécessaire d'agir; peu de monde s'y oppose. Mais, concernant les raisons, la temporalité et les mesures, les divergences sont fortes et destructrices. Il suffit pourtant de se pencher sur les faits et les prévisions pour élaborer des solutions. Nous devons avoir le courage d'agir et de proposer des solutions sur des bases solides et vérifiables.

Que disent ces faits? Le financement de l'AVS n'est pas garanti durant les décennies où les baby-boomers partent à la retraite. Le système de répartition n'est pas suffisant, vu que le nombre d'actifs baisse, le financement par les impôts fédéraux a ses limites et une augmentation de la TVA serait compliquée en cette période socialement délicate. Mais la bonne nouvelle est que dès que les baby-boomers ne seront plus concernés, la pression sur le financement de l'AVS se relâchera. La nécessité d'agir est donc temporaire et nous devons proposer des mesures coordonnées et efficaces.

Pour revenir sur le thème de l'âge de départ à la retraite, qui nous occupe particulièrement, il faut bien dire que l'efficacité du relèvement de l'âge de la retraite de référence sur les perspectives financières de l'AVS n'est pas significative, car déjà 40 pour cent des personnes qui ont les moyens de prendre leur retraite avant l'âge officiel le font. Actuellement, une mesure qui augmenterait l'âge de la retraite de référence sans différenciation pour les 40 pour cent de préretraités ne serait pas efficace. Evidemment, nous pourrions faire preuve de sympathie en modulant l'âge de départ officiel sur l'espérance de vie, comme le proposent les auteurs de l'initiative. Même si c'est un outil envisageable, fabriquer un automatisme comme celui qui est proposé ne résoudrait pas les problèmes de manière subtile et réfléchie.

La nécessité d'agir est démontrée et, bien que sympathique, comme je viens de le dire, la proposition contenue dans l'initiative n'est pas efficace. C'est pour cela que la mise en place d'un système de frein à l'endettement de l'AVS est proposée. C'est un mécanisme que nous connaissons bien et qui a fait ses preuves. Un tel système permettrait de redonner la main au gouvernement et au Parlement, tout en l'obligeant à agir si la nécessité est démontrée.

Je vous invite donc à recommander le rejet de l'initiative populaire et à tout faire pour qu'un contre-projet, direct ou indirect, soit proposé avec un système de frein à l'endettement.

Atici Mustafa (S, BS): Die Geschichte ist altbekannt: Aufgrund der demografischen Entwicklung sei die AHV in Schieflage geraten und stehe kurz vor dem finanziellen Kollaps. Es brauche daher eine Lösung, und diese finden die Initiantinnen in der Erhöhung des Rentenalters. Das ist kalter Kaffee, was die Jungfreisinnigen uns hier servieren. Ich möchte es gerne wiederholen: Das Problem ist weder die AHV noch die gestiegene Lebenserwartung, es sind vielmehr die zu tiefen Renten. Dieses Problem wird nicht durch eine Erhöhung und Anpassung des Rentenalters an die allgemeine Lebenserwartung gelöst – was, nebenbei gesagt, auch nicht dafür sorgen wird, dass die Geburtenrate steigen und damit das demografische Problem gelöst wird.

Die Lösung sind stattdessen gerechte, anständige und existenzsichernde Renten als Anerkennung für die erbrachte Leistung. Zur Lösung zählen zudem höhere Löhne für Frauen, die bessere Ausnutzung des Beschäftigungspotenzials im Arbeitsmarkt und nicht zuletzt eine Kampagne für und nicht gegen die AHV. Denn wer lediglich das Verhältnis von Erwerbstätigen und Rentnerinnen im Blick hat, verkürzt die Bedeutung der AHV auf das Verhältnis von Jung und Alt, von Bezahlenden und Bezüglern. Bei der Altersvorsorge geht es jedoch nicht allein um die Solidarität zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen. Eine solidarische und gerechte Altersvorsorge berücksichtigt auch das Verhältnis von Reich und Arm, achtet auf die Lebenssituation von Menschen mit niedrigen Einkommen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen und sorgt für eine ausreichende, existenzsichernde Rente, insbesondere für armutsgefährdete Menschen. Hier gilt es anzusetzen und das Solidaritätsprinzip der AHV zu stützen, es sollen nicht Menschen gegeneinander ausgespielt werden. Eine solidarische Altersvorsorge berücksichtigt zudem die unterschiedlichen Belastungen und Lebenserwartungen der Arbeitnehmenden. Auch darauf nimmt die Renten-Initiative keine Rücksicht. Dass die Lebenserwartung in der Schweiz generell gestiegen ist, stimmt. Es ist aber auch so, dass sich die Lebenserwartung



stark unterscheidet, je nach Einkommen, Bildungsstand und Berufsrisiko. Die Initiative ignoriert solche Unterschiede und zielt an den Lebensrealitäten vieler Arbeitnehmenden vorbei, wenn sie das Rentenalter pauschal an die durchschnittliche Lebenserwartung koppeln will. Menschen, die aufgrund ihres tieferen Bildungsgrads eine geringere Lebenserwartung haben, wird damit ein bedeutender Teil ihrer Rente gestrichen. Die Renten-Initiative verstärkt somit die bereits heute bestehenden sozialen Ungleichheiten und forciert eine Umverteilung von unten nach oben. Das widerspricht dem Solidaritätsgedanken der Altersvorsorge. Daher bitte ich Sie um die Ablehnung dieser Initiative.

Meier Andreas (M-E, AG): Männer leben heute im Durchschnitt acht, Frauen neun Jahre länger als noch bei der Einführung der AHV. Hoffen wir, dass wir möglichst alle gesund, fit und glücklich ein hohes Alter erreichen. Das Glück des Einzelnen wird mit zunehmender Lebenserwartung zur Herausforderung für die Bewältigung des Demografieproblems. Spätestens 2031 wird das Betriebsergebnis der AHV negativ ausfallen. Die Erhöhung des Rentenalters auf 66 Jahre, wie es gemäss der Initiative im Jahr 2033 erreicht sein soll, entlastet die Kasse und dürfte für Bund, Kantone und Gemeinden höhere Steuereinnahmen generieren.

Die Renten-Initiative verlangt, dass das Rentenalter mit einem Faktor 0,8 an die steigende Lebenserwartung angepasst wird. Mit der Differenz – also mit Faktor 0,2 – soll die Rentenzeit dennoch kontinuierlich leicht anwachsen. Das Alterskapital würde länger geäufnet, die Bezugsdauer verkürzt und der Fachkräftemangel verringert – alles positive Punkte für unsere Volkswirtschaft. Wir wären mit diesem Mechanismus nicht alleine. Es gibt bereits eine Reihe von Ländern, die solche Verfahren eingeführt haben.

Ich werde die Renten-Initiative trotzdem ablehnen und empfehle Ihnen, dem Bundesrat zu folgen. Überlassen wir

AB 2023 N 1095 / BO 2023 N 1095

die Rentenanpassung der Versicherungsmathematik, geben wir die Führung aus der Hand. Eine faktorielle Herangehensweise löst das Problem der Demografie nicht. Der Anstieg der Lebenserwartung ist eine Vermutung, die Leistungsfähigkeit von Menschen bei Eintritt in die Rente ist individuell. Die Überalterung unserer Gesellschaft ist Realität, wird aber mit der Renten-Initiative nicht verändert. Heute sind Krankheiten, die noch vor wenigen Jahren unheilbar waren, nicht mehr lebensgefährlich. Viele Menschen dürfen heute leben, bis die biologischen Limiten erreicht werden; sie sterben nicht mehr zu früh.

Das Problem der Demografie ist also die Summe der Menschen im hohen Alter und hat nichts zu tun mit der Leistungsfähigkeit der Menschen bei Eintritt in das Pensionsalter. Es gibt Anlass zur Annahme, dass sich die Lebenserwartung nicht im gleichen Masse weiter erhöht. Dafür gehen aber die geburtenstarken Jahrgänge bald in Pension. Es ist also kein Faktorenrechnen gefragt, sondern eine Lösung für diese schiere Menge in den nächsten Jahren. Eine Kopplung des Rentenalters an die Lebenserwartung berücksichtigt weder die soziopolitische Situation noch die Situation auf dem Arbeitsmarkt. Der Bundesrat setzt folgerichtig auf die laufenden Reformen der Altersvorsorge, um das Leistungsniveau der AHV und der obligatorischen beruflichen Vorsorge zu halten.

Erfahrungen im eigenen Arbeitsumfeld zeigen mir, dass das Rentenalter 65 für viele Männer und Frauen in körperlich anstrengenden Tätigkeiten eine Grenze der Leistungskraft markiert. Betrieb und Mitarbeitende sind glücklich, wenn die Mitarbeitenden gesund in die Rente übertreten dürfen. Die demografische Herausforderung der AHV kann also nicht durch eine Erhöhung des Rentenalters gelöst werden; es braucht andere Massnahmen. Ein Automatismus, wie ihn diese Initiative fordert, ist mit dem politischen System der Schweiz nicht vereinbar. Eine Verankerung des Rentenalters gehört nicht in die Bundesverfassung.

Das Parlament hat bereits eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV gefordert. Diese wird so etwas wie ein Gegenvorschlag. Sie muss bis 2026 vorliegen. Der Bundesrat hat versprochen, die Frage einer generellen Erhöhung des Rentenalters über 65 Jahre hinaus zu klären, in der ersten Säule wie in der beruflichen Vorsorge. Warten wir diese Vorschläge ab. Das Ansinnen der Initiative ist verständlich, aber sie überfordert die politische Lage und sie löst das Problem der Demografie nicht.

de la Reussille Denis (G, NE): Pour débattre de l'initiative faussement intitulée "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", il est à mes yeux indispensable de rappeler certaines réalités, certaines conditions sociales de notre pays.

Premièrement, le peuple suisse, il y a certes longtemps, a décidé que les rentes AVS devaient garantir le minimum vital et a inscrit cette exigence dans la Constitution. Aujourd'hui, cette décision n'est toujours pas mise en oeuvre. Elle n'est tout simplement pas appliquée. Au contraire, la rente AVS moyenne atteint à peine 1800 francs actuellement, soit 21 pour cent du salaire moyen. Dans les années 2010, ce taux était de plus de 26 pour cent. Il faudrait donc de toute urgence augmenter les rentes AVS et non les diminuer, comme c'est le



cas actuellement.

Et pourtant, Mesdames et Messieurs, notre Parlement ne trouve rien de mieux à faire que de décider de nouvelles détériorations, la non-indexation complète des rentes voulue par la droite de notre Parlement étant le dernier exemple en date, et l'augmentation de l'âge de la retraite des femmes étant un autre exemple de la détérioration générale des droits des rentiers AVS.

En résumé, les prestations de l'AVS ne suivent pas le coût de la vie et les rentes LPP du second pilier sont en chute libre. En conséquence, de très nombreux retraités n'ont tout simplement plus assez d'argent pour vivre dignement, après une vie de labeur et en ayant travaillé durant toute leur vie, et ceci dans l'un des pays les plus riches du monde.

Deuxièmement, il faut rappeler quelques éléments qui démontrent que la situation financière de l'AVS est saine, contrairement aux allégations et mensonges, notamment du comité d'initiative. Selon les chiffres de l'OFAS, l'AVS a clos l'exercice 2022 sur un résultat de répartition positif de 1,6 milliard de francs, avec précisément 49,4 milliards de francs de recettes et 47,8 milliards de dépenses.

Par ailleurs, fin 2022, la fortune de l'AVS se montait à 47 milliards de francs, ce qui correspond aux dépenses d'une année complète de rentes.

Ces quelques réalités montrent à quel point les initiants travestissent la vérité et poursuivent un but politique, néolibéral, en affaiblissant encore un peu plus le premier pilier, élément social essentiel pour la population de notre pays.

Par ailleurs, je me permets de rappeler cette réalité, sauf erreur pas encore évoquée au cours de nos débats d'aujourd'hui: pour 2023, la rente minimale est de 1225 francs par mois. Je répète: 1225 francs par mois, une honte pour notre pays. La volonté des initiants de retarder encore le droit à la retraite s'inscrit dès lors dans une volonté de démantèlement social. Les initiants souhaitent modifier les articles 112 et 197 de la Constitution en introduisant, notamment, une automaticité du droit à la retraite, en liant l'âge de départ à l'espérance de vie moyenne de la population résidant en Suisse. Cette modification de la Constitution serait une attaque sans commune mesure contre notre système démocratique, puisque notre population ne pourrait tout simplement plus se prononcer sur les futures augmentations de l'âge légal de départ en retraite.

Une conclusion s'impose: cette initiative est rétrograde, antisociale et doit être rejetée avec conviction. Sa place est dans les oubliettes de l'histoire.

Notre pays a le devoir de traiter correctement ses habitants, ses retraités, que cela soit par le montant des rentes ou par l'âge légal de départ à la retraite. Non, c'est la seule réponse possible à cette initiative, dangereuse pour la stabilité et le contrat social du pays et qui n'a – je peux me permettre de le dire – qu'un seul mérite, c'est qu'elle démontre le fossé qui se creuse entre riches et pauvres de notre société.

Herzog Verena (V, TG): Wir wissen es: Die AHV basiert in erster Linie auf der Solidarität zwischen den Generationen. Wir sprechen von einem Generationenvertrag. Die laufenden Renten werden durch die sogenannte aktive Bevölkerung finanziert, dies im Vertrauen darauf, dass spätere Generationen das Gleiche tun und das Werk weiterführen werden. Doch dieser Generationenvertrag wird seit Längerem arg strapaziert. Wir leben länger und beziehen länger AHV. Im Gegensatz dazu geht der Anteil der Erwerbstätigen kontinuierlich zurück. Als 1948 die ersten Renten ausbezahlt wurden, betrug die über das Rentenalter 65 hinausgehende Lebenserwartung 12,4 Jahre für Männer und 14 Jahre für Frauen. Inzwischen ist die durchschnittliche Lebenserwartung bei Männern und Frauen dank dem medizinischen Fortschritt und einer gesünderen Lebensweise erheblich gestiegen. Heute kommen Männer während fast 20 Jahren und Frauen während bald 23 Jahren in den Genuss der ordentlichen AHV-Rente, und es ist von einer weiteren Erhöhung der Lebenserwartung auszugehen. Die Forderungen der Initiative der Jungfreisinnigen sind insofern absolut berechtigt: Das Rentenalter für beide Geschlechter soll auf 66 gesetzt und anschliessend an die Lebenserwartung gekoppelt werden.

Die Generation, die die AHV einführen konnte, hatte den Konsens gefunden. Eine Mehrheit der Bevölkerung sagte damals Ja. Nun sind wir gefordert, dieses solidarische Werk so anzupassen, dass auch kommende Generationen noch davon profitieren. Kommen wir vom Egotrip herunter, und stellen wir realistische Anforderungen an die AHV. Kommen wir zurück auf den Sinn und Zweck, den die AHV erfüllen sollte. Dann sollten wir wenigstens bereit sein, einen Teil des Versäumten nachzuholen, d. h., das AHV-Alter auf 66 Jahre festzulegen und es an die steigende Lebenserwartung anzupassen. Das ist nicht mehr als vernünftig, realistisch und ganz im Sinne der Erfinder. Alles andere bedeutet, auf Kosten der anderen, der Jungen, spezifisch der nächsten Generation, zu leben.

Als langjährige Politikerin, die sich auch bereits für die Altersvorsorge 2020 und die AHV 21 eingesetzt hat, weiss ich, wie wichtig es ist, eine ausgeglichene Vorlage präsentieren



AB 2023 N 1096 / BO 2023 N 1096

zu können und auch strategische Überlegungen zu machen. Denn die AHV 2020 wurde vom Volk abgelehnt. Die AHV 21 wurde nur haarscharf angenommen. Bald kommt die BVG-Vorlage zur Abstimmung, die wir auf keinen Fall gefährden dürfen. Zudem muss der Bundesrat bis zum 31. Dezember 2026 eine nächste Vorlage für die Stabilisierung der Renten zwischen 2030 und 2040 präsentieren.

Die grossen Herausforderungen jedoch nur wie eine heisse Kartoffel vor sich herzuschieben und den nächsten Politikern zu überlassen, ist nicht meine Art. Gefragt sind von uns konkrete Lösungen. Deshalb unterstütze ich den direkten Gegenentwurf zur Renten-Initiative, der ein langfristiges Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben bei der AHV anstrebt. Ist das Gleichgewicht gefährdet, muss der Bundesrat Massnahmen zuhanden des Parlamentes verabschieden. Im Gegensatz zur Renten-Initiative fokussiert der direkte Gegenentwurf nicht nur auf das Referenzalter, sondern berücksichtigt die grundsätzliche finanzielle Situation der AHV, und das ist entscheidend für die Sicherung des Generationenvertrags.

Nehmen Sie Ihre Verantwortung wahr und stimmen Sie ebenfalls dem direkten Gegenentwurf zu. Es bedarf dringend einer Reform.

Studer Lilian (M-E, AG): "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge" – im Grundsatz ist dies unser aller Wunsch, und niemand ist dagegen. Im Gegenteil, die EVP und ich sind dankbar, dass im letzten Herbst die beiden AHV-Vorlagen vom Volk bestätigt wurden. Wir erinnern uns aber:

1. Die Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) wurde nur knapp angenommen. Nun bereits wieder mit einer weiteren Erhöhung des Rentenalters zu kommen, wäre schlicht ein Affront. Schon letzten Herbst prophezeiten die Gegner, dass dies der Steilpass für eine Erhöhung des Rentenalters auf 67 sei. Somit würden wir ihnen nur recht geben. Wenn wir dies tun, fehlt uns als politische Institution und als Vertreterinnen und Vertreter des Volkes definitiv jegliches Feingefühl.

2. In der Vorlage zur Reform AHV 21 wurde das Rentenalter zugunsten eines Referenzalters aufgehoben. Das war wichtig und richtig, da wir damit den Renteneintritt geöffnet und flexibel gemacht haben. Damit müssen wir nun erst einmal Erfahrungen sammeln. Trotzdem ist es ein wichtiger Punkt in der AHV 21. Die Arbeitnehmenden haben so die Chance, ihre AHV-Renten aufzubessern; es ist aber auch für die Wirtschaft, die unter Fachkräftemangel leidet, eine Chance.

3. Das Parlament hat dem Bundesrat bereits den Auftrag erteilt, bis Ende Dezember 2026 eine Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 zu unterbreiten. Auf dem heute geltenden Gesetz können wir uns nicht lange ausruhen – doch alles eben zu seiner Zeit. Die Lösung, die der Bundesrat uns 2026 vorlegt, muss aus Sicht der EVP sowohl sozial gerecht ausgestaltet sein als auch die Situation am Arbeitsmarkt einbeziehen. Beides berücksichtigt der vorliegende Initiativtext nicht.

Aus den genannten Gründen unterstützt die EVP weder die Initiative noch den Rückweisungsantrag an die Kommission zur Ausarbeitung eines indirekten Gegenvorschlags. Auch der direkte Gegenvorschlag ist aus der Sicht der EVP nicht der richtige Weg, um dies jetzt schon so zu definieren: Er fordert faktisch eine automatische Erhöhung des Referenzalters, gekoppelt an die finanziellen Perspektiven der AHV. Auch wenn andere Länder einen solchen Automatismus eingeführt haben, halten wir eine solche mögliche Variante aus den schon genannten Gründen für zu früh.

Noch einmal: Wir haben mit der AHV 21 einen guten Kompromiss erreicht. Nun braucht es eine Verschnaufpause, bevor wir eine neue AHV-Reform im Rat diskutieren und beschliessen. Die vorliegende Forderung hätte aus unserer Sicht zum jetzigen Zeitpunkt in dieser Form vor dem Volk keine Chance. Vergessen wir nicht: In den 25 Jahren vor der AHV 21 im letzten Jahr ist keine Vorlage beim Volk durchgekommen. Es braucht eine weitere Reform, und sie wird kommen, und ohne Erhöhung wird es wahrscheinlich nicht gehen – aber eben nicht zu diesem Zeitpunkt. Lassen wir nun die aktuell vom Volk angenommene AHV-Reform zuerst einmal in Kraft treten und den Bundesrat seine Arbeit erledigen, um dann eine gute und durchdachte Lösung zu finden. Zum Schluss möchte ich noch Folgendes anmerken: Mit grosser Sorge schauen wir auf den möglichen Zeitpunkt einer Abstimmung zu dieser Initiative. Möglich ist, dass die Abstimmung zur Renten-Initiative mit jener zur BVG-Revision zusammenfällt. Dies wäre unseres Erachtens gefährlich und würde unsere Arbeit im Zusammenhang mit der Berufsvorsorge torpedieren. Deshalb legen wir es den Initianten nahe, einen Rückzug ihrer Initiative in Betracht zu ziehen. Dies tun wir insbesondere auch, weil der Bundesrat bereits einen Auftrag zur Erarbeitung einer weiteren Reform gefasst hat und uns in drei Jahren zudem konkrete Ergebnisse aus der Analyse der jetzigen Reform vorliegen. Darauf können wir die zukünftige AHV seriös aufbauen.

Wie gesagt: Wir, ich und die EVP, lehnen zum jetzigen Zeitpunkt sowohl die Initiative als auch allfällige Gegenentwürfe ab und bitten Sie, dasselbe zu tun.



Hurni Baptiste (S, NE): Faire passer l'âge de la retraite à 66 ans, puis le faire coller à l'espérance de vie et le faire évoluer en fonction de celle-ci: voilà, en une phrase, l'abominable idée des Jeunes libéraux-radicaux pour nos retraites. Sans surprise, nous nous y opposons, aussi bien sur la forme que concernant la temporalité, la philosophie qui y sous-tend, et évidemment sur le fond.

D'abord, cette initiative arrive moins d'un an après l'augmentation de l'âge de départ à la retraite des femmes à 65 ans, acceptée du bout des lèvres par 50,5 pour cent de la population en septembre dernier, avec un Röstigraben digne des scrutins les plus clivants que ce pays ait connus. Venir maintenant avec cette thématique, c'est la preuve d'une absence totale de sensibilité politique pour cette minorité importante qui refusait déjà le passage de l'âge de la retraite des femmes à 65 ans. Ajoutez à cela la réforme scélérate que notre Parlement a acceptée sur la LPP, pour laquelle un référendum a heureusement abouti: on ne comprend vraiment pas le sens de cette proposition.

Mais au-delà de la regrettable temporalité de cette initiative, ce qui est vraiment dérangeant dans cette proposition, c'est qu'elle ancrerait définitivement dans la loi l'idée aberrante qu'au fond, l'AVS n'est là que pour faire le joint entre la fin de la vie active et la mort, comme s'il était interdit d'imaginer que la retraite, c'est aussi et enfin avoir du temps pour autre chose que le travail, et que l'on ne devrait pas, dans ce pays si riche, uniquement vivre pour travailler.

Pire que cela, ce texte n'aborde absolument pas le fait que l'espérance de vie qui s'allonge est surtout le fait de ceux qui gagnent le plus, et qui justement prennent une retraite anticipée car ils en ont les moyens.

En bref, ce texte entend faire subir à celles et ceux dont le travail est déjà le plus pénible, à celles et ceux qui ont l'espérance de vie la plus courte, à celles et ceux qui gagnent le moins, le fait que les autres, les plus nantis qui ne prendront jamais leur retraite à 66 ou 67 ans, mais bien avant parce qu'ils en ont les moyens, augmentent ainsi les statistiques d'espérance de vie. C'est faire supporter l'effort complet aux ouvriers, aux personnes exerçant des professions manuelles, ou encore aux paysans et c'est révoltant.

Parmi les autres manquements de ce texte, on soulignera le fait que ce sont déjà les travailleuses et les travailleurs les plus âgés qui ont le plus de peine à retrouver du travail. A quoi cela sert-il de retarder l'âge de la retraite si de toute façon les plus âgés ne trouvent pas de travail? Cela ne fera que réduire encore leur rente. Alors oui, actuellement, avec la pénurie de main-d'oeuvre, ce problème est moins aigu, mais il l'est néanmoins toujours, et on ne sait pas si la situation actuelle perdurera à jamais.

Enfin et pour terminer, cette initiative revient à graver dans le marbre le financement actuel de l'AVS et à considérer que la seule et unique variable d'ajustement est l'âge de la retraite. Mais comment peut-on avoir une telle vision de la société? Comment faire fi du fait que ne connaître que cinq ans avant l'âge auquel on quittera la vie professionnelle empêche de se projeter, d'imaginer d'autres projets, et crée au passage une usine à gaz terrible pour la LPP?

AB 2023 N 1097 / BO 2023 N 1097

La Suisse est un peuple de bonnes travailleuses et de bons travailleurs. On s'en réjouit et on peut en être fier. Mais ce n'est que justice que de dire que nous avons aussi le droit d'atteindre la retraite dans un bon état de santé, et que cette période n'est pas l'antichambre du décès. Cela devrait être le début d'une vie après le travail, plus libre, et qui permet à toutes et à tous d'en profiter un peu avant que le corps ne nous le permette plus.

Je vous remercie de recommander le rejet de ce texte, ou de n'importe quel contre-projet qui ferait fi de ces principes, avec la plus grande fermeté.

Markwalder Christa (RL, BE): Die Frage der Finanzierung der Altersvorsorge beschäftigt mich, seit ich mich politisch engagiere – logisch, dass ich deshalb auch dem Initiativkomitee der Renten-Initiative beigetreten bin und für dieses wichtige und richtige Anliegen mit viel Motivation Unterschriften gesammelt habe.

Die Renten-Initiative hat zum Ziel, die Finanzierung der AHV auch für die künftigen Generationen zu sichern, ohne dass laufend neue Steuern erhoben werden müssen oder die Lohnnebenkosten erhöht werden. Sie stärkt die Generationengerechtigkeit und wird damit dem Prinzip der Nachhaltigkeit gerecht. Die demografische Entwicklung, namentlich die laufende Pensionierung der Babyboomer und die nachfolgenden geburten-schwächeren Jahrgänge, öffnet eine milliardenschwere Finanzierungslücke in der AHV. Die AHV ist zweifelsfrei das wichtigste Sozialwerk in der Schweiz. Das Umlageverfahren führt zu grossen Umverteilungseffekten; so erhalten 92 Prozent der Menschen mehr Rente, als sie selber einbezahlt haben. Mit anderen Worten: 8 Prozent der Gutverdienenden finanzieren die Renten der 92 Prozent, die wenig verdienen. Pro Jahr werden so 22 Milliarden Franken umverteilt.

Ein höheres Rentenalter, wie es die Initiative schrittweise bis 66 Jahre vorsieht, führt nicht zu Rentenkürzun-



gen, wie verschiedentlich fälschlicherweise behauptet wird. Vielmehr haben wir heute durch die stetig steigende Lebenserwartung laufende Rentenerhöhungen. Dies muss einfach einmal gesagt sein. Die Initiative sieht nach der schrittweisen Erhöhung des Regelrentenalters auf 66 Jahre für Frauen und Männer anschliessend eine Kopplung an die Lebenserwartung vor. Dass diese immer nur steigen wird, ist nicht sicher, d. h., bei sinkender Lebenserwartung würde das Rentenalter auch wieder gesenkt. Ziel ist es, dass durchschnittlich 20 Prozent der Lebenszeit im Rentenalter verbracht werden können. Deshalb steigt das Rentenalter auch nicht parallel zur Lebenserwartung, sondern um den Faktor 0,8.

Verschiedene europäische Länder kennen höhere Rentenalter als die Schweiz, und ausgerechnet bei uns mit einer der höchsten Lebenserwartungen weltweit liegt das Rentenalter seit seiner Einführung 1948 bei 65 Jahren. Richtig, für die Frauen wurde es zeitweise auf 62 Jahre gesenkt, und zwar mit einer damals sehr paternalistischen Argumentation, und dann wieder schrittweise angehoben. Die AHV-21-Reform hat in diesem Bereich für die Gleichstellung beim Rentenalter und zu einer gewissen Entlastung der AHV-Finzen geführt. Aber es ist klar, dass dies nur eine kurzfristige Verschnaufpause ist, denn bereits ab 2030, also in sieben Jahren, wird die AHV wieder Defizite schreiben. Deshalb ist es an uns, heute die Weichen richtig zu stellen und Verantwortung für die Finanzierung des wichtigsten Sozialwerks zu übernehmen.

Ich bitte Sie deshalb, die Initiative sowie die Minderheiten mit Ideen für Gegenvorschläge zu unterstützen. Eigentlich ist die Initiative bereits ein Kompromiss: Sie fordert lediglich eine Erhöhung des Referenzrentenalters auf 66 Jahre und nicht auf 67 Jahre, wie dies andere europäische Länder vorsehen. Lebenserwartung und Rentenalter steigen denn auch nicht parallel, sondern nur um den Faktor 0,8. Die Initiative ist also gut durchdacht und elementar für die Generationengerechtigkeit.

Ich bitte Sie deshalb, die Renten-Initiative zu unterstützen.

Pult Jon (S, GR): (*discuorra vallader*) Dus trais plets en rumantsch: Questa iniziativa populara dals Giuvens liberals è profundamain nungista. Ella è nungista, perquai ch'ella na parta betg da la realitad sin il martgà da la lavur ed en nossa economia reala. Oz savain nus tuts che var 70 pertschient da las personas che lavuran en in sector privilegià, per exempel las personas che lavuran per las bancas u per las assicuranzas ubain las personas che lavuran per il maun public, quai vul dir per il stadi, van en pensiun anticipadamain. La consequenza d'ina iniziativa che vul simplamain augmentar la vegliadetgna da pensiun generalmain per in onn, fiss che las personas che lavuran en ils mastergns pli dirs, che nettegian nossas abitaziuns e noss biros, che fan funcziunar nossas infrastructures, che lavuran en il sector da la construcziun, da las interpresas da construcziun – questas personas perdessan facticamain in onn da lur vita, nua ch'ellas na ston betg lavurar, nua ch'ellas pon er giudair la libertad. E da quest punct da vista èsi propi definitivamain fauss, sch'lins pensa che nus vivain en ina societad, en ina economia, nua ch'i dat in svilup ferm, nua ch'i dat er in grond progress, nua che nus avain accumulà e creà uschè blera ritgezza sco anc mai en l'istorgia da noss pajais – diminuir en quest mument las pussaivladads, las libertads socialas da la populaziun che lavura diramain, che ha er in'aspectativa da vita pli bassa ch'ils privilegiads fiss profundamain fauss, e perquai è questa iniziativa faussa. La vegliadetgna da pensiun sto esser ina dumonda politica, sto esser ina dumonda che la democrazia decida per tuttas e per tuts e gist er spezialmain per ils lavurants che fan las lavurs pli diras e perquai èsi fauss d'augmentar ussa per in onn la vegliadetgna da pensiun. Igl è anc pli fauss da crear in automatissem che prenda davent la cumpetenza da decider cura che la populaziun va en pensiun dal process democratic e che creescha ina tecnocrazia en in champ, nua ch'igl è uschè impurtant che la populaziun po er avair in pled en chapitel. Perquai, charas collegas e chars collegas, er sche Vus na chapis betg il rumantsch, As dumond jau da dir "na" a questa iniziativa.

Weichelt Manuela (G, ZG): Die Autoren dieser verantwortungslosen Initiative werben mit dem Slogan "weniger Staat, mehr Freiheit". Ich reibe mir immer wieder die Augen. Wo waren die Autoren dieses Slogans, als es um die erste Bankenkrise ging? Wo sind diese Autoren in der zweiten, aktuellen Bankenkrise? Die gleiche Gruppe schreit nach der Rettung der Banken und des Finanzplatzes Schweiz durch Mutter Staat, verlangt unverschämt weiterhin Boni und noch vieles mehr. Wo ist da mehr Freiheit und weniger Staat? Wer steht hinter dieser verantwortungslosen Initiative? Wer sind die Köpfe der Jungfreisinnigen Schweiz?

1. Es sind alles Männer. Gehen Sie auf die Website: Im Vorstand der Jungfreisinnigen sind alles Männer. Die letzte AHV-Revision wurde auf dem Buckel der Frauen ausgetragen. Ist das Zufall, wenn man bedenkt, dass in diesem Vorstand alles Männer sind?

2. Ein grosser Teil durfte auf Kosten des Staates, das heisst auf Kosten der Steuerzahlenden, an Schweizer Universitäten studieren.

3. Ein grosser Teil musste noch nie selber vollumfänglich für das eigene Leben aufkommen.



Nun gut, auch diese Vorstandsmitglieder sind lernfähig und werden vermutlich im Verlauf ihres Lebens mit Menschen in Kontakt kommen, die spätestens seit dem Alter von 18 Jahren selbst für ihr Leben aufkommen mussten.

Liebe Jungfreisinnige, wir sind auch auf Menschen angewiesen, die wertvolle Arbeit mit ihren Händen machen, sei dies Reinigungspersonal im Spital, auf der Strasse, hier im Bundeshaus; sei dies Personal, das unseren Abfall entsorgt; sei dies Personal, das Gestelle auffüllt und uns an den Kassen bedient; sei dies Personal, das im Winter und Sommer auf den Knien arbeitet, zum Beispiel Grabungstechniker. Diese Personen sind häufig lange vor ihrem 65. Altersjahr körperlich kaputt. Was für ein Affront, diesen Menschen ins Gesicht zu sagen, dass es kein Problem ist, länger zu arbeiten, und dass sie eine finanzielle Verantwortung zu tragen hätten! Genau diese Leute tragen ihre finanzielle Verantwortung seit ihrem 16. oder 18. Altersjahr. Es sind Menschen, die seit ihrem 16. oder 18. Altersjahr arbeiten und nie einen Lohn wie die meisten Autoren dieser Initiative erhalten werden. Viele der Autoren dürfen sich glücklich schätzen, auf Kosten der

AB 2023 N 1098 / BO 2023 N 1098

Verkäuferin, auf Kosten des Grabungstechnikers studiert zu haben. Die meisten Autoren der Initiative werden nie so viele Jahre arbeiten und nie so viele Jahre Steuern zahlen wie die Personen, die eine Lehre gemacht haben und bis zur Pensionierung zum Teil unter miserabelsten Arbeitsbedingungen gearbeitet haben.

Dass dieser Punkt bei den Jungfreisinnigen noch nicht auf dem Radar ist, kann ich zu einem Teil sogar verstehen. Nicht verstehen kann ich es aber, wenn hier im Rat Personen mit Lebenserfahrung diese verantwortungslose Initiative unterstützen.

Faktisch kommt die verantwortungslose Initiative der Jungfreisinnigen einer Rentenkürzung gleich. Die Grünen setzen sich für solidarisch und nachhaltig finanzierte Renten und gegen die Altersarmut ein. Die Grünen unterstützen diese verantwortungslose Initiative nicht.

Dandrès Christian (S, GE): Cette initiative a été rédigée et déposée en parallèle des contre-réformes AVS 21 et LPP 21 et elle peut être comprise comme une boussole politique pour la majorité parlementaire. M. le rapporteur Roduit l'a dit tout à l'heure, il n'y a pas de divergence de fond autour de ce texte, mais uniquement un timing qui a été jugé malheureux, trop proche de la votation sur AVS 21. Donc, avec cet initiative on recule pour mieux sauter avec AVS 26 – ce sera sans doute son titre – afin de ne pas trop fâcher la population.

Sur le fond, l'initiative reprend les outils classiques du néolibéralisme – on l'a connu avec "Personalstopp". On fixe une fois pour toutes la clé de répartition que les employeurs tolèrent pour financer les retraites. La barque sociale serait pleine.

Contrairement au verbiage des initiants, qui ont évoqué pêle-mêle des aspects de solidarité intergénérationnelle et de dépolitisation du débat, cette initiative est ultrapolitique, parce qu'elle vise trois choses. Tout d'abord, faire payer plus longtemps la majorité des salariés pour des rentes plus courtes. Ensuite, mettre les salariés au travail le plus longtemps possible et ainsi faire pression sur les autres actifs, ce qui est particulièrement intéressant pour les employeurs en cette période de pénurie de main-d'oeuvre. Et enfin – c'est toujours le même cheval de bataille –, réduire le caractère redistributif de l'AVS.

Le but plus général, c'est de réduire l'effet redistributif de l'AVS par un mécanisme qui consiste à ce que la durée d'indemnisation des salariés des classes populaires soit réduite de facto, puisque l'espérance de vie moyenne qui serait prise en considération est plus longue que l'espérance de vie réelle des classes populaires. On les discrimine un peu plus encore, en ne tenant pas compte des autres aspects que sont, notamment, les conditions de travail des secteurs qui regroupent aujourd'hui des centaines de milliers de personnes, à commencer par l'épuisement des salariés qui, la soixantaine passée, ont de la peine à pouvoir faire face aux exigences de leurs employeurs.

Parce qu'on travaille énormément en Suisse. Le SECO a fait une étude sur les conditions de travail en 2015 et relevé que plus de 10 pour cent des salariés travaillaient de manière régulière au-delà de 50 heures par semaine, et que 40 pour cent des salariés accomplissaient des journées de plus de 10 heures.

On touche à des personnes qui ont des métiers durs, ce sont les personnes du secteur primaire, qui travaillent le plus, avec presque 45 heures en moyenne par semaine. Ces personnes, à l'âge de 66 ans, ont donc assez donné, elles peuvent aspirer à une retraite bien méritée.

L'initiative ne tient pas non plus compte du fait que les conditions de travail vont en se dégradant et qu'elles l'ont été fortement ces dernières années. Les risques psychosociaux ont explosé, alors que les risques physiques n'ont pas diminué. La médecine du travail est un parent pauvre dans notre pays. La souffrance au travail est un mal qui se répand du fait de l'intensification du travail et du stress. De nouvelles contraintes managériales existent depuis quelques années; elles rendent le travail et les rapports de travail tout à fait instables, puisqu'il



faut en permanence faire preuve de ses compétences, qui peuvent rapidement être présentées comme étant obsolètes et sont sans cesse remises en cause. Un management de la peur frappe certains secteurs: peur de perdre son travail, peur de ne pas arriver à atteindre les objectifs qui ont été fixés par l'employeur. Il résulte de tout cela une forte usure professionnelle.

L'intensification et la flexibilisation ont également augmenté et, chaque fois qu'il y a eu une crise, les organisations patronales ont essayé d'en tirer prétexte. Cela a été cas avec le franc fort, maintenant avec la reprise post-COVID-19; l'Union patronale veut mettre au travail toute la population en tapant sur les personnes qui travaillent à temps partiel de manière volontaire et qui le font précisément parce qu'elles ont beaucoup de difficultés à pouvoir concilier vie professionnelle et vie familiale, ou même beaucoup de difficultés à faire face à la charge de travail très importante. Les conséquences qui sont relevées par la statistique: entre 2021 et 2022, le nombre d'heures d'absence par emploi est passé de 53 à 64 heures, ce qui est énorme.

Les auteurs de l'initiative font également fi des difficultés des salariés à arriver en emploi à l'âge de la retraite. Un chômeur sur deux au-delà de 55 ans est un chômeur de longue durée. Demander à ces personnes d'attendre 66 ans, voire plus, pour toucher l'AVS, c'est, en réalité, leur demander de supporter des années de précarité supplémentaire et l'humiliation du chômage et, parfois même, de l'assistance publique, après une vie consacrée au travail.

J'ai parlé de discrimination, parce que nous ne sommes pas tous logés à la même enseigne. Celles et ceux qui ont les moyens n'attendent pas l'âge de la retraite pour arrêter de travailler. Il s'agit précisément de celles et ceux qui ont la plus longue espérance de vie et surtout la plus longue espérance de vie en bonne santé. C'est donc une double peine pour les salariés des classes populaires qui sont contraints de travailler plus longtemps, qui meurent plus jeunes et qui ont des problèmes de santé avant les salariés touchant des hauts revenus. C'est la raison pour laquelle cette initiative doit absolument être rejetée, il faut lui préférer – on aura l'occasion d'en débattre publiquement en 2024 – la treizième rente proposée par les syndicats.

Wasserfallen Christian (RL, BE): Zuerst möchte ich wirklich meinem Dank an die Jungfreisinnigen Schweiz Ausdruck geben, die eine so komplexe Initiative formuliert haben, die wirklich Hand und Fuss hat und die Probleme der Finanzierung der AHV langfristig lösen kann.

Wir haben es gehört: Es werden immer weniger Arbeitstätige, die die Rentnerinnen und Rentner finanzieren müssen. Daran kommen wir einfach nicht vorbei. Liebe Kolleginnen und Kollegen vor allem von der links-grünen Seite, Sie haben keine Lösung für die sichere Finanzierung der AHV skizziert. Wir werden bis 2050 rund 100 Milliarden Franken Schulden in der AHV haben. Wir müssen handeln. Es ist nicht die Frage, ob wir handeln müssen – wir müssen handeln.

Die Renten-Initiative nimmt niemandem etwas weg. Es wurde behauptet, es gebe Rentenkürzungen. Lesen Sie den Text! Es geht nicht um Rentenkürzungen, sondern es geht darum, dass man schrittweise das Rentenalter analog zur Lebenserwartung erhöhen kann, und das in kleineren Dosen; ich komme später darauf zurück. Es wird ein Anreiz gesetzt, im Alter länger zu arbeiten. Hier hilft uns der Arbeitsmarkt der nächsten zehn Jahre. Wenn rund eine Million Menschen der Babyboomer-Generation aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden und nur etwa 600 000 bis 700 000 nachfolgen, haben wir ein grosses Defizit – das ist die Situation.

Genau zu diesem Zeitpunkt kommt die Renten-Initiative, die der einheimischen Bevölkerung sagt, dass man in kleinen Schritten länger arbeiten sollte. Das ist übrigens auch ein Argument für die SVP. Wenn wir als Schweizerinnen und Schweizer etwas länger arbeiten, dann dämpft das die Zuwanderung. Letztes Jahr war ein Migrationssaldo von etwa 80 000 Personen zu verzeichnen. Angesichts dieser Zahlen ist es definitiv ein Beitrag zu weniger Zuwanderung, wenn wir selber länger arbeiten. Es ist auch so – und das wurde vielfach eben nicht richtig gesagt –, dass es individuelle Lösungen gibt, liebe Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen und grünen Fraktionen. Es gibt individuelle

AB 2023 N 1099 / BO 2023 N 1099

Lösungen, z. B. den flexiblen Altersrücktritt im Bau. Das ist eine paritätisch finanzierte Angelegenheit, bei welcher Leute auf dem Bau heute bereits mit 60 in Pension gehen können. Zu diesem Modell stehen wir.

Ebenfalls gelten nach wie vor sozialpartnerschaftliche Lösungen. Der Landesmantelvertrag und der GAV sind unterschriebene Verträge. Zudem gilt das Arbeitsgesetz. Es ist nicht so, dass man mit einer Rentenvorlage wie dieser einfach alles aushebeln könnte, das müssen Sie auch einmal zur Kenntnis nehmen. Wir haben x verschiedene Gefässe und Möglichkeiten, um individuell und pro Branche zum Wohle der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer agieren zu können. Das ist kein Problem dieser Initiative.

Die Initiative löst das Problem wie folgt: Sie sieht das gleiche Rentenalter für Mann und Frau vor – dies wurde auch von der Bevölkerung so beschlossen –, nämlich 65 Jahre. Hier würden wir schrittweise auf 66 Jahre





erhöhen und das Rentenalter dann an die Lebenserwartung knüpfen, und das ist der entscheidende Punkt. Wenn wir diesen Automatismus einführen, dann werden wir im Parlament nicht mehr die grossen Schlachten um die Finanzierung führen müssen. Die Dosen sind wirklich vertretbar, man diskutiert über zwei Monate Arbeit länger oder weniger lange pro Jahr. Die Lebenserwartung wird dann nicht eins zu eins ans Referenzalter geknüpft, sondern es wird mit dem Faktor 0,8 gerechnet. Das sind die Fakten, die auf dem Tisch liegen. Als Resultat hätten wir eine inhärent solid finanzierte AHV-Rente.

Dann möchte ich auch an die Solidarität mit der jüngeren Generation appellieren. Sie tun immer so, als würde man irgendjemandem etwas wegnehmen, was mit dieser Initiative ja nicht der Fall ist. Haben Sie sich schon gefragt, was junge Menschen heute tun müssen? Sie müssen sich heute die Frage stellen, ob sie überhaupt noch eine erste Säule haben werden. Das ist die Thematik, die ich höre: Werden wir als junge Personen, die heute vielleicht 20 Jahre alt oder jünger sind, überhaupt noch eine Rente haben? Diese Frage beantworten Sie nie. Das ist auch eine Frage der Solidarität, es gibt eben auch eine Solidarität zwischen den Generationen, und diese möchte ich hier hochhalten. Deshalb ist es wichtig, dieser Initiative einen direkten oder indirekten Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Die Minderheitsanträge liegen auf dem Tisch.

Was ich aber, ehrlich gesagt, von der links-grünen Seite in dieser Debatte gehört habe, und diesen Vorwurf müssen Sie sich gefallen lassen, ist: Sie wollen einfach nichts tun. Ich kann es nur so zusammenfassen: Sie tun nichts, aber dies mit sehr, sehr grossem Eifer. Das ist sehr schade.

Ich bitte Sie um ein deutliches Ja zu dieser Initiative.

Wettstein Felix (G, SO): Sollen ledige Frauen länger arbeiten als verheiratete Frauen? Sollen, umgekehrt, verheiratete Männer länger arbeiten als ledige Männer? Ich gehe in meinem Beitrag auf die Idee ein, dass man das Rentenalter periodisch an die Lebenserwartung anpassen sollte, und möchte darlegen, warum ich das keine gute Idee finde.

Wir haben in der Schweiz eine der höchsten Lebenserwartungen weltweit. Das ist ja eine erfreuliche Feststellung, vor allem dann, wenn man sieht, dass die gesunden Jahre, jene ohne Leiden und Behandlungsbedarf, noch stärker steigen als die Anzahl Lebensjahre insgesamt. Der Anstieg verläuft zwar etwas flacher als auch schon, aber allen Unkenrufen zum Trotz, allen Klagen über ungesunden Lebenswandel zum Trotz, steigt die Lebenserwartung sowohl für Frauen als auch für Männer. Im ersten Corona-Jahr gab es zwar einen Gegen-trend, der Männer stärker als Frauen traf, doch inzwischen haben wir den vorherigen Trend wieder erreicht. Die Zahl jener Menschen, die älter als 65 oder 66 Jahre alt sind, ist also im Steigen begriffen. Gleichzeitig sind die Jahrgänge jener, die neu ins Erwerbsleben eintreten, kleiner.

An dieser Stelle passiert vielen ein Denkfehler, und mein Vorredner war gerade wieder ein Beispiel dafür. Sie nehmen die Gesamtzahl der heute 20- bis 65-Jährigen und dividieren diese Zahl durch jene der Über-65-Jährigen. Aus diesem Quotienten schliessen sie, dass die AHV in ein Defizit rutschen würde. Warum ist das ein Denkfehler? Weil für die Finanzierung der AHV nicht die Anzahl der 20- bis 65-Jährigen entscheidend ist, sondern die Lohnsumme aller Werkstätigen, und diese Lohnsumme steigt. Sie ist in der Vergangenheit meistens stärker gestiegen als die Zunahme der Menschen im Pensionsalter. Das wird auch künftig so sein.

Wir haben unter den erwerbsfähigen Menschen einen Grad an Erwerbsbeteiligung wie kaum ein anderes Land der Welt. Über das Gesamte hinweg haben wir zudem gute Löhne. Beides wird noch zunehmen. Unter den Erwerbstätigen mit geringen Pensen, mehrheitlich sind es Frauen, wollen die meisten ihr Pensum ausbauen oder früher wieder in den Beruf einsteigen, wenn sie vorübergehend nicht drin waren. Das Lohnniveau wird weiter steigen, weil gut bezahlte Jobs anteilmässig zunehmen. Das tun sie nicht zuletzt, weil auch die durchschnittliche Kaufkraft der Menschen im Alter weiter zunimmt. Darum ist die Panikmache, lieber Herr Kollege Wasserfallen, wonach die AHV bald nicht mehr finanzierbar sei, wonach heute 20-Jährige vielleicht gar keine erste Säule mehr hätten, einfach unberechtigt. Hier ist Aufklärung gefragt – und da können Sie sich beteiligen. Wenn man das Referenzalter für den Beginn des vollen AHV-Anspruchs an die Lebenserwartung koppeln will, auch mit einem Faktor 0,8, kommt eine zusätzliche Klippe hinzu. Scheren wir alle Leute über einen Kamm? Frauen werden bekanntlich im Durchschnitt rund vier Jahre älter als Männer. Soll also ihr Rentenanspruch vier Jahre später beginnen? Noch grösser ist der Unterschied der Lebenserwartung nach Bildungsabschluss: Menschen mit geringerer Schulbildung haben rund sechs Jahre weniger lang zu leben als Menschen mit Hochschulabschluss. Sollen sie also früher in Rente gehen dürfen, wenn ihre statistische Lebenserwartung sowieso tief ist, und sollen Gutgebildete entsprechend länger arbeiten? Damit würden wir die sozialen Unterschiede im Alter noch mehr erhöhen. Oder machen wir einen Unterschied nach Zivilstand? Ledige Frauen haben eine höhere Lebenserwartung als verheiratete Frauen, und bei den Männern ist es genau umgekehrt. Wollen wir das berücksichtigen, wenn wir das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln? Es liessen sich weitere Beispiele finden, warum diese Kopplung einfach keine gute Idee ist und zudem von falschen Überlegungen zur



Entwicklung der Einnahmen der AHV ausgeht.

Ich bitte Sie, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen und die Gegenvorschläge abzulehnen.

Amoos Emmanuel (S, VS): Nous discutons aujourd'hui de l'initiative "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne", dite initiative sur les rentes, lancée par les Jeunes libéraux-radicaux. Ce texte prévoit de fixer, par palier, l'âge de la retraite à 66 ans pour les femmes et les hommes et de l'indexer ensuite sur l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse. Sur la base des prévisions démographiques de la Confédération, la retraite à 67 ans arriverait déjà en 2043, celle à 68 ans en 2056 et celle à 69 ans en 2070, et ainsi de suite ... Pour les Jeunes libéraux-radicaux qui semblent se projeter, en grande partie, dans une vie professionnelle d'avocat, c'est peut-être cohérent de pouvoir travailler jusqu'à 70 ans, mais pour la plupart des gens qui exercent un travail physique et pénible, cela n'a tout simplement aucun sens, je dirais même que c'est aberrant. C'est vrai, on vit en moyenne de plus en plus vieux, mais la question pertinente qui devrait être posée est: quelles catégories de la population vivent le plus longtemps et en bonne santé?

Des chercheuses et chercheurs de l'Université de Genève ont démontré que si l'espérance de vie des Suissesses et des Suisses augmente, vieillir en bonne santé n'est pas donné à tout le monde, c'est un privilège. En effet, selon le niveau de formation, les inégalités se creusent fortement. Par exemple, l'écart d'années de vie en bonne santé entre les hommes qui ont simplement suivi une formation obligatoire et ceux qui ont suivi une formation tertiaire est de près de neuf ans! Neuf ans de différence d'années de vie en bonne santé, c'est colossal.

Et si on parle uniquement de l'espérance de vie, elle n'est de loin pas non plus la même pour tout le monde et dépend très clairement également du statut social et économique et donc du métier exercé. Les "cols blancs" ont une espérance de vie nettement plus longue que les personnes qui doivent accomplir un travail dur et physique. Une étude a montré par

AB 2023 N 1100 / BO 2023 N 1100

exemple qu'un menuisier a une espérance de vie de près de trois ans inférieure à celle d'un professeur.

On comprend ainsi très rapidement les limites de cette initiative. Car elle accentuerait encore et toujours plus, année après année, les inégalités liées à des espérances de vie bien différentes selon les métiers pratiqués. La réalité, c'est qu'aujourd'hui, ce sont les gens qui ont les revenus les plus importants qui partent à la retraite le plus tôt en prenant des retraites anticipées, qui vivent le plus longtemps et qui profitent donc le plus de la retraite.

C'est ça l'injustice. Et c'est sur ce point qu'il faut travailler en priorité.

Nos collègues du groupe PLR ont fait un plaidoyer en faveur de la solidarité intergénérationnelle. Les Jeunes libéraux-radicaux auraient, semble-t-il, peur de ne pas toucher leur retraite le moment venu. Déjà au lancement de l'AVS, il y a septante-cinq ans, on pouvait entendre ce genre de commentaires. Et savez-vous ce qui s'est passé depuis? Eh bien, toutes les retraitées et tous les retraités ont bien évidemment touché leur rente jusqu'à aujourd'hui et la toucheront encore à l'avenir.

Les Jeunes libéraux-radicaux annonçaient encore que nous allions laisser aux jeunes une gigantesque montagne de dettes. Je ne peux ici qu'inviter les Jeunes libéraux-radicaux à consulter l'état de fortune actuel du fonds AVS. Selon les perspectives financières de l'AVS présentées par l'Office fédéral des assurances sociales, le fonds AVS passera d'un montant de 46 milliards de francs en 2020 à près de 66 milliards en 2030, niveau historique, le plus haut jamais enregistré; une augmentation de 20 milliards en dix ans. Une fortune de 60 milliards de francs, ce n'est pas vraiment ce qu'on peut appeler une gigantesque montagne de dettes.

Ce qui compte, chers collègues du groupe PLR, ce n'est pas le nombre d'actifs face aux nombres de rentiers, ce qui compte, c'est la masse salariale qui finance les rentes. Vous connaissez peut-être la définition d'un actif: c'est une personne qui a la capacité de travail, ce n'est pas quelqu'un qui travaille. Ainsi, M. Maillard l'a très bien expliqué: les femmes qui, à l'époque, travaillaient, mais sans toucher de salaire, ne finançaient pas les rentes, alors qu'aujourd'hui elles les financent également.

Et s'il fallait, à l'avenir, trouver des moyens supplémentaires pour financer l'AVS, je demande à ce Parlement de faire enfin preuve d'un minimum de créativité plutôt que d'utiliser systématiquement la variable de l'âge du départ à la retraite. Il suffirait, par exemple, d'exiger l'égalité salariale entre femmes et hommes. A taux d'activité égal, qualification égale, charge de travail égale, les femmes gagnent toujours 10 pour cent de moins que les hommes. Il suffirait de biffer cette inégalité pour apporter, chaque année, 800 millions de francs dans les caisses de l'AVS.

Mais financer l'AVS par des mesures d'égalité ne semble pas intéresser le groupe PLR. Il suffirait, par exemple, en plus d'une faible augmentation des cotisations salariales, de mettre en place une taxe sur les transactions



financières, telle que proposée par notre collègue conseiller aux Etats du groupe du Centre, Beat Rieder. Avec cela, nous garantirions non seulement le financement de l'AVS, mais pourrions également renforcer l'AVS avec une treizième rente.

L'AVS est la pièce maîtresse du système de sécurité sociale en Suisse. C'est bien l'AVS qu'il faut renforcer et surtout pas les inégalités comme le propose le texte que nous abordons aujourd'hui.

Je vous invite à recommander le rejet de l'initiative et tous les contre-projets proposés.

Fridez Pierre-Alain (S, JU): Cette initiative vise donc à ce que l'âge de la retraite soit fixé à 66 ans pour les femmes et les hommes, et à ce qu'il soit ensuite indexé sur l'espérance de vie. Le premier but de ce texte visait à supprimer l'inégalité de traitement entre les sexes dénoncée par les initiants. Cette soi-disant inégalité a été dans l'intervalle malheureusement réglée l'année passée, malgré les efforts de celles et ceux qui considéraient que, sans égalité véritable des salaires, cette réforme était profondément injuste.

Par ailleurs, par la même occasion, on nous avait vendu la réforme de stabilisation de l'AVS – AVS 21 – comme une solution susceptible de stabiliser les comptes de l'AVS pour plusieurs années, au moins pour la prochaine décennie. Chevauchement des calendriers oblige, la présente initiative tombe aujourd'hui fort mal: ses auteurs, en proposant tout simplement de durcir le système, en retardant d'une année et plus éventuellement par la suite, l'âge d'accès à la rente en remettent une couche supplémentaire. Et cela pour protéger le premier pilier, nous dit-on, vu l'évolution démographique annoncée et l'augmentation attendue de l'espérance de vie. Mais en fait, j'estime que cette démarche vise en premier lieu à tout faire pour ne pas mettre plus de moyens financiers à la disposition de ce premier pilier. Les initiants préfèrent la méthode simpliste de la baisse des prestations en reculant l'âge d'accès à la rente, plutôt que de trouver des solutions socialement acceptables au financement futur de l'AVS.

L'AVS est une magnifique conquête sociale, et le socle même de notre Etat social. A l'origine, son but constitutionnel était de permettre à chacune et à chacun, la retraite venue, de vivre décemment avec cette rente. Mais aujourd'hui, on en est loin. En l'absence d'autres compléments de revenu ou sans l'aide des prestations complémentaires, les personnes disposant de la rente AVS comme unique revenu resteraient loin du compte. Et aujourd'hui, les revendications du monde du travail portent en premier lieu sur une juste revalorisation des rentes, et même sur l'introduction d'une treizième rente AVS. En fait, je pense que les milieux de droite n'apprécient pas l'AVS: ils font tout pour limiter au maximum son importance. Ce printemps, le Parlement, dans sa majorité, a même réussi à refuser une pleine et entière adaptation des rentes au renchérissement, soit quelques francs par assuré et par mois, alors que dans le même temps, on ouvrait, sans sourciller, les cordons de la bourse fédérale pour venir à la hâte au secours du système bancaire, afin d'éviter une débâcle au Credit Suisse.

La droite n'est pas fan de l'AVS parce que cette dernière représente un formidable outil de redistribution des richesses. Chaque franc gagné dans ce pays est taxé, et les hauts revenus cotisent donc beaucoup plus que les plus humbles, et en fin de compte les prestations offertes sont plafonnées.

On cite souvent le cas d'un ancien patron de l'un de nos fleurons de l'industrie chimique bâloise, un homme qui gagnait un salaire de quelque 20 millions de francs par année. Il devait donc s'acquitter d'un million de francs de cotisation AVS, mais ne pouvait espérer au mieux, la retraite venue, toucher que la rente entière maximale de l'AVS.

Grâce à ce système, plus de 90 pour cent des cotisants sont gagnants: ils cotisent au total moins que ce qu'ils vont finalement toucher, et les quelques pour cent des salaires les plus hauts renflouent la caisse pour permettre d'augmenter les prestations offertes aux personnes touchant les plus bas revenus. Un système social parfait, juste et équitable.

Alors pour moi aujourd'hui il ne doit pas être question de durcir encore plus le système. Les revenus du travail ont fortement progressé au fil des années; il faut réfléchir au moyen de renforcer encore le financement de ce premier pilier. Aucune proposition en la matière ne doit être considérée comme taboue, d'autant plus que, dans le même temps, la droite s'acharne à vouloir réduire les prestations du deuxième pilier.

Aujourd'hui, l'avenir de notre Etat social, bien malmené par les velléités de la droite, est menacé, et le peuple suisse aura à faire, le dimanche 3 mars 2024, des choix cruciaux en la matière. Ce dimanche sera celui de tous les espoirs. En effet, ce jour-là nous voterons simultanément sur le référendum relatif à la réforme de la prévoyance professionnelle, LPP 21, sur l'initiative populaire pour une treizième rente AVS et sur l'initiative populaire "Maximum 10 pour cent du revenu pour les primes d'assurance-maladie". Comme par hasard, on semble avoir éloigné autant que possible ces différents votes populaires des échéances fédérales d'octobre prochain.

Dans l'attente de ces combats, je vous enjoins aujourd'hui, chers collègues, à déjà recommander le rejet de



cette

AB 2023 N 1101 / BO 2023 N 1101

initiative qui vient au mauvais moment et en plus avec un mauvais contenu.

Schilliger Peter (RL, LU): Die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)" fordert das Rentenalter 66 für beide Geschlechter und eine anschliessende Koppelung des Rentenalters an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung, um die AHV langfristig zu finanzieren und die Renten zu sichern.

Die Partei der Jungfreisinnigen hat sich der langfristigen Rentenplanung angenommen und will der drohenden grossen Verschuldung der AHV und dem Mangel an Arbeitskräften mit ihrer Initiative entgegenwirken – vorab herzlichen Dank für den Einsatz und die langfristige Sichtweise an die jungen Kämpfer. Aus meiner Bewertung sind die Forderungen der Initiative richtig, haben sich doch die Lebenserwartung und der gesundheitliche Zustand der Mittsechziger in den letzten Jahrzehnten wesentlich verändert, ja verbessert.

Dass sich für diese Initiative im Parlament keine Mehrheit finden wird, war absehbar. Dass sich jedoch in der Kommission keine Mehrheit für die beiden Anträge für einen direkten Gegenentwurf bzw. einen indirekten Gegenvorschlag finden liess, enttäuscht mich.

Zwei Themenbereiche will ich aus meiner Sicht ansprechen:

1. Mehrfach wurde deklariert, dass die Altersarbeitslosigkeit gross sei, dass Arbeitnehmer in einem gewissen Alter kaum mehr eine Stelle finden. Dies kann ich nicht bestätigen, auch die aktuellen Statistiken bestätigen diese Darstellung nicht. Ganz im Gegenteil, wir sind auf den lang andauernden Arbeitseinsatz der erfahrenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen.

Als Unternehmer und damit als Arbeitgeber kann ich bestätigen, dass ein grosser Teil meiner 65-jährigen Mitarbeitenden sehr gerne für eine gewisse Dauer weiterarbeitet, dies aus verschiedenen Gründen. Meist gehören die Freude und die Lust am Job und das jahrzehntelange soziale Netzwerk dazu. Dass damit die Rente mit einem Zusatzeinkommen ergänzt wird, ist eine positive Nebenerscheinung. Ich kann auch bestätigen, dass wir öfters Fachleute in einem Alter von über 60 Jahren einstellen. Einen Altersausschluss kennen wir nicht.

2. Die Minderheit Mettler verlangt die Rückweisung an die Kommission, verbunden mit dem Auftrag, eine Lösung mit einer Schuldenbremse für die AHV zu finden. Dies ist nebst einer Zustimmung zur Initiative die zweitbeste Variante.

Als Finanzpolitiker weise ich mit Blick auf die Mehrjahresplanung einmal mehr darauf hin, dass unser Bundesbudget stark unter Druck ist. Vor allem der grosse Anstieg der stark gebundenen Ausgaben ist dabei ein wesentlicher Teil der Problemstellung. Jeder Rentenfranken wird zu 20 Prozent direkt über die Bundeskasse finanziert. Verändern wir nichts, steigen dadurch die Bundesaussgaben schon bald um über 300 Millionen Franken pro Jahr. Wie wollen wir diese Zusatzbelastung künftig tragen? Wollen wir die Sicherheitsausgaben kürzen, die Bildungsbeiträge reduzieren oder generell eine grosse Sparübung umsetzen?

Eine AHV-Reform ist wichtig und aus meiner Sicht zwingend. Wir müssen zwei Probleme lösen: Das eine ist die langfristige Finanzierung der Rente, und das andere ist die Sicherstellung der in unserem Land benötigten Arbeitskräfte. Oder wollen wir dieses Manko durch eine noch höhere Zuwanderung ausgleichen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen der bürgerlichen Seite, beachten Sie bitte die hohe Handlungsnotwendigkeit und stimmen Sie mindestens der Minderheit Mettler zu.

Prezioso Batou Stefania (G, GE): La population est en colère. Elle manifeste depuis des années contre les projets de contre-réforme touchant à la retraite. Elle s'apprête à le faire à nouveau le 14 juin prochain. Pourquoi? Parce que toucher à la retraite, c'est toucher aux droits et aux conditions de vie des milieux populaires. Le oui à AVS 21 a passé avec une très restreinte et très faible majorité, il s'en est fallu d'un cheveu. Lors de cette votation, une partie significative de la population de ce pays, soit les salariés étrangers, n'a pas eu son mot à dire. Deux tiers des femmes de ce pays l'ont refusé. Aujourd'hui, la récolte de signatures contre la contre-réforme de la LPP s'est faite dans un temps record et il ne fait pas de doute que cela se répercutera dans les urnes. Oui: la population est en colère.

L'initiative dont nous discutons aujourd'hui représente un pas de plus vers une régression sociale, vers ce que l'on pourrait appeler une retraite pour les morts. Bien sûr, nous pourrions insister, comme le fait le Conseil fédéral, sur le fait que l'initiative s'appuie sur le seul critère démographique, un critère qui revient à ignorer les autres variables économiques et sociales de l'AVS – au niveau de l'emploi, de la masse salariale, du taux de cotisation, etc. – et donc à exclure des possibilités comme l'augmentation du taux de cotisation avec une répartition différente: un tiers pour les salariés et deux tiers pour les entreprises, par exemple.



Mais j'aimerais insister surtout sur la question de l'allongement de l'espérance de vie. Si l'espérance de vie augmente – et c'est tant mieux –, c'est aussi parce que l'on travaille moins. Oui, c'est aussi parce que l'on travaille moins. Ensuite, ce n'est pas à partir de 65 ans qu'il faut calculer l'espérance de vie, mais à partir de la naissance. L'espérance de vie et surtout la capacité d'arriver à l'âge de la retraite en bonne santé varient ainsi fortement selon la classe sociale à laquelle on appartient. Ainsi, la santé et une espérance de vie élevée sont favorisées par une bonne répartition du bien-être matériel, une alimentation équilibrée et saine, des conditions de travail ne présentant pas de risque pour la santé et un environnement non pollué, c'est-à-dire tout ce que la droite dans ce Parlement attaque et tente de démanteler morceau par morceau.

En Suisse, l'espérance de vie en bonne santé à la naissance est de 70 ans environ pour les hommes et pour les femmes, mais elle est de 65 à 66 ans pour toutes celles et tous ceux qui ont un niveau de formation plus bas. Les mauvaises conditions de travail ont évidemment un impact majeur sur la santé et sur la capacité de chacun d'arriver à la retraite. Lorsque l'on sait que 45 pour cent de la population active sont exposés à un cumul d'au moins trois risques physiques dans leur travail, la flexibilisation de l'âge de la retraite et la proposition des auteurs de cette initiative nous laissent un peu songeurs.

L'initiative qui nous est présentée ici vise à libérer la population du travail quand elle n'est plus apte à jouir pleinement de sa retraite. Elle vise à faire pression – cela a été dit – sur tous les salariés. Elle vise surtout les femmes, les éternelles sacrifiées des dispositions sur le travail et sur la retraite ne prenant pas en compte leurs conditions de vie et de travail, les ruptures dans leur vie professionnelle, la précarité, le travail à temps partiel, le "care", etc.

Donc, il ne fait aucun doute qu'il faut rejeter cette initiative, cette retraite pour les morts. Il s'agit de se battre pour une retraite en bonne santé, parce que la retraite, il faut la prendre quand on est vivant.

Götte Michael (V, SG): Die AHV als Konzept und Institution ist ein Ausdruck unseres Wohlstands. Dabei gilt es, die Interessen der jungen Bevölkerung als Beitragszahler wie auch späterer Bezüger zu berücksichtigen. Den aktuellen Umgang mit unserer Vorsorge kann ich so nicht verantworten.

Die Defizite im Umlageverfahren sind nicht konjunktureller Natur, sondern Abbild des demografischen Wandels. Vor mehr als sechzig Jahren finanzierten 6 Erwerbstätige eine Rentnerin oder einen Rentner, heute müssen 3,4 Erwerbstätige für eine Rentnerin oder einen Rentner aufkommen, und im Jahre 2050 sind es dann sogar nur noch deren 2. Vor sechzig Jahren lebten wir etwas mehr als 12 Jahre in Rente, heute sind es rund 22 Jahre, die Tendenz ist steigend. Man kann die Demografie und deren Implikation auf die finanzielle Situation schlichtweg nicht leugnen. Ab 2029 übersteigen die Ausgaben die Einnahmen, ab 2035 wird der Ausgleichsfonds aufgebraucht sein. Die Summe der Defizite liegt mit dem geltenden Recht bis 2050 bei über 130 Milliarden Franken.

Die Renten-Initiative stellt keine ideale Lösung dar, jedoch bildet der Kern der Initiative die Realität ab. Wir müssen die strukturellen Probleme der AHV jetzt angehen. Noch haben wir keine Defizite, doch müssen wir jetzt handeln, bevor die

AB 2023 N 1102 / BO 2023 N 1102

AHV zur nächsten Credit Suisse wird. Wir schulden es unseren Nachkommen.

Ich unterstütze, wie auch viele der Vorrednerinnen und Vorredner, einen direkten Gegenentwurf oder indirekten Gegenvorschlag und hoffe mit einer Ablehnung der aktuellen Fassung auf eine möglichst schnelle und nachhaltige Lösung.

Wyss Sarah (S, BS): Ja, unser Rentensystem muss reformiert werden, aber nicht so. Aus meiner Sicht sprechen drei Gründe ganz klar dagegen:

1. Heute lassen sich 40 Prozent der Männer und 30 Prozent der Frauen frühpensionieren. Menschen, welche es sich nicht leisten können, früher in Pension zu gehen, werden mit dieser Initiative bestraft. Die Ungerechtigkeit wird weiter zunehmen. Gutsituierte werden sich weiterhin frühpensionieren lassen können, wenn sie dies denn wollen, weil sie es eben können.

2. Die Initiative verstärkt die Ungleichheit gerade zwischen den Menschen mit tiefen Löhnen und solchen mit höheren Einkommen. Wir wissen es und haben es heute schon einige Male gehört: Je höher das Einkommen ist, desto höher ist in der Regel auch die Lebenserwartung und allgemein der Gesundheitszustand. Die Menschen mit tiefen Einkommen steigen natürlich auch früher in den Arbeitsprozess ein; sie haben also schon mehr Arbeitsjahre hinter sich. Menschen mit tieferen Einkommen werden mit dieser Initiative bestraft. Sie leben also kürzer, müssen länger arbeiten und können sich nicht frühzeitig pensionieren lassen, weil sie es sich schlicht nicht leisten können.



3. Schlussendlich ist diese Initiative nichts anderes als ein Angriff auf die AHV. Sie schwächt den wichtigen Pfeiler der Generationensolidarität und den Pfeiler der Solidarität zwischen Menschen mit höheren und Menschen mit tieferen Einkommen. Wenn eine Person aus gesundheitlichen Gründen oder weil sie nach vierzig Arbeitsjahren schlicht in Pension gehen will, frühpensioniert wird, erhält sie eben weniger AHV. Schon heute ist die AHV nicht existenzsichernd, obwohl sie das gemäss Bundesverfassung eigentlich sein müsste.

Die Initiative schwächt die erste Säule, und dagegen wehre ich mich. Ich sage deshalb ganz klar Nein zu dieser Initiative und möchte auch keinen Gegenvorschlag. Vielmehr müssen wir die AHV stärken, wie wir dies beispielsweise mit der 13. AHV-Rente tun wollen.

Ich bitte Sie deshalb, diese Initiative abzulehnen und ihr auch keinen Gegenvorschlag gegenüberzustellen.

Weber Céline (GL, VD): Permettez-moi de revenir quelques années en arrière, jusqu'en 1948. 1948, c'est l'année où l'AVS est entrée en vigueur. En 1948, un homme de 65 ans pouvait espérer vivre encore une douzaine d'années et, en 1948, une femme de 65 ans avait encore une espérance de vie moyenne de treize ans. Septante-cinq ans plus tard, en 2023, l'âge de la retraite n'a pour ainsi dire pas changé. Je rappelle en effet qu'initialement, l'âge de la retraite des femmes était le même que celui des hommes. En revanche, l'espérance de vie a grandement augmenté en 75 ans. Nous vivons mieux et plus longtemps. En soi, c'est tout à fait une bonne nouvelle.

Parallèlement à l'augmentation de l'espérance de vie, les gens débutent aujourd'hui leur vie active globalement plus tard qu'en 1948. Ainsi, entre l'augmentation de l'âge d'entrée dans la vie active et l'augmentation de l'espérance de vie, il est facile de déduire que nous devons financer une retraite toujours plus longue, pour une vie active toujours plus courte. Nul besoin d'avoir un prix Nobel en mathématiques pour réaliser que ce modèle ne peut pas fonctionner à long terme.

L'initiative qui nous est proposée demande donc que l'âge de la retraite soit augmenté pour correspondre davantage à la réalité actuelle. A première vue, la solution peut paraître séduisante et l'initiative a effectivement le mérite de mettre le doigt sur un réel problème: l'AVS nécessite un meilleur financement. Mais simplement augmenter l'âge de la retraite ne solutionnera pas le problème.

En effet, il faut savoir qu'à l'heure actuelle de nombreux travailleurs qui peuvent se le permettre arrêtent de travailler avant l'âge de la retraite. Par choix. Alors que ceux qui n'ont pas suffisamment de moyens pour subvenir à leurs besoins continuent de travailler. Mais pas par choix, par nécessité. Ainsi, en augmentant simplement l'âge de la retraite, on assistera de facto à une solidarité accrue des plus pauvres envers les plus riches. Ce n'est pas tolérable!

Tout comme il ne serait d'ailleurs pas correct d'augmenter simplement la TVA ou les cotisations salariales, cela aurait en effet pour conséquence que les contributeurs actuels devraient payer plus cher pour compenser le manque à gagner que les contributeurs précédents n'ont pas payé. Ce n'est pas juste non plus. En clair, cela mettrait fortement à mal la solidarité entre les générations. On le voit, le problème de l'AVS ne se résout pas par une mesure simple et unique, par un coup de baguette magique.

Or, nous fêtons cette année les 75 ans de l'AVS, une assurance que nous ne voulons pas voir partir à la retraite malgré son âge. Pour cela, pour avoir une AVS solide pour aujourd'hui, pour demain, ainsi que pour les 75 prochaines années, il faut recommander le rejet de l'initiative et renvoyer le projet en commission. Laissons la commission faire son travail, comme le demande la minorité. Laissons la commission revenir avec un contre-projet efficace et efficient.

La pérennité de l'AVS passe par un modèle qui tient compte d'une réelle solidarité entre les différentes classes sociales et entre les différentes générations. Nous avons besoin d'un contre-projet qui a une réelle chance devant le peuple.

Berset Alain, président de la Confédération: J'aimerais ici, au nom du Conseil fédéral, vous inviter à rejeter l'initiative, à renoncer à tout renvoi en commission et à renoncer à l'idée d'y opposer un contre-projet.

Tout d'abord, avec la réforme AVS 21, l'âge de la retraite des femmes et des hommes sera déjà harmonisé à 65 ans dans l'AVS et dans le deuxième pilier; l'harmonisation, c'est un des points importants. La mise en oeuvre de ce texte va nous occuper jusqu'en 2028; il va y avoir également des recettes supplémentaires qui proviennent de la TVA. Il nous semble donc qu'il n'est pas nécessaire de prendre d'autres mesures, ce d'autant moins que le Parlement, qui souhaite que les choses avancent et aillent vite, a déjà passé commande, si je peux le dire ainsi, au Conseil fédéral d'une prochaine réforme en 2026. Les réformes se succèdent, ensuite le Parlement et le peuple décide.

Il nous semble que l'initiative populaire n'a de sens que là où le Conseil fédéral ou le Parlement ne mène pas de réforme. Dans le cas qui nous occupe, les travaux sont en cours. Nous sommes dans un processus continu



de réforme dans le cadre de la prévoyance vieillesse.

Ensuite, il nous semble que pour toute réforme à discuter il faut envisager plusieurs éléments: il faut un mixte d'éléments et ne pas seulement aborder la question sous l'angle de l'aspect démographique, et encore moins vouloir l'inscrire dans la Constitution – ce qui est le cas avec une initiative populaire.

Le Conseil fédéral, qui s'est penché sur la question, est également opposé à l'idée d'un contre-projet, parce que nous ne voyons pas à quoi pourrait ressembler un tel contre-projet alors que les réformes se succèdent. La réforme de l'année passée a été adoptée par une majorité du peuple et des cantons – c'est une double majorité qui était nécessaire pour la TVA; elle est maintenant en phase de mise en oeuvre, et le sera jusqu'en 2028. Une prochaine réforme est commandée pour 2026.

Il nous semble que dans ces conditions il apparaît difficile de présenter déjà un nouveau projet, et nous ne voyons pas très bien dans quel sens pourrait aller un contre-projet. J'ai bien écouté le débat aujourd'hui, celles et ceux qui souhaitent un contre-projet, mais on ne sait pas très bien pour quoi faire dans ces conditions.

Et donc, puisqu'on n'a pas vraiment d'idée de contenu, et que le Conseil fédéral propose d'y renoncer, il nous semble inadéquat de poursuivre les travaux.

J'aimerais donc vous inviter à suivre la proposition de votre commission et du Conseil fédéral.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: Au terme de ce long débat, je vous propose une brève synthèse et

AB 2023 N 1103 / BO 2023 N 1103

laisse le soin à ma collègue Barbara Gysi de vous communiquer les résultats des votes de la commission.

Premier point à retenir: l'initiative et le contre-projet vont dans la direction d'un frein à l'endettement, ce qui est une bonne chose – cela, je crois, personne ne le conteste. Deuxième point, bien plus important: la majorité de la commission demande un projet qui ne tienne pas uniquement compte du financement, mais aussi des recettes et de leur évolution dans le temps; c'est cela qui nous permettra de prendre les mesures les plus appropriées. Troisième point: de nombreuses solutions ont été esquissées dans le débat, et nous comptons sur le Conseil fédéral pour les intégrer, plus tard, dans son projet qu'il devra présenter pour 2026. Quatrième point: évitons les réactions émotionnelles et stériles; collaborons plutôt afin de construire un excellent projet qui sera présenté au bon moment, qui ne se contentera pas d'automatismes, et surtout, qui permettra un financement durable, dans une approche systémique prenant en compte les réalités et l'évolution du monde du travail, qui tiendra compte, plutôt que de l'âge de référence de la retraite, du temps effectif consacré durant toute une vie à travailler, des réalités modernes des conditions de travail, notamment à temps partiel. On a beaucoup évoqué aussi l'égalité de genre et, bien sûr, les conditions différentes aux différentes phases de la vie.

La balle est maintenant dans votre camp par rapport à l'initiative et au contre-projet. Nous comptons sur le Conseil fédéral pour aller dans le sens des vœux de notre Parlement.

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Wir haben jetzt eine breite Auslegeordnung gemacht und verschiedene Voten gehört. Sie reichen von sehr dramatisch, wonach bis in neunzehn Jahren der AHV-Fonds leer sei, bis zu doch nicht ganz so dramatisch, weil mit dem Umlagesystem auch immer wieder neue Mittel einfließen würden. Vor allem heisst es dazu – ich glaube, das ist relevant –, dass der Bundesrat bereits den Auftrag habe, bis Ende 2026 eine neue Vorlage zu unterbreiten und dort auch die Thematik der Lebenserwartung aufzunehmen und allenfalls ein System mit einer Lebensarbeitszeit oder einer Koppelung an die Lebenserwartung zu evaluieren.

Auf der einen Seite haben wir in der Kommission von der Verwaltung gehört, dass hier bereits verschiedene Überlegungen gemacht worden seien; allerdings wurde dies nicht konkretisiert, weil noch Zeit bleibt, das zu erarbeiten. Auf der anderen Seite, auch das haben die Minderheitssprecherinnen und der Minderheitssprecher ausgeführt, gab es verschiedene Vorschläge für einen direkten Gegenentwurf einerseits – diese AHV-Schuldenbremse – und einen indirekten Gegenvorschlag andererseits. Beide Projekte, das darf man auch sagen, wurden nicht wahnsinnig breit ausgeführt. Die Kommission hat insgesamt auch nur relativ kurze Zeit darüber diskutiert. Wir alle wissen, dass wir in der Gesetzgebung gewisse Sicherheiten haben und dass der Bundesrat, wenn die Ausgaben höher als die Einnahmen sind, sowieso gefordert ist.

Wie gesagt, der Bundesrat hat bereits den Auftrag vom Parlament, in Bälde eine neue Vorlage zu unterbreiten. Wir haben gehört, wir stimmen jetzt in jenem Jahr ab, in dem die AHV 75 Jahre feiert. Ich denke, auch das zeigt die Stabilität dieses Sozialwerkes.

Ich möchte noch die Abstimmungsergebnisse in der nationalrätlichen Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit bekannt geben. Der Antrag der jetzigen Minderheit Mettler wurde mit 15 zu 9 Stimmen bei 1



Enthaltung abgelehnt. Der Antrag der jetzigen Minderheit II (Nantermod) zu Artikel 2, die Volksinitiative zu unterstützen, wurde mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Im Bundesbeschluss 2 wurde der Antrag der jetzigen Minderheit I (Sauter) für einen direkten Gegenvorschlag mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Ich möchte Sie bitten, im Sinne der Kommissionsmehrheit zu entscheiden.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Antrag der Minderheit

(Mettler, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Matter Michel, Nantermod, Sauter, Siegenthaler, Silberschmidt)
 Rückweisung der Vorlage an die Kommission
 mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten. Dieser soll eine Schuldenbremse für die AHV einführen.

Proposition de la minorité

(Mettler, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Matter Michel, Nantermod, Sauter, Siegenthaler, Silberschmidt)
 Renvoyer le projet à la commission
 avec mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative. Celui-ci doit introduire un frein à l'endettement pour l'AVS.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26932)
 Für den Antrag der Minderheit ... 89 Stimmen
 Dagegen ... 89 Stimmen
 (1 Enthaltung)

Mit Stichentscheid des Präsidenten

wird der Antrag der Minderheit abgelehnt
Avec la voix prépondérante du président
la proposition de la minorité est rejetée

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Herr Silberschmidt wünscht das Wort.

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Ich würde gerne einen Ordnungsantrag stellen und die erste Abstimmung wiederholen lassen. Ich glaube, es waren auf beiden Seiten des Saales noch Plätze leer, die jetzt nicht mehr leer sind. Ich bitte Sie, dass wir diese knappe Abstimmung entsprechend wiederholen.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Herr Silberschmidt beantragt, die Abstimmung über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler zu wiederholen. Wir stimmen über den Ordnungsantrag ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26898)
 Für den Ordnungsantrag Silberschmidt ... 95 Stimmen
 Dagegen ... 89 Stimmen
 (2 Enthaltungen)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen also noch einmal über den Rückweisungsantrag der Minderheit Mettler ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/26935)
 Für den Antrag der Minderheit ... 93 Stimmen
 Dagegen ... 92 Stimmen
 (1 Enthaltung)

**AMTLICHES BULLETIN – BULLETIN OFFICIEL**

Nationalrat • Sommersession 2023 • Fünfte Sitzung • 05.06.23 • 14h30 • 22.054
Conseil national • Session d'été 2023 • Cinquième séance • 05.06.23 • 14h30 • 22.054



Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Vorlage wurde damit an die Kommission zurückgewiesen.

AB 2023 N 1104 / BO 2023 N 1104



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Ordnungsantrag – Motion d'ordre

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Ordnungsantrag der SGK-N

Das Geschäft 22.054 "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative). Volksinitiative" soll noch in der laufenden Sommersession vom Nationalrat behandelt und idealerweise der Traktandenliste vom Dienstag, 13. Juni 2023, hinzugefügt werden.

Motion d'ordre de la CSSS-N

L'objet 22.054 "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire" devrait encore être traité par le Conseil national lors de la session d'été en cours et idéalement ajouté à l'ordre du jour du mardi 13 juin 2023.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Ordnungsantrag wird von Herrn Cottier bekämpft.

Aeschi Thomas (V, ZG), für die Kommission: Ich spreche als Vertreter der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit zu Ihnen. Die Kommissionspräsidentin ist aktuell krank.

Die SGK-N beantragt dem Nationalrat, die Renten-Initiative neu für morgen früh auf die Traktandenliste zu setzen. Anlässlich der Debatte zu diesem Geschäft – der Vorlage 22.054, "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)" – wurde am Montag, dem 5. Juni, mit einer knappen Mehrheit entschieden, das Geschäft an die Kommission zurückzuweisen, mit dem Auftrag, eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags zur Volksinitiative auszuarbeiten. Der indirekte Gegenvorschlag soll für die AHV eine Schuldenbremse einführen.

Anlässlich der heutigen SGK-N-Sitzung zeigte sich, dass unter den Befürwortern einer solchen Schuldenbremse für die AHV die Vorstellungen zu den Eckwerten betreffend die Elemente "Anpassung des Referenzalters an die durchschnittliche Lebenserwartung", "Erhöhung der Mehrwertsteuer", "Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge" sowie das Alternativmodell "Lebensarbeitszeit" gemäss dem im Nationalrat angenommenen Postulat Humbel 22.4430, "Lebensarbeitszeit in der AHV", weit auseinandergelassen.

Zudem ist der Zeitplan für dieses wichtige Geschäft extrem eng: Am 26./27. Juni müsste die SGK-S der Kommissionsinitiative in der ersten Phase Folge geben; dann müssten wir am 3./4. Juli in der SGK-N die Eckwerte ausarbeiten und die Verwaltung konkret beauftragen. Die Verwaltung hätte dann nur sechs Wochen Zeit, um einen Vorentwurf und einen Berichtsentwurf inklusive Übersetzung in die anderen Amtssprachen zu erstellen. Mitte August müsste dann die Detailberatung dieses Vorentwurfes durchgeführt werden. Bereits am 31. August





müssten wir diesen in der Kommission verabschieden. Am 5. September müsste man dann die Vernehmlassung eröffnen. Nach den Wahlen am 26./27. Oktober würde man die Vernehmlassungsergebnisse zur Kenntnis nehmen, und die Vorlage würde in der Wintersession durchberaten.

Sie sehen also: Die Zeit für die Behandlung dieser Vorlage – es geht immerhin um die AHV, die grösste Sozialversicherung der Schweiz – wäre extrem knapp gewesen. Es wäre nicht seriös gewesen, in dieser kurzen Zeit eine solche Reform durchboxen zu wollen.

Wir haben bereits die gesamte Beratung geführt, alle Fraktionen haben bereits gesprochen. Entsprechend beantragen wir Ihnen, das Geschäft für morgen in der Kategorie IIIb auf die Traktandenliste zu setzen. Dann kann jede Fraktion nochmals etwa fünf Minuten sprechen und Empfehlungen abgeben, einerseits zur Renten-Initiative selbst und andererseits zum indirekten Gegenvorschlag, der weiterhin beantragt wird.

Ich danke Ihnen, dass Sie diesem Ordnungsantrag der SGK-N zustimmen und das Geschäft für morgen auf die Traktandenliste setzen.

Cottier Damien (RL, NE): La commission a reçu le mandat de cette assemblée de travailler à un contre-projet. Après environ une heure de séance ce matin, la commission nous demande de renoncer à ce contre-projet et de considérer que son mandat est rempli. La commission a reçu le mandat de travailler sérieusement à l'élaboration d'un contre-projet, et cela ne peut évidemment pas se faire en quelques minutes – allez, soyons généreux, en environ une heure de discussion!

Monsieur Aeschi Thomas, vous avez dit que ce ne serait pas sérieux – vous avez utilisé ce terme – de travailler de cette manière. Ce qui n'est pas sérieux, c'est que la commission ne consacre que quelques minutes à notre principale assurance sociale et considère qu'elle n'arrive pas à se mettre d'accord sur un contre-projet.

Cher collègue, vous avez évoqué les délais. Ces derniers sont les mêmes pour toutes les initiatives populaires, ils sont volontairement serrés, de manière à ne pas retarder la votation sur une initiative populaire lorsque le Parlement établit un contre-projet. Oui, ce sont des calendriers sportifs, mais notre assemblée en a l'habitude, et ils n'empêchent pas de travailler sérieusement, cette fois-ci durant quelques mois et non pas quelques minutes, à un véritable contre-projet.

L'AVS est notre principale assurance sociale. Elle mérite bien qu'on lui consacre un travail sérieux et du temps. Qui plus est, la question posée l'est par une initiative populaire, qui constitue – Monsieur Aeschi, vous ne me contredirez certainement pas là-dessus – l'un de nos principaux instruments démocratiques. Nous souhaitons donc que la commission travaille sérieusement sur cette question, qu'elle reprenne ce dossier, qu'elle y consacre le temps nécessaire et qu'elle ne fasse pas ce qui ressemble bien à un pied de nez à ce conseil en refusant de travailler sérieusement, comme elle l'a fait ce matin, sur le mandat qui lui a été confié.

AB 2023 N 1234 / BO 2023 N 1234

Pour cette raison, nous vous demandons de rejeter cette motion d'ordre et d'appeler la commission à remplir le mandat qui lui a été confié il y a quelques jours par notre conseil.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/27016)

Für den Ordnungsantrag der SGK-N ... 146 Stimmen

Dagegen ... 30 Stimmen

(11 Enthaltungen)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Das Geschäft wird morgen Dienstag, 13. Juni, ab 8 Uhr in der Kategorie IIIb behandelt.

Ich möchte Sie noch über zwei Geburtstage informieren: Am vergangenen Freitag hatte Kollegin Klopfenstein Broggini Geburtstag, und gestern Sonntag hatte Kollege Bendahan Geburtstag. (*discurra sursilvan*) Cordiala gratulaziun! (*Applaus*)



22.054

**Für eine sichere
 und nachhaltige Altersvorsorge
 (Renten-Initiative).
 Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
 vieillesse sûre et pérenne
 (initiative sur les rentes).
 Initiative populaire**

Zweitrat – Deuxième Conseil

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Antrag der Minderheit

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Nantermod, Silberschmidt)

Rückweisung an die Kommission

mit dem Auftrag, zur Initiative eine Kommissionsinitiative im Sinne eines indirekten Gegenvorschlags auszuarbeiten. Zentrales Element sollen die Jahre der Erwerbstätigkeit statt eines starren Referenzalters sein (Modell "Lebensarbeitszeit" analog zum Postulat 22.4430 Humbel. Lebensarbeitszeit in der AHV).

Proposition de la minorité

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Nantermod, Silberschmidt)

Renvoi à la commission

avec le mandat d'élaborer une initiative de commission qui proposera un contre-projet indirect à l'initiative. Il convient de tenir compte des années d'activité professionnelle plutôt que d'un âge de référence fixe (modèle analogue à celui du postulat 22.4430 Humbel. Fixer l'âge de la retraite AVS en fonction de la durée de l'activité professionnelle).

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Ich erinnere an den turbulenten und knappen Entscheid vom letzten Montag: Zuerst hatten wir den Stichentscheid des Präsidenten, dann beschlossen wir mit einer Stimme Differenz Rückkommen, und schlussendlich haben wir das Geschäft an die Kommission zurückgewiesen, um eine Kommissionsinitiative für einen indirekten Gegenvorschlag auszuarbeiten.

Angesichts des sehr engen zeitlichen Fahrplans hat die Kommission bereits gestern erneut eine Sitzung abgehalten. Der Fahrplan zeigte auf, dass wir die Botschaft zum Gegenentwurf bis Ende August formuliert haben müssten, um Anfang September eine auf vier Wochen verkürzte Vernehmlassung zu eröffnen. Nach Auswertung der Konsultation und erneuter Beschlussfassung in der SGK-N würde auch die Konsultation beim Bundesrat mit kurzer Frist angesetzt. Zusätzliche Sitzungen der Kommission sowie auch für die Verwaltung sehr kurze Zeiträume für die Erarbeitung der Gesetzesvorlage und der Botschaft wären Teil dieses Fahrplans. Der SGK-N lagen gestern drei Anträge auf Kommissionsinitiativen vor. Zwei Anträge waren als offene und wenig konkretisierte Vorschläge für eine Schuldenbremse formuliert. Einer davon wollte im Falle des gefährdeten Gleichgewichtes einfach automatisch den Bundesbeitrag an die AHV erhöhen, bis allenfalls weitere Massnahmen beschlossen wären. Der andere Vorschlag sah eine Regelung mit verschiedenen Handlungsoptionen vor. Doch auch dieser war sehr offen formuliert. Lediglich in der Begründung erwähnte er mögliche Ansatzpunkte





oder einen Mix an Massnahmen in Bezug auf die Anzahl Beitragsjahre, die Lebenserwartung, höhere Netto-lohnbeiträge oder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und ausgabenseitige Massnahmen durch die Erhöhung des Rentenalters. Einzig Rentenkürzungen hat niemand vorgesehen. Ein dritter Vorschlag sah, wie das vom Nationalrat angenommene Postulat Humbel 22.4430, als zentrales Element ein Lebensarbeitszeitmodell mit einer bestimmten Anzahl an Beitragsjahren vor.

In der Fragerunde und Diskussion in der Kommission wurden folgende Punkte angesprochen und kurz diskutiert: Es gibt zum einen nach wie vor die Überzeugung, dass ein genereller Finanzierungsbedarf gegeben ist, dass aber primär der Bundesanteil erhöht werden sollte und nicht das Rentenalter. Es wurde diskutiert und gefragt, wie ein Massnahmenmix beim offenen Modell aussehen könnte. Es wurde wiederum gefragt, ob der Interventionsmechanismus, wie er in der Vorlage Altersvorsorge 2020 bestanden hatte, aufgenommen werden könnte. Eingebracht wurde auch ein Lebensarbeitszeitmodell. Dort wurden vor allem die Anzahl Beitragsjahre, die Auswirkungen auf die Teilzeitarbeit, hohe Schwellenwerte, wenn das Mindesteinkommen nicht erreicht würde, und auch die Frage der Rentenhöhe diskutiert.

In der Diskussion wurde aber auch klar, dass die Komplexität der Ausgestaltung des Modells Lebensarbeitszeit sehr gross ist. Auch die Tatsache, dass die AHV eine Volksversicherung ist und auch Nichterwerbstätige versichert sind und Beiträge leisten, macht dieses Modell nicht ganz einfach. Mehrfach wurde auch auf die knappen Fristen hingewiesen und darauf, dass der Auftrag, das Lebensarbeitszeitmodell zu vertiefen, mit dem Postulat Humbel zwar gegeben sei, solche Arbeiten aber auch Zeit brauchen und dass dieser Bericht bis 2024 vorliegen sollte.

Insgesamt zeigte sich ein sehr grosser Klärungsbedarf. Das ist auch keine Neuigkeit, sondern war der Kommission schon vorher bewusst. Es wurde auch noch einmal vorgebracht, dass ja auch der Bundesrat an der Arbeit sei. Er hat den Auftrag der Räte erhalten, bis 2026 eine neue Vorlage auszuarbeiten.

Die Kommission hat in der Ausmehrung mit 12 zu 2 Stimmen bei 12 Enthaltungen dem Modell Lebensarbeitszeit den Vorrang gegeben. Mit 14 zu 11 Stimmen hat die Kommission aber wiederum festgehalten, dass sie der Volksinitiative keinen indirekten Gegenvorschlag entgegenstellen möchte. Sie hat auch an ihren übrigen Beschlüssen festgehalten.

Ich möchte Sie daher bitten, im Sinne der Kommissionsmehrheit zu entscheiden.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: Comme vous le savez, il y a une semaine, après un deuxième vote, par 93 voix contre 92 et 1 abstention, notre conseil a renvoyé l'initiative populaire à notre commission, en la chargeant d'élaborer un contre-projet indirect qui introduise un frein à l'endettement pour l'AVS.

Pour rappel, la commission avait rejeté un premier contre-projet indirect ainsi que les propositions de recommander l'acceptation de l'initiative populaire ou de lui opposer un contre-projet direct.

La question du calendrier a été au coeur des débats. Elle vous a été exposée hier par notre collègue Thomas Aeschi lors du développement de sa motion d'ordre visant l'inscription de cet objet à l'ordre du jour d'aujourd'hui, acceptée par

AB 2023 N 1259 / BO 2023 N 1259

146 voix contre 30 et 11 abstentions. Je n'aurai donc pas à y revenir dans le détail.

En résumé, le calendrier interne qui nous a été présenté en séance pour l'élaboration d'un contre-projet est, selon la majorité de la commission, beaucoup trop serré et ne permet pas de préparer sérieusement une réforme aussi importante. Les valeurs de référence – "Eckwerte" en allemand – doivent être précises pour que l'administration puisse faire son travail et surtout elles doivent pouvoir réunir une majorité. Nous n'avons pas souhaité réagir à la va-vite au mandat donné, de justesse, par notre conseil.

Trois contre-projets indirects ont été présentés en séance. L'un propose un frein à l'endettement ouvert comportant plusieurs critères, par exemple le nombre d'années de cotisation, l'espérance de vie, l'augmentation de la TVA et/ou des cotisations des employeurs et employés, ou encore l'âge de référence de la retraite. Un second contre-projet vise à ce que les finances de l'AVS soient équilibrées et, en plus, que la contribution fédérale soit augmentée. Enfin, un troisième s'appuie sur le modèle de durée de vie active – "Lebensarbeitszeit" en allemand – dont nous avons déjà débattu en mai dernier lors de l'acceptation par notre chambre du postulat 22.4430 de notre ancienne collègue Ruth Humbel. L'idée est de tenir compte des années d'activité professionnelle plutôt que d'un âge de référence fixe.

Toutes ces propositions, bien que contradictoires pour certaines, sont jugées intéressantes par la commission. Elles permettraient de lever deux oppositions majeures à l'initiative populaire, évoquées ici à la tribune la semaine passée, à savoir le mécanisme rigide – un automatisme dont on ne veut pas – et l'absence de vision systémique pour un financement durable de l'AVS. Cependant, on l'a dit, il manque du temps pour les



développer et les rassembler dans un contre-projet susceptible d'obtenir une majorité. Surtout, l'argument largement exprimé selon lequel il est inapproprié de revenir aussi tôt devant le peuple avec l'exigence de nouveaux sacrifices a convaincu à nouveau la majorité de la commission.

Rien n'empêche le Parlement et notre commission de transmettre ces pistes de réflexion au Conseil fédéral. Nous sommes certains qu'il en tiendra compte dans son projet prévu pour 2026 de stabilisation de l'AVS pour la période 2030–2040, en particulier celles concernant un frein à l'endettement et celles ayant trait à un changement de paradigme quant aux nouveaux modèles de travail, comme cela est exprimé dans le postulat Humbel.

En conclusion, il est faux de dire que l'on ne souhaite rien faire avant les élections. Les valeurs de référence – "Eckwerte" – et les contenus présentés dans les propositions de contre-projet devront être impérativement traités par le Conseil fédéral, qui devra faire preuve de responsabilité politique et d'innovation pour préserver les rentes, et ce, en tenant compte de toutes les générations.

Dans ce sens, la majorité de la commission vous propose d'écarter tous les contre-projets présentés et de recommander le rejet de l'initiative populaire.

Je reviendrai brièvement tout à l'heure sur les résultats détaillés des votes.

Sauter Regine (RL, ZH): Vor gut einer Woche hat dieser Rat seiner Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit den Auftrag erteilt, einen indirekten Gegenvorschlag zur Renten-Initiative auszuarbeiten. Man könnte meinen, das sei ein Auftrag, der zu befolgen sei. Aber offenbar – man kann das nicht anders interpretieren – foutiert sich die Mehrheit der Kommission um diesen Auftrag. Es liegt heute nämlich genau keine Lösung vor. Ich kann das nicht anders als als Arbeitsverweigerung bezeichnen.

Die Begründungen sind: Die Zeit sei knapp, es sei kompliziert. Ja, es ist tatsächlich kompliziert, da widerspreche ich gar nicht. Aber genau dafür sind wir hier, nämlich um Lösungen für dringende Probleme zu finden. Handstreichartig wurde das Geschäft dann auch noch heute Morgen auf die Traktandenliste gesetzt. Vom Tisch damit, scheint hier die Devise zu sein, sich nur nicht die Finger an einem heiklen Thema verbrennen.

Ich frage Sie: Hat sich an der Ausgangslage etwas geändert? Hat sich die Situation der AHV seit letzter Woche prospektiv verändert? Sind die Perspektiven besser? Die Antwort ist wohl offensichtlich. Nichts sehen, nichts hören, aussitzen – das scheint das Motto zu sein, was mich etwas erstaunt. Roland Fischer von der GLP hat letzte Woche gesagt, abwarten und Tee trinken könne ja keine Lösung sein. Ich hoffe, dass sich die übrigen GLP-Fraktionsmitglieder daran erinnern, wenn es anschliessend um die Abstimmung geht.

Es gibt heute nur eine Erklärung: Man hat Angst vor den Wahlen respektive vor den Wählerinnen und Wählern. Man getraut sich nicht, unbequeme Wahrheiten anzusprechen. Lieber macht man vor den Wahlen Versprechungen. Nach den Wahlen heisst es dann: Was interessiert mich mein Geschwätz von gestern?

Die AHV ist aber zu wichtig für solche Spielchen. Wir stehen hier in der Verantwortung, Lösungen für die nächste Generation zu suchen. Dazu müssen wir heute Hand bieten, denn die Probleme und die Fakten liegen auf dem Tisch, und diese verschwinden auch nicht von selber. Deshalb halten wir nach wie vor daran fest, dass wir – dazu wird mein Kollege Nantermod sprechen – die Initiative unterstützen, aber wir bieten auch nach wie vor Hand zu einem indirekten Gegenvorschlag. Man kann nämlich tatsächlich Lösungen finden für die Problematik, die in der Renten-Initiative angesprochen wird.

Sie haben es von den Kommissionssprechenden gehört: Wir haben verschiedene Varianten diskutiert. Alle waren meines Erachtens valabel. Wir vonseiten der FDP-Liberalen haben uns auch nicht auf eine versteift. Tatsächlich kann man hier verschiedene Varianten diskutieren. Eine liegt jetzt auf dem Tisch, nämlich jene, die an die Lebensarbeitszeit anknüpft. Es erstaunt mich insbesondere, dass diese Variante von der Mitte nicht unterstützt wird, ist doch die Idee ursprünglich von ihrer ehemaligen Kollegin Ruth Humbel eingebracht worden. In diesem Sinne bitte ich Sie, das nochmals zu überdenken und Hand zu bieten zu einem indirekten Gegenvorschlag zu dieser Initiative. Wir haben aufgezeigt, wie er etwa aussehen könnte. Die Kommission kann dann auf dieser Grundlage weiterarbeiten. Zumindest die FDP-Liberalen werden dies tun und hier ihre Verantwortung wahrnehmen.

Nantermod Philippe (RL, VS): Vous connaissez peut-être le dessin animé français "Les Shadocks". En tout cas, les francophones le connaissent peut-être; les Suisses alémaniques, ce n'est probablement pas le cas. Ce sont de petits personnages qui vivent sur une planète plate, qui pompent pour essayer d'aller sur l'espace et qui ont des devises un peu absurdes. Une d'entre elles est la suivante: ils disent que là où il n'y a pas de solution, il n'y a pas de problème. Eh bien c'est un petit peu ce que le Parlement a fait au cours de la semaine écoulée.

Lundi 5 juin, vous constatez, à une petite majorité, qu'il y avait un problème dans l'AVS. Excusez-moi du peu:



nous avons six actifs pour un rentier et nous allons passer à deux actifs pour un rentier. Nous nous dirigeons vers un mur, avec 10 milliards de francs de déficit dans l'AVS au milieu du siècle. Bref, nous avons constaté un problème, nous avons mandaté la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique pour établir une solution. Et, sept jours plus tard, nous nous réunissons et nous constatons qu'il n'y a pas de problème; nous empaquetons le tout et nous prions le peuple de bien vouloir emballer l'initiative et dire que tout est réglé. Finalement, on nous dit que nous n'avons pas le temps de faire les choses, ce n'est que dans 20 ans. Cela aurait d'ailleurs pu faire un nouvel épisode des Shadocks.

Je pense qu'il y a dans cette salle des personnes qui adhèrent à la devise des Shadocks, et d'autres qui n'adhèrent pas à cette farce et qui estiment que les grands problèmes du pays doivent être pris avec un grand sérieux. Ces personnes suivront ma minorité et recommanderont le soutien à l'initiative populaire. En effet, faute de mieux, nous n'avons pas d'autre solution à proposer à la population que le mécanisme intelligent proposé par l'initiative sur les rentes qui prévoit une adaptation automatique de l'âge de la retraite en fonction de l'espérance de vie.

AB 2023 N 1260 / BO 2023 N 1260

Il est absolument injuste, et je pense là aux générations de moins de 30 ans, de voir les finances de l'AVS se péjorer durant les décennies à venir sans qu'aucune mesure automatique ne soit prise.

Nous avons mis en place des mécanismes de frein à l'endettement pour les finances publiques. Nous avons su mettre en place des mécanismes avec une force intelligente qui ont fait de notre pays un pays qui a les finances publiques les plus performantes du continent. Nous avons su aborder les grands problèmes de notre société. Seulement dans l'AVS, nous avons de la peine à accepter qu'il faille aussi adopter des mesures courageuses. L'initiative des Jeunes libéraux-radicaux est une initiative courageuse, et qui propose ces mécanismes-là. Elle aura l'avantage d'assurer un financement de l'AVS durable et solidaire entre les générations. Pour cette raison, et pour tous les motifs que j'ai déjà exposés il y a une semaine, je vous invite à suivre la minorité Nantermod qui propose de recommander au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Addor Jean-Luc (V, VS): J'ai une petite question, cher collègue. Je ne sais pas où vous avez entendu que qui que ce soit dans cette salle nie les problèmes ou refuse de les voir. Pour vous, est-ce un problème, alors que la dernière réforme de l'AVS a été acceptée dans la douleur avec, entre autres, une augmentation de l'âge de référence, de proposer juste après une nouvelle augmentation de cet âge de référence?

Nantermod Philippe (RL, VS): Monsieur Addor, en tant que démocrate, je ne considère pas qu'un projet accepté par une majorité populaire est un projet accepté dans la douleur; premièrement. Secondement, non, nous avons dit clairement dans le débat sur AVS 21 qu'il ne s'agissait que d'un premier pas et qu'il était nécessaire d'adopter des réformes supplémentaires. L'AVS n'est de loin pas sauvée. Ce n'est pas en mentant à la population en prétendant que l'AVS est sauvée que cette dernière sortira des chiffres rouges.

Prelicz-Huber Katharina (G, ZH): Es ist schon immer wieder interessant, zu sehen, wie man die Probleme der Welt bezeichnet und die Lösungen dafür findet. Für uns Grüne war es schon in der ersten Diskussion klar, dass wir die Initiative und auch einen Gegenvorschlag ablehnen. Für uns ist klar: nicht schon wieder einen Rentenabbau, auch keine Anhebung des Rentenalters, ebenso wenig wie eine Aufweichung des fixen Rentenalters. Wir Grünen gönnen den alten Menschen noch einige gute, hoffentlich gesunde Jahre im Alter. Für uns ist die Stossrichtung eine würdige Rente für alle, nicht nur, wie es heute der Fall ist, dass ein Drittel der Bevölkerung eine gute und ein Drittel eine existenzsichernde Rente oder ein bisschen mehr hat und dass ein Drittel nur knapp die Existenzsicherung erreicht bzw. sogar darunterliegt. Das geht für uns nicht. Insofern braucht es da einen Ausbau. Und wir wollen das mit der ersten Säule, der AHV-Säule, weil sie wegen ihrer Umlage die fairste, sicherste und solidarischste Sozialversicherung ist, gerade auch für die jungen Menschen. Alle, auch Millionensaläre, zahlen ihren fairen Anteil an die AHV. Deshalb ist es so, dass 92 Prozent der Bevölkerung weniger einzahlen, als sie nachher an Rente bekommen. Nur 8 Prozent, die Superreichen, zahlen mehr ein, als sie nachher an Rente beziehen. Das könnte man als Spiel Ihrerseits bezeichnen oder als Nichtverantwortung oder als Bestreben, die Probleme nicht zu benennen. Liebe Kollegin Sauter, lieber Kollege Nantermod, es geht darum, dass Sie diese Umlage, dieses Fairnesspaket nicht mehr bezahlen wollen. Und Sie wissen genau, dass eine Erhöhung der Lohnbeiträge für alle ausser für die Superreichen weniger teuer zu stehen käme, aber auch sie zahlen nur genau gleich viel Prozent ein wie die Armen. Das ist, wie gesagt, fair. Dieses Projekt sollten wir ausbauen, und wir sollten weder am fixen Rentenalter schraubeln noch einmal mehr das Rentenalter erhöhen, noch die Jungen, die hier auf der Tribüne sitzen, glauben machen, dass die AHV schlecht sei. Noch einmal: Die AHV ist das beste Werk, das unsere Vorfahren geschaffen haben – damals eine



liberale und konservative Mehrheit, die diese Fairness aktiv akzeptierte. Dieses Werk könnten wir heute sehr günstig, sehr einfach weiterentwickeln, damit es für alle würdig ist und alle eine gute Rente erhalten.

Es ist nicht einmal so, dass wir neue Modelle vorgeben müssen. Wir haben ein sehr austariertes Modell, das genau dieser Fairness Rechnung trägt und auch Betreuungs- und Erziehungsgutschriften kennt. Es braucht nicht ein Modell mit einer sogenannten Lebensarbeitszeit. Es ist eine Volksversicherung, in die alle einzahlen, auch in der Phase der sogenannten Nichterwerbstätigkeit.

Wir sind froh, dass wir heute noch einmal abstimmen können. Es war das letzte Mal ein Zufallsentscheid nach einem komischen Rückkommen. Eine Kaffeepause kann doch wohl politisch kein Grund sein, um noch einmal abzustimmen. Das ist in diesem Parlament aber möglich. Wir sind froh, heute noch einmal abstimmen zu können für ein klares Nein sowohl zur Initiative – wir haben sie heute auch noch einmal auf dem Tisch – als auch zum Gegenvorschlag.

Meyer Mattea (S, ZH): Warum einfach, wenn man es auch kompliziert haben kann? Das fasst es etwa zusammen, was in der letzten Woche alles rund um diese Renten-Initiative entschieden wurde. Vor einer Woche hat der Rat in einer ersten Abstimmung gesagt, es brauche keinen Gegenvorschlag. Dann gab es einen Ordnungsantrag, der forderte, dass wir nochmals darüber abstimmen sollten. Der Entscheid der zweiten Abstimmung – auch mithilfe der SVP-Fraktion – war, dass es einen Gegenvorschlag geben solle. Gestern hat die Kommission in einer Kürzestsitzung entschieden, dass es nun doch keinen Gegenvorschlag zu dieser Renten-Initiative brauche und dass wir den Auftrag nicht erfüllen wollten.

Ja, es scheint schon so, dass ein paar hier drin kalte Füsse vor den Wählerinnen und Wählern bekommen haben und dass sich eine Rentenaltererhöhung im Wahljahr vielleicht doch nicht so gut macht. Zu Recht macht sich das nicht gut, weil eine Rentenaltererhöhung, Kollegin Sauter, eben nicht eine technische, sondern eine höchst politische Frage ist, weil es um das Leben und die Lebensqualität von ganz vielen Menschen in diesem Land geht, zumindest von den Menschen, die nicht Zehntausende von Franken pro Monat verdienen. Das sind eben auch die Menschen, die von einer Rentenaltererhöhung betroffen wären, weil wir alle wissen, dass die, die es sich leisten können, auch in Zukunft früher gehen werden. Die Frühpensionierungsquote in der Versicherungs- und der Bankenbranche liegt über 60 Prozent. Diejenigen, die eben nicht früher gehen können – die Verkäuferin, die Pflegefachfrau, die Kita-Mitarbeiter, der Handwerker, der Gärtner –, müssten in Zukunft länger arbeiten, wenn die Rentenaltererhöhung käme. Dagegen wird sich die SP immer mit Händen und Füssen wehren.

Es gibt keinen Grund für diese Panikmache, es gibt keinen Grund für ein vorzeitiges Handeln. Dieser Rat hier, wir alle haben vor zwei Jahren die Motion 21.3462, "Auftrag für die nächste AHV-Reform", der SGK-N angenommen, die dem Bundesrat bis 2026 Zeit gibt, eine nächste AHV-Reform auszuarbeiten. Es war auch dieser Rat hier, der vor einem halben Jahr das Postulat Humbel 22.4430, "Lebensarbeitszeit in der AHV", angenommen und der gesagt hat, er wolle einen Bericht für ein Modell Lebensarbeitszeit in der AHV.

Es gibt keinen Grund, diesem Bericht und dieser Arbeit des Bundesrates in einem Schnellverfahren vorzugreifen und jetzt innerhalb von ein paar wenigen Wochen eine Gesetzesgrundlage zur Lebensarbeitszeit in der AHV auszuarbeiten, die bisher ohne Konzept auskommt. Weshalb ohne Konzept? Weil der Bericht zum Postulat Humbel abgewartet werden muss. Ich sperre mich nicht grundsätzlich gegen ein Modell Lebensarbeitszeit in der AHV, aber ich möchte erst einmal hören, ob das überhaupt umsetzbar ist, ob das für all die Menschen in diesem Land umsetzbar ist, die von ihrem Lohn leben müssen. Mir hat bis heute einfach niemand ein Konzept zeigen können, das den unterschiedlichen Lebensrealitäten Rechnung tragen kann. Es haben nicht alle eine Erwerbsbiografie für die Jahre von 20 bis 65, während deren sie 100 Prozent arbeiten. Es gibt auch noch andere Arbeit, die in diesem Land geleistet wird, die unbezahlt geleistet wird, die aber

AB 2023 N 1261 / BO 2023 N 1261

ebenso ein Bestandteil unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft ist: Kinderbetreuung, Pflege kranker Angehöriger, Freiwilligenarbeit. Wie Teilzeitarbeit und unbezahlte Arbeit in ein Lebensarbeitszeitmodell integriert werden können, um all dem Rechnung zu tragen, ist mir bis heute schleierhaft. Wir können dieser Arbeit und diesen Fragen nicht einfach vorgreifen, indem die Minderheit Sauter durchkommt und es einen Gegenvorschlag zu dieser Renten-Initiative geben wird.

Wir haben es von meiner Vorrednerin Kollegin Prelicz-Huber gehört: Anstatt hier mit der Renten-Initiative einen AHV-Abbau zu machen, muss die AHV gestärkt werden. Die AHV war die soziale Errungenschaft des 20. Jahrhunderts, weil sie Schluss gemacht hat mit der Vorstellung, es müsse jeder und jede selber schauen, wie er oder sie im Alter über die Runden komme. Mit der AHV wurde gesagt, nein, auf die Existenznot dieser Menschen haben wir eine solidarische Antwort; wir schauen zueinander; wir sorgen dafür, dass alle Menschen



in Würde alt werden können. Diesen Auftrag müssen wir im Parlament erfüllen und sicher nicht einen Abbau auf Kosten dieser Menschen machen.

Ich bitte Sie in dem Sinne, den Antrag der Minderheit für einen Gegenvorschlag abzulehnen und auch die Renten-Initiative abzulehnen, wie das auch das Stimmvolk in einem Jahr tun wird.

Mettler Melanie (GL, BE): Nachdem der Rat letzte Woche mit einem knappen Resultat einen Rückweisungsantrag der Kommissionsminderheit angenommen hatte, hätten wir Gelegenheit gehabt, einen Handlungsimpuls zur Überwindung der politischen Blockaden einzubauen. So ein Handlungsimpuls ist im Grundsatz nichts Neues, diesen gibt es sogar heute schon im Gesetz. Auch bei der Altersvorsorge 2020 war ein solcher Interventionsmechanismus vorgesehen und von den Räten fertig formuliert und verhandelt worden.

In dieser Session hätte sich die Mehrheit wohl darauf einigen können, diesen Handlungsimpuls in Anlehnung an den Artikel in der Altersvorsorge 2020 zu konkretisieren und zu verstärken. Aber für die zweite Stufe, nämlich für die Einigung auf konkrete Massnahmen zur Finanzierung der Babyboomer-Renten, gehen die Vorstellungen heute noch zu weit auseinander, und die Entscheidungsgrundlagen fehlen. Leider haben sich die Blöcke wenig kompromissbereit gezeigt. Vielleicht muss ich akzeptieren, dass das im Wahljahr eine politische Realität ist. Ich persönlich finde es schade, dass wir nicht mehr Mut zum Kompromiss zeigen. Vielleicht fehlt noch der Handlungsdruck, weil man gefühlt ja noch Zeit hat und das Messer nicht am Hals hat.

Das sieht die grünliberale Fraktion anders. Es gilt, für die Folgen der demografischen Entwicklung Verantwortung zu übernehmen. Es ist einfach eine Tatsache, dass die jährlichen Neueintritte in die AHV zwischen 2015 und 2030 um die Hälfte steigen – von knapp 40 000 auf 60 000 –, dann aber bis 2035 wieder um die Hälfte sinken, auf knapp 40 000. Das ist einfach erklärbar. Die geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer gehen bis 2030 in Pension, das ist der Peak. Danach folgen rund 30 geburtenschwache Jahrgänge, und die Anzahl der Neupensionierten pro Jahr sinkt wieder.

Damit steigt der Umfang der Renten, die die AHV auszahlt, von heute 47 Milliarden Franken bis ins Jahr 2032 auf 62 Milliarden Franken pro Jahr. Das Niveau steigt aber nicht im selben Mass, weil eben auch die Neueintritte rasch weniger werden. Je nach Wirtschaftsentwicklung und Lebenserwartung beträgt die Diskrepanz zwischen dem Finanzierungsbedarf der Babyboomer-Renten und den Lohnbeiträgen der geburtenschwachen Jahrgänge bis 2050 etwa 100 Milliarden Franken. Das heisst, der Generationenvertrag gerät für die Finanzierung der Babyboomer-Renten temporär aus der Balance. Damit ist es unser aller Aufgabe als Volksvertreterinnen und -vertreter, frühzeitig zu reagieren und die Fragen zu beantworten: Wer soll diese Kosten tragen? Was ist eine faire und gerechte Verteilung zwischen Anspruchsgruppen und Generationen?

Wir sehen in der Schweiz zwar einen sozialen Ausgleich vor, aber keinen Ausgleich zwischen den Generationen. Als Grünliberale streben wir die Generationengerechtigkeit an, nicht nur im Erhalt der Lebensgrundlagen, sondern auch in der Altersvorsorge. Es gibt keinen moralischen Grund, warum jemand möglichst lange arbeiten soll, aber auch keinen, warum jemand kürzer arbeiten soll, obschon wir länger leben. Die Erwerbsarbeit kann ein guter Weg sein, auch im höheren Alter eine Rolle und eine Aufgabe in der Gesellschaft zu haben. Und es gibt eben durchaus eine finanzielle Verantwortung gegenüber den nächsten Generationen.

Wir halten deshalb an unserer Position fest, wie wir sie bereits letzte Woche in der Detailberatung begründet haben. Wir unterstützen die Minderheit Sauter und lehnen die Volksinitiative ab. Auch den neuen, über das Wochenende entstandenen Kommissionsminderheitsantrag für einen neuen Gegenvorschlag unterstützen wir nicht. Die Idee eines Lebensarbeitszeitmodells erachten wir selbstverständlich als äusserst spannend und deshalb sehr prüfenswert. Letzten Monat haben wir deshalb zusammen mit der Ratsmehrheit auch das Postulat Humbel unterstützt, das der Verwaltung den Auftrag gibt, die Entscheidungsgrundlagen für ein Lebensarbeitszeitmodell auszuarbeiten. Aber ohne Entscheidungsgrundlagen sollten wir nicht legiferieren. Wir brauchen die Entscheidungsgrundlagen, damit wir die Folgen unserer Gesetzgebung abschätzen und politisch abwägen können. Wir sollten mit der nötigen Ernsthaftigkeit unsere Verantwortung wahrnehmen und auf solider Entscheidungsbasis Mut zur Lösung zeigen.

Dobler Marcel (RL, SG): Liebe Kollegin Mettler, Sie haben ja vor einer Woche die Ausarbeitung eines Gegenvorschlags unterstützt, und jetzt, eine Woche später, unterstützt die GLP-Fraktion dies nicht mehr. Können Sie kurz erklären, was die Gründe dafür sind, dass Sie Ihre Meinung geändert haben?

Mettler Melanie (GL, BE): Danke, Herr Dobler. Die grünliberale Fraktion hat ihre Meinung nicht geändert. Wir waren, glaube ich, die einzige Delegation, die in der Kommission diesen Antrag noch unterstützt hat. Der Gegenvorschlag, der jetzt vorliegt, ist aber inhaltlich ein anderer Vorschlag, für den wir die Entscheidungsgrundlagen nicht haben.



Silberschmidt Andri (RL, ZH): Für die FDP-Fraktion ist es von entscheidender Bedeutung, dass die AHV genügend Geld hat, um die Renten auszubezahlen. Wir wollen eine nachhaltig finanzierte und sichere AHV. Ich wehre mich dagegen, dass immer, wenn wir mit strukturellen Massnahmen kommen, gesagt wird, es sei ein Abbau oder wir würden niemandem eine anständige Rente gönnen. Denn das Gegenteil ist der Fall: Wir können die Renten nur auszahlen, wir können die Renten nur erhöhen, wenn die AHV auch genügend Einnahmen hat. Und wenn wir uns entschliessen, strukturelle Massnahmen zu ergreifen, dann sind diese ja immer zugunsten der AHV. Die AHV erhält dann mehr Geld, und sie muss allenfalls weniger ausgeben, weil sie die Auszahlungen später vornehmen muss. Das heisst, dass diese Massnahmen, die wir jeweils vorschlagen, voll in die AHV-Kasse einzahlen. Sie bedeuten nicht, wie teilweise behauptet wird, eine Kürzung oder einen Abbau. Wir sind die Letzten, welche eine solche Kürzung unterstützen würden.

Jetzt ist es aber so: Wenn 1,3 Millionen Menschen in der Schweiz in den nächsten zehn Jahren in Pension gehen, dann beziehen die eine Rente, und genau diese Rente wollen wir sicher finanziert haben. Das Gleichgewicht, das wir heute dank Erhöhung der Mehrwertsteuer, dank Erhöhung der Lohnabgaben in der AHV haben, ist gefährdet.

Und jetzt stellt sich die Frage: Haben wir einen Handlungsbedarf oder nicht? Diese Frage muss man als Kommission beantworten, wenn es darum geht, ob man einen Gegenvorschlag ausarbeitet. Und da war ich schon erstaunt, dass man, nachdem letzte Woche eine, ja, knappe Mehrheit gesagt hat: "Jawohl, es gibt Handlungsbedarf", einfach die Arbeit verweigert. Man hat sich knapp eine Stunde Zeit genommen, und jetzt kommen alle hierher und sagen: Es ist zu komplex, es ist das falsche Timing. Wenn Sie sich eine Stunde Zeit nehmen und dann in einer Hektik frühzeitig die Sitzung verlassen und sagen: "Wir finden keine Lösung, es ist halt Wahljahr", dann frage ich Sie: Ist das das, wofür die Bevölkerung uns ins Parlament wählt? Dass wir sagen, es sind halt bald

AB 2023 N 1262 / BO 2023 N 1262

Wahlen, wir können das jetzt nicht besprechen? Dass wir sagen, ja, es kommt halt nächstes Jahr noch eine Abstimmung über die berufliche Vorsorge, also können wir ja nicht noch über die AHV sprechen? Nein, dafür werden wir doch nicht gewählt. Wir werden doch für das Finden von Lösungen gewählt.

Gerade all diese Personen, die sagen, man müsse seinen Prinzipien auch in der Wahlperiode treu bleiben, lade ich heute ein, die Rückweisung an die Kommission oder den Minderheitsantrag zur Ausarbeitung eines direkten Gegenvorschlags zu unterstützen. Sollten wir nicht auch vor den Wahlen ehrlich politisieren? Sollten wir nicht auch vor den Wahlen den Leuten sagen, was unsere Position ist, die wir dann auch als Gewählte haben werden? Wir sollten nicht so tun, als ob wir keinen Handlungsbedarf sehen würden, obwohl wir alle wissen, dass die 1,3 Millionen Neurentnerinnen und Neurentner einen berechtigten Anspruch auf eine anständige Rente haben, die wir aber auch finanzieren müssen. Sollten nicht alle von uns, die sagen, sie seien Brückenbauer, die sagen, es brauche Mut zur Lösung, zusammenstehen und in der Kommission wirklich Brücken bauen, anstatt hier vorne am Mikrofon zu sagen, es brauche Lösungen, aber in der Kommission dazu nicht Hand zu bieten?

Wir hätten verschiedene Möglichkeiten in der Kommission: Wir könnten eine Schuldenbremse konzipieren und sagen, dass ein Teil über das Rentenalter und ein Teil über die Mehrwertsteuer finanziert wird. Wir könnten eine Lebensarbeitszeit definieren und so weiter und so fort. Die Möglichkeiten sind offen; wir können uns politisch finden. Aber Nichtstun ist keine Lösung; Nichtstun gibt der AHV nicht mehr Einnahmen; Nichtstun sorgt nicht dafür, dass die Renten der 1,3 Millionen Neurentnerinnen und Neurentner bis zu ihrem Lebensende finanziert sind; Nichtstun führt nicht dazu, dass wir genügend Geld haben, um auch die tiefen AHV-Renten anzupassen. Sie haben heute die Wahl: Sie können sich entweder für das Nichtstun entscheiden, oder Sie können sich dafür entscheiden, dass die Kommission arbeiten muss, dass sie eine Lösung für die wichtigste Sozialversicherung unseres Landes erarbeiten muss. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein.

Folgen Sie uns. Die FDP setzt sich für eine nachhaltig sicher finanzierte AHV ein. Die FDP-Liberale Fraktion ist auch für Kompromisse zu haben, aber dafür müssen wir das Geschäft in der Kommission ernsthaft debattieren und nicht nach einer knappen Stunde abschliessen.

Binder-Keller Marianne (M-E, AG): Herr Kollege, wir haben Ihre Worte gehört. Sie wollen ja jetzt unbedingt einen Gegenvorschlag. Meine Frage ist: Sie werfen dem Parlament Nichtstun vor. Haben Sie denn ein Problem mit Ihrer Initiative?

Silberschmidt Andri (RL, ZH): Nein, geschätzte Kollegin Binder, das habe ich selbstverständlich nicht. Ich denke, dieser Abstimmungskampf wird auch sehr wichtig sein, um den Personen aufzuzeigen, dass wir effektiv einen Handlungsbedarf haben. Im Sorgenbarometer der Schweizerinnen und Schweizer ist die AHV immer in



den Top 3, gerade auch bei der jungen Bevölkerung. Und ich muss Ihnen sagen: Mit der Reform, die das Volk zum Glück angenommen hat, haben wir diese Sorgen nicht beseitigt. In fünf Jahren schreibt die AHV wieder Verluste. Da bin ich stolz darauf, dass junge Menschen in der Schweiz auf die Strasse gegangen sind, 140 000 Unterschriften gesammelt und gesagt haben: Das wäre eine Lösung. Denn ich habe von Ihnen, geschätzte Kollegin Binder, noch keine Lösung gehört, wie die AHV nachhaltig finanziert werden soll. Es hat mir noch nie jemand erklärt, wie genau eine Finanztransaktionssteuer ausgestaltet werden muss, damit diese genügend Geld bringt.

Deshalb, glaube ich, ist es nichts als ehrlich, was die jungen Menschen in diesem Land gemacht haben. Sie haben Unterschriften für eine Volksinitiative gesammelt. Wir können Hand bieten, dass die Initiative zurückgezogen wird. Bieten wir diese Hand nicht, dann kommt sie zur Abstimmung. So ist das demokratische Leben in der Schweiz, damit haben wir keine Mühe.

Lohr Christian (M-E, TG): Wir von der Mitte-Fraktion lassen uns an dem messen, was wir vor einigen Monaten immer wieder gesagt haben; wir lassen uns an dem messen, was wir vor einer Woche gesagt haben; und wir werden uns auch an dem messen lassen, was wir heute wiederholt sagen werden.

Wir müssen und wollen keine Hand bieten für einen indirekten Gegenvorschlag. Ich betone ausdrücklich: nicht zum jetzigen Zeitpunkt, weil es der falsche Weg, der falsche Ansatz wäre. Das Parlament hat die Rückweisung bereits beschlossen, und die Volksinitiative findet ganz offensichtlich keinen Zuspruch. Man merkt es auch bei täglichen Gesprächen mit parteiunabhängigen Bürgerinnen und Bürgern: Sie wollen nach der Debatte zur AHV 21 jetzt keine weitere Diskussion über ein Rentenalter führen und werden auch ganz sicher nichts dergleichen unterstützen.

Wir haben versprochen, dass wir seriös weiterarbeiten. Das haben wir auch getan. Ich finde es schon ein wenig eigenartig, wenn man das heute einfach negiert oder nichts mehr davon wissen will. Wir haben in diesem Parlament das Postulat Humbel 22.4430, "Lebensarbeitszeit in der AHV", das Postulat unserer ehemaligen Kollegin, explizit angenommen. Wir wollen ja, dass man ein Modell mit einer Lebensarbeitszeit prüft, seriös prüft, und dass dann vonseiten des Bundesrates ein klares Konzept für eine spätere Umsetzung vorgeschlagen wird. Das kann man nicht mit einem Hüftschuss erledigen. Das ist unseriös. Wir müssen doch unseren Wählerinnen und Wählern, den Bürgern in diesem Land auch aufzeigen können, was das für Auswirkungen hat. Wenn wir heute jetzt einfach Ja zu einem Gegenvorschlag sagen würden, dann würden wir, so meine ich, die Leute im Unklaren lassen, da würden wir die Verunsicherung in unserem Land nur wieder verstärken. Wir würden vor allem das Vertrauen in die Politik wieder deutlich schwächen. Das, denke ich, dürfen wir nicht tun. Wir stecken in diesem Dickicht, in diesem Gestrüpp der Verhandlungsfristen fest. Das merkt man offensichtlich. Das zeigt eben auch, dass man jetzt nicht einfach irgendeinen Schnellschuss produzieren sollte, der nichts bringt.

Der indirekte Gegenentwurf wird von so vielen nicht gewünscht, weil er nicht Klarheit schafft, sondern eben wieder Ängste weckt. Wir sind der festen Überzeugung, dass man dem Bundesrat für die Aufgaben, die man ihm gestellt hat, einerseits mit dem Postulat Humbel 22.4430, aber andererseits auch damit, dass er bis 2026 ein Konzept vorlegen muss, die Zeit lassen muss, um sie seriös anzugehen.

Ich wehre mich im Namen unserer Fraktion entschieden dagegen, dass man jetzt einfach behauptet, wir wollten keine Verantwortung übernehmen – genau, indem wir sagen, wir müssten seriös arbeiten, wir müssten das, was bereits beschlossen worden sei, einfach auch umsetzen und wir müssten dem Bundesrat hier nicht schon wieder ins Zeug reinfahren und wieder etwas anderes beschliessen. Wenn wir jede dritte Woche wieder etwas anderes beschliessen, ist das nicht glaubwürdig. Wir haben diese Aufträge gegeben. Jetzt ist der Bundesrat am Ball und am Zug, und er muss das seriös und natürlich auch unter Einhaltung der geforderten Fristen machen.

Wir empfehlen Ihnen, zu allen Minderheitsanträgen Nein zu sagen.

Herzog Verena (V, TG): Geschätzter Herr Kollege Lohr, also wenn Sie das jetzt als Schnellschuss bezeichnen, woran wir gearbeitet haben, ist das dem Parlament gegenüber etwas vermessen. Ist es nicht einfach so, dass Sie der Bevölkerung vor den Wahlen keinen klaren Wein einschenken wollen mit der realistischen Lösung, an der wir gearbeitet haben? Diese ist noch weiter auszuarbeiten, das stimmt, aber Sie wollen das einfach nicht klar deklarieren.

Lohr Christian (M-E, TG): Geschätzte Frau Kollegin Herzog, nein, das Gegenteil ist der Fall. Wir nehmen eben die Bürgerinnen und Bürger ernst. Wenn wir versprechen und sagen, dass wir das Rentenalter jetzt nicht diskutieren wollen, dann bleiben wir bei diesem Wort. Für uns gilt ein Wort.



Berset Alain, président de la Confédération: La position du Conseil fédéral est aujourd'hui la même qu'il y a une

AB 2023 N 1263 / BO 2023 N 1263

semaine. J'aimerais donc vous inviter ici à recommander le rejet de l'initiative populaire sans lui opposer de contre-projet.

J'aimerais vous rappeler que, suite à l'acceptation de la réforme AVS 21, vous avez donné mandat au Conseil fédéral de proposer une prochaine réforme pour 2026. Les travaux sont évidemment organisés de manière à ce qu'une telle réforme puisse vous être transmise à fin 2026. Cela se fait dans le cadre de la collaboration habituelle au sein de l'administration et avec les mandats qui sont officiellement donnés par le Parlement, ni plus ni moins. Cela dit, je dois vous dire également qu'il paraît extrêmement difficile d'envisager une prochaine réforme de l'AVS si, dans l'intervalle, il n'y a pas eu de succès pour une réforme du deuxième pilier. Il me paraît donc relativement difficile d'envisager une discussion sur le premier pilier et sur l'âge de la retraite avant d'avoir clarifié la situation dans le deuxième pilier. Un projet est sur la table. Il sera traité en votation populaire l'année prochaine. C'est un élément à intégrer à l'ensemble de la réflexion.

Je le répète, je vous invite à recommander le rejet de l'initiative sans lui opposer de contre-projet.

Roduit Benjamin (M-E, VS), pour la commission: Au nom de la commission, j'aimerais rassurer certains orateurs qui estiment que nous avons abordé à la légère les contre-projets proposés. Nous avons passé l'âge de nous passionner pour les bandes dessinées. C'est le bon sens et la volonté de traiter de manière responsable ce gros problème du financement de l'AVS qui ont dicté les votes de notre majorité. Je vais vous en donner les détails, même si, de manière curieuse, on peut déjà quasiment les lire dans la presse de ce jour.

Tout d'abord, la proposition d'un contre-projet sur un frein à l'endettement "ouvert" avec plusieurs critères a, dans un premier temps, été opposée à un contre-projet similaire comportant en plus une augmentation de la contribution fédérale. Elle a été soutenue par 15 voix contre 8 et 2 abstentions. Elle a par contre été mise en minorité face au modèle de durée de vie active – "Lebensarbeitszeit" – par 2 voix contre 12 et 11 abstentions. Il s'agit de la minorité Sauter à la page 1 du dépliant. Les deux premières propositions ne font pas l'objet d'une minorité.

Enfin la commission a décidé, par 14 voix contre 11, d'écarter ce modèle de durée de vie active et, par conséquent, de ne pas proposer de contre-projet indirect.

Pour rappel, la commission avait décidé dans sa séance du 23 mars 2023 de proposer, par 20 voix contre 4 et 1 abstention, de recommander au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative populaire. Une minorité I (Nantermod) – page 4 du dépliant – propose son acceptation. Elle a aussi décidé lors de cette séance, par 15 voix contre 7 et 3 abstentions, de ne pas entrer en matière sur la proposition de contre-projet direct défendue au projet 2 – page 5 du dépliant – par la minorité I (Sauter).

Gysi Barbara (S, SG), für die Kommission: Auch von meiner Seite ganz kurz: Ich muss den Vorwurf der Arbeitsverweigerung klar zurückweisen. Die Kommission wäre sehr wohl bereit, die Arbeit zu leisten, wenn dann auch die Aufträge klar wären. Die Diskussion hat einfach gezeigt: Die Ideen waren zu wenig ausgereift, als dass sie in der Abstimmung hätten standhalten können. Und es wurden ja auch bereits Aufträge an den Bundesrat erteilt, es wurde schon erwähnt, einerseits, einen Postulatsbericht zur Thematik Lebensarbeitszeit zu erarbeiten, andererseits, bis 2026 eine neue Vorlage zur AHV zu unterbreiten. Die Modelle sind komplex, und ich glaube, es ist gut, sich diese Zeit auch zu nehmen.

Noch einmal zu den Stimmenverhältnissen: Die Kommission hat mit 14 zu 11 Stimmen entschieden, den Antrag Sauter auf Rückweisung abzulehnen. Dann zu den Entscheiden, die Sie auf der Fahne (*Glocke des Präsidenten*) auf den Seiten 4 und 6 finden: Der jetzige Antrag der Minderheit II (Nantermod), die Initiative zu unterstützen, wurde mit 20 zu 4 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt. Der jetzige Antrag der Minderheit I (Sauter) für einen direkten Gegenvorschlag wurde mit 15 zu 7 Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Wir stimmen über den Rückweisungsantrag der Minderheit Sauter ab.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/27045)

Für den Antrag der Minderheit ... 42 Stimmen

Dagegen ... 140 Stimmen

(7 Enthaltungen)





1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)"

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)"

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, art. 1

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Bevor wir über Artikel 2, die Abstimmungsempfehlung, entscheiden, müssen wir über den Antrag der Minderheit I auf einen Gegenentwurf beraten.

2. Bundesbeschluss "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge: AHV-Schuldenbremse" (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge [Renten-Initiative]")

2. Arrêté fédéral "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne: frein à l'endettement de l'AVS" (contre-projet direct à l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne [initiative sur les rentes]")

Antrag der Mehrheit

Nichteintreten

Antrag der Minderheit I

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Mettler, Nantermod, Silberschmidt)

Titel

Bundesbeschluss "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge: AHV-Schuldenbremse" (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge [Renten-Initiative]") vom ...

Ingress

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft, gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung, nach Prüfung der am 16. Juli 2021 eingereichten Volksinitiative "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)", nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Juni 2022, beschliesst:

Ziff. I Einleitung

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 112 Abs. 6

Die AHV hält ihre Einnahmen und Ausgaben langfristig im Gleichgewicht. Ist dieses Gleichgewicht gefährdet, verabschiedet der Bundesrat zuhanden des Parlaments Massnahmen, um es wiederherzustellen. Übersteigen die kumulierten Ausgaben der AHV die kumulierten Einnahmen gemäss den Finanzperspektiven des Bundesrats über einen Zeitraum von fünf Jahren, so erhöht sich das dann zum geltende Referenzalter zum Renteneintritt ohne weiteres so, dass die vorgenannten Ziele erreicht werden. Das Gesetz regelt die Einzelheiten.

AB 2023 N 1264 / BO 2023 N 1264

Ziff. II

Dieser Gegenentwurf wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet. Sofern die Volksinitiative vom 16. Juli 2021 "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)", nicht zurückgezogen wird, wird er zusammen mit der Volksinitiative nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.





Proposition de la majorité
 Ne pas entrer en matière

Proposition de la minorité I

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Mettler, Nantermod, Silberschmidt)

Titre

Arrêté fédéral concernant "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne: frein à l'endettement de l'AVS" (contre-projet direct à l'initiative populaire "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne [initiative sur les rente]") du ...

Préambule

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse, vu l'article 139 alinéa 5 de la Constitution, vu l'initiative populaire "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)" déposée le 16 juillet 2021, vu le message du Conseil fédéral du 22 juin 2022, arrête:

Ch. I introduction

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 112 al. 6

L'AVS maintient l'équilibre de ses recettes et de ses dépenses à long terme. Si cet équilibre est menacé, le Conseil fédéral soumet au Parlement des mesures visant à le rétablir. Si les dépenses cumulées de l'AVS dépassent les recettes cumulées selon les perspectives financières du Conseil fédéral sur une période de cinq ans, l'âge de référence alors en vigueur pour le départ à la retraite est automatiquement relevé de manière à atteindre les objectifs susmentionnés. La loi règle les modalités.

Ch. II

Le présent contre-projet sera soumis au vote du peuple et des cantons. Il sera soumis au vote en même temps que l'initiative populaire du 16 juillet 2021 "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rente)", si cette initiative n'est pas retirée, selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/27047)

Für Eintreten ... 61 Stimmen

Dagegen ... 125 Stimmen

(3 Enthaltungen)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Da der Rat nicht auf den Gegenentwurf eingetreten ist, kommen wir nun auf Artikel 2 des Bundesbeschlusses über die Volksinitiative zurück.

1. Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)"

1. Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)"

Art. 2

Antrag der Mehrheit

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Antrag der Minderheit I

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Mettler, Nantermod, Silberschmidt)

Abs. 1

Sofern die Volksinitiative nicht zurückgezogen wird, wird sie zusammen mit dem Gegenentwurf (Bundesbeschluss "Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge: AHV-Schuldenbremse") Volk und Ständen nach dem Verfahren gemäss Artikel 139b der Bundesverfassung zur Abstimmung unterbreitet.

Abs. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative und den Gegenentwurf anzunehmen und den Gegenentwurf in der Stichfrage vorzuziehen.




Antrag der Minderheit II

(Nantermod, Dobler, Sauter, Silberschmidt)

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative anzunehmen.

Art. 2
Proposition de la majorité

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Proposition de la minorité I

(Sauter, de Courten, Dobler, Herzog Verena, Mettler, Nantermod, Silberschmidt)

Al. 1

Si l'initiative populaire n'est pas retirée, elle sera soumise au vote du peuple et des cantons en même temps que le contre-projet "Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne: frein à l'endettement de l'AVS" selon la procédure prévue à l'article 139b de la Constitution.

Al. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative et le contre-projet, et de donner la préférence au contre-projet

Proposition de la minorité II

(Nantermod, Dobler, Sauter, Silberschmidt)

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons d'accepter l'initiative.

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Der Antrag der Minderheit I (Sauter) wurde soeben bei der Abstimmung über den Gegenentwurf abgelehnt.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/27046)

Für den Antrag der Mehrheit ... 133 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II ... 40 Stimmen

(16 Enthaltungen)

Präsident (Candinas Martin, Präsident): Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/27189)

Für Annahme des Entwurfes ... 143 Stimmen

Dagegen ... 40 Stimmen

(11 Enthaltungen)

AB 2023 N 1463 / BO 2023 N 1463



22.054

**Für eine sichere
und nachhaltige Altersvorsorge
(Renten-Initiative).
Volksinitiative**

**Pour une prévoyance
vieillesse sûre et pérenne
(initiative sur les rentes).
Initiative populaire**

Schlussabstimmung – Vote final

 CHRONOLOGIE

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 15.03.23 (ERSTRAT - PREMIER CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 05.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.23 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 13.06.23 (ZWEITRAT - DEUXIÈME CONSEIL)
 NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)
 STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 16.06.23 (SCHLUSSABSTIMMUNG - VOTE FINAL)

Bundesbeschluss über die Volksinitiative "für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renten-Initiative)"

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire "pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)"

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 22.054/5932)

Für Annahme des Entwurfes ... 32 Stimmen

Dagegen ... 11 Stimmen

(1 Enthaltung)



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»
 Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni). Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)»

Gegenstand / Objet du vote: Art. 2**Abstimmung vom / Vote du:** 15.03.2023 10:19:26

Bauer	Philippe	-	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	-	AG
Carobbio Guscetti	Marina	+	TI
Caroni	Andrea	-	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Crevoisier Crelieu	Mathilde	+	JU
Dittli	Josef	-	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	-	VD
Gapany	Johanna	0	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	+	BL
Häberli-Koller	Brigitte	P	TG
Hefti	Thomas	-	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	+	BS
Jositsch	Daniel	E	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	+	GE
Michel	Matthias	-	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	-	LU
Noser	Ruedi	-	ZH
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	-	GR
Sommaruga	Carlo	+	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	+	BE
Thorens Goumaz	Adèle	E	VD
Vara	Céline	+	NE
Wicki	Hans	-	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	30
- Nein / non / no	11
= Enth. / abst. / ast.	0
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	2
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	1
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Antrag der Mehrheit (Ablehnung)

Bedeutung Nein / Signification du non:

Antrag der Minderheit Dittli (Annahme)

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 05.06.2023 19:55:34

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	-	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	-	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	0	V	BE	Marchesi	-	V	TI	Schilliger	-	RL	LU
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	-	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	-	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	0	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	0	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	-	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Mattler Michel	-	GL	GE	Schwander	-	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	-	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	-	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	0	M-E	AG	Siegenthaler	-	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	-	V	SG	Mettler	-	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	-	V	GE	Graber	0	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	-	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	0	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	-	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	-	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	-	V	VD	Moser	-	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	0	M-E	LU	Strupler	-	V	TG
Büchel Roland	-	V	SG	Grüter	-	V	LU	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	-	V	VD	Gschwind	0	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG
Bühler	-	V	BE	Gugger	0	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	-	V	BE	Nicolet	-	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	-	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	-	V	ZH
Candinas	+	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE
Cattaneo	-	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Haab	0	V	ZH	Page	-	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	-	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	-	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	-	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	-	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	-	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	-	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	-	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	-	V	SZ	Imark	-	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	0	G	VD	Wermuth	+	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	-	V	LU	Kälin	E	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	-	V	SG	Wobmann	-	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	-	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	-	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		37		3		22	28	90
- Nein / non / no			13	45	29	2		89
= Enth. / abst. / ast.						1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		2	3	6		5	1	17

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Mettler (Rückweisung)

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Ordnungsantrag Silberschmidt (Wiederholen der Abstimmung zur Minderheit Mettler (Rückweisung an die Kommission))

Abstimmung vom / Vote du: 05.06.2023 19:57:55

Addor	=	V	VS	Feri Yvonne	-	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	-	M-E	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	+	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	-	M-E	TI
Aebischer Matthias	-	S	BE	Fischer Benjamin	+	V	ZH	Landolt	+	M-E	GL	Roth Franziska	-	S	SO
Aeschi Thomas	-	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Locher Benguerel	-	S	GR	Roth Pasquier	-	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	-	G	NE	Lohr	-	M-E	TG	Ruch	+	RL	VD
Amoos	-	S	VS	Flach	+	GL	AG	Lüscher	+	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Andrey	-	G	FR	Fluri	+	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	+	V	ZH
Arslan	-	G	BS	Fridez	-	S	JU	Mahaim	-	G	VD	Ryser	-	G	SG
Atici	-	S	BS	Friedl Claudia	-	S	SG	Maillard	-	S	VD	Sauter	+	RL	ZH
Badertscher	-	G	BE	Funciello	-	S	BE	Maitre	-	M-E	GE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	+	RL	LU
Barrile	-	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	+	RL	BE	Schläpfer	+	V	ZH
Baumann	-	G	BE	Giacometti	+	RL	GR	Marra	-	S	VD	Schlatter	-	G	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	-	S	ZH	Schneeberger	+	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Girod	-	G	ZH	Marti Samira	-	S	BL	Schneider Meret	-	G	ZH
Bendahan	-	S	VD	Glanzmann	-	M-E	LU	Martullo	0	V	GR	Schneider Schüttel	-	S	FR
Berthoud	+	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	-	S	BE	Schneider-Schneiter	-	M-E	BL
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	-	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schwander	+	V	SZ
Binder	-	M-E	AG	Gmür Alois	-	M-E	SZ	Matter Thomas	+	V	ZH	Seiler Graf	-	S	ZH
Bircher	+	V	AG	Gössi	+	RL	SZ	Meier Andreas	-	M-E	AG	Siegenthaler	+	M-E	BE
Birrer-Heimo	-	S	LU	Götte	+	V	SG	Mettler	+	GL	BE	Silberschmidt	+	RL	ZH
Bläsi	+	V	GE	Graber	+	V	VS	Meyer Mattea	-	S	ZH	Sollberger	+	V	BL
Bourgeois	+	RL	FR	Graf-Litscher	0	S	TG	Michaud Gigon	-	G	VD	Stadler	-	M-E	UR
Bregy	-	M-E	VS	Gredig	+	GL	ZH	Molina	-	S	ZH	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	-	G	BL	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Storni	-	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	0	M-E	LU	Strupler	+	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altermatt	-	M-E	SO	Studer	-	M-E	AG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	0	M-E	JU	Munz	-	S	SH	Suter	-	S	AG
Bühler	+	V	BE	Gugger	0	M-E	ZH	Nantermod	+	RL	VS	Töngi	-	G	LU
Bulliard	-	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	-	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	+	V	TG	Nordmann	-	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	-	S	SG	Nussbaumer	-	S	BL	Umbricht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	+	RL	TI	Gysin Greta	-	G	TI	Paganini	-	M-E	SG	Vincenz	+	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	+	RL	BS
Clivaz Christophe	-	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	-	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE
Cottier	+	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	-	M-E	ZG	Walder	-	G	GE
Crottaz	-	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	-	S	FR	Walliser	+	V	ZH
Dandrès	-	S	GE	Hess Erich	+	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walti Beat	+	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Porchet	-	G	VD	Wasserfallen Christian	+	RL	BE
de la Reussille	-	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	+	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	-	S	BE
de Montmollin	+	RL	GE	Hurni	-	S	NE	Prelicz-Huber	-	G	ZH	Weber	+	GL	VD
de Quattro	+	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	-	G	GE	Wehrli	+	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	-	S	GR	Weichelt	-	G	ZG
Dobler	+	RL	SG	Imboden	-	G	BE	Python	-	G	VD	Wermuth	-	S	AG
Egger Kurt	-	G	TG	Jauslin	+	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	-	G	SO
Egger Mike	+	V	SG	Jost	-	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	-	M-E	AI	Widmer Céline	-	S	ZH
Estermann	+	V	LU	Kälin	E	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	-	M-E	LU
Farinelli	+	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	-	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	+	RL	AG	Wyss	-	S	BS
Feller	+	RL	VD	Klopfenstein Brogini	-	G	GE	Ritter	-	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si			13	50	29	3		95
- Nein / non / no		38		1		21	29	89
= Enth. / abst. / ast.				1		1		2
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	3	2		4		10
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Zustimmung zum Ordnungsantrages

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung des Ordnungsantrages

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 05.06.2023 19:59:09

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	-	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	-	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	-	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	-	GL	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	-	V	BE	Marchesi	-	V	TI	Schilliger	-	RL	LU
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	-	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	0	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	-	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	0	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	-	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	0	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schwander	-	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	-	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	-	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	-	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	-	V	SG	Mettler	-	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	-	V	GE	Graber	-	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	-	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	0	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	-	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	-	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	-	V	VD	Moser	-	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	0	GL	BE	Müller Leo	0	M-E	LU	Strupler	-	V	TG
Büchel Roland	-	V	SG	Grüter	-	V	LU	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	-	V	VD	Gschwind	0	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG
Bühler	-	V	BE	Gugger	0	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	-	V	BE	Nicolet	-	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	-	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	-	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE
Cattaneo	-	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	-	GL	BS	Haab	-	V	ZH	Page	-	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	-	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	-	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	-	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	-	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	-	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	0	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	-	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	-	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	-	V	SZ	Imark	-	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	+	G	VD	Wermuth	+	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	-	V	LU	Kälin	E	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	-	V	SG	Wobmann	-	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	-	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	-	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		38		3		22	29	92
- Nein / non / no			13	49	29	2		93
= Enth. / abst. / ast.						1		1
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1		1	1	3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1	3	2		4		10
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Mettler (Rückweisung an die Kommission)

Geschäft / Objet:
 22.054 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire
Gegenstand / Objet du vote:

Ordnungsantrag der SGK (Traktandierung des indirekten Gegenentwurfs in der 3. Sessionswoche)

Abstimmung vom / Vote du: 12.06.2023 16:14:53

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	0	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	0	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	+	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	+	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	+	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	=	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	-	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	-	RL	LU
Barile	+	S	ZH	Geissbühler	+	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	=	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	=	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	+	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	+	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	=	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schwander	+	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	0	M-E	SZ	Matter Thomas	=	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	+	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	+	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	0	V	SG	Mettler	+	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	+	V	GE	Graber	+	V	VS	Meyer Mattea	=	S	ZH	Sollberger	+	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	+	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	+	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	M-E	LU	Strupler	+	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG
Bühler	+	V	BE	Gugger	+	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	=	V	TG	Nordmann	=	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbrecht Pieren	+	V	BE
Cattaneo	E	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	+	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	+	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walti Beat	0	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	=	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	+	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	+	G	VD	Wermuth	=	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	0	V	LU	Kälin	+	G	AG	Regazzi	+	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	0	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	=	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Broggin	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+	Ja / oui / si	32	14	43		27	30	146
-	Nein / non / no	1		3	26			30
=	Enth. / abst. / ast.	6	2	3				11
E	Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4			1	1	1		3
0	Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto			5	2	2		9
P	Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes					1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Zustimmung zum Ordnungsantrag

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung des Ordnungsantrages

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Rückweisungsantrag

Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2023 08:53:30

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	=	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amaudruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	+	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	0	RL	LU
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	=	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	=	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	+	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	=	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schwander	+	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	=	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	+	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	0	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	+	V	SG	Mettler	+	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	+	V	GE	Graber	+	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	-	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	+	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	+	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	-	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	M-E	LU	Strupler	-	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG
Bühler	+	V	BE	Gugger	+	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE
Cattaneo	E	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	=	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	+	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	+	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	0	G	VD	Wermuth	+	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	0	V	LU	Kälin	+	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		39	13	33		26	29	140
- Nein / non / no				14	27	1		42
= Enth. / abst. / ast.			3	3		1		7
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1		3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				4	1	1	1	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (keine Rückweisung)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit Sauter (Rückweisung an die Kommission)

Geschäft / Objet:

22.054-2 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge: AHV-Schuldenbremse» (direkter Gegenentwurf zur Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge [Renteninitiative]») (Entwurf der Minderheit I Sauter der SGK-N vom 23.03.2023)
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne: frein à l'endettement de l'AVS » (contre-projet direct à l'initiative populaire « Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne [initiative sur les rente] ») (Projet de la minorité I Sauter de la CSSS-N du 23.03.2023)

Gegenstand / Objet du vote:

Eintreten

Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2023 08:55:28

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel		0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI	
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO	
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	-	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR	
Amaudruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD	
Amoos	+	S	VS	Flach	-	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW	
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	-	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH	
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG	
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH	
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	-	RL	ZH	
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	0	RL	LU	
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	=	V	ZH	
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH	
Bäumle	-	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL	
Bellaiche	-	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH	
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Marullo	+	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR	
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL	
Bertschy	-	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Matter Michel	-	GL	GE	Schwander	+	V	SZ	
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	-	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH	
Bircher	=	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	0	M-E	BE	
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	-	V	SG	Mettler	-	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH	
Bläsi	+	V	GE	Graber	+	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	-	V	BL	
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	+	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR	
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	-	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	-	V	ZH	
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Moser	-	GL	ZH	Storni	+	S	TI	
Brunner	-	GL	SG	Grossen Jürg	-	GL	BE	Müller Leo	+	M-E	LU	Strupler	-	V	TG	
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altarmatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG	
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG	
Bühler	+	V	BE	Gugger	+	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU	
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE	
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	+	V	ZH	
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE	
Cattaneo	E	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG	
Christ	-	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS	
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	-	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE	
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	+	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE	
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	-	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	+	V	ZH	
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	-	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH	
de Courten	-	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE	
de la Reussille	+	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE	
de Montmollin	-	RL	GE	Humi	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	-	GL	VD	
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehri	-	RL	VD	
Detting	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG	
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	0	G	VD	Wermuth	+	S	AG	
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO	
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH	
Estermann	0	V	LU	Kälin	+	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU	
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO	
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS	
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR	

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		39		31		26	29	125
- Nein / non / no			16	17	27	1		61
= Enth. / abst. / ast.				2		1		3
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1		3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				4	1	1	1	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit (Nichteintreten)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit I Sauter (Eintreten)

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Art. 2

Abstimmung vom / Vote du: 13.06.2023 08:56:54

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	0	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	0	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	=	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	+	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	0	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	0	RL	LU
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	=	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	-	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	=	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	-	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	=	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Matter Michel	+	GL	GE	Schwander	+	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	=	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	-	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	0	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	=	V	SG	Mettler	+	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	+	V	GE	Grabner	=	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	=	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	+	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	+	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	-	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	=	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	M-E	LU	Strupler	-	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	+	S	AG
Bühler	+	V	BE	Gugger	+	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	=	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE
Cattaneo	E	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Haab	=	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	=	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	=	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	+	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH
de Courten	=	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	+	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	0	G	VD	Wermuth	+	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	0	V	LU	Kälin	+	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		39	13	26		26	29	133
- Nein / non / no				12	27	1		40
= Enth. / abst. / ast.			3	12		1		16
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1		3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto				4	1	1	1	7
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Antrag der Mehrheit und des Bundesrates (Empfehlung auf Ablehnung der Volksinitiative)

Bedeutung Nein / Signification du non: Antrag der Minderheit II Nantermod (Empfehlung auf Annahme der Volksinitiative)

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative: Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire: Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

Gegenstand / Objet du vote:

Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 16.06.2023 08:28:12

Addor	+	V	VS	Feri Yvonne	+	S	AG	Köppel	+	V	ZH	Roduit	+	M-E	VS
Aebi Andreas	+	V	BE	Fiala	-	RL	ZH	Kutter	E	M-E	ZH	Romano	+	M-E	TI
Aebischer Matthias	+	S	BE	Fischer Benjamin	-	V	ZH	Landolt	-	M-E	GL	Roth Franziska	+	S	SO
Aeschi Thomas	+	V	ZG	Fischer Roland	=	GL	LU	Locher Benguerel	+	S	GR	Roth Pasquier	+	M-E	FR
Amadruz	E	V	GE	Fivaz Fabien	+	G	NE	Lohr	+	M-E	TG	Ruch	-	RL	VD
Amoos	+	S	VS	Flach	=	GL	AG	Lüscher	-	RL	GE	Rüegger	-	V	OW
Andrey	+	G	FR	Fluri	-	RL	SO	Mäder	+	GL	ZH	Rutz Gregor	=	V	ZH
Arslan	+	G	BS	Fridez	+	S	JU	Mahaim	+	G	VD	Ryser	+	G	SG
Atici	+	S	BS	Friedl Claudia	+	S	SG	Maillard	+	S	VD	Sauter	-	RL	ZH
Badertscher	+	G	BE	Funciello	+	S	BE	Maitre	+	M-E	GE	Schaffner	+	GL	ZH
Badran Jacqueline	+	S	ZH	Gafner	+	V	BE	Marchesi	+	V	TI	Schilliger	-	RL	LU
Barrile	+	S	ZH	Geissbühler	-	V	BE	Markwalder	-	RL	BE	Schläpfer	=	V	ZH
Baumann	+	G	BE	Giacometti	-	RL	GR	Marra	+	S	VD	Schlatter	+	G	ZH
Bäumle	+	GL	ZH	Giezendanner	+	V	AG	Marti Min Li	+	S	ZH	Schneeberger	-	RL	BL
Bellaiche	=	GL	ZH	Girod	+	G	ZH	Marti Samira	+	S	BL	Schneider Meret	+	G	ZH
Bendahan	+	S	VD	Glanzmann	+	M-E	LU	Martullo	=	V	GR	Schneider Schüttel	+	S	FR
Berthoud	-	RL	VD	Glärner	+	V	AG	Masshardt	+	S	BE	Schneider-Schneiter	+	M-E	BL
Bertschy	=	GL	BE	Glättli	+	G	ZH	Mattler Michel	+	GL	GE	Schwander	+	V	SZ
Binder	+	M-E	AG	Gmür Alois	+	M-E	SZ	Matter Thomas	=	V	ZH	Seiler Graf	+	S	ZH
Bircher	-	V	AG	Gössi	-	RL	SZ	Meier Andreas	+	M-E	AG	Siegenthaler	+	M-E	BE
Birrer-Heimo	+	S	LU	Götte	=	V	SG	Mettler	+	GL	BE	Silberschmidt	-	RL	ZH
Bläsi	+	V	GE	Grabner	+	V	VS	Meyer Mattea	+	S	ZH	Sollberger	+	V	BL
Bourgeois	-	RL	FR	Graf-Litscher	+	S	TG	Michaud Gigon	+	G	VD	Stadler	+	M-E	UR
Bregy	+	M-E	VS	Gredig	+	GL	ZH	Molina	+	S	ZH	Steinemann	+	V	ZH
Brenzikofer	+	G	BL	Grin	+	V	VD	Moser	+	GL	ZH	Storni	+	S	TI
Brunner	+	GL	SG	Grossen Jürg	+	GL	BE	Müller Leo	+	M-E	LU	Strupler	-	V	TG
Büchel Roland	+	V	SG	Grüter	+	V	LU	Müller-Altermatt	+	M-E	SO	Studer	+	M-E	AG
Buffat	+	V	VD	Gschwind	+	M-E	JU	Munz	+	S	SH	Suter	0	S	AG
Bühler	+	V	BE	Gugger	+	M-E	ZH	Nantermod	-	RL	VS	Töngi	+	G	LU
Bulliard	+	M-E	FR	Guggisberg	+	V	BE	Nicolet	+	V	VD	Trede	+	G	BE
Burgherr	+	V	AG	Gutjahr	-	V	TG	Nordmann	+	S	VD	Tuena	+	V	ZH
Candinas	P	M-E	GR	Gysi Barbara	+	S	SG	Nussbaumer	+	S	BL	Umbricht Pieren	-	V	BE
Cattaneo	E	RL	TI	Gysin Greta	+	G	TI	Paganini	+	M-E	SG	Vincenz	-	RL	SG
Christ	+	GL	BS	Haab	+	V	ZH	Page	+	V	FR	von Falkenstein	-	RL	BS
Clivaz Christophe	+	G	VS	Heer	+	V	ZH	Pasquier-Eichenberger	+	G	GE	von Siebenthal	+	V	BE
Cottier	-	RL	NE	Heimgartner	-	V	AG	Pfister Gerhard	+	M-E	ZG	Walder	+	G	GE
Crottaz	+	S	VD	Herzog Verena	=	V	TG	Piller Carrard	+	S	FR	Walliser	+	V	ZH
Dandrès	+	S	GE	Hess Erich	-	V	BE	Pointet	+	GL	VD	Walti Beat	-	RL	ZH
de Courten	+	V	BL	Hess Lorenz	+	M-E	BE	Porchet	+	G	VD	Wasserfallen Christian	-	RL	BE
de la Reussille	+	G	NE	Huber	+	V	AG	Portmann	-	RL	ZH	Wasserfallen Flavia	+	S	BE
de Montmollin	-	RL	GE	Hurni	+	S	NE	Prelicz-Huber	+	G	ZH	Weber	+	GL	VD
de Quattro	-	RL	VD	Hurter Thomas	-	V	SH	Prezioso	+	G	GE	Wehrli	-	RL	VD
Dettling	+	V	SZ	Imark	+	V	SO	Pult	+	S	GR	Weichelt	+	G	ZG
Dobler	-	RL	SG	Imboden	+	G	BE	Python	+	G	VD	Wermuth	+	S	AG
Egger Kurt	+	G	TG	Jauslin	-	RL	AG	Quadri	+	V	TI	Wettstein	+	G	SO
Egger Mike	-	V	SG	Jost	+	M-E	BE	Rechsteiner Thomas	+	M-E	AI	Widmer Céline	+	S	ZH
Estermann	0	V	LU	Kälin	+	G	AG	Regazzi	=	M-E	TI	Wismer Priska	+	M-E	LU
Farinelli	-	RL	TI	Kamerzin	+	M-E	VS	Reimann Lukas	+	V	SG	Wobmann	+	V	SO
Fehlmann Rielle	+	S	GE	Keller Peter	+	V	NW	Riniker	-	RL	AG	Wyss	+	S	BS
Feller	-	RL	VD	Klopfenstein Brogini	+	G	GE	Ritter	+	M-E	SG	Zuberbühler	+	V	AR

	Fraktion / Groupe / Gruppo	S	GL	V	RL	M-E	G	Tot.
+ Ja / oui / si		38	12	36		27	30	143
- Nein / non / no				11	28	1		40
= Enth. / abst. / ast.			4	6		1		11
E Entschuldigt gem. Art. 57 Abs. 4 / excusé selon art. 57 al. 4 / scusato sec. art. 57 cps. 4				1	1	1		3
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto		1		1				2
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part aux votes						1		1

Bedeutung Ja / Signification du oui: Annahme der Vorlage (Empfehlung auf Ablehnung der Volksinitiative)

Bedeutung Nein / Signification du non: Ablehnung der Vorlage



STÄNDERAT

Abstimmungsprotokoll

CONSEIL DES ETATS

Procès-verbal de vote

Geschäft / Objet:

22.054-1 Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative). Volksinitiative
 Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)
 Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes). Initiative populaire
 Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»
 Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni). Iniziativa popolare
 Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)»

Gegenstand / Objet du vote: Schlussabstimmung

Abstimmung vom / Vote du: 16.06.2023 08:22:46

Bauer	Philippe	-	NE
Bischof	Pirmin	+	SO
Burkart	Thierry	-	AG
Caroni	Andrea	-	AR
Chassot	Isabelle	+	FR
Chiesa	Marco	+	TI
Crevoisier Crelier	Mathilde	+	JU
Dittli	Josef	-	UR
Engler	Stefan	+	GR
Ettlin	Erich	+	OW
Fässler	Daniel	+	AI
Français	Olivier	-	VD
Friedli	Esther	+	SG
Gapany	Johanna	=	FR
Germann	Hannes	+	SH
Gmür-Schönenberger	Andrea	+	LU
Graf	Maya	+	BL
Häberli-Koller	Brigitte	P	TG
Hefti	Thomas	-	GL
Hegglin	Peter	+	ZG
Herzog	Eva	+	BS
Jositsch	Daniel	+	ZH
Juillard	Charles	+	JU

Knecht	Hansjörg	+	AG
Kuprecht	Alex	+	SZ
Maret	Marianne	+	VS
Mazzone	Lisa	+	GE
Michel	Matthias	-	ZG
Minder	Thomas	+	SH
Müller	Damian	-	LU
Noser	Ruedi	-	ZH
Reichmuth	Othmar	+	SZ
Rieder	Beat	+	VS
Salzmann	Werner	+	BE
Schmid	Martin	-	GR
Sommaruga	Carlo	+	GE
Stark	Jakob	+	TG
Stöckli	Hans	+	BE
Thorens Goumaz	Adèle	+	VD
Vara	Céline	+	NE
Wicki	Hans	-	NW
Würth	Benedikt	+	SG
Zanetti	Roberto	+	SO
Z'graggen	Heidi	+	UR
Zopfi	Mathias	+	GL

Legende	Tot.
+ Ja / oui / si	32
- Nein / non / no	11
= Enth. / abst. / ast.	1
E Entschuldigt gem. Art. 44a Abs. 6 GRS / excusé sel. art. 44a al. 6 RCE / scusato se. art. 44a cpv. 6 RCS	0
0 Hat nicht teilgenommen / n'a pas participé au vote / non ha partecipato al voto	0
P Die Präsidentin/der Präsident stimmt nicht / La présidente/le président ne prend pas part au vote / La/il presidente non partecipa al voto	1

Bedeutung Ja / Signification du oui:

Annahme des Bundesbeschlusses

Bedeutung Nein / Signification du non:

Ablehnung



Bundesbeschluss über die Volksinitiative «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»

vom 16. Juni 2023

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,
gestützt auf Artikel 139 Absatz 5 der Bundesverfassung¹,
nach Prüfung der am 16. Juli 2021² eingereichten Volksinitiative
«Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)»,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom 22. Juni 2022³,
beschliesst:

Art. 1

¹ Die Volksinitiative vom 16. Juli 2021 «Für eine sichere und nachhaltige Altersvorsorge (Renteninitiative)» ist gültig und wird Volk und Ständen zur Abstimmung unterbreitet.

² Sie lautet:

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 112 Abs. 2 Bst. a^{ter}

² Er [der Bund] beachtet dabei [beim Erlass der Vorschriften über die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge] folgende Grundsätze:

a^{ter}. Das Rentenalter ist an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren gebunden; diese Lebenserwartung am 1. Januar des vierten Jahres nach Inkrafttreten dieser Bestimmung wird als Referenzwert festgesetzt; das Rentenalter entspricht der Differenz zwischen der Lebenserwartung und dem Referenzwert, multipliziert mit dem Faktor 0,8 zuzüglich 66; die Anpassung des Rentenalters erfolgt jährlich in Schritten von höchstens zwei Monaten; das Rentenalter wird den betroffenen Personen fünf Jahre vor Erreichen des Rentenalters bekannt gegeben.

¹ SR 101

² BBl 2021 1957

³ BBl 2022 1711

Art. 197 Ziff. 12⁴

12. Übergangsbestimmung zu Art. 112 Abs. 2 Bst. a^{ter} (Rentenalter)

¹ Ab dem 1. Januar des vierten Jahres nach Annahme von Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a^{ter} wird das Rentenalter für Männer in Schritten von jeweils zwei Monaten pro Jahr erhöht, bis es 66 Jahre beträgt.

² Ab dem 1. Januar des vierten Jahres nach Annahme von Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a^{ter} wird das Rentenalter für Frauen in Schritten von jeweils vier Monaten pro Jahr erhöht, bis es dem Rentenalter für Männer entspricht. Anschliessend wird das Rentenalter für Frauen in Schritten von jeweils zwei Monaten pro Jahr erhöht, bis es 66 Jahre beträgt.

³ Ab dem 1. Januar des vierten Jahres nach Annahme von Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a^{ter} wird das Rentenalter an die durchschnittliche Lebenserwartung der schweizerischen Wohnbevölkerung im Alter von 65 Jahren gebunden.

⁴ Sind die Ausführungsbestimmungen zu Artikel 112 Absatz 2 Buchstabe a^{ter} drei Jahre nach dessen Annahme noch nicht in Kraft getreten, erlässt der Bundesrat auf den 1. Januar des vierten auf die Annahme folgenden Jahres die erforderlichen Ausführungsbestimmungen durch Verordnung. Die Verordnung gilt bis zum Inkrafttreten der gesetzlichen Bestimmungen. Der Bundesrat kann in der Verordnung von der Gesetzgebung zur Alters- und Hinterlassenenversicherung abweichen.

Art. 2

Die Bundesversammlung empfiehlt Volk und Ständen, die Initiative abzulehnen.

Ständerat, 16. Juni 2023

Nationalrat, 16. Juni 2023

Die Präsidentin: Brigitte Häberli-Koller
Die Sekretärin: Martina Buol

Der Präsident: Martin Candinas
Der Sekretär: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Die endgültige Ziffer dieser Übergangsbestimmung wird nach der Volksabstimmung von der Bundeskanzlei festgelegt.



Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)»

du 16 juin 2023

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'art. 139, al. 5, de la Constitution¹,
vu l'initiative populaire «Pour une prévoyance vieillesse sûre
et pérenne (initiative sur les rentes)» déposée le 16 juillet 2021²,
vu le message du Conseil fédéral du 22 juin 2022³,

arrête:

Art. 1

¹ L'initiative populaire du 16 juillet 2021 «Pour une prévoyance vieillesse sûre et pérenne (initiative sur les rentes)» est valable et sera soumise au vote du peuple et des cantons.

² Elle a la teneur suivante:

La Constitution est modifiée comme suit:

Art. 112, al. 2, let. a^{ter}

² Ce faisant [lorsqu'elle légifère sur l'assurance-vieillesse, survivants et invalidité], elle [la Confédération] respecte les principes suivants:

a^{ter}. L'âge de la retraite est lié à l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse à l'âge de 65 ans; cette espérance de vie au 1^{er} janvier de la quatrième année qui suit l'entrée en vigueur de la présente disposition sert de valeur de référence; l'âge de la retraite correspond à la différence entre l'espérance de vie et la valeur de référence, multipliée par le facteur 0,8, plus 66; l'adaptation de l'âge de la retraite s'effectue tous les ans par tranches de deux mois au maximum; l'âge de la retraite est communiqué aux personnes concernées cinq ans avant qu'il ne soit atteint;

¹ RS 101

² FF 2021 1957

³ FF 2022 1711

Art. 197, ch. 12⁴

12. Disposition transitoire ad art. 112, al. 2, let. a^{ter} (Âge de la retraite)

¹ À partir du 1^{er} janvier de la quatrième année qui suit l'acceptation de l'art. 112, al. 2, let. a^{ter}, l'âge de la retraite des hommes est relevé de deux mois tous les ans jusqu'à ce qu'il atteigne 66 ans.

² À partir du 1^{er} janvier de la quatrième année qui suit l'acceptation de l'art. 112, al. 2, let. a^{ter}, l'âge de la retraite des femmes est relevé de quatre mois tous les ans jusqu'à ce qu'il corresponde à l'âge de la retraite des hommes. L'âge de la retraite des femmes est ensuite relevé de deux mois tous les ans jusqu'à ce qu'il atteigne 66 ans.

³ À partir du 1^{er} janvier de la quatrième année qui suit l'acceptation de l'art. 112, al. 2, let. a^{ter}, l'âge de la retraite est lié à l'espérance de vie moyenne de la population résidente suisse à l'âge de 65 ans.

⁴ Si les dispositions d'exécution ne sont pas entrées en vigueur trois ans après l'acceptation de l'art. 112, al. 2, let. a^{ter}, le Conseil fédéral édicte les dispositions d'exécution nécessaires par voie d'ordonnance au 1^{er} janvier de la quatrième année qui suit l'acceptation de cet article. L'ordonnance a effet jusqu'à l'entrée en vigueur des dispositions législatives. Le Conseil fédéral peut déroger à la législation sur l'assurance-vieillesse et survivants dans l'ordonnance.

Art. 2

L'Assemblée fédérale recommande au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Conseil des États, 16 juin 2023

La présidente: Brigitte Häberli-Koller
La secrétaire: Martina Buol

Conseil national, 16 juin 2023

Le président: Martin Candinas
Le secrétaire: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Le numéro définitif de la présente disposition transitoire sera fixé par la Chancellerie fédérale après le scrutin.



Decreto federale concernente l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)»

del 16 giugno 2023

L'Assemblea federale della Confederazione Svizzera,

visto l'articolo 139 capoverso 5 della Costituzione federale¹;
esaminata l'iniziativa popolare «Per una previdenza vecchiaia sicura
e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)», depositata il 16 luglio 2021²;
visto il messaggio del Consiglio federale del 22 giugno 2022³,

decreta:

Art. 1

¹ L'iniziativa popolare del 16 luglio 2021 «Per una previdenza vecchiaia sicura e sostenibile (Iniziativa sulle pensioni)» è valida ed è sottoposta al voto del Popolo e dei Cantoni.

² L'iniziativa ha il tenore seguente:

La Costituzione federale è modificata come segue:

Art. 112 cpv. 2 lett. a^{ter}

² In tale ambito [assicurazione vecchiaia, superstiti e invalidità] [la Confederazione] si attiene ai principi seguenti:

^{a^{ter}}. l'età di pensionamento è legata alla speranza di vita media della popolazione svizzera residente all'età di 65 anni; detta speranza di vita il 1° gennaio del quarto anno dopo l'entrata in vigore della presente disposizione funge da valore di riferimento; l'età di pensionamento è pari alla differenza tra la speranza di vita e il valore di riferimento moltiplicata per 0,8 più 66; l'età di pensionamento è adeguata ogni anno in scaglioni di due mesi al massimo; è comunicata agli interessati cinque anni prima che essi la raggiungano;

¹ RS 101

² FF 2021 1957

³ FF 2022 1711

Art. 197 n. 12⁴

12. Disposizione transitoria dell'art. 112 cpv. 2 lett. a^{ter} (Età di pensionamento)

¹ Dal 1° gennaio del quarto anno dopo l'accettazione dell'articolo 112 capoverso 2 lettera a^{ter}, l'età di pensionamento degli uomini è aumentata di due mesi ogni anno finché è pari a 66 anni.

² Dal 1° gennaio del quarto anno dopo l'accettazione dell'articolo 112 capoverso 2 lettera a^{ter}, l'età di pensionamento delle donne è aumentata di quattro mesi ogni anno finché è pari a quella degli uomini. In seguito, è aumentata di due mesi ogni anno finché è pari a 66 anni.

³ Dal 1° gennaio del quarto anno dopo l'accettazione dell'articolo 112 capoverso 2 lettera a^{ter}, l'età di pensionamento è legata alla speranza di vita media della popolazione svizzera residente all'età di 65 anni.

⁴ Se entro tre anni dopo l'accettazione dell'articolo 112 capoverso 2 lettera a^{ter} le relative disposizioni d'esecuzione non sono entrate in vigore, il 1° gennaio del quarto anno dopo l'accettazione di detto articolo il Consiglio federale emana mediante ordinanza le necessarie disposizioni d'esecuzione. L'ordinanza ha effetto fino all'entrata in vigore delle disposizioni legislative. Nell'ordinanza il Consiglio federale può derogare alla legislazione sull'assicurazione per la vecchiaia e per i superstiti.

Art. 2

L'Assemblea federale raccomanda al Popolo e ai Cantoni di respingere l'iniziativa.

Consiglio degli Stati, 16 giugno 2023

La presidente: Brigitte Häberli-Koller

La segretaria: Martina Buol

Consiglio nazionale, 16 giugno 2023

Il presidente: Martin Candinas

Il segretario: Pierre-Hervé Freléchoz

⁴ Il numero definitivo della presente disposizione transitoria sarà stabilito dalla Cancelleria federale dopo la votazione popolare.